REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 385 · 14.12.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Ende des Bürgerkriegs in Jugoslawien? "Frieden" unter NATO-Waffen - Kt.
2. Öffentliche Kriegsdienstverweigerung vor dem türkischen Konsulat
3. Nach dem großen Brand: Rote Flora macht weiter! - J., Hamburg
4. "Bündnis für Arbeit" - ein Irrweg - gg.
5. "Ras le bol." ("Die Schnauze voll.") Massenstreiks gegen sozialen Kahlschlag lassen Frankreichs Regierung wanken - B. Schmid
6. Türkei: Linkes Wahlbündnis für "Arbeit, Frieden und Freiheit" - Nora Mielke
7. Vor der Duma-Wahl in Rußland. Wahlsieg von Kommunisten und Nationalisten wahrscheinlich - Ulf Heferle, Moskau
8. "So gut haben wir noch nie verloren." Siegreiche Niederlage für Realos - Grüner Parteitag votiert für Auslandseinsätze - mb.,Berlin
9. Kraftvoll und dynamisch. Die große Rede des kleinen Oskar - Js.
10. SPD ohne Sündenfall - Georg Fülberth
11. Populismus von rechts. Neue Methoden der Neo-Nazis? - Martin Bayer
12. "Ich werde mich meiner Auslieferung mit allen Miteln widersetzen!" Interview mit Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit
13. Zukunftsfähiger Antikapitalismus wäre eine prima Alternative. Zur Kritik an der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" - hhH, Berlin
14. Sonderweg ins Abseits. Der Streit um die deutsche "Anerkennungspolitik" von 1991 dauert an - Js.
15. Thesen über einen nicht ganz geglückten Alleingang - Js.
16. Der jugoslawische Bürgerkrieg, die UNO und die NATO. Ein Rückblick - Kt.
17. Internationalisierung des Gewaltmonopols oder Mobilisierung der Friedenskräfte? Thesen von PDS-MdBs über Hegemonialpolitik ...
18. Nazilied bei Gelöbnis der Saarland-Brigade - Dominik Fries, Aktion 3. Welt Saar
19. "WDR = DDR". Die Neue Rechte besucht die CDU - Christian Hölzel, Andreas Klärner, Christof Meueler
20. "Die Krankheit heißt Besetzung." Ein Gespräch über Israel nach Rabins Tod - Avner Ben- Chorin - Klaus Mellenthin
21. Saddam City unregierbar. Nach fünf Jahren Embargo: Elend und Revolten im Irak - Thomas Uwer, WADI
22. Patriachale Verbrüderung gegen Rassismus? Eine Antwort auf Christoph Jünke - Michael Hahn
23. Außer Reaktionärem nichts gewesen? Kritische Anmerkungen zum Artikel über den schwarzen Marsch auf Washington, ak 384 - Ch. Jünke
24. Besuch des Präsidenten. Clintons Nordirland- Visite und die Hoffnung auf Frieden - Dietrich Schulze-Marmeling
25. USA: Haushaltsdebatte eröffnet Präsidentschaftswahlkampf - Björn Aust, Berlin
26. Rassismus, Islamismus, Terrorismus und die Politik des französischen Staates - Bernhard Schmid, Paris
27. Antisemitismus - Erscheinungsformen und Erklärungsversuche. Zum Lesen empfohlen: drei neue Bücher - Js.
28. Raubkapitalismus und Nazidiktatur. Hamburger "Standortpolitik" zwischen 1933 und 1945, 2. Teil - Karl Heinz Roth
29. Hamburg im Dritten Reich. Eine Tagung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts - Clara Merz
30. Der moderne Tantalos. Gegenwart und Zukunft eines neuen medizinischen Rohstoffs - Erika Feyerabend
31. Sexuell belästigte Frauen ohne Schutz? Interview mit Barbara Degen über Handlungsmöglichkeiten - Bernhard Bergmann, SoZ
32. Erklärung von sechs Gefangenen aus der RAF zu den Staatschutz-Vorwürfen gegen Monika Haas
33. Christel Fröhlich-Padula in Rom verhaftet - Peter Nowak

34. Abgang der Propheten. Thomas Ebermanns und Rainer Tramperts Vorschläge für die radikale Linke - he., Hamburg
35. Kult um kurdische Kultur. Fremd- und Selbstethnisierung im kurdischen Befreiungskampf - Udo Wolter
36. Heimat, Religion und Heinrich Lummer. Anmerkungen zu deutschen und kurdischen AntiimperialistInnen - Jan Keetmann
37. 18.11.95: Kurdistan-Demonstration in Köln verboten - Roland Röder
38. Quelldatei 37.htm
39. Quelldatei 38.htm
40. Quelldatei spend95.htm

1. Ende des Bürgerkriegs in Jugoslawien? "Frieden" unter NATO-Waffen

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Friedensbewegung; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:32

Noch eine Woche bis zum Beginn der Friedenskonferenz in Paris (14. Dezember), und noch könnte theoretisch alles wieder über den Haufen geworfen werden. Mehr als eine zeitliche Verzögerung dürfte sich allerdings selbst in einem solchen - im Moment unwahrscheinlichen - Fall nicht mehr ergeben. Wird in Paris das schon im November in Dayton von den Politikern abgesegnete Abkommen offiziell unterzeichnet, beginnt im jugoslawischen Bürgerkrieg ein neuer Abschnitt, der hoffentlich der letzte sein wird. Enorme Schwierigkeiten, Risiken und vermutlich auch Rückschläge wird allerdings auch dieser Abschnitt enthalten.

Diktat der NATO?

Das im November vereinbarte Abkommen widerspiegelt die Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis und im Frontverlauf, die in diesem Jahr herbeigeführt wurden. In erster Linie ist es das Ergebnis der Niederlagen, die die serbische Kriegspartei zwischen Mai und Oktober in Kroatien und Bosnien-Hercegovina erlitten hat. Kaum weniger stark hat auf das Zustandekommen der Vereinbarung von Dayton die Tatsache gewirkt, daß sich die NATO im September mit tagelangen massiven Bombenangriffen gegen serbische Gebiete als direkte Kriegspartei ins Spiel brachte.

Den Friedensplan samt Entsendung von NATO-Truppen als freiwillige Vereinbarung der Kriegsparteien zu bezeichnen, wäre scheinheilig. Dies schon deshalb, weil die serbischen Politiker aus Bosnien-Hercegovina überhaupt nicht zum Verhandlungstisch zugelassen worden waren. Sie mußten ihre Stimme an Milosevic delegieren, was Ausdruck ihrer materiellen Abhängigkeit und Ergebnis ihrer politischen Isolierung war - für die sie in erheblichem Maß selbst verantwortlich sind. Im Konkreten ist jetzt schon deutlich geworden, daß die serbischen Politiker Bosnien-Hercegovinas Teile des Abkommens ablehnen und sich ihrer Durchführung nach Möglichkeit widersetzen wollen. Das betrifft zur Zeit in erster Linie die Lage in Sarajevo, aber bei diesem einen Problem wird es aller Voraussicht nach nicht bleiben.

Andererseits wäre die Kennzeichnung des Friedensabkommens als Diktat der NATO eine unsinnige Überspitzung. Während das militärische Eingreifen der NATO in den Konflikt zweifellos parteilich-einseitig war, stellt der Friedensplan im wesentlichen den Versuch eines einigermaßen "fairen" und praktikablen Interessenausgleichs und Modus vivendi dar. In der Substanz entspricht die angestrebte Lösung den Plänen, die schon seit über zwei Jahren in der Diskussion waren. An der Ausarbeitung und Weiterentwicklung dieser Pläne war Rußland jedesmal aktiv beteiligt gewesen, und die jugoslawische Regierung in Belgrad hatte sie schon vor zwei Jahren akzeptiert. Das Friedensabkommen überläßt den Serben einen erheblichen Teil der Gebiete, die sie 1992/1993 militärisch überrannt und deren Bevölkerung sie vertrieben haben. Und es nimmt ihnen kaum Gebiete, in denen sie vor dem Krieg die Mehrheit gebildet hatten.

Ein schwieriger Punkt wird zweifellos das Schicksal der überwiegend serbischen Stadtteile und Vororte von Sarajevo sein. Das Friedensabkommen will sie - mit der Begründung, eine Teilung wie früher in Berlin oder Jerusalem zu vermeiden - dem moslemisch-kroatischen Teil von Bosnien-Hercegovina zuschlagen. Das soll durch eine weitgehende Autonomie-Regelung für die serbische Bevölkerung erträglicher gemacht werden, stößt aber dennoch auf starke Ablehnung. Die serbische Seite hat zu diesem Thema eine Neuverhandlung des Friedensabkommens gefordert. Das wurde zwar von den westlichen Politikern abgelehnt, doch ließen einige von ihnen - in erster Linie die französische Regierung - erkennen, daß darüber doch noch weiter zu sprechen sein wird. Im Moment erscheint es dringend, Maßnahmen zu treffen, um auf jeden Fall einer irreparablen Entwicklung (neue Kämpfe, Massenflucht von Serben aus Sarajevo) vorzubeugen.

Ein weiterer offener Punkt ist der Status der derzeit von den Serben beherrschten Stadt Brcko im Nordosten, die eine strategisch wichtige Funktion für den nur fünf Kilometer schmalen serbischen Korridor zwischen dem Gebiet um Banja Luka und Ostbosnien (sowie Jugoslawien) hat. Laut Vereinbarung soll über die Zukunft der Stadt eine internationale Kommission innerhalb eines Jahres entscheiden. Das könnte sich aber, da die Ansprüche der Kriegsparteien konträr und unversöhnlich sind, als äußerst schwierig bis unmöglich erweisen.

Truppen-Rückzug

Innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensabkommens müssen die Kriegsparteien sich hinter die vereinbarten Waffenstillstands-Linien zurückziehen. Soweit sich diese vom heutigen Frontverlauf nicht wesentlich unterscheiden, dürfte die Sache relativ unproblematisch sein. Schwierig dürfte es beispielsweise in Sarajevo werden, wo dem Wortlaut des Abkommens nach die serbischen Truppen aus "ihren" Stadtteilen abziehen müßten. Allgemein läßt sich wahrscheinlich in diesem Bürgerkrieg eine klare Trennlinie zwischen Soldaten einerseits und bewaffneten BewohnerInnen andererseits sowieso nicht ziehen. Man wird sich also wohl darüber streiten, wer abziehen muß und wer bleiben darf, und man wird schließlich auch irgendwann versuchen müssen, die Zivilbevölkerung zu entwaffnen. Ein großes Problem werden wahrscheinlich noch längere Zeit die paramilitärischen Banden darstellen, die keinem zentralen Befehl gehorchen und die sich an Kriegführen und Plündern als Lebensform gewöhnt haben. Sie stellen, abgesehen vom materiellen und sozialen Schaden, Herde möglicher Provokationen dar, die zu neuen Kämpfen führen können.

Vereinbart ist auch, daß die "ausländischen" Truppen innerhalb von 30 Tagen Bosnien-Hercegovina verlassen müssen. Das meint selbstverständlich nicht die 60.000 einwandfrei ausländischen Soldaten aus über 20 Staaten, die demnächst ins Land kommen sollen. Sondern es bezieht sich auf Bewaffnete aus Kroatien und Serbien, wozu noch einige hundert oder tausend Freiwillige aus vielen Teilen der Welt zu zählen sind. Wer aber jeweils als "Ausländer" gilt, war schon in der Vergangenheit nie ganz einwandfrei zu klären. Jedenfalls wird es sicher zahlreiche individuelle Grenzfälle geben. Damit also auch weiteren Stoff für Reibereien und möglicherweise für Verzögerungen des Zeitplans.

Rückkehr der Flüchtlinge

Alle Flüchtlinge sollen das Recht haben, in ihre Heimat zurückzukehren. Das soll, falls alles nach Plan liefe, in drei Stufen geschehen: Zuerst die Flüchtlinge, die sich innerhalb von Bosnien-Hercegovina aufhalten; ihre Zahl wird auf 1,2 Millionen geschätzt. Danach diejenigen, die in anderen Teilen des früheren Jugoslawiens leben. Und schließlich die ins Ausland Geflüchteten; angeblich allein in Deutschland über 300.000. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf rund 2,5 Millionen geschätzt, bei früher etwa 4,4 Mio. Einwohnern.

Die deutsche Bundesregierung hat anscheinend unter internationalem Druck ihren provokatorischen Wahnsinnsplan vorerst verschoben, alle Flüchtlinge möglichst "sofort" nach Bosnien-Hercegovina zurückzujagen. Man muß schon fragen, ob dieses Vorhaben nur ein Produkt deutsch-normaler Menschenverachtung war, oder ob dahinter die Absicht steckte, die Lage im früheren Jugoslawien noch einmal kräftig anzuheizen.

Die Rückkehr der Flüchtlinge wird ohnedies enorme Probleme schaffen. Dabei sind die nationalistischen Ressentiments und die vom Krieg hinterlassenen Rachegefühle vielleicht noch nicht einmal das größte Problem. Die Schwierigkeiten sind auch materieller Natur: Die Häuser (und Lebensgrundlagen) vieler Flüchtlinge sind zerstört, oder es wohnen andere Menschen dort, die oft selbst Flüchtlinge, Vertriebene oder Umgesiedelte sind.

Die Rückkehr der Flüchtlinge hängt also nicht allein vom guten Willen der Kriegsparteien ab, um den es an sich auch schon nicht gut bestellt ist. Sie ist ein gigantisches Vorhaben, das sorgfältig geplant, durchgeführt und überwacht werden muß. Und sie erfordert schnelle finanzielle und materielle Hilfe.

Leider ist statt dessen die Wahrscheinlichkeit groß, daß es keine planmäßige, organisierte Rückkehr-Kampagne geben wird, sondern daß sich im wesentlichen der Status quo verfestigt. Das heißt, die Flüchtlinge werden sich vermutlich zum größten Teil im Gebiet ihrer Volksgruppe ansiedeln. Daneben könnte es in einzelnen Gebieten und Orten spontane Entwicklungen geben, in denen Konfrontationen, Verteilungskämpfe und vielleicht neue Fluchtbewegungen möglich wären.

Ein Staat, zwei oder drei?

Das Friedensabkommen sieht vor, daß Bosnien-Hercegovina als einheitlicher Staat erhalten oder besser gesagt rekonstruiert werden soll. Die Republik soll ein gemeinsames Parlament, eine zentrale Regierung und ein dreiköpfiges Präsidium bekommen. Die Zuständigkeit der Regierung soll sich allerdings auf einige wenige Gebiete beschränken: Außenpolitik, Außenhandel, Geldpolitik sowie Fragen der Staatsbürgerschaft und der Einwanderung. Außerdem soll es ein gemeinsames Verfassungsgericht, eine Zentralbank und nicht zuletzt

sogar eine gemeinsame Währung geben. 1996 soll mit organisatorischer Hilfe der OSZE und unter internationaler Aufsicht die Wahl des Parlaments und des Präsidenten stattfinden.

Andererseits wird von vornherein davon ausgegangen, daß Bosnien-Hercegovina aus zwei weitgehend autonomen Teilen bestehen wird: den beiden durch den Korridor von Brcko verbundenen serbischen Gebieten und der moslemisch-kroatischen Föderation. Letztere kam im Frühjahr 1994 durch heftigen Druck der USA und Deutschlands auf die kroatische Seite zustande. In der Realität besteht sie aber bis heute gar nicht. Das heißt, es gibt keine effektiven Strukturen der Föderation, auch keine gemeinsame Armee, Verwaltung usw., sondern es gab nur das militärische Zweckbündnis gegen die Serben, das durch das Friedensabkommen möglicherweise an Bedeutung verloren hat. Es wird also in absehbarer Zeit nicht nur zwei, sondern sogar drei weitgehend autonome Teile der "einheitlichen" Republik Bosnien-Hercegovina geben.

Die serbische Seite will nach allen bisherigen Äußerungen keinen gemeinsamen Staat, sondern hat diese Formel nur gezwungenermaßen akzeptiert, in der Hoffnung, daß sich ohnehin die Teilung des Landes in der Praxis durchsetzen wird. Ähnliches gilt im Prinzip auch für die kroatischen Politiker, denen die Föderation mit den Moslems nur dadurch schmackhaft gemacht worden ist, daß diese recht bald durch einen Staatenbund mit Kroatien verbunden werden soll.

Jeder Versuch, einen gemeinsamen Staat der drei Volksgruppen zu rekonstruktieren, wird vor dem gleichen Dilemma stehen: Entweder stehen die Serben (ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung) vor der Bedrohung, ständig durch Moslems und Kroaten majorisiert zu werden. Oder man müßte verfassungsmäßig die Rechte der Minorität so stark absichern, daß sie praktisch die Regierungstätigkeit permanent lahmlegen könnte.

Daß es dennoch im Laufe der Zeit in Sarajevo zu einem praktikablen Arrangement mit wechselnden Bündnissen und Mehrheiten kommt, ist nicht a priori unmöglich, aber doch nach dem bisherigen Verlauf der Entwicklung recht unwahrscheinlich. Daß die NATO dann der Regierung in Sarajevo helfen wird, den serbischen Gebieten ihre Autorität mehr oder weniger gewalttätig aufzuzwingen (und sie aufrechtzuerhalten) , ist gleichfalls unwahrscheinlich.

In der Praxis wird es daher vermutlich auf eine möglichst geordnete und unblutige Teilung Bosnien-Hercegovinas hinauslaufen - und selbst das ist noch eine ziemlich optimistisch Prognose.

Gorillas im Nebel

Um das Friedensabkommen zu überwachen und durchzusetzen, sollen rund 60.000 Soldaten in Bosnien-Hercegovina stationiert werden: Unter anderem 20.000 aus den USA (plus 5.000 in anderen Teilen des früheren Jugoslawien); Großbritannien 12-14.000; Frankreich etwa 10.000; Deutschland 4-5.000 (vorerst vor allem in Kroatien). Zehn Staaten, die nicht der NATO angehören, sollen gleichfalls Truppen schicken. Der politisch wichtigste Fakt dabei ist die Beteiligung Rußlands mit 1.500 bis 2.000 Mann.

Die Zahlen geben nur ungefähre Vorstellungen. Unklar ist beispielsweise, wieweit die schon in Bosnien-Hercegovina stationierte Schnelle Eingreiftruppe der NATO (etwa 6.500 britische und französische Soldaten) zu den 60.000 Mann noch hinzugezählt werden muß. Da der Einsatz jetzt schon mindestens für ein Jahr beschlossen ist und die meisten Einheiten in diesem Zeitraum abgelöst werden müssen, wird sich die Zahl der Länder, die im Laufe des kommenden Jahres Kontingente in Bosnien-Hercegovina unterhalten, wohl noch erhöhen. Außerdem muß angenommen werden, daß der Truppeneinsatz nicht nach nur einem Jahr beendet werden kann.

Für Schweden, Finnland und Österreich bedeutet die Teilnahme einen wesentlichen Schritt aus ihrer bisherigen Neutralität heraus. Für Polen sowie die Tschechische und Slowakische Republik gilt die Entsendung von Truppen als Bewährungsprobe für ihre NATO-Reife.

Deutschland bewegt sich mit seinem Beitrag zur internationalen "Friedenstruppe" wieder einen Schritt näher auf den Zeitpunkt zu, wo Bundeswehrsoldaten auch mal "richtig" beim Krieg mitmachen dürfen. Zur Zeit ist der Auftrag der deutschen Bodentruppen noch auf unterstützende Funktionen (Sanitätsdienst, Pioniere, Nachschubwesen u.ä.) beschränkt, und sie sollen überwiegend in Kroatien stationiert werden. Das kann sich aber schon im Lauf der nächsten Monate erheblich verändern. Die deutschen Tornados sind ohnehin schon seit den Luftangriffen vom September fest in Kampfeinsätze integriert.

Der Weg der Bundesregierung zum Jugoslawien-Einsatz deutscher Soldaten ist gepflastert mit Lügen und Verharmlosungen. Von jedem einzelnen Teilschritt hatten die Politiker noch wenige Monate vorher eisern behauptet, es werde ihn auf gar keinen Fall geben. Daß "aus geschichtlichen Gründen" deutsche Soldaten in Jugoslawien nicht eingesetzt werden dürften, war vor kaum drei Jahren noch so selbstverständlich, daß selbst der Bundeskanzler sich anpassen mußte. Heute muß man umgekehrt feststellen, daß nach dem Einsatz deutscher Soldaten in Jugoslawien auch jeder andere Schauplatz der Welt vorstellbar ist.

Die "internationale Friedenstruppe" (IFOR) tritt mit dem Anspruch an, die Einhaltung des Abkommens von Dayton nicht nur zu überwachen, sondern auch militärisch durchzusetzen. Dies gerade auch in Abgrenzung zum bisherigen - nun erloschenen - Mandat der UNO, das von den meisten westlichen Politikern inzwischen als mißglückt bewertet wird.

Zwar unterscheidet sich der Auftrag der IFOR von einem Kampfeinsatz wie gegen den Irak 1991, wo einem Land der Krieg erklärt wurde, um anschließend nicht nur seine Armee, sondern auch seine Infrastruktur zu zerstören. Daß alle Kriegsparteien der Stationierung der IFOR zugestimmt hätten, ist zwar nicht exakt die Wahrheit (siehe oben), doch es kommt ihr immerhin einigermaßen nahe. Aber vom Moment ihrer Stationierung an sind die Truppen nicht mehr von dieser Zustimmung abhängig. Ihre grundsätzliche Aufgabe besteht darin, Verstöße gegen das Abkommen zu bestrafen und Widerstand gegen seine Durchsetzung zu brechen. Das setzt direkt voraus, daß jeweils gegen den Willen zumindest einer Kriegspartei agiert wird.

Wie das konkret geschehen soll, ist unklar. Viele der Situationen, in denen ein Einsatz in Frage kommen könnte, werden so kompliziert und ambivalent sein, daß die NATO-Staaten es schwer haben werden, zum Konsens zu kommen. Die USA, Großbritannien und Frankreich sind jeweils für einen Sektor von Bosnien-Hercegovina zuständig. Jeder Abschnitt umfaßt sowohl moslemisch-kroatische wie auch serbische Gebiete. Die drei Großmächte werden dort möglicherweise eine uneinheitliche Politik betreiben, da sie in der Bewertung der Kriegsparteien und konkreter Vorgänge auch bisher gelegentlich recht weit auseinander lagen.

Krieg und Frieden

Radikale Linke, die sich an pazifistischen Platitüden festhalten, und "eigentlich" gewaltfreie Grüne, die den Krieg als ultima ratio und als Gebot internationaler Solidarität wiederentdecken - das sind zwei Grotesken, die es miteinander aufnehmen können. Zumal es ausgerechnet notorische Figuren vom rechten Flügel der Grünen sind, die uns vorhalten wollen, daß wir Linken doch niemals Pazifisten waren: Vietnam, Nikaragua, wir erinnern uns...

Die Abwehr von Völkermord gebietet Unterstützung des NATO-Einsatzes, versucht Joschka Fischer zu argumentieren. Doppelter Unsinn: Erstens war die Ermordung von Zivilisten in Srebrenica, worauf Fischer sich bezieht, gewiß ein Verbrechen, aber kein Völkermord. Und als Verbrechen fiel der Massenmord leider nicht einmal extrem aus dem Rahmen dessen, was in diesem Bürgerkrieg von allen beteiligten Seiten an Scheußlichkeiten begangen wurde. Zweitens geht es beim bevorstehenden NATO-Einsatz in Bosnien-Hercegovina nicht um die Abwehr drohender Massenmorde, sondern um militärische Absicherung und Durchsetzung eines Friedensplans. Über den moralischen Wert und die praktische Zweckmäßigkeit dieses Vorhabens mag man vielleicht geteilter Ansicht sein, aber der mit erhobenem Zeigefinger und bebender Stimme vorgetragene permanente Hinweis auf "Völkermord" ist nur ein schmutziger kleiner Trick.

Andererseits wird auch auf Seiten der Gegner des NATO-Einsatzes gelegentlich sehr schwach argumentiert. Beispielsweise: Man kann nach viereinhalb Jahren Bürgerkrieg nicht mehr glaubhaft behaupten, daß im früheren Jugoslawien ein klassischer Blauhelm-Einsatz nach den bekannten Spielregeln (nur leichte Bewaffnung, Einsatz nur zur Selbstverteidigung usw.) ein geeignetes Mittel zur Förderung einer Friedensregelung wäre. (PDS, Teile der Grünen)

Daß ein solcher Versuch unter Umständen auf die Dauer sogar mehr schadet als nutzt, hat der UNO-Einsatz in Kroatien bewiesen. UNPROFOR hat dort über drei Jahre lang nicht das geringste unternommen, um die Waffenstillstandsvereinbarung durchzusetzen (z.B. Rückkehr der Flüchtlinge), und sie hat ebensowenig die Massenvertreibung der Serben aus der Krajina verhindern können.

Die Annahme, der Friedensplan von Dayton könne durch eine nur symbolisch agierende Blauhelmtruppe verwirklicht werden, kann ernsthaft gar nicht aufrechterhalten werden. Denn die Aufgaben, die in

Bosnien-Hercegovina im kommenden Jahr anstehen, sind bei weitem umfangreicher und komplizierter, als sie es in Kroatien waren.

Man kann sich die Peacekeeping-Einsätze in der Geschichte der UNO daraufhin ansehen, wo sie erfolgreich waren und wo sie scheiterten: Erfolgreich waren sie nur dort, wo die Kriegsparteien sich bereits entschieden hatten, lieber den Status quo zu akzeptieren als noch länger Vorteile mit Waffengewalt anzustreben. Diese Grundvoraussetzung ist unbestreitbar in Bosnien-Hercegovina nicht gegeben.

Stringent kann daher gegen ein Peace Enforcement im früheren Jugoslawien nur argumentieren, wer eine Intervention in jedweder Form, auch durch "klassische" Blauhelme, ablehnt. Dies läuft, konsequent zu Ende gedacht, auf die Forderung hinaus, die Kriegsparteien sich selbst zu überlassen, bis eine Seite gesiegt hat (das wären in Bosnien-Hercegovina zweifellos die Serben gewesen) oder bis alle das Kriegführen total satthaben. Diese Einstellung kann zwar guten Gewissens als linksradikal, aber nicht unbedingt als human betrachtet werden.

Wer stark mit der Vermutung arbeitet, der kommende NATO-Einsatz in Bosnien-Hercegovina könne keinesfalls zum Frieden führen, sondern werde im Gegenteil alles noch sehr viel schlimmer machen, könnte angesichts der realen Entwicklung schon in ein paar Monaten dumm dastehen. Mehr als eine Hypothese ist das nicht, und radikale Linke, die allzu deutlich nur darauf warten, daß es endlich schiefgeht, weil sie es ja so vorausgesagt haben, geben kein sympathisches Bild ab. Ein paar Kritiker des NATO-Einsatzes scheinen sogar vor einem Ende des jugoslawischen Bürgerkriegs mehr Angst zu haben als vor seiner Fortsetzung. Spätestens an diesem Punkt endet linksradikale Politik total sinnentleert.

Traditionelle Imperialismus-Kritik geht ebenfalls am konkreten Problem vorbei. Es geht beim IFOR-Einsatz nicht darum, sich ein Gebiet zu unterwerfen, denn der ökonomischen Dominanz der kapitalistischen Großmächte steht in Osteuropa ohnehin nichts mehr im Wege. Es geht auch nicht darum, eine ungerechte, an den Interessen der Großmächte orientierte Regelung mit Waffengewalt aufzuzwingen: Der in Dayton unterzeichnete Friedensplan ist insgesamt nicht unfair; er benachteiligt sozusagen alle Kriegsparteien in ausgeglichenem Maß. Und den Bürgerkrieg zu beenden, ist eigentlich auch keine böse imperialistische Willkür, sondern würde allen Bewohnern des früheren Jugoslawien nützen, sofern es sich realisieren läßt.

Die Gefahr des NATO-Einsatzes liegt wahrscheinlich vor allem darin, daß er für sich allein genommen - also nur auf Bosnien-Hercegovina bezogen - gar nicht ohne weiteres glaubwürdig zu kritisieren ist: Er mag dort durchaus zu einem wünschenswerten Ergebnis führen. Gerade dadurch würde er maximal dazu beitragen, Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" wieder prinzipiell als vorstellbar und moralisch vertretbar erscheinen zu lassen.

Kt., 7.12.95

Die serbische Seite hat zu diesem Thema eine Neuverhandlung des Friedensabkommens gefordert. Das wurde zwar von den westlichen Politikern abgelehnt, doch ließen einige von ihnen - in erster Linie die französische Regierung - erkennen, daß darüber doch noch weiter zu sprechen sein wird. Im Moment erscheint es dringend, Maßnahmen zu treffen, um auf jeden Fall einer irreparablen Entwicklung (neue Kämpfe, Massenflucht von Serben aus Sarajevo) vorzubeugen.

Ein weiterer offener Punkt ist der Status der derzeit von den Serben beherrschten Stadt Brcko im Nordosten, die eine strategisch wichtige Funktion für den nur fünf Kilometer schmalen serbischen Korridor zwischen dem Gebiet um Banja Luka und Ostbosnien (sowie Jugoslawien) hat. Laut Vereinbarung soll über die Zukunft der Stadt eine internationale Kommission innerhalb eines Jahres entscheiden. Das könnte sich aber, da die Ansprüche der Kriegsparteien konträr und unversöhnlich sind, als äußerst schwierig bis unmöglich erweisen.

Truppen-Rückzug

Innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensabkommens müssen die Kriegsparteien sich hinter die vereinbarten Waffenstillstands-Linien zurückziehen. Soweit sich diese vom heutigen Frontverlauf nicht wesentlich unterscheiden, dürfte die Sache relativ unproblematisch sein. Schwierig dürfte es beispielsweise in Sarajevo werden, wo dem Wortlaut des Abkommens nach die serbischen Truppen aus "ihren" Stadtteilen abziehen müßten. Allgemein läßt sich wahrscheinlich in diesem Bürgerkrieg eine klare Trennlinie zwischen Soldaten einerseits und bewaffneten BewohnerInnen andererseits sowieso nicht ziehen. Man wird sich also

wohl darüber streiten, wer abziehen muß und wer bleiben darf, und man wird schließlich auch irgendwann versuchen müssen, die Zivilbevölkerung zu entwaffnen. Ein großes Problem werden wahrscheinlich noch längere Zeit die paramilitärischen Banden darstellen, die keinem zentralen Befehl gehorchen und die sich an Kriegführen und Plündern als Lebensform gewöhnt haben. Sie stellen, abgesehen vom materiellen und sozialen Schaden, Herde möglicher Provokationen dar, die zu neuen Kämpfen führen können.

Vereinbart ist auch, daß die "ausländischen" Truppen innerhalb von 30 Tagen Bosnien-Hercegovina verlassen müssen. Das meint selbstverständlich nicht die 60.000 einwandfrei ausländischen Soldaten aus über 20 Staaten, die demnächst ins Land kommen sollen. Sondern es bezieht sich auf Bewaffnete aus Kroatien und Serbien, wozu noch einige hundert oder tausend Freiwillige aus vielen Teilen der Welt zu zählen sind. Wer aber jeweils als "Ausländer" gilt, war schon in der Vergangenheit nie ganz einwandfrei zu klären. Jedenfalls wird es sicher zahlreiche individuelle Grenzfälle geben. Damit also auch weiteren Stoff für Reibereien und möglicherweise für Verzögerungen des Zeitplans.

Rückkehr der Flüchtlinge

Alle Flüchtlinge sollen das Recht haben, in ihre Heimat zurückzukehren. Das soll, falls alles nach Plan liefe, in drei Stufen geschehen: Zuerst die Flüchtlinge, die sich innerhalb von Bosnien-Hercegovina aufhalten; ihre Zahl wird auf 1,2 Millionen geschätzt. Danach diejenigen, die in anderen Teilen des früheren Jugoslawiens leben. Und schließlich die ins Ausland Geflüchteten; angeblich allein in Deutschland über 300.000. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf rund 2,5 Millionen geschätzt, bei früher etwa 4,4 Mio. Einwohnern.

Die deutsche Bundesregierung hat anscheinend unter internationalem Druck ihren provokatorischen Wahnsinnsplan vorerst verschoben, alle Flüchtlinge möglichst "sofort" nach Bosnien-Hercegovina zurückzujagen. Man muß schon fragen, ob dieses Vorhaben nur ein Produkt deutsch-normaler Menschenverachtung war, oder ob dahinter die Absicht steckte, die Lage im früheren Jugoslawien noch einmal kräftig anzuheizen.

Die Rückkehr der Flüchtlinge wird ohnedies enorme Probleme schaffen. Dabei sind die nationalistischen Ressentiments und die vom Krieg hinterlassenen Rachegefühle vielleicht noch nicht einmal das größte Problem. Die Schwierigkeiten sind auch materieller Natur: Die Häuser (und Lebensgrundlagen) vieler Flüchtlinge sind zerstört, oder es wohnen andere Menschen dort, die oft selbst Flüchtlinge, Vertriebene oder Umgesiedelte sind.

Die Rückkehr der Flüchtlinge hängt also nicht allein vom guten Willen der Kriegsparteien ab, um den es an sich auch schon nicht gut bestellt ist. Sie ist ein gigantisches Vorhaben, das sorgfältig geplant, durchgeführt und überwacht werden muß. Und sie erfordert schnelle finanzielle und materielle Hilfe.

Leider ist statt dessen die Wahrscheinlichkeit groß, daß es keine planmäßige, organisierte Rückkehr-Kampagne geben wird, sondern daß sich im wesentlichen der Status quo verfestigt. Das heißt, die Flüchtlinge werden sich vermutlich zum größten Teil im Gebiet ihrer Volksgruppe ansiedeln. Daneben könnte es in einzelnen Gebieten und Orten spontane Entwicklungen geben, in denen Konfrontationen, Verteilungskämpfe und vielleicht neue Fluchtbewegungen möglich wären.

Ein Staat, zwei oder drei?

Das Friedensabkommen sieht vor, daß Bosnien-Hercegovina als einheitlicher Staat erhalten oder besser gesagt rekonstruiert werden soll. Die Republik soll ein gemeinsames Parlament, eine zentrale Regierung und ein dreiköpfiges Präsidium bekommen. Die Zuständigkeit der Regierung soll sich allerdings auf einige wenige Gebiete beschränken: Außenpolitik, Außenhandel, Geldpolitik sowie Fragen der Staatsbürgerschaft und der Einwanderung. Außerdem soll es ein gemeinsames Verfassungsgericht, eine Zentralbank und nicht zuletzt sogar eine gemeinsame Währung geben. 1996 soll mit organisatorischer Hilfe der OSZE und unter internationaler Aufsicht die Wahl des Parlaments und des Präsidenten stattfinden.

Andererseits wird von vornherein davon ausgegangen, daß Bosnien-Hercegovina aus zwei weitgehend autonomen Teilen bestehen wird: den beiden durch den Korridor von Brcko verbundenen serbischen Gebieten und der moslemisch-kroatischen Föderation. Letztere kam im Frühjahr 1994 durch heftigen Druck der USA und Deutschlands auf die kroatische Seite zustande. In der Realität besteht sie aber bis heute gar nicht. Das heißt, es gibt keine effektiven Strukturen der Föderation, auch keine gemeinsame Armee, Verwaltung usw., sondern

es gab nur das militärische Zweckbündnis gegen die Serben, das durch das Friedensabkommen möglicherweise an Bedeutung verloren hat. Es wird also in absehbarer Zeit nicht nur zwei, sondern sogar drei weitgehend autonome Teile der "einheitlichen" Republik Bosnien-Hercegovina geben.

Die serbische Seite will nach allen bisherigen Äußerungen keinen gemeinsamen Staat, sondern hat diese Formel nur gezwungenermaßen akzeptiert, in der Hoffnung, daß sich ohnehin die Teilung des Landes in der Praxis durchsetzen wird. Ähnliches gilt im Prinzip auch für die kroatischen Politiker, denen die Föderation mit den Moslems nur dadurch schmackhaft gemacht worden ist, daß diese recht bald durch einen Staatenbund mit Kroatien verbunden werden soll.

Jeder Versuch, einen gemeinsamen Staat der drei Volksgruppen zu rekonstruktieren, wird vor dem gleichen Dilemma stehen: Entweder stehen die Serben (ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung) vor der Bedrohung, ständig durch Moslems und Kroaten majorisiert zu werden. Oder man müßte verfassungsmäßig die Rechte der Minorität so stark absichern, daß sie praktisch die Regierungstätigkeit permanent lahmlegen könnte.

Daß es dennoch im Laufe der Zeit in Sarajevo zu einem praktikablen Arrangement mit wechselnden Bündnissen und Mehrheiten kommt, ist nicht a priori unmöglich, aber doch nach dem bisherigen Verlauf der Entwicklung recht unwahrscheinlich. Daß die NATO dann der Regierung in Sarajevo helfen wird, den serbischen Gebieten ihre Autorität mehr oder weniger gewalttätig aufzuzwingen (und sie aufrechtzuerhalten) , ist gleichfalls unwahrscheinlich.

In der Praxis wird es daher vermutlich auf eine möglichst geordnete und unblutige Teilung Bosnien-Hercegovinas hinauslaufen - und selbst das ist noch eine ziemlich optimistisch Prognose.

Gorillas im Nebel

Um das Friedensabkommen zu überwachen und durchzusetzen, sollen rund 60.000 Soldaten in Bosnien-Hercegovina stationiert werden: Unter anderem 20.000 aus den USA (plus 5.000 in anderen Teilen des früheren Jugoslawien); Großbritannien 12-14.000; Frankreich etwa 10.000; Deutschland 4-5.000 (vorerst vor allem in Kroatien). Zehn Staaten, die nicht der NATO angehören, sollen gleichfalls Truppen schicken. Der politisch wichtigste Fakt dabei ist die Beteiligung Rußlands mit 1.500 bis 2.000 Mann.

Die Zahlen geben nur ungefähre Vorstellungen. Unklar ist beispielsweise, wieweit die schon in Bosnien-Hercegovina stationierte Schnelle Eingreiftruppe der NATO (etwa 6.500 britische und französische Soldaten) zu den 60.000 Mann noch hinzugezählt werden muß. Da der Einsatz jetzt schon mindestens für ein Jahr beschlossen ist und die meisten Einheiten in diesem Zeitraum abgelöst werden müssen, wird sich die Zahl der Länder, die im Laufe des kommenden Jahres Kontingente in Bosnien-Hercegovina unterhalten, wohl noch erhöhen. Außerdem muß angenommen werden, daß der Truppeneinsatz nicht nach nur einem Jahr beendet werden kann.

Für Schweden, Finnland und Österreich bedeutet die Teilnahme einen wesentlichen Schritt aus ihrer bisherigen Neutralität heraus. Für Polen sowie die Tschechische und Slowakische Republik gilt die Entsendung von Truppen als Bewährungsprobe für ihre NATO-Reife.

Deutschland bewegt sich mit seinem Beitrag zur internationalen "Friedenstruppe" wieder einen Schritt näher auf den Zeitpunkt zu, wo Bundeswehrsoldaten auch mal "richtig" beim Krieg mitmachen dürfen. Zur Zeit ist der Auftrag der deutschen Bodentruppen noch auf unterstützende Funktionen (Sanitätsdienst, Pioniere, Nachschubwesen u.ä.) beschränkt, und sie sollen überwiegend in Kroatien stationiert werden. Das kann sich aber schon im Lauf der nächsten Monate erheblich verändern. Die deutschen Tornados sind ohnehin schon seit den Luftangriffen vom September fest in Kampfeinsätze integriert.

Der Weg der Bundesregierung zum Jugoslawien-Einsatz deutscher Soldaten ist gepflastert mit Lügen und Verharmlosungen. Von jedem einzelnen Teilschritt hatten die Politiker noch wenige Monate vorher eisern behauptet, es werde ihn auf gar keinen Fall geben. Daß "aus geschichtlichen Gründen" deutsche Soldaten in Jugoslawien nicht eingesetzt werden dürften, war vor kaum drei Jahren noch so selbstverständlich, daß selbst der Bundeskanzler sich anpassen mußte. Heute muß man umgekehrt feststellen, daß nach dem Einsatz deutscher Soldaten in Jugoslawien auch jeder andere Schauplatz der Welt vorstellbar ist.

Die "internationale Friedenstruppe" (IFOR) tritt mit dem Anspruch an, die Einhaltung des Abkommens von Dayton nicht nur zu überwachen, sondern auch militärisch durchzusetzen. Dies gerade auch in Abgrenzung zum bisherigen - nun erloschenen - Mandat der UNO, das von den meisten westlichen Politikern inzwischen als mißglückt bewertet wird.

Zwar unterscheidet sich der Auftrag der IFOR von einem Kampfeinsatz wie gegen den Irak 1991, wo einem Land der Krieg erklärt wurde, um anschließend nicht nur seine Armee, sondern auch seine Infrastruktur zu zerstören. Daß alle Kriegsparteien der Stationierung der IFOR zugestimmt hätten, ist zwar nicht exakt die Wahrheit (siehe oben), doch es kommt ihr immerhin einigermaßen nahe. Aber vom Moment ihrer Stationierung an sind die Truppen nicht mehr von dieser Zustimmung abhängig. Ihre grundsätzliche Aufgabe besteht darin, Verstöße gegen das Abkommen zu bestrafen und Widerstand gegen seine Durchsetzung zu brechen. Das setzt direkt voraus, daß jeweils gegen den Willen zumindest einer Kriegspartei agiert wird.

Wie das konkret geschehen soll, ist unklar. Viele der Situationen, in denen ein Einsatz in Frage kommen könnte, werden so kompliziert und ambivalent sein, daß die NATO-Staaten es schwer haben werden, zum Konsens zu kommen. Die USA, Großbritannien und Frankreich sind jeweils für einen Sektor von Bosnien-Hercegovina zuständig. Jeder Abschnitt umfaßt sowohl moslemisch-kroatische wie auch serbische Gebiete. Die drei Großmächte werden dort möglicherweise eine uneinheitliche Politik betreiben, da sie in der Bewertung der Kriegsparteien und konkreter Vorgänge auch bisher gelegentlich recht weit auseinander lagen.

Krieg und Frieden

Radikale Linke, die sich an pazifistischen Platitüden festhalten, und "eigentlich" gewaltfreie Grüne, die den Krieg als ultima ratio und als Gebot internationaler Solidarität wiederentdecken - das sind zwei Grotesken, die es miteinander aufnehmen können. Zumal es ausgerechnet notorische Figuren vom rechten Flügel der Grünen sind, die uns vorhalten wollen, daß wir Linken doch niemals Pazifisten waren: Vietnam, Nikaragua, wir erinnern uns...

Die Abwehr von Völkermord gebietet Unterstützung des NATO-Einsatzes, versucht Joschka Fischer zu argumentieren. Doppelter Unsinn: Erstens war die Ermordung von Zivilisten in Srebrenica, worauf Fischer sich bezieht, gewiß ein Verbrechen, aber kein Völkermord. Und als Verbrechen fiel der Massenmord leider nicht einmal extrem aus dem Rahmen dessen, was in diesem Bürgerkrieg von allen beteiligten Seiten an Scheußlichkeiten begangen wurde. Zweitens geht es beim bevorstehenden NATO-Einsatz in Bosnien-Hercegovina nicht um die Abwehr drohender Massenmorde, sondern um militärische Absicherung und Durchsetzung eines Friedensplans. Über den moralischen Wert und die praktische Zweckmäßigkeit dieses Vorhabens mag man vielleicht geteilter Ansicht sein, aber der mit erhobenem Zeigefinger und bebender Stimme vorgetragene permanente Hinweis auf "Völkermord" ist nur ein schmutziger kleiner Trick.

Andererseits wird auch auf Seiten der Gegner des NATO-Einsatzes gelegentlich sehr schwach argumentiert. Beispielsweise: Man kann nach viereinhalb Jahren Bürgerkrieg nicht mehr glaubhaft behaupten, daß im früheren Jugoslawien ein klassischer Blauhelm-Einsatz nach den bekannten Spielregeln (nur leichte Bewaffnung, Einsatz nur zur Selbstverteidigung usw.) ein geeignetes Mittel zur Förderung einer Friedensregelung wäre. (PDS, Teile der Grünen)

Daß ein solcher Versuch unter Umständen auf die Dauer sogar mehr schadet als nutzt, hat der UNO-Einsatz in Kroatien bewiesen. UNPROFOR hat dort über drei Jahre lang nicht das geringste unternommen, um die Waffenstillstandsvereinbarung durchzusetzen (z.B. Rückkehr der Flüchtlinge), und sie hat ebensowenig die Massenvertreibung der Serben aus der Krajina verhindern können.

Die Annahme, der Friedensplan von Dayton könne durch eine nur symbolisch agierende Blauhelmtruppe verwirklicht werden, kann ernsthaft gar nicht aufrechterhalten werden. Denn die Aufgaben, die in Bosnien-Hercegovina im kommenden Jahr anstehen, sind bei weitem umfangreicher und komplizierter, als sie es in Kroatien waren.

Man kann sich die Peacekeeping-Einsätze in der Geschichte der UNO daraufhin ansehen, wo sie erfolgreich waren und wo sie scheiterten: Erfolgreich waren sie nur dort, wo die Kriegsparteien sich bereits entschieden hatten, lieber den Status quo zu akzeptieren als noch länger Vorteile mit Waffengewalt anzustreben. Diese Grundvoraussetzung ist unbestreitbar in Bosnien-Hercegovina nicht gegeben.

Stringent kann daher gegen ein Peace Enforcement im früheren Jugoslawien nur argumentieren, wer eine Intervention in jedweder Form, auch durch "klassische" Blauhelme, ablehnt. Dies läuft, konsequent zu Ende gedacht, auf die Forderung hinaus, die Kriegsparteien sich selbst zu überlassen, bis eine Seite gesiegt hat (das wären in Bosnien-Hercegovina zweifellos die Serben gewesen) oder bis alle das Kriegführen total satthaben. Diese Einstellung kann zwar guten Gewissens als linksradikal, aber nicht unbedingt als human betrachtet werden.

Wer stark mit der Vermutung arbeitet, der kommende NATO-Einsatz in Bosnien-Hercegovina könne keinesfalls zum Frieden führen, sondern werde im Gegenteil alles noch sehr viel schlimmer machen, könnte angesichts der realen Entwicklung schon in ein paar Monaten dumm dastehen. Mehr als eine Hypothese ist das nicht, und radikale Linke, die allzu deutlich nur darauf warten, daß es endlich schiefgeht, weil sie es ja so vorausgesagt haben, geben kein sympathisches Bild ab. Ein paar Kritiker des NATO-Einsatzes scheinen sogar vor einem Ende des jugoslawischen Bürgerkriegs mehr Angst zu haben als vor seiner Fortsetzung. Spätestens an diesem Punkt endet linksradikale Politik total sinnentleert.

Traditionelle Imperialismus-Kritik geht ebenfalls am konkreten Problem vorbei. Es geht beim IFOR-Einsatz nicht darum, sich ein Gebiet zu unterwerfen, denn der ökonomischen Dominanz der kapitalistischen Großmächte steht in Osteuropa ohnehin nichts mehr im Wege. Es geht auch nicht darum, eine ungerechte, an den Interessen der Großmächte orientierte Regelung mit Waffengewalt aufzuzwingen: Der in Dayton unterzeichnete Friedensplan ist insgesamt nicht unfair; er benachteiligt sozusagen alle Kriegsparteien in ausgeglichenem Maß. Und den Bürgerkrieg zu beenden, ist eigentlich auch keine böse imperialistische Willkür, sondern würde allen Bewohnern des früheren Jugoslawien nützen, sofern es sich realisieren läßt.

Die Gefahr des NATO-Einsatzes liegt wahrscheinlich vor allem darin, daß er für sich allein genommen - also nur auf Bosnien-Hercegovina bezogen - gar nicht ohne weiteres glaubwürdig zu kritisieren ist: Er mag dort durchaus zu einem wünschenswerten Ergebnis führen. Gerade dadurch würde er maximal dazu beitragen, Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" wieder prinzipiell als vorstellbar und moralisch vertretbar erscheinen zu lassen.

Kt., 7.12.95

2. Öffentliche Kriegsdienstverweigerung vor dem türkischen Konsulat

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/kdv.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:kdv

Mit einer öffentlichen Aktion erklärten am 1. Dezember in Hamburg acht junge Kurden ihre Kriegsdienstverweigerung. "Wir lehnen generell die Unterstützung des Militärs und den Militärdienst ab. Speziell jedoch gibt es in der Türkei einen Krieg, in dem das Militär seit Jahren das kurdische Volk ständig unterdrückt. Diese Rolle des Militärs können und wollen wir als Menschen, als Kurden nicht unterstützen und befürworten"heißt es in einer von den acht jungen Kurden unterzeichneten Erklärung. "In dem seit mehr als zehn Jahren andauernden Krieg gibt es nach inoffiziellen Angaben über 30.000 Tote. Wenn man unter diesen Bedingungen zum Militär geht, muß man entweder töten oder wird man getötet."

Absicht ihrer Aktion sei es, auch hier lebende Türken und Kurden auf die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung hinzuweisen. "Das ist der erste und direkteste Schritt, den jeder einzelne tun kann, um den Krieg zu stoppen" sagte einer der Verweigerer.

In der Türkei sind erstmals zu Beginn der 90er Jahre in den Metropolen Istanbul und Izmir KriegsgegenerInnen unter dem Namen "savas karsitlar dernegi" an die Öffentlichkeit getreten. Obwohl es in der Türkei kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt und schon das öffentliche Eintreten für Frieden als "Propganda zur Schwächung der Armee" mit hohen Gefängnisstrafen geahndet wird, haben sich bislang etwa 40 Männer öffentlich zur Kriegsdienstverweigerung bekannt. Gegen mehrere von ihnen wurden deswegen Strafverfahren eingeleitet, einige wurden inhaftiert. Auch die Vereine der KriegsgegnerInnen wurden verboten, konnten sich aber unter abgeändertem Namen neu gründen.

Der Krieg in Kurdistan hat die Zahl der KriegsgegnerInnen anwachsen lassen, wie auf den Friedenskundgebungen am 1. September des Jahres deutlich wurde. Etwa 400.000 junge Männer haben sich dem Kriegsdienst vor Beginn ihres Militärdienstes durch Fahnenflucht entzogen.

Weitere Informationen über Kriegsdienstverweigerer in der Türkei und über die Möglichkeiten für in der BRD lebende Türken und Kurden, den Kriegsdienst zu verweigern, gibt es über:

Savas Hizmetini Reddedenler Girisimi

Zehnthofweg 16, 52068 Aachen

Telefon: 0241/555804

oder: DFG-VK Hamburg

Amandastr.58, 20357 Hamburg

Telefon/Fax: 040/4322005

3. Nach dem großen Brand: Rote Flora macht weiter!

Autor: J., Hamburg · Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:42

In der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember sind in Hamburg der gesamte erste Stock und das Dach der Roten Flora durch ein Feuer zerstört worden. Die Betreiber des autonomen Stadtteilkulturzentrums halten Brandstiftung für wahrscheinlich, während die Brandsachverständigen der Polizei dafür keine Anzeichen sehen. Ausgebrochen ist der Brand im Archivraum im ersten Stock der Flora. Falls es sich tatsächlich um Brandstiftung handelte, spräche das dafür, daß die TäterInnen es auch gezielt auf die Bestände des "Archivs der sozialen Bewegungen Hamburg" abgesehen gehabt hätten.

Durch den Brand fast vollständig vernichtet wurden: mehrere zehntausend Flugblätter, etliche tausend Broschüren und über 6.000 Plakate aus allen Phasen der neueren linken Geschichte; 160 laufende Zeitungen und Zeitschriften und Mengen von thematisch gesammelten Presseartikeln sowie Akten von "historischen" Gerichtsprozessen und Auseinandersetzungen; dazu noch ein beträchtlicher Bestand aus Originalmaterial von Faschisten und Rechten. Einiges wird sich sicher wiederbeschaffen lassen, aber vieles ist durch den Brand unwiederbringlich verloren. Auch die in der Flora gelagerten Bestände des FotoArchivKollektivs sind verloren. Hier existieren allerdings noch von einem großen Teil des Materials die Negative, so daß ein Wiederaufbau einfacher werden wird.

Während das Dach und der erste Stock der Roten Flora schwer beschädigt oder ganz zerstört wurden, waren die Räume im Erdgeschoß bereits am Tag danach wieder zu betreten. Zahlreiche Menschen beteiligten sich solidarisch an den Aufräumarbeiten. In kürzester Zeit wurde das Löschwasser abgepumpt, die Räume vom Brandschutt befreit und provisorisch getrocknet und vor allem ein Notdach aufgesetzt, so daß sich die Schäden während des Winters nicht ausweiten können.

Schon am Morgen nach dem Brand wurden alle politischen Hebel in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß der Senat den Brand zu einem Abriß der Flora nutzt. Inzwischen haben sich zumindest Teile der Kulturbehörden- und Bezirksbürokratie öffentlich für die Erhaltung der Flora ausgesprochen. Die politischen Forderungen, schreiben die Flora-Leute, liegen im Moment klar auf der Hand: "Die Wiederherstellung der Roten Flora mit Hilfe von Sanierungsgeldern des Senats und die uneingeschränkte Nutzung des Hauses durch die bisherigen NutzerInnengruppen. Auf keinen Fall ist es hinzunehmen, daß der Brand von den politisch Verantwortlichen im Senat genutzt wird, um die Nutzung des Hauses unter ihre Kontrolle zu bringen. Da das Gebäude durch die Hamburger Feuerkasse versichert ist, muß den NutzerInnen die Versicherungssumme zur freien Verfügung gestellt werden. (Die Auszahlung der Versicherung erfolgt an den Senat, eine Zusage, sie an die Betroffenen weiterzuleiten, liegt bisher nicht vor. - Anm. ak) Gleichzeitig muß die Nutzung des Hauses in seiner bisherigen Form garantiert werden." (aus einem Flugblatt des Archivs der Sozialen Bewegungen Hamburg)

Derzeit sucht das Archiv mit Hochdruck ein Übergangsquartier, um seine Arbeit fortsetzen bzw. wiederanfangen zu können. Neben den Archivbeständen ist auch die gesamte Einrichtung - Schreibtische, Regale, Kopierer, Faxgerät, Computer - vernichtet worden. Daher rufen die Archivleute zu Geld- und Sachspenden auf. Und für den Wiederaufbau des Archivs brauchen sie "natürlich die privaten Sammlungen der APO-bewegten Eltern, der eigenen autonomen oder linkradikalen Vergangenheit und besser noch Gegenwart, die säuberlich archivierte seltene Stadtzeitung aus Buxtehude, die verkramte Anschlagserklärung aus alten Hafentagen, die Protokolle aus der KB-Stadtteilzelle, das Diskussionspapier zum Patriarchat von '82, und, und, und. Sortiert das ruhig schon mal vor, und wenn wir ausreichend Platz und einigermaßen Übersicht haben, melden wir uns wieder, und die Papierberge können kommen. Denn nur durch aktive Unterstützung von Euch ist das Archiv aufgebaut worden, und nur so kann es wieder aufgebaut werden. Meldet Euch ruhig schon mal, wenn Ihr was für uns habt."

j., Hamburg

Spendenkonto:

Hamburger Bank, Schröder/Archiv,

Kto. 12 26 75 03, BLZ 201 900 03

Adresse:

c/o Rote Flora, Schulterblatt 71,

20357 Hamburg, FAX 040/4108122

4. "Bündnis für Arbeit" - ein Irrweg

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:40

Seit nunmehr fünf Wochen befindet sich die IG Metall in der Medienoffensive. Für den Vorschlag ihres Vorsitzenden, ein "Bündnis für Arbeit" zu schließen, erntete sie fast nur Lob. Der geschundenen Metallerseele wird das gut getan haben. Unseren vermutlich weniger begeisterten LeserInnen zur Erinnerung: Auf dem Gewerkschaftstag in Berlin hatte IGM-Chef Klaus Zwickel der Bundesregierung und den Arbeitgebern der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie ein Bündnis zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen. Zwickels Forderungen: Innerhalb eines Jahres sollten 100.000 Arbeitsplätze in der M+E-Industrie geschaffen und 10.000 Langzeitarbeitslose eingestellt werden; die Zahl der Ausbildungsplätze müsse um 5% gesteigert werden, und die Bundesregierung sollte gleichzeitig auf Verschlechterungen bei den Sozialhilfekriterien und auf Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe verzichten. Als Gegenleistung würde die IGM bei der Lohntarifrunde 1997 Tarifabschlüsse lediglich in Höhe der Inflationsrate anstreben; zusätzlich wäre sie bereit, untertarifliche Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose zu akzeptieren. (Wortlaut der Zwickel-Rede siehe ak 384, S. 2)

Unser Kopf ist rund, weil ...?

Noch vor nicht allzu langer Zeit schien die gewerkschaftliche Position klar: "Wir werden keine Einstiegslöhne machen, das kann ich verbindlich sagen." Das gelte gleichermaßen "für junge Menschen, Berufsanfänger" und für "Langzeitarbeitslose. Der Einstiegslohn würde das wichtige Grundprinzip unserer Tarifverträge durchbrechen. Gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit. Menschen, die länger arbeitslos waren, werden noch zusätzlich bestraft, indem sie geringer bezahlt werden, wenn sie wieder in Arbeit sind. Das gibt nicht sehr viel Sinn und verstößt auch gegen das Gerechtigkeitsempfinden."

So eindeutig äußerte sich kein Geringerer als der 2. Vorsitzende der IGM, Walter Riester, in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau. Das war allerdings am 2. Februar dieses Jahres; offensichtlich gelangte die IGM-Spitze in der Zwischenzeit zu einigen neuen Erkenntnissen. Riester ging in dem Interview aber noch weiter: "Nächster Schritt, der uns empfohlen wird: für kleine und mittlere Betriebe niedrigere tarifliche Regelungen zu machen. Auch den Weg werden wir nicht mitgehen, weil die Abgrenzung so nicht zu machen ist. Erneut würden wir das wichtige tarifpolitische Prinzip gleicher Mindestbedingungen für alle Betriebe durchbrechen."

Ich biete schon mal auf diesem Wege eine Wette an: Wenn sich der Unternehmerverband Gesamtmetall nur ansatzweise auf die bisherigen "Bündnis"-Vorschläge einläßt, wird auch diese Barriere fallen. Ansatzpunkte sind jetzt schon zu erkennen. Die IGM will in nächster Zeit die Diskussion über das "Bündnis für Arbeit" in die Betriebe hineintragen. In die Betriebe hineintragen heißt allerdings im Klartext (immer vorausgesetzt, das Arbeitgeberlager geht auf die Vorschläge ein), daß der Flächentarifvertrag zwar noch als Dach bestehen bleibt, parallel aber Betriebsvereinbarungen Fragen der Arbeitszeit und der Beschäftigung regeln würden. Damit könnte eventuell die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut werden. Wer aber die betrieblichen Realitäten kennt, weiß, wie schnell Betriebsräte - angesichts drohender Entlassungen oder Werksschließungen - bereit sind, auf Forderungen "ihrer" Firmen einzugehen, um "ihren" Standort zu retten. Damit würde einer weiteren Flexibilisierung zuungunsten der Beschäftigten Tür und Tor geöffnet werden.

Kanzlerrunde bindet DGB ein

Die jüngsten Gespräche zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern (sogenannte Kanzlerrunde am 6.12.1995 in Bonn) haben es nochmals deutlich werden lassen: Der "Bündnis für Arbeit"-Vorschlag der IGM wird von der Regierung genutzt, um die Gewerkschaften in den "Umbau" des Sozialstaates einzubinden. Die Zugeständnisse der Gewerkschaften bei der Entwicklung "gemeinsamer Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" sind offensichtlich. Es klingt schon wie blanker Hohn, wenn es der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte als einen Erfolg der Kanzlerrunde verbucht, "daß bis zum nächsten Treffen am 23. Januar 1996 keine neuen Sozialkürzungen festgelegt wurden". (Handelsblatt, 8.12.95)

IG Metall-Vorsitzender Zwickel hatte schon am 6.12. in einem Handelsblatt-Beitrag der Bundesregierung mehr oder weniger einen Freibrief ausgestellt. Daß die Kürzung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zurückgezogen werde, "hat mir natürlich niemand in Bonn versprochen. Ich habe allerdings so etwas auch

nicht erwartet. Auch bei einer ersten Tarifverhandlung hat es noch nie ein Ergebnis gegeben. Fazit dieser ersten Gespräche war: Die Bundesregierung ist offen für weitere Gespräche, sie baut keine Tabus auf, errichtet keine Verhandlungsbarrieren."

In Wahrheit vermeldete die Runde Übereinstimmung bei der teilweisen Anrechnung von Kuren auf den Urlaub. Daß die Kürzungen im Sozialbereich aufgeschoben wurden, dürfte weniger dem Verhandlungsgeschick von Schulte, Zwickel und Co. zuzuschreiben sein als vielmehr den drohenden Weihnachtsferien und den kommenden Landtagswahlen im Frühjahr 1996.

Waren Zwickels Forderungen auf dem Gewerkschaftstag noch relativ konkret, so scheint seine Rede - wie befürchtet - nur der Auftakt einer kontinuierlichen Aufweichung bisheriger IGM-Positionen zu sein. Statt der vor fünf Wochen noch geforderten Schaffung von 330.000 Arbeitsplätzen innerhalb von drei Jahren fordert Schulte nunmehr - als "Gegenleistung" für Lohnverzicht und niedrigere Einstiegstarife - nur noch ein "starkes Signal der Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen". Wie dieses Signal aussehen soll, wird absichtlich nebulös gehalten.

Handeln wider

besseres Wissen

Noch vor wenigen Monaten verwies das DGB-Vorstandsmitglied Michael Geuenich bei der Präsentation der aktuellen Lohn- und Gewinnanalyse darauf, daß in der Höhe der bundesdeutschen Löhne nicht die Ursache der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit zu suchen sei. Denn im Gegensatz zu den Gewinnen sind die Löhne und Gehälter seit 1980 nur geringfügig, nämlich um 1,9% gestiegen. Auch wenn man die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit (um 9% seit 1980) berücksichtigt, sind diese Steigerungen "Peanuts" gegenüber dem Anstieg der realen Nettogewinne. Im selben Zeitraum legten diese um lockere 95% zu. Darin enthalten sind auch die Gewinneinbrüche der Jahre 1992 (-5,4%) und 1993 (-11,5%). Allein 1994 stiegen die realen Nettogewinne um 16,5%. Die reale Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigter/m sank 1994 in der ehemaligen BRD um 3%. Die Nettokapitalrendite lag 1994 bei 11,4% und damit so hoch wie zu Beginn der 70er Jahre. Das DGB-Vorstandsmitglied Geuenich kommt zu dem Schluß: "Die eigentlich Leidtragenden der Rezession von 1993 sind die Arbeitnehmer mit Reallohnverlusten und mit dem Abbau von einer Million Arbeitsplätzen seit Mitte 1992." (Handelsblatt, 21.7.95) Nur, was nützt eine korrekte Analyse der Wirklichkeit, wenn solche Studien sofort in der Schublade verschwinden.

IG Metall und DGB haben nicht einmal den Willen, Gegenmacht zu sein. Vielmehr ist Co-Management auf allen Ebenen angesagt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es gerade die Gewerkschaften sind, die am "innovativsten" am Erhalt des "Wirtschaftsstandortes Deutschland" arbeiten. Dafür gibt es schon mal heftiges Lob; so schreibt der Handelsblatt-Kommentator: "Was in Frankreich spaltet, läßt in Deutschland die Lager enger zusammenrücken... Sie (die deutschen Gewerkschaften; Anm. gg.) haben die bislang von den Arbeitgebern gespielte Rolle der Meinungsführerschaft übernommen. Dies spricht für die Innovationskraft der deutschen Gewerkschaften. Und dies spricht für die in den Jahren der Wiedervereinigung mit Solidarpakt und Kanzlerrunden geschulte spezifisch deutsche Streitkultur. Sie ist zweifellos einer der weichen Standortvorteile, deren Fehlen Frankreich die Vorbereitung auf die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion so schwer macht." (Peter Thelen in Handelsblatt, 8.12.95)

Eigentlich müßte es Zwickel, Riester, Schulte und Co. ob solcher Lobeshymnen die Schamesröte ins Gesicht treiben. Anzunehmen ist eher, daß sie rot vor Freude werden.

Mit dem "Bündnis für Arbeit" sind die Weichen eindeutig in die falsche Richtung gestellt. Bisher machen sich innergewerkschaftliche Gegenkräfte kaum bemerkbar. Die Hoffnung darauf, daß sich Zwickels Vorstoß blamiert und damit von selbst erledigt, ist trügerisch. Es ist höchste Zeit, innerhalb der IGM offen gegen dieses "Bündnis für Arbeit" Position zu beziehen. Wird der Kurs beibehalten, wird die Gewerkschaft für einen längeren Zeitraum nicht einmal mehr als gesellschaftliches Korrektiv auftreten können.

gg., 8.12.95

5. "Ras le bol." ("Die Schnauze voll.") Massenstreiks gegen sozialen Kahlschlag lassen Frankreichs Regierung wanken

Autor: B. Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:44

Mehr als zwei Wochen nach ihrem Beginn scheint die Streikbewegung in Frankreich ihren Höhepunkt noch nicht überschritten zu haben. Immer mehr Menschen beteiligen sich an Demonstrationen; viele kleine Städte erleben die größten Kundgebungen seit dem Mai 1968. Der anfangs als "Beamtenstreik" verächtlich gemachte Arbeitskampf hat sich zur tiefgreifenden politischen und sozialen Krise ausgewachsen.

Ob die Krise mit einem Rücktritt des Regierungschefs zu meistern ist, scheint fraglich. Auch Politiker der Regierungsparteien rütteln am Stuhl des Ministerpräsidenten Alain Juppé. Ausgerechnet Rechtsausleger Charles Pasqua, Innenminister unter Balladur, machte den Anfang: "Wir brauchen einen Premierminister, der auch die Statur für die Politik hat, die man führen will." Man könne Frankreich nicht "wie ein Unternehmen" führen, sondern müsse "einen Dialog führen" und den Menschen die - im Prinzip goldrichtige - Politik des sozialen Kahlschlags erklären.

"Sparpolitik" als Umverteilung von unten nach oben

Ob nachträglich eine Mehrheit für diese Politik gewonnen werden kann, ist mehr als fraglich. Die Pläne der Regierung zur "Reform" der Sozialversicherung werden auch durch freundlich vorgebrachte Argumente nicht weniger brutal. Die Securité Sociale hat in den Jahren 1993 bis 1995 ein Defizit von 180 Mrd. Francs. Es beruht u.a. auch darauf, daß der Staat seine Schulden an die Sozialversicherung nicht bezahlt hat; die bürgerliche Regierung Balladur senkte 1993 die Beiträge des Staates und der Unternehmer. Nun soll das Minus durch eine Sondersteuer von 0,5% behoben werden, die bis ins Jahr 2008 gezahlt werden soll.

Noch schwerer wiegt das Vorhaben von Wirtschaftsminister Arthuis, den Steuerabschlag von 20% für Lohn- und Gehaltsempfänger abzuschaffen; dieser Abschlag begründet sich aus der Tatsache, daß bei Unternehmern und Freiberuflern zwischen den tatsächlichen und den angegebenen Einkünften eine Differenz von durchschnittlich 36% klafft. Bei abhängig Beschäftigten (deren Einkommen sich leicht nachprüfen läßt) beträgt diese Differenz dagegen nur 4%. Damit wird die Last der Defizitbewältigung auf die Lohnabhängigen abgewälzt.

Brisante Ergebnisse enthält eine Studie, die für die Planungsabteilung des französischen Senats erarbeitet wurde und die nun durch die linke Wochenzeitung Rouge publik gemacht worden ist. Demnach würde die Securité Sociale keine roten Zahlen schreiben, hätte die französische Regierung nicht am Dogma des "franc fort" (starker Franc) festgehalten, der Stabilerhaltung der Währung gegenüber der starken D-Mark, die zum Rückgang der Produktion führte. Die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit, die geringeren Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben sind die wahren Ursachen des Defizits. Die Tageszeitung Le Monde (11.10.95) beschreibt die Folgen der französischen Finanzpolitik des "franc fort" so: "Um dem ‚teuren Geld` zu entkommen, haben die Unternehmen versucht, sich um jeden Preis zu entschulden. Ab 1991 haben sie alle Ausgaben auf das strikte Minimum beschränkt. Die Firmen suchen sich nur die rentabelsten Projekte heraus. Manche sitzen auf einem Berg von Gold. Bildung von gefüllten Kriegskassen, eingefrorene Investitionen: Die Beibehaltung hoher Zinsen führt zur Austrocknung der Industrie."

Der Regierung Juppé geht es aber auch um die Zerschlagung der öffentlichen Dienste - etwa die Privatisierung der France Télécom - sowie um deren Austrocknung durch finanziellen Rückzug des Staates. Musterbeispiel dafür ist die Eisenbahngesellschaft SNCF. Der Staat als alleiniger Aktionär veranlaßte die SNCF zu Investitionen (etwa für den Hochgeschwindigkeitszug TGV, den Exportschlager nach China und Korea), kam aber nicht für die Kosten auf. Die Schulden der SNCF belaufen sich derzeit auf 178 Mrd. Francs, die allein 14 Mrd. Francs Zinsen nach sich ziehen. Der Staat will nur 37 Mrd. übernehmen und bietet als "Kompromißvorschlag" an, auf jeden durch die SNCF eingesparten Franc einen weiteren draufzulegen. Vorgesehen ist die Streichung von 30.000 Arbeitsplätzen und die Stillegung von 6.000 Streckenkilometern. Das würde bedeuten, daß ganze Regionen - etwa das gesamte Zentrum Frankreichs - nicht mehr an die Bahn

angeschlossen wären. Der "Kompromißvorschlag" wurde von den Gewerkschaften als Erpressung zurückgewiesen.

Ein weiterer Anschlag des Staates gilt den Renten der öffentlich Bediensteten. Die Dauer der Einzahlungen in die Rentenkassen - und damit die Lebensarbeitszeit - soll von 37,5 auf 40 Jahre heraufgesetzt werden. Für die Beschäftigten im privaten Sektor gilt dies bereits; eine entsprechende Gesetzesänderung gehörte zu den ersten Maßnahmen der neugewählten bürgerlichen Regierung Balladur im Jahre 1993. In dieser Frage hat Juppé inzwischen ein Nachgeben in Aussicht gestellt.

Das neoliberale Programm wurde von der französischen Regierung auch mit Blick auf die Maastricht-Kriterien aufgestellt. Während der ersten neoliberalen Welle - nach der Wahl von Thatcher (1979), Reagan (1980) und Kohl (1982/83) - hatte Frankreich sich mit der Wahl der sozialistisch-kommunistischen Koalition unter Francois Mitterrand (1981) noch für ein Gegenmodell entschieden. Diese Regierung schwenkte zwar schon ab 1982, und verschärft ab 1983 auf eine wirtschaftsliberale "Austeritätspolitik" um. Dennoch bleiben heute für das neoliberale Modell noch wesentliche Hürden zu überwinden, gerade im Hinblick auf die öffentlichen Dienste und deren Bedeutung im öffentlichen Bewußtsein.

Die Studierenden

Der Streikwelle im öffentlichen Dienst waren ab Anfang Oktober Streiks und Demonstrationen der Studierenden vorausgegangen. Unmittelbare Ursache ist die vielfach unhaltbare Studiensituation, der Mangel an Räumen und Lehrpersonal. Hier gibt es eine sehr ungleiche Verteilung zwischen "armen" und "reichen" Universitäten. Die nach dem ehemaligen Innenminister benannte "Pasqua-Uni" in Nanterre, am Westrand von Paris, ist eine zu 100 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanzierte Privat-Universität für die künftige Elite. Hier kostet das Studium locker 35.000 Francs im Jahr. Zu Semesterbeginn im Herbst hatten sich erst 150 Studenten eingeschrieben, obwohl 5.000 Studienplätze zu Verfügung stehen. Nachdem Räume an andere Elitehochschulen vermietet wurden, sind immer noch 4.000 Plätze unbesetzt - während sich an der zwei Kilometer entfernten öffentlichen Uni Paris X-Nanterre 36.000 Studierende die 18.000 vorgesehenen Plätze teilen.

Den Studierenden in Rouen, die im Oktober mit einem dreiwöchigen Streik den Anfang gemacht hatten, wurden inzwischen geringfügige Zugeständnisse gemacht. Die zusätzlich bewilligten Mittel für ihre Hochschule, u.a. für Neueinstellungen von Lehrpersonal, ändern allerdings nichts an der eigentlichen Ursache für die tiefe Unzufriedenheit. Ein Studium ist längst keine Garantie mehr für sozialen Aufstieg. Zukunftsangst und Perspektivlosigkeit sind wesentlicher Antrieb des studentischen Protestes.

Die Gewerkschaften

Anders als in Deutschland mit seinen sozialdemokratisch dominierten "Einheitsgewerkschaften" ist die gewerkschaftliche Landschaft in Frankreich vielgestaltig. Den "radikalen" Flügel der Streikbewegung bilden die KP-nahe CGT und "Force Ouvrière" (FO), die sich 1947 von der CGT abgespalten hatte. Am 28. November liefen die Führer der beiden Gewerkschaften erstmals seit der Spaltung wieder Seite an Seite an der Spitze eines Pariser Demonstrationszuges.

Diese Einheit kam aber erst auf Druck der Basis zustande - nachdem FO-Führer Marc Blondel mit seiner Geheimdiplomatie am Hofe Chiracs gescheitert war. Hatte Blondel noch am 11. November die Sozialversicherung für "gerettet" erklärt, so zeterte er einige Tage später, er sei getäuscht worden. Die Regierung hatte klargestellt, daß sie alle Bereiche der Sécu Sociale (Krankenkasse, Renten und Familienunterstützung) unter staatliche Kontrolle stellen wolle; bisher hatte sie Blondel in dem Glauben gelassen, seine Gewerkschaft dürfe auch weiterhin - wie schon seit 28 Jahren - die Krankenkasse kontrollieren und deren Direktoren stellen. Als Gegenleistung sollte sich FO der Sozialreform gegenüber "versöhnlich" verhalten. Blondels wundersame "Radikalisierung" hat also ganz profane Hintergründe.

Einen noch größeren Autoritätsverfall erlebte die Vorsitzende der sozialdemokratisch orientierten CFDT, Nicole Notat, die die Regierungspläne zum Teil unterstützt. Sie wurde am 28.11. von CFDT-Mitgliedern aus dem Pariser Demonstrationszug hinausgeworfen und wegen ihres "Verrats" lautstark zum Rücktritt aufgefordert.

Madame Notat träumt von einer Übernahme des deutschen "Sozialpartnerschafts"-Modells und von einem "Dialog ... von gleich zu gleich mit der Unternehmerschaft und der Staatsmacht" - eine absurde Vorstellung angesichts der realen Machtverhältnisse.

Offen abgelehnt wird der Streik auch von den Führungen der CFE-CGC und der christlichen CFTC. Deren Chef Alain Deleu will einen "runden Tisch der Sozialpartner, um das Chaos zu verhindern".

Der Unterschied zwischen

Mai 1968 und Dezember 1995

Die Bilder von einst und jetzt gleichen sich. Studierende und Arbeiter demonstrieren Seite an Seite, Streikende besetzen Betriebe und blockieren Straßen. Auch im Dezember 1995 kommt es zu militanten Aktionen (im Medienjargon "Ausschreitungen" genannt), u.a. von Air-France-Bediensteten, Bergarbeitern und Jugendlichen aus den Banlieues; die Antwort der Polizei ist die gleiche wie vor 27 Jahren: Es wird geknüppelt und Tränengas eingesetzt.

Inhalt und Ziel der beiden französischen Revolten unterscheiden sich allerdings gravierend: Der Traum von "Freiheit, Phantasie und Menschenwürde" (Jean-Paul Sartre; vgl. nebenstehenden Kasten) ist der Zukunftsangst und dem Mut der Verzweiflung gewichen. Mehr als ein halbwegs annehmbarer Kompromiß kann aus dem gleichwohl bewundernswerten Kampf nicht herauskommen. Einen politischen Linksruck wird es nicht geben, auch wenn Premierminister Juppé fallen sollte. Zum einen profitieren von der Krise auch die Rechten, die "Anti-Europäer" des Rechtspopulisten de Villiers ebenso wie Jean-Marie Le Pens Front National. Zum anderen würde auch eine "linke" Regierung unter Führung der Sozialisten die Sanierung der Staatsfinanzen und den Abbau des Sozialstaats mit ähnlichen Mitteln betreiben.

Bernhard Schmid/Paris

und Js./ak-Redaktion

Ein tiefer Riß

"Warum ist Frankreich blockiert?" - der Titel einer Live-Sendung des französischen Fernsehens war gleichzeitig Programm: Um die "archaischen Blockaden zu überwinden, die Frankreich den Weg in eine moderne Zukunft verbauen", wurden die Protagonisten des gegenwärtigen Konflikts zusammengeführt: Minister, Parlamentarier, Unternehmer auf der einen, streikende Studenten, Eisenbahner und Metro-Beschäftigte auf der anderen Seite durften vor laufenden Kameras ihre Meinung sagen. Durch schnelles Hin- und Herschalten zwischen den Parteien sollte die Situation "entblockiert" werden.

Der eitle Schönling Bernard Kouchner, Minister der letzten sozialistischen Regierung bis 1993, versuchte sich mit einer Methodenkritik an der Regierung in Pose zu werfen: Diese erkläre den Leuten nicht genug, überfordere sie mit zu vielen Reformen auf einmal. Man brauche den Dialog. Am Ende der Sendung - der sichtlich betrunkene Arbeitsminister Barrot war inzwischen diskret und schnell vom Bildschirm verschwunden - war Kouchner verstummt. Auch der jung-dynamisch-schleimige bürgerliche Abgeordnete Lelouche (RPR) hörte auf, Verständnis zu heucheln, und zog sich auf einen abstrakten Patriotismus zurück: "Frankreich ist ein großes Land, es wird auch darüber hinwegkommen."

Die anwesenden Soziologen konstatierten besorgt "tiefe Verständnislosigkeit zwischen beiden Seiten". Was war geschehen? Die Streikenden - einfache Leute, die meist Schwierigkeiten hatten, sich auszudrücken - hatten sich nicht auf eine Detaildiskussion mit den Politikern eingelassen, wie die Haushaltsdefizite abzubauen seien. Sie stellten vielmehr die einfache Frage: Was für eine Zukunft könnt ihr uns bieten? Ein Wendepunkt der Debatte war der Beitrag eines Postlers und CGT-Gewerkschafters aus Strasbourg. Tief bewegt und immer wieder vom Moderator brüsk unterbrochen, brachte er die letztlich zur Entscheidung anstehende Frage vor: "Es geht nicht um mich und um uns hier. Ich bin 50, ich werde meine Rente durchkriegen, ich werde schon durchkommen. Aber es geht darum, welche Zukunft wir unseren Kindern zu bieten haben, daß wir ihnen eine soziale Wüste hinterlassen."

Auf einem Transparent auf einer großen Pariser Demo wurde schlicht "ein weniger beschissenes Leben" gefordert. Genau darum geht es. Eine Umfrage, die Anfang Oktober unter 18- bis 25jährigen beiderseits des Rheins durchgeführt wurde, brachte eindeutige Ergebnisse: 54% der Französinnen und Franzosen dieser

Altersstufe erwarten, in 20 Jahren schlechter zu leben als ihre Eltern heute; dagegen glauben 58% der jungen Deutschen, sie würden dann unter "gleichen oder besseren" Bedingungen leben. Während auf deutscher Seite 67% der Befragten antworten, man solle "den Arbeitsplatz annehmen, der einem gefällt", vertreten 64% der gleichaltrigen Franzosen die Ansicht: "Man muß den ersten besten Arbeitsplatz annehmen, der sich bietet" - um überhaupt einen zu bekommen.

Hier zeigt sich nicht nur die ebenso hoffnungslose wie realistische Überzeugung, daß diese Gesellschaft der jungen Generation keinen Platz zu bieten hat. Die französischen Umfrage-Ergebnisse sind auch Ausdruck des Verhältnisses zum wirtschaftlich stärkeren Nachbarn Deutschland, unter dessen Konkurrenzdruck Frankreich einknickt.

Bernhard Schmid, Paris

Keine Neuauflage von 1968

Mai 1968

"Soll die Revolution eine Chance haben, so muß man der herrschenden Macht eine Gegenmacht entgegensetzen. (...) Zu sagen, die Arbeiterklasse, die die einzige produzierende Klasse ist, sei in den ‚Konsumgesellschaften` als revolutionäre Kraft aufgehoben, hieße, daß es in diesen Gesellschaften nie mehr eine Revolution geben wird. Ich weiß, daß dies Marcuses Schlußfolgerung ist. Aber ich glaube gerade, daß sie sich durch die jüngsten Ereignisse in Frankreich als falsch erwiesen hat.

Denn die Studenten sind trotz allem nicht allein geblieben. Zehn Millionen Streikende haben sich ihnen angeschlossen. Freilich nicht am ersten Tag und auch nicht bis zum Schluß. Aber immerhin so schnell und so lange, daß die Arbeiter selbst darüber verblüfft waren. Sie befanden sich plötzlich, ohne es vorher miteinander abgesprochen zu haben, mitten in einer Bewegung, die sich spontan immer mehr radikalisierte und in eine neue Forderung einmündete: die Forderung nach Menschenwürde, nach Souveränität, nach Macht. Sie stürzten sich in die Aktion mit einem ganz neuen Gefühl der Freiheit, der Phantasie, ohne jedoch immer zu begreifen, wie ihnen geschah."

Jean-Paul Sartre, Juli 1968

Dezember 1995

"Damals (1968) ging es darum, gesellschaftliche Güter zu verteilen, die Zukunft zu gestalten. Heute gibt es nichts zu verteilen. Die Leute fragen: Wo ist unsere Perspektive?"

"1968 ist alles einfacher gewesen. Ich möchte mit den jungen Leuten heute nicht tauschen. Es ist jetzt so verdammt viel schwerer, jung zu sein. (...) Frankreich ist eine Gesellschaft, die sagt: Mein lieber Freund, die Zukunft ist schwarz. Die jungen Leute haben Angst vor der ökologischen Zerstörung, Angst vor dem Krieg, Angst vor allem vor der Arbeitslosigkeit. In dieser Situation sagen viele Jugendliche: Gebt uns wenigstens die notwendigen Lehrmittel, damit wir an unserer Zukunft arbeiten können. Das finde ich völlig legitim."

Daniel Cohn-Bendit, Dezember 1995

6. Türkei: Linkes Wahlbündnis für "Arbeit, Frieden und Freiheit"

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:41

Für die am 24. Dezember stattfindenden vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei hat sich ein breites Wahlbündnis "für Arbeit, Frieden und Freiheit" gegründet. Dem Bündnis, dessen Kandidaten auf der Liste der HADEP kandidieren, gehören neben der prokurdischen HADEP (der Nachfolgepartei der verbotenen HEP bzw. DEP), die "vereinigte sozialistische Partei" BSP, die aus einem Zusammenschluß mehrerer sozialistischer Organisationen und Parteien hervorgegangen ist, die kleinere SIP, prominente Mitglieder der Grünen, sowie die Partei der demokratischen Veränderung (DDP) an. (In der BRD wird diese Partei vor allem von Komkar unterstützt.)

"Jeder, der den Frieden möchte, ist aufgerufen, den Block für Arbeit, Frieden und Freiheit zu unterstützen", heißt es in der gemeinsamen Wahlplattform. Das Regime der Türkei befinde sich in einer ernsten Krise und die staatstragende Parteien bildeten einen reaktionären, militaristischen Block, um den Krieg weiterzuführen und zu verschärfen. In der Türkei gebe es nur dem Schein nach ein parlamentarisches System. Die Kriegspolitik zerstöre nicht allein die Lebensgrundlage der Kurden, sondern auch die der Arbeiterschaft, der Jugend, der Frauen und die Umwelt.

Besser noch als jeder Text bringt die Kandidatenliste das Programm der "Friedensfront" zum Ausdruck, denn sie ist kein reines Parteienbündnis: zahlreiche Einzelpersönlichkeiten aus verschiedenen politischen Spektren der Opposition haben ihre Kandidatur erklärt: In Mersin, einer der Hochburgen der kurdischen Binnenmigration, kandidiert Akin Birdal, Vorsitzender des türkischen Menschenrechtsvereins. Die Wissenschaftler Fikret Baskaya und Haluk Gerger, die aufgrund verschiedener Schriften, in denen sie die nationalistische Staatsideologie der Türkei in Frage stellten, bis vor kurzem als prominente "Gesinnungsgefangene" im Gefängnis saßen, kandidieren ebenso wie linke Gewerkschafter, Journalisten und Rechtsanwälte. Außerdem kandidieren die ehemaligen HEP-Abgeordneten Sirri Sakik, Ahmet Türk und Sedat Yurttas, die im Frühjahr 1994 aus dem Parlament heraus verhaftet und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren (1), und zahlreiche Köpfe der 68er Linken, die in den vergangenen 25 Jahren verschiedenste Parteien und Organisationen geführt hatten und nun angesichts der politischen Situation wieder zusammengefunden haben. Auch der Schriftsteller Yasar Kemal sowie der kurdische Abgeordnete Abdülmelik Firat, der in der vergangenen Legislaturperiode ein Mandat für die DYP einnahm, unterstützen die Bündnisliste aktiv.

Anhand der Aufstellung der Kandidaten der "Friedensliste" ließe sich die Geschichte des Kampfes gegen Krieg, Menschenrechtsverletzungen und faschistischen Terror der vergangenen Jahre erzählen, der die Aktivisten verschiedener Spektren immer wieder zusammengeführt hat: bei den politischen Prozessen vor den Staatssicherheitsgerichten, in den Ruinen der zerbombten Zeitung "Özgür Ülke" und den anschließenden Solidaritätsschichten, um sie trotzdem herauszubringen, auf den Beerdigungen der zahllosen Opfer des staatlichen Terrors, auf Veranstaltungen der Menschenrechtsvereine, bei Aktionen für die (in den Händen der Polizei) Verschwundenen und auf Friedenskundgebungen. Über die politischen Differenzen hinweg sind so in den vergangenen Jahren Bündnisse entstanden. Immer mehr türkische Linke haben erkannt, daß sowohl jede Demokratisierung als auch eine Lösung der sozialen Probleme aufs engste mit der kurdischen Frage zusammenhängen und eine Beendigung des Krieges oberstes gemeinsames Ziel sein muß. "Jeder, der nur ein Gramm Menschlichkeit in seinem Herzen trägt, muß sich der Front gegen den Krieg anschließen", ruft der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende der Ölarbeitergewerkschaft Petrol-Is zur Unterstützung der Friedensliste auf. Auch er mußte wegen "pro-kurdischer" Äußerungen für ein Jahr ins Gefängnis und ist einer der ersten, der die kurdische Frage auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zur Sprache brachte.

Neben dem enormen Mut, trotz unvorstellbarer Repression immer wieder weiterzumachen, verbindet die Menschen dieser verschiedenen Spektren auch die gemeinsame Trauer um all diejenigen, die in diesen Kämpfen ermordet wurden. Auch das hat in der Kandidatenliste seinen Niederschlag gefunden. In Sivas, wo im Juli 1993 ein fanatisierter islamistischer und faschistischer Mob die Teilnehmer eines alevitischen Kulturfestivals angriff und 37 Schriftsteller und Künstlerinnen in einem Hotel verbrannten, kandidiert Nebahat Altiok. Ihr Mann, der Schriftsteller Metin Altiok, war einer der Opfer des Pogroms. Ishak Tepe, der ehemalige

DEP-Vorsitzende der kurdischen Stadt Bitlis, wurde für einen Wahlkreis in Istanbul nominiert. Um ihn zur Aufgabe der Politik und zur Schließung der DEP in Bitlis zu zwingen, hatten Todesschwadrone der Polizei im Sommer 1993 seinen Sohn Ferhat entführt und ermordet. Vor zwei Monaten wurde auch sein Neffe Seyfettin Tepe im Polizeipräsidium von Bitlis zu Tode gefoltert. Ferhat und Seyfettin arbeiteten beide als Journalisten für "Özgür Gündem/Ülke".

Im kurdischen Mardin, unweit der syrischen Grenze, kandidiert neben dem aus der Haft entlassenen HEP-Abgeordneten Ahmet Türk auch Cihan Sincar, ein Bruder des im September 1993 von Todesschwadronen ermordeten HEP-Abgeordneten Mehmet Sincar. In Diyarbakir kandidiert Veysi Aydin, der Bruder des im Juli 1991 von der Kontraguerilla entführten und ermordeten HEP-Vorsitzenden Vedat Aydin.

Größte Wahlchancen

in den kurdischen Gebieten

Die größten Chancen werden dem Wahlbündnis in den kurdischen Provinzen eingeräumt, wo bereits die Vorgängerpartei HEP bei den letzten Parlamentswahlen im Oktober 1991 21 Parlamentssitze gewinnen konnte. Der Wahlkampf 1991 fand allerdings - trotz Repressalien- in einer Hochphase der legalen kurdischen Massenbewegung statt. Zehntausende besuchten die Wahlkundgebungen von Leyla Zana, Hatip Dicle und den übrigen Kandidaten. Nach dem Verbot der HEP und ihrer Nachfolgepartei DEP und der Ermordung von Hunderten ihrer Aktivisten, mußte die DEP ihre Büros in vielen kurdischen Städten schließen. Am 4. März 1994 wurde die Partei verboten und ihre Abgeordneten aus dem Parlament heraus verhaftet und zu Haftstrafen bis 15 Jahren verurteilt.

Während des Regionalwahlkampfes 1994 wurden zahlreiche Kandidaten und Parteimitglieder von staatlichen Killerkommandos ermordet. Hunderte Kurden wurden "präventiv" inhaftiert und auch in den Großstädten Ankara und Istanbul wurden auf mehrere Parteibüros der DEP Bombenanschläge verübt. Als eklatante Behinderung ihrer Wahlchancen bezeichnete es die DEP-Führung damals, daß Millionen kurdischer Wähler durch die Zwangsumsiedlungen gar nicht in den Wählerlisten erfaßt und so ihres Stimmrechts beraubt waren. Darüberhinaus sollte die Stimmabgabe in den ländlichen kurdischen Gebieten in bestimmten Zentraldörfern unter Augen von Militärs und Dorfschützern stattfinden.

Obwohl sich der Druck auf die (verbliebene) ländliche Bevölkerung eher noch erhöht hat, prognostizierte die liberale Zeitung Yeni Yüzyil Anfang Dezember 1995 einen deutlichen Wahlsieg der "Friedensliste" in den kurdischen Provinzen. Während die staatstragenden Parteien in der Mehrheit der kurdischen Provinzen stark diskreditiert sind, verfügt die islamische Refah Partisi hier über beträchtlichen Einfluß. Das liegt zum einen an der überwiegend muslimischen Prägung der kurdischen Gesellschaft, zum anderen hatte die RP vor zwei Jahren kurdischen Forderungen (Errichtung kurdischer Schulen, Abschaffung der Repressionsmaßnahmen etc.) großen Raum in ihrem Wahlprogramm eingeräumt. Inzwischen wurden diese "kurdischen Tendenzen" zurückgedrängt und die Partei wieder auf ihren türkisch-islamischen Kurs vereinheitlicht.

Als weiterer Pluspunkt für die Bündnisliste kommt hinzu, daß sie verschiedene kurdische Strömungen vereinigt. So kandidiert in Diyarbakir nach dem HADEP-Vorsitzenden, Murat Bozlak, auch Refik Karakoc, der der DDP (s.o.) angehört, die in Diyarbakir über ein gewisses Potential verfügt. Während sich die DEP 1994 unter dem Druck der Repressalien und nach dem Verbot der HEP immer stärker zu einer Richtungspartei entwickelte und dadurch manche Strömungen die Partei verließen, läßt sich für die Bündnisliste sagen, daß sie all diejenigen vereinigt, die sich tatsächlich für eine Beendigung des Krieges in Kurdistan und für eine Demokratisierung einsetzen.

Trotz mancher Behinderungen und einzelner Polizeiübergriffe blieben Repressalien wie beim letzten Regionalwahlkampf bislang aus. Dabei mag es eine Rolle spielen, daß die abgewirtschaftete Regierungschefin Ciller auf die für den 13. Dezember zugesagte Zustimmung der EU zur Assoziierung der Türkei angewiesen ist und sich deshalb derzeit keine allzu eklatanten Übergriffe leisten kann. So konnte am vergangenen Wochenende in Diyarbakir ein dreitägiger "Demokratiekongreß" mit fast tausend Teilnehmern relativ ungehindert stattfinden. Dieser Kongreß, der von einer aus mehr als 20 Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen bestehenden "Demokratieplattform" ausgerichtet wurde, sollte ursprünglich bereits vor zwei Jahren stattfinden. Doch die Plattform wurde damals verboten, die Unterzeichner des Aufrufes angeklagt und zum Teil zu Haftstrafen verurteilt. Daß dieser Kongreß nun doch durchgeführt werden konnte, die

Menschen aus Diyarbakir erstmalig wieder auf die Straße konnten, um die Kongreßteilnehmer aus der Türkei zu empfangen, hat ebenfalls dazu beigetragen, die angstvolle Spannung der letzten beiden Jahre ein wenig aufzubrechen.

Und im Westen?

Als Resultat der Vertreibungspolitik stellt die kurdische Bevölkerung inzwischen auch in den westlichen Metropolen Adana, Mersin, Izmir und Istanbul ein großes Stimmenpotential. Die entscheidende Frage ist, wieweit die Bündnisliste auch innerhalb der türkischen Wählerschaft Stimmen gewinnen kann. Obwohl die Widersprüche innerhalb der türkischen Gesellschaft immer krasser aufbrechen und es im Verlauf des vergangenen Jahres in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu Massenkämpfen gekommen ist, darf man nicht vergessen, daß dies mit einer starken Polarisierung einhergeht und die Mehrheit der türkischen Gesellschaft den herrschenden Nationalismus unterstützt.

Allerdings hat die Ablehnung des Krieges auch innerhalb der türkischen Bevölkerung zugenommen. Etwa 400.000 Einberufene versuchen, sich durch Fahnenflucht dem Kriegsdienst zu entziehen. Im September wurde die Witwe eines gefallenen Majors der Gendarmerie (der vermutlich von faschistischen Kräften innerhalb der Armee erschossen wurde), mit überwältigender Stimmenmehrheit in den Vorstand der sozialdemokratischen CHP gewählt. Die Majors-Witwe hatte am 1. September auf einer Friedenskundgebung Hand in Hand mit der Schwester eines gefallenen Guerillakämpfers für eine Beendigung des Krieges demonstriert. Nachdem die chauvinistische Presse unter Führung der Hürriyet allerdings eine Hetzkampagne begann, die Witwe hätte sich ja ohnehin scheiden lassen wollen und wäre sowieso die letzte Schlampe, zwang die CHP ihre "Vorzeige-Friedens- frau" zum Rücktritt. So erfreulich es ist, daß am 1. September in Izmir und Istanbul Anti-Kriegskundgebungen stattfanden, muß man realistisch sehen, daß die große Mehrheit der Teilnehmer von kurdischen Kräften mobilisiert wurde.

Auch die Aleviten, die etwa 20% der Bevölkerung der Türkei ausmachen, haben in den vergangenen Jahren erstmals seit Bestehen der Republik begonnen, als politische Kraft aufzutreten und sich zum Teil radikalisiert. So eröffnete die "Friedensfront" ihren Wahlkampf in einem Istanbuler Stadtteil, in dem es im vergangenen März zu tagelangen Straßenkämpfen zwischen Aleviten und der Polizei gekommen war, in deren Verlauf über 30 Menschen von der Polizei erschossen wurden.

Allerdings sind auch die Aleviten keine einheitliche Kraft. Während die Organisation der kurdischen Aleviten und der Vorstand des alevitischen Pir Sultan Abdal-Vereins zur Wahl der Bündnisliste aufrufen, hat der Rat der alevitischen Vereine auch eigene unabhängige Kandidaten aufgestellt. In der Vergangenheit zählte die Mehrheit der türkischen Aleviten zum festen Wählerpotential der kemalistischen CHP/SHP.

Auch die Arbeiterschaft ist im vergangenen Jahr erheblich in Bewegung geraten und hat durch ihre Massenaktionen im Sommer und den langen Streik im Herbst den Sturz der Regierung Ciller bewirkt. 500.000 Streikende demonstrierten am 15.10. in Ankara. Am selben Tag verlor Frau Ciller die Vertrauensabstimmung im Parlament. Es sind allerdings nur kleinere Einzelgewerkschaften, die offen eine systemoppositionelle Haltung einnehmen und die jetzt auch die "Friedensliste" unterstützen. Radikaler sind in der Türkei die Beamten, vor allem die Lehrer und die Angestellten des Öffentlichen Dienstes. Da ihnen eine gewerkschaftliche Organisierung gesetzlich versagt ist, haben sie regional und landesweit Plattformen gegründet, die im vergangenen Jahr trotz massivster Repressalien mehrere Streik- und Aktionstage durchgeführt haben. Diese Plattformen haben in vielen Städten ihre Unterstützung der "Friedensliste" erklärt.

Selbst die organisierte türkische Linke nimmt keine einheitliche Haltung ein. Während einige linke türkische Organisationen wie Dev Sol und Partizan zum Wahlboykott aufrufen, da "das Parlament nur der Verschleierung des Faschismus dient (...) und eine Wahlbeteiligung linker Kräfte nur zu dessen Legitimierung beiträgt", kandidiert die "Arbeiterpartei" IP auf einer eigenen Liste. Die IP, deren Führer Dogu Perincek einst beim deutschen KBW residierte, und deren Vorläuferorganisation Aydinlik sich bereits in den 70er Jahren durch Denunziantentum gegenüber anderen Linken hervortat, hat nach einem zeitweiligen Hofieren der PKK Anfang der 90er (um kurdische Stimmen abzusahnen) zu ihrem nationalistischen Kurs als staatstragende Partei zurückgefunden. Mit antikurdischer Propaganda hofft sie, sich für ein Bündnis mit den etablierten "sozialdemokratischen" kemalistischen Parteien zu qualifizieren. Weitere Gruppen (TDKP, Kurtulus, EP) haben ebenfalls entweder eigene Kandidaten aufgestellt oder rufen zum Boykott auf. Allerdings können sämtliche

Grüppchen und Organisationen der türkischen Linken zusammen nicht ansatzweise soviel Menschen und Stimmen mobilisieren, wie die HADEP unter der kurdischen Bevölkerung.

Gruselkabinett des Terrors

Positiv für die "Friedensliste" dürfte das schlechte Bild der staatstragenden Parteien zu Buche schlagen. So nehmen sich die Kandidatenlisten der jetzigen Regierungspartei DYP, der faschistischen MHP (in der BRD als "Graue Wölfe" bekannt) und der "Mutterlandspartei" des ANAP (Partei des verstorbenen Staatspräsidenten Özal) aus wie das Gruselkabinett der Mörder, Polizeichefs und Kontraguerillakommandanten. Für die DYP kandidieren der frühere Generalstabschef, Dogan Güres (unter dessen Kommando die Intensivierung des Krieges zu einem allgemeinen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung vollzogen wurde), Necati Cetinkaya, Hayri Kozakcioglu und Ünal Erkan (in dieser Reihenfolge seit 1987 Ausnahmezustands-Gouverneure für die kurdischen Provinzen), und die Ex-Polizeichefs Mehmet Agar und Necdet Menzir. Letzterer war als Polizeichef von Istanbul für die polizeilichen Ausschreitungen in Istanbul im März dieses Jahres (s.o.) verantwortlich.

Neben diesen Kontraguerillachefs plazierte die DYP in den kurdischen Gebieten die Anführer von Dorfschützer-Clans. Diese Clans spielen in ihren Gebieten die Rolle von Warlords, die die Bevölkerung nach Belieben schikanieren und ausplündern. Der erst seit zwei Monaten pensionierte oberste Ankläger am Staatssicherheitsgericht Nusret Demiral, der die 15-jährigen Haftstrafen für die DEP-Abgeordneten bedauerte, da er sie lieber hängen sehen wollte, fand seinen Weg schnurstracks in die MHP des Alparslan Türkes, wo er für einen der ersten Listenplätze nominiert wurde. Auf der Liste der "Mutterlandspartei" ANAP finden sich Muhsin Yazicioglu, einer der Verantwortlichen für das Pogrom von Sivas und Ökkes Kenger. Letzterer war einer der Drahtzieher des Pogroms von Kahramanmaras am 24. Dezember 1978, dem damals Hunderte von Aleviten zum Opfer fielen.

Die Nominierung all dieser bekannten Faschisten und Terror-Verantwortlichen vornehmlich auf sicheren Listenplätzen der DYP ist eine ungeschminkte politische Aussage. Deutlicher als Frau Ciller kann man sich nicht für die faschistische Lösung ausdrücken. Darüberhinaus haben DYP und MHP bereits ihren Willen zur Koalition bekundet.

Die ANAP steht allerdings mit ihrer Koalition mit der BBP für dieselbe Politik. Falls die ANAP als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen sollte, strebt sie eine Koalition mit der DSP von Bülent Ecevit an. Dieser hat sich vom sozialdemokratischen Führer der 70er in den letzten Jahren immer stärker zum nationalistischen Einpeitscher gewandelt. Bleiben die Sozialdemokraten, die allerdings durch ihre vierjährige Beteiligung an den wechselnden Kriegskabinetten von Demirel und Ciller jede Glaubwürdigkeit als demokratische Kraft verspielt haben. Letzte Meinungsumfragen sagen einen Stimmenanteil von nur 8% voraus.

Auch die "neue Demokratiebewegung" YDH des dynamischen Unternehmerchefs Cem Boyner, die sich im vergangenen Jahr als Tabubrecher und basisorientierte demokratische Alternative zu verkaufen suchte und zunächst auch in demokratischen Kreisen durchaus Anhäger mobilisieren konnte, hat nicht zuletzt durch ihr anvisiertes Bündnis mit der ANAP stark an Ansehen eingebüßt und einen großen Teil ihrer prominenten linken und kurdischen Mitglieder verloren. Chancen auf einen Platz als stärkste Partei hat laut jüngsten Meinungsumfragen die islamische RP. Es ist allerdings fraglich, ob die Machthaber in der Türkei ein solches Ergebnis akzeptieren würden.

Nora Mielke

Anmerkung:

1) Die Strafen von Seddat Yurttas, Ahmet Türk und Sirri Sakik wurden in der Revisionsverhandlung vor einigen Wochen reduziert, während die hohen Strafen von Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan usw. bestätigt wurden.

7. Vor der Duma-Wahl in Rußland. Wahlsieg von Kommunisten und Nationalisten wahrscheinlich

Autor: Ulf Heferle, Moskau · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:34

Gennadij Sjuganow liebt den direkten Kontakt. Er gehört zu den Kommunisten, die gerne im Menschengedränge Hände schütteln. Wenn der 51jährige aber mit seiner ernsten Stimme zur Rettung Rußland aufruft, ist er ganz Staatsmann. Sjuganow kommt aus der Familie eines Dorflehrers. Nach dem Mathematikstudium hat er Karriere in der KPdSU gemacht.

Ende 1991 gehörte Sjuganow - inzwischen war er Mitglied des ZK der KP der Russischen Föderation (KPFR) - zu den Initiatoren der national-patriotischen Front. Wenn die KP bei den Duma-Wahlen jetzt stärkste Partei wird, will Sjuganow eine Regierung des "Volksvertrauens" bilden, auf der Basis eines Bündnisses von Linken und Sozialpatrioten.

Die russische KP profiliert sich als radikale Alternative

Was sind die Gründe für die gewachsene Popularität der Kommunistischen Partei mit ihrem Vorsitzenden Gennadij Sjuganow? In der liberalen Sewodnja (29.11.95) werden zwei Gründe genannt: "Erstens - eine reale Wende der Gesellschaft zu den Werten, welche der Führer der Kommunisten Sjuganow jetzt konjunkturell ausnutzt." Dazu gehöre die nostalgische Erinnerung an die Wurst für 2 Rubel 20. Der zweite Grund für Sjuganows Popularität seien seine "überspannten Rufe zum Schutz der heimischen Warenproduzenten."

Die russische Gesellschaft lebt zur Zeit zwischen zwei Extremen. Ein Gefühl der Nostalgie durchzieht das Land. Alte sowjetische Filme haben Konjunktur. Zur gleichen Zeit wollen die Russen an der westlichen Konsumkultur teilhaben. Westliche Mode, westliche Getränke und westliche Autos stehen in der Beliebtheitsskala ganz oben. Wenn jemand heute russische Wurst kauft, dann nicht aus Überzeugung, weil er die heimischen Lebensmittelproduzenten unterstützen will, sondern weil die russische Wurst in der Regel billiger ist. Zwischen diesen beiden Extremen - Nostalgie und westliche Konsumwerte - klafft eine geistige Lücke. Im rauhen Klima von Krise, wildem Kapitalismus und Krieg entwickelt sich gerade erst eine neue Ideologie. Noch fehlen die geistigen Hilfsmittel zur Verarbeitung dessen, was in der russischen Übergangsgesellschaft an Brutalität und Zerstörung abläuft. Die politische Elite hat nur zwei Dinge anzubieten: Härte bei der Verfolgung von Verbrechern sowie Rassismus und Nationalismus als ideologisches Gerüst für das noch zu formende russische Staatswesen.

Daß die KPRF stärkste Fraktion in der russischen Duma wird, daran zweifelt in Rußland niemand mehr. Nach einer am 1.12. in der Iswestija veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM hätten 55% der Bevölkerung nichts dagegen, zu den Verhältnissen von 1985 zurückzukehren. Nur 38% sind anderer Meinung. 50% der Befragten meinten, das Land brauche eine harte Ordnung mit diktatorischen Methoden. Bei einer Umfrage des Dienstes Vox Populi wurden etwas andere Fragen gestellt: 28% der Bevölkerung vertraten die Meinung, daß die kommunistische Staatsform für Rußland die Geeigneteste sei. 54% der Befragten lehnten dies ab.

Wer zieht

in die nächste Duma?

Nach einigem Hin und Her wegen der Probleme bei der Registrierung von Jabloko und Derschawa (der Bewegung von Ex-Vizepräsident Ruzkoj) sind jetzt 43 Parteien und Wahlblöcke zu den Wahlen zugelassen. Davon werden aber wegen der 5%-Hürde voraussichtlich nur sieben bis acht Parteien und Blöcke in die Duma gelangen. Dies sind nach den letzten Umfragen: die KPRF mit 20 bis 22%, der Wahlblock "Unser Haus Rußland" von Ministerpräsident Tschernomyrdin mit 11 bis 12%, die Bewegung "Jabloko" des Wirtschaftsexperten Grigori Jawlinski mit 9 bis 10%, der "Kongreß russischer Gemeinschaften" von Juri Skokow, Alexander Lebed und Wirtschaftsfachmann Glasjew mit 7 bis 8%, die "Frauen Rußlands" (Jekaterina Lachowa) mit 7 bis 8%, die LDPR von Wladimir Schirinowski mit 6 bis 7%, die Agrarpartei Rußlands mit 5 bis 6%, die vom Augenarzt Fjodorow gegründete "Partei Selbstverwaltung der Arbeitenden" mit 4 bis 5% und der Wahlblock "Demokratische Wahl Rußlands - Vereinigte Demokraten" von Jegor Gaidar ebenfalls mit 4 bis 5%.

Die eine Hälfte der 450 Duma-Sitze wird über Parteilisten gewählt, die andere Hälfte über Direktmandate aus den Wahlkreisen. Enthusiasmus gibt es bei dieser Duma-Wahl nicht. Nach einer Umfrage von Vox Populi sind nur 3,4% der Befragten der Meinung, daß die Duma bei der Lösung der politischen und ökonomischen Probleme des Landes eine große Rolle spielt. Wegen der Müdigkeit der potentiellen Wähler führen die russischen Parteien einen stark personifizierten und emotionalen Wahlkampf. Auf den Spitzenplätzen der Parteien und Wahlblöcke kandidieren Generäle, Filmregisseure, Wunderheiler, bekannte Ärzte und Fernsehmoderatoren.

"Westliche" Demokraten - Nationalistische Kommunisten

Während sich die russischen Demokraten von "Jabloko" und "Demokratische Wahl Rußlands" sehr bedacht zur nationalen Frage äußern, tritt die russische KP im Wahlkampf als Bewahrerin der russischen Idee an, als Anwalt des russischen Volkes und als Hüterin des russischen Staates. Auf dem Wahlparteitag der KPRF hielt Sjuganow eine grundlegende Rede mit dem anspruchsvollen Titel "Zwölf Lehren der Geschichte". Rußland befinde sich wirtschaftlich, sozial und kulturell am Rand der Katastrophe und diese Katastrophe könne sich zu einer "globalen Tragödie" ausweiten, warnte er.

In seinen "zwölf Lehren" nimmt Sjuganow alles Erfolgreiche aus der sowjetischen Geschichte und stellt es dem heutigen Chaos gegenüber. Kritische Worte zu den Fehlern der Kommunisten muß man lange suchen. Wenn man sie dann gefunden hat, ist die Selbstkritik so glatt und schön, daß man den Eindruck hat, daß die KPFR nicht wirklich zurückblicken will. "Die Sowjetunion stürzte vor allem zusammen, weil es ein Monopol am Eigentum, ein Machtmonopol, ein Wahrheitsmonopol gab." Daraus habe man - so Sjuganow - den Schluß gezogen, daß man nicht irgendwelche Eigentumsformen per Dekret zurückweisen kann.

Nicht nur die KPRF, auch die Demokraten sind auf der Suche nach einer neuen, zeitgemäßen Identität. Grigorij Jawlinskij, Wirtschaftsexperte und Vorsitzender von "Jabloko" traf sich auf Einladung der Wochenzeitung "Argumenti i Fakti" mit Sjuganow zu einem Streitgespräch. Dort erklärte er: "Die ganze sowjetische Geschichte - das ist nicht nur der Weg zum Kommunismus. Millionen Menschen gingen durch das GULAG, sie stimmen mit uns überein. Kommunisten gab es nicht mehr als 10%. Und alles Gute, was es in unserem Land gab, ist nicht nur der Erfolg der Kommunistischen Partei."

Von der Herangehensweise her, macht Jawlinski es ähnlich wie Sjuganow. Man legt ein einfaches Raster auf die russische Geschichte und erhält Gute und Böse. Formal könnte man immerhin sagen, es gibt zwischen Jawlinskij und Sjuganow einen antitotalitären Konsens. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ist die Distanz zwischen "Jabloko" und der KP nicht allzu groß. Die KP spricht von gemischter Wirtschaft mit einer Dominanz gesellschaftlichen Eigentums. "Jabloko" hat ein sozialdemokratisches Programm, das in Westeuropa schon lange aus der Mode ist (Förderung des Mittelstandes, stärkere Besteuerung der Energieunternehmen, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, Investitionsförderung durch Kredite der Zentralbank).

Nur im Bereich der nationalen Idee liegen die Positionen der KPRF und der "Jabloko" weit auseinander. "Das russische Volk ist der Bewahrer des russischen Staates", heißt es in der "sechsten Lehre" von Sjuganow. Jawlinskij wirft dem KP-Chef vor, er trage nationalistische Ideologie in die kommunistische Bewegung. Dazu meint Sjuganow: "Die russische Idee ist die geistig-moralische Grundlage des Lebens. Die Verbindung von Geistigkeit und starkem Staat sind zwei Grundlagen der russischen Idee. Das Land befindet sich in einem vollkolonialen Zustand." Der KP-Führer, der eine Blockbildung "linker und volkspatriotischer Kräfte" anstrebt, meint weiter: "Keine Partei in Rußland hat eine Zukunft, wenn sie das nationale Kolorit nicht berücksichtigt, die Eigenart des russischen Volkes, welche niemals geteilt war."

Mit der Eigenart des russischen Volkes meint Sjuganow nicht Menschliches, wie die Herzlichkeit und Trinklust der Russen, sondern die Tatsache, daß dieses Volk über Jahrhunderte in einem Imperium lebte. Daß dieses Imperium zerfallen ist, daran können sich offensichtlich am allerwenigsten die Kommunisten gewöhnen. 25 Mio. Russen leben heute außerhalb der Grenzen der Russischen Föderation. Den Russen in den jetzt unabhängigen Staaten wäre wohl schon damit geholfen, wenn sie genug Geld hätten, um ihre Verwandten in der Russischen Föderation zu besuchen und wenn ihre Minderheitenrechte in den neuen Staaten gesichert wären. Was die Geldmittel angeht: Dafür kann auch eine erneuerte Union, von der die KP träumt, nicht

garantieren. Und was die Minderheitenrechte angeht, so liegen Berichte über politische Diskriminierung nur aus baltischen Staaten vor.

In der "zwölften Lehre" heißt es, die Hauptaufgabe der KP sei die "Wiederherstellung eines einheitlichen brüderlichen Staates. Schrittweise, friedlich, freiwillig. Die Völker sind dafür schon bereit." Solche Äußerungen kommen bei den Esten, Ukrainern und Kasachen, die nicht Mitglied einer KP sind, wohl nicht besonders gut an. Ja, sie können alte Ängste vor der Übermacht aus Moskau wachrufen.

Ausblick

Nach einer am 1.12. in der "Iswestija" veröffentlichten Umfrage ist es wahrscheinlich, daß die KPRF zusammen mit dem KRO und Schirinowskis LDPR, 54% der Duma-Listenplätze erhält. Doch noch ist unklar, ob KPRF und KRO in der Duma ein Bündnis schließen werden. Was kann eine Mehrheit von Kommunisten und Nationalisten in der Staatsduma konkret ausrichten? Für eine Gesetzesänderung braucht man dort über 50%, also mindestens 226 der 450 Stimmen. Eine Verfassungsänderung ist nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich.

Vorstellbar ist, daß die Kommunisten auf einer der ersten Duma-Sitzungen eine Vertrauensabstimmung über die Tschernomyrdin-Regierung fordern. Wenn die Mehrheit der Deputierten diesem Antrag folgt und dem Ministerpräsidenten das Mißtrauen ausspricht, kann Präsident Jelzin Tschernomyrdin noch drei Monate als zeitweiligen Stellvertreter im Amt belassen, um das Parlament dann erneut abstimmen zu lassen.

Die KP und die Nationalisten können Gesetze beschließen. Aber es gibt drei Hindernisse: Der Präsident, der Föderationsrat und das Verfassungsgericht. Es sind aber nicht nur formale Barrieren, die den Kommunisten im Wege stehen. In den letzten fünf Jahren wurde in Rußland ökonomisch soviel verändert, daß eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der Perestroika wohl nur mit Gewalt möglich wäre. Es gibt eine Schicht von Besitzenden, die schon etwas zu verlieren hat. Während im ökonomischen Bereich eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen zur Zeit unmöglich scheint, hat der reaktionäre Umschwung im politischen Bereich längst begonnen. Gewaltlösungen, wie der Sturm aufs Weiße Haus oder der Krieg in Tschetschenien sind Ereignisse, die Rußland weit zurückgeworfen haben.

Ulf Heferle, Moskau

Die aussichtsreichsten Parteien

Kommunistische Partei der Russischen Föderation. Von der einst 19 Mio. Mitglieder starken KPdSU sind der KPRF nur 550.000 verblieben. Dennoch ist sie heute die stärkste und am besten organisierte Partei Rußlands. 80% der Mitglieder sind über 60 Jahre alt. Laut Parteiprogramm sollen alle strategischen Industrien, der militärisch-industrielle Komplex und der Energiesektor, renationalisiert werden. Die KP fordert staatlich regulierte Preise bei wichtigen Lebensmitteln sowie kostenlose medizinische Versorgung und Ausbildung. Der Außenhandel soll von einem Staatsmonopol geleitet werden.

Nach einer Übergangsetappe, in welcher die KP nichts gegen private Betriebe unternehmen will, will man in der Wirtschaft die führende Rolle des sozialistischen Eigentums wieder herstellen. Daß die KPRF sich für den Schutz der heimischen Industrie vor der ausländischen Konkurrenz stark macht, wird offensichtlich honoriert. "Eine ganze Reihe großer russischer Banken leistet Sjuganow bedeutende finanzielle Hilfe." (Sewodnja, 29.11.95)

Unser Haus Rußland (Wiktor Tschernomyrdin) wurde im Mai gegründet und hat einige Zehntausend Aktive. Der Großteil der Mitglieder sind Personen in führenden Positionen in der Wirtschaft, der Verwaltung und in den regionalen und föderalen Machtorganen Rußlands. Die Partei hat starke Wurzeln im Bereich des Energiesektors. Sie ist die einzige politische Formation, die offen die Verantwortung für die Lage im Land übernimmt. Tschernomyrdin steht für die Weiterführung des jetzigen Reformkurses.

Jabloko (Apfel). Spitzenkandidat Grigorij Jawlinski gehörte 1990 zu den Autoren des Programms, mit dem in 500 Tagen die Marktwirtschaft eingeführt werden sollte. Heute hat der Wirtschaftsreformer einen anderen Ansatz. Jawlinski steht in Opposition zur Wirtschaftspolitik der Regierung. "Jeder Tag (unter dieser Regierung) bringt Elend und Armut hervor." Außerdem steigere diese Politik die Popularität der KP. Nach der Dumawahl will Jawlinski eine breite Koalition der Demokraten bilden.

"Kongreß russischer Gemeinschaften" (Juri Skokow, Alexander Lebed Sergej Glasew). Der KRO hat starke Verbindungen zum militärisch-industriellen Komplex. Man fordert protektionistische Maßnahmen, um die russischen Produzenten vor der westlichen Konkurrenz zu schützen und fordert ein föderales Investitionsprogramm, mit dem insbesondere der militärisch-industrielle Komplex unterstützt werden soll. Der KRO will die gutverdienenden Betriebe des Energiekomplexes steuerlich stärker belasten. Zusätzliche Mittel sollen durch Staatsanleihen aufgebracht werden.

Juri Skokow baute den KRO, der sich bisher vor allem als Sprecher der russischen Minderheiten im "nahen Ausland" profilierte, als Wahlblock aus. Wesentliche Schritte waren die Gewinnung von bekannten Persönlichkeiten, wie General Lebed und Sergej Glasew, dem Wirtschaftsexperten der Demokratischen Partei. Skokow tritt für einen "starken Staat" ein. Die Russen bezeichnet er als "Hauptvolk" dieses Staates. Für Linke ist die Tatsache interessant, daß zu den Spitzenkandidaten von KRO auch Ludmilla Wartasarowa gehört. Sie ist die Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Werktätigen. Die SPW, die ihre Mitgliederzahl heute mit 10.000 angibt, ging 1991 aus der Demokratischen Plattform der KPdSU hervor. Zur Führung der SPW gehört auch der im Westen bekannte Historiker Roj Medwedjew.

LDPR (Wladimir Schirinowski). Die LDPR wird ihren Erfolg vom Dezember 1993 bei diesen Wahlen nicht wiederholen können. Damals zog sie mit 55 Deputierten als größte Fraktion in die Duma ein. Schirinowski hat seinen Wählern viel versprochen: den Männern billigen Wodka und den Frauen Männer, die nicht trinken. Nichts von seinen Versprechen konnte er einlösen. In der Duma stimmte die LDPR-Fraktion so, wie es das Kabinett von Tschernomyrdin wünschte: für die Budgets 1995 und - in erster Lesung - 1996. Ähnlich wie der Kongreß russischer Gemeinschaften und die KPRF tritt die LDPR für staatlich regulierte Preise, protektionistische Maßnahmen gegen Importe und für eine Planwirtschaft ein.

"Demokratische Wahl Rußlands". Bisher mit 76 Abgeordneten die größte Fraktion der 1993 gewählten Duma. Spitzenkandidat Jegor Gajdar gehört heute wegen der wirtschaftlichen Schocktherapie, die er 1991/92 einleitete, zu den politischen Außenseitern. Bei der diesjährigen Wahl ist unsicher, ob sein Wahlblock die 5%-Hürde schafft. Nach Meinung des Wirtschaftsreformers würde es der Wirtschaft Rußlands heute besser gehen, wenn man das radikale Tempo bei den Marktreformen beibehalten hätte. Estland, Polen und Albanien nennt Gaidar als positive Beispiele. Bei der "Demokratischen Wahl Rußlands" kandidieren verschiedene Personen, die sich in vorderster Front für die Beendigung des Krieges in Tschetschenien eingesetzt haben.

Ulf Heferle, Moskau

8. "So gut haben wir noch nie verloren." Siegreiche Niederlage für Realos - Grüner Parteitag votiert für Auslandseinsätze

Autor: mb.,Berlin · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:25

"Stellvertretend für die ganze Gesellschaft" haben die Bündnisgrünen die Debatte über Militäreinsätze in Bosnien in den vergangenen Monaten geführt - jedenfalls sind die Grünen, egal in welchem Lager sie stehen, dieser Meinung. Auf der Bundesversammlung am 2. und 3. Dezember in Bremen sollte nun eine für Partei und Fraktion bindende Entscheidung in dieser Frage getroffen werden.

Noch Ende 1993 hatten die bündnisgrünen Delegierten auf ihrem Bonner Sonderparteitag mit überwältigender Mehrheit (etwa 90%) friedenspolitische Grundlinien beschlossen, in denen auch humanitär begründete Militäreinsätze prinzipiell abgelehnt wurden: "Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten darf sich keiner militärischen Mittel bedienen, wenn das Ziel einer dauerhaften Entmilitarisierung der internationalen Politik eine Chance auf Verwirklichung haben soll." (1)

Genau ein Jahr später, auf der bündnisgrünen Bundesversammlung in Potsdam-Babelsberg, revidierte die Partei ihre strikte Ablehnung von Militäreinsätzen. Wurden bis dahin UN-Blauhelm-Kontingente nicht als Mittel einer deeskalierenden Krisenintervention angesehen, plädierten die Bündnisgrünen nun für die Stationierung von "zur Selbstverteidigung fähigen" UN-Einheiten. In einer Resolution zu Bosnien wurde die Forderung erhoben: "Schutz der UN-Schutzzonen in Bosnien-Herzegowina durch eine ausreichende Präsenz von UN-Blauhelmen." (2) Eingebracht wurde der Resolutionsentwurf von Ludger Volmer und Ralf Fücks.

Damit war der Boden bereitet, auf dem Joschka Fischer im Sommer eine weitergehende Revision bündnisgrüner Positionen in Angriff nehmen konnte. Mit der Eroberung von Srebrenica sei die Politik der UN-Schutzzonen gescheitert, stellte er in seinem "Offenen Brief an Parte und Fraktion" fest und schlußfolgerte: "Entweder sind wir für den militärischen Schutz der Schutzzonen ... , dann müssen wir dies als Partei auch sagen, ausdiskutieren und beschließen. Oder wir lehnen diesen militärischen Schutz ab, und dann müssen wir uns ... für den Abzug der UN-Blauhelme aussprechen." (3)

Steter Tropfen ...

Die Bundesversammlung in Bremen sollte eine Klärung dieser von Fischer aufgeworfenen Fragen bringen. Dabei ging es um nicht weniger als die außen- und friedenspolitischen Grundsätze von Bündnis 90/Die Grünen.

In der Diskussion um Fischers Brief wurden drei Positionen erkennbar. Die sogenannten "Radikalpazifisten" plädieren für "Auflösung der Krisenreaktionsstreitkräfte, Verzicht auf Rüstungsproduktion und -export, Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz; ... Ziel bleibt die vollständige Abrüstung inklusive Abschaffung der Bundeswehr." Hinsichtlich internationaler Konflikte fordern sie "die Stärkung der zivilen UNO-Strukturen durch mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur Konfliktvorbeugung, ... Einrichtung eines Sanktionshilfefonds ..." (4)

Die "Linken" in der Partei unterstützten zum Teil diese Position, legten aber mit dem Antrag von Ludger Volmer zugleich ein Kompromißpapier vor: "Wir verfolgen das zentrale friedenspolitische Ziel, die Nationalstaaten zu entwaffnen und in Systeme kooperativer Sicherheit einzubinden." Deckungsgleich mit der Position der "Radikalpazifisten" spricht sich dieser Antrag gegen Krisenreaktionsstreitkräfte, Atomwaffen, Rüstungsproduktion und -export aus. Darüber hinaus aber plädiert Volmer für die Aufstellung einer "Einheit für friedensbewahrende Einsätze der UNO". Diese Einheit soll nicht aus Angehörigen der Bundeswehr bestehen, sondern eine speziell ausgebildete Truppe sein, die vom Auswärtigen Amt der UNO zur Verfügung gestellt wird. Daneben spricht sich Volmer für die Aufstellung bewaffneter "Einheiten aus Freiwilligen von Bundesgrenzschutz, Zollfahndung und Küstenschutz" aus, die im Rahmen der UNO Wirtschaftssanktionen überwachen und durchsetzen können. (5)

... höhlt den Stein

Kriegführung als Mittel der Konfliktlösung und Friedenserzwingung lehnen diese beiden Positionen unisono ab, auch wenn der Antrag von Volmer sich indirekt für klassische "peace keeping"-Einsätze der UNO unter deutscher Beteiligung ausspricht. Die "Realos" wollen da nicht stehen bleiben. Ihr Antrag spricht von einer "Möglichkeit der Staatengemeinschaft zum Eingreifen im Fall von Völkermord." In diesem Fall soll das Prinzip der Gewaltfreiheit außer Kraft gesetzt werden, die militärische Intervention erlaubt sein. Was hier formuliert wird, ist eine Interventionspflicht bei Völkermord - wobei an einer solchen Intervention, nach Vorstellung der "Realos", auch die Bundeswehr beteiligt sein könnte, wenn die Partner der Bundesrepublik das wünschen.

Begründet wird eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr u.a. mit Argumenten, die auf eine offene Flanke gegenüber neurechter Argumentation hinweisen. Grundlegend für die pazifistische und antimilitaristische Grundhaltung der Grünen sei, so Hubert Kleinert, vor allem die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus gewesen. "Besonders im Westen hat für viele unter uns diese Konfrontation mit deutscher Schuld zunächst den Wunsch nach einer Art Austritt aus dieser deutschen Geschichte bis hin zum Selbsthaß auf alles, was mit ‚Deutschsein` zu tun haben könnte, hervorgebracht." Außenpolitische Selbstbeschränkung und antimilitaristische Grundhaltung seien aber nicht die richtige Schlußfolgerung; konsequent sei es vielmehr "für Deutsche", dafür zu sorgen, daß Demokratie und Menschenrechte - notfalls auch mit Waffengewalt - überall durchgesetzt werden. Eine solche Haltung sei das Gebot der Stunde, denn "heute wissen wir, daß in anderen Völkern auch dann Irritationen und Unsicherheit entstehen können, wenn Deutsche ihre eigene Identität zu verleugnen suchen." (6)

Nicht deswegen schallten Hubert Kleinert, dem Mann hinter Fischer, Pfiffe und Buh-Rufe entgegen, als er diesen Antrag in Bremen vorstellte. Der Unmut richtete sich gegen seine Aussage zur Antragsbegründung, daß man in der Frage um Militäreinsätze nicht taktieren dürfe. Das nahmen ihm die grünen Delegierten nicht ab. Sie sahen die Dinge wohl eher so wie die Bundestagsabgeordnete Ursula Schönberger, die Fischer und den "Realos" vorwarf, daß sie mit einem Ja zu Kriegseinsätzen die Tür für eine Regierungskoalition im Jahre 1998 öffnen wollten. Anscheinend waren die Äußerungen Daniel Cohn-Bendits vom August dieses Jahres noch nicht vergessen: "Eine Partei, die regierungsfähig werden will, muß zu einer Linie finden, die von den Bündnispartnern der Bundesrepublik akzeptiert werden kann." (7)

Militärintervention - Nein!

Aber auch noch ein anderer Aspekt wurde von der Parteilinken betont. "Wenn Joschka von Intervention redet, dann meint er auch Intervention", machte Jürgen Trittin klar. Diese Debatte habe eine Türöffnerfunktion; oder, wie die grüne Bundestagsabgeordnete Gila Altmann es formulierte: Durch die Realos würde das Militär moralisch hochgerüstet. Insofern leisteten die Realos der Militarisierung der deutschen Außenpolitik Vorschub. Trittin: "Blauhelme sind das humanitäre Dressing auf der Vergroßmachtung deutscher Politik. Wer eine Interventionspflicht bei Völkermord konstruieren will, wird die Bundesrepublik in eine Unzahl militärischer Konflikte verwickeln - und den Mord nicht verhindern können." Auch machte er deutlich, daß Interventionen und die Diskussion darum allemal interessensbedingten und nicht altruistischen Motiven entspringen. Bezogen auf Türkisch-Kurdistan sagte er: "Wer glaubt eigentlich wirklich, es gäbe den UN-Sicherheitsrat, der eine Militärintervention gegen die Türkei beschließen würde? Schon die Feststellung über das Vorliegen eines Tatbestandes wird am Veto jener USA scheitern, die eben diese Türkei für ihre Zwecke hochrüsten."

Obwohl schon im Vorfeld des Parteitages erwartet worden war, daß die Realos keine Mehrheit finden würden, war die Abstimmung keineswegs bedeutungslos. Entscheidend für das Verhältnis zwischen Partei und Bundestagsfraktion ist, das war allen Beteiligten klar, wie hoch die Zustimmung für den Realo-Antrag ausfallen würde. Neben der Entscheidung über die außenpolitischen Grundlagen ging es bei diesem Parteitag auch darum, wie sich die Bundestagsfraktion, deren Mehrheit sich für Militärintervention ausspricht, zum Antrag der Bundesregierung auf Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Bosnien am 6.12. im Bundestag verhalten würde. Von den "Radikalpazifisten" und den "Linken" wurde die Erwartung an die Bundestagsfraktion formuliert, daß sie nichtsdestotrotz den politischen Willen der Bundesversammlung respektieren und im Parlament vertreten würden. Aber um dies politisch durchsetzten zu können, das war den "Linken" klar, mußte eine eindeutige Mehrheit gegen die Militärintervention zustande kommen.

Auslandseinsätze - Ja!

Ein - von ihnen zunächst als nachteilig empfundenes - Abstimmungsverfahren bescherte den Realos dann einen unverhofften Erfolg. Für ihren Antrag konnten sie 38% Zustimmung verbuchen. Zwar wurden die Anträge von Ludger Volmer und ein "radikalpazifistischer" zur weiteren Beratung angenommen und somit zur Grundlage des Parteibeschlusses. Aber mit diesem Ergebnis hatten die Realos eine unerwartet hohe Akzeptanz in der Partei gefunden. Auf dem Sonderparteitag 1993 in Bonn waren sie noch klar gescheitert; damals hatte ein weniger weitgehender Antrag nur 49 Stimmen bekommen.

Marianne Birthler, ostdeutsche "Realo-Oberindianerin", quittierte das Abstimmungsergebnis strahlend: "So gut haben wir noch nie verloren." Der enorme Erfolg der Realos bestand auch darin, daß die Parteilinken im weiterem Verlauf der Bundesversammlung keinen Antrag durchbringen konnten, der die Bundestagsfraktion zur Respektierung der Parteitagsbeschlüsse verpflichtet hätte. Statt der Formulierung, die Fraktion wird "aufgefordert, den Antrag der Bundesregierung (auf Entsendung der Soldaten) abzulehnen", konnten sie nur durchsetzen, die Fraktion werde "gebeten, nicht zuzustimmen."

Die FAZ faßt in bemerkenswerter Klarheit das Ergebnis der Bremer Bundesversammmlung zusammen: "Die Realpolitiker von Bündnis 90/Die Grünen sind aus dem Bremer Parteitag derart gestärkt hervorgegangen, daß eine Zustimmung vieler grüner Bundestagsabgeordneter zum Antrag der Bundesregierung auf Entsendung von 4000 Soldaten nach Bosnien am Mittwoch im Bundestag als sicher gilt." (8) (Tatsächlich dokumentierte sich die tiefe Spaltung der Partei dann auch im Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion: Im Bundestag stimmten 22 bündnisgrüne Abgeordnete für den Antrag der Bundesregierung, 22 dagegen, 5 enthielten sich.)

Am Rande

Im Vorfeld der Bremer bündnisgrünen Zusammenkunft war hier und dort von Spaltungstendenzen zu hören und von Zuständen, wie sie für die Fraktionsauseinandersetzungen Mitte der 80er Jahre kennzeichnend waren. Obwohl Krista Sager als einzige kurz mit Spaltung drohte, haben die Realos momentan kein Interesse daran, sich von der Parteilinken zu trennen. Sind die "Linken" doch immer noch notwendig, um das Image der alternativen Reformpartei aufrechtzuerhalten.

Die Realos haben keine Eile. Wie antwortete doch Fischer auf die Frage, ob er sich in Bremen mit seiner Meinung durchsetzen werde: "Ich gehe nicht davon aus, daß wir uns beim ersten Mal durchsetzen. ... Aber ich wage die Prognose, daß wir früher oder später in diese Richtung gehen werden." (9)

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) Gewaltfreiheit und Menschenrechte - friedenspolitische Grundlinien von Bündnis 90/Die Grünen. Beschluß der außerordentlichen Bundesversammlung vom 9.10.93

2) vgl. ak 373

3) vgl. zur Diskussion um Fischers Brief ak 381

4) Uli Cremer u.a.: "Deutschland als internationaler Zivildienstleistender"

5) Ludger Volmer u.a.: Aktive Friedens- und Menschenrechtspolitik statt militärischer Kampfeinsätze. Leitgedanken für eine Zivilisierung der Außenpolitik.

6) Hubert Kleinert u.a.: Menschenrechte, Gewaltfreiheit und die Zivilisierung der internationalen Politik - Aufgabe und Verantwortung der Bündnisgrünen.

7) Wochenpost, 30.11.95

8) FAZ, 4.12.95

9) Die Woche, 24.11.95

9. Kraftvoll und dynamisch. Die große Rede des kleinen Oskar

Autor: Js. · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:15

"LINKSRUCK nach dem Brudermord" - in gewaltigen Lettern beschrieb Focus ("Das moderne Nachrichtenmagazin") das "SPD-Drama" von Mannheim und versprach Aufklärung über das, "was Oskar Lafontaine jetzt vorhat". Zehn Seiten ganz weit vorn widmete das Blatt dem SPD-Parteitag; Hauptüberschrift "Der rote Korsaar". Trotz erheblicher Anstrengungen gelang es der Focus-Redaktion nicht, die These vom Linksruck zu untermauern. Alle in den Artikeln zitierten Sozialdemokraten, auch die Scharping-Anhänger, widersprechen dem deutlich.

Auch die von den Focus-Redakteuren in Erinnerung gerufenen "berühmt-berüchtigten Worte Lafontaines" können Anno 1995 kaum noch Schrecken verbreiten: "Lieber Rotlicht als Blaulicht" (1993) oder "Ein verfolgter Afrikaner ist mir lieber als ein bedrängter Rußlanddeutscher" (1988). Das schaurigste aller Worte des neuen Vorsitzenden ist nun schon mehr als 13 Jahre alt: "Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit... Das sind Sekundärtugenden... Damit kann man auch ein KZ betreiben", hatte der freche Oskar damals Altbundeskanzler Helmut Schmidt entgegengehalten.

Und die Rede von Mannheim, die der gebeutelten Partei so viel neuen Mut gab, daß sie ihren bisherigen Vorsitzenden kurzerhand abservierte? Zwei von Focus befragte "Rhetorik-Experten" erklären Lafontaine zum "Meister der Redekunst": "Raffiniert" habe er "zwei Reden in einer gehalten", "Schlüsselwörter" eingesetzt, immer wieder das so wichtige Wort "wir" benutzt und "mit ergreifender Schlichtheit" formuliert. Fazit: "Er agiert kraftvoll und dynamisch, mit jeder sichtbaren körperlichen Anstrengung - ein schon brutaler Gegensatz zum Redner Scharping." (alle Zitate aus Focus, 20.11.)

Jeder Teilnehmer eines Rhetorik-Grundkurses lernt es schon in der ersten Unterrichtseinheit: Wichtig ist nicht, was man sagt, sondern wie man es sagt. Wer macht sich schon die Mühe, Redetexte nachzulesen und nach der politischen Aussage zu suchen? Kaum jemand - abgesehen von jenen unverbesserlichen RedakteurInnen linker Zeitungen, die sich zu Analyse & Kritik des Zeitgeschehens verpflichtet haben. Im vorliegenden Fall ist das schon deshalb ein mühsames Geschäft, weil LeserIn spätestens ab Seite drei des Manuskripts gegen den Schlaf ankämpft. Auf den insgesamt acht eng beschriebenen Seiten der vom Parteivorstand verbreiteten "korrigierten Bandabschrift" finden sich nur wenige Highlights, die in den Medien auch entsprechend herausgestellt wurden: Der Spruch von der "Internationale", die man früher gesungen habe; "Autos kaufen keine Autos" (in memoriam Henry Ford); "wir sind und bleiben die Europapartei Deutschlands"; "wir wollen Friedensmacht bleiben"; "wir wollen keine Nuklearwaffen, auch wenn andere sie haben". Der Rest ist eine Aneinanderreihung sozialdemokratischer Selbstverständlichkeiten zu den Themen Wirtschaft, Europa und Außenpolitik.

Fast drei Viertel des Textes behandeln die Wirtschaftspolitik. Unterschiede zur "Standortpolitik" der Bundesregierung sind minimal. Die SPD sei da moderner und innovativer, behauptet der Redner: "Forschung und Produktentwicklung sind der Ansatz, um die Industrienation Deutschland auf dem Platz zu halten, auf dem sie ist." Von Internationalismus keine Spur. Auch "soziale Gerechtigkeit" - Eckpfeiler sozialdemokratischer "Identität" - ist ein zweitrangiger Wert. "Wenn wir aber ein gutes wirtschaftliches Ergebnis haben, dann ist es Aufgabe der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, für die gerechte Verteilung dieses gemeinsam erwirtschafteten Ergebnisses einzutreten", formuliert Lafontaine und schließt den für das Feeling so wichtigen (wenn auch inhaltsleeren) Halbsatz an: "Sonst geben wir uns selbst auf, liebe Genossinnen und Genossen." Da jubeln die Delegierten, weil sie den einschränkenden Satzanfang schon vergessen haben.

Natürlich will Lafontaine nicht die Konfrontation mit den Unternehmern, er will diese vielmehr von der Vernünftigkeit sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik überzeugen: "Zur Kostensenkung sagen wir ja; das ist gar keine Frage. Aber wer diesen Standpunkt verabsolutiert, schwächt die Binnennachfrage und handelt ökonomisch unvernünftig." Die Bundesregierung vernachlässige nicht nur die Forschungspolitik und damit die Produktentwicklung. Sie schwäche mit ihrer Arbeitszeitpolitik auch die Binnennachfrage: "Wenn man die Arbeitszeitpolitik den Konservativen überläßt, dann resultieren daraus schlecht bezahlte Arbeitsplätze für Frauen ohne Sozialversicherungspflicht." Der sozialdemokratische Vorschlag zur flächendeckenden Senkung

der Löhne und Gehälter: "Arbeitszeitverkürzung" über "Teilzeitarbeitsplätze". Lafontaine: "Ich sage an unsere Wettbewerber gerichtet: Wie ihr das nennt, ist uns völlig gleichgültig."

Auf eine dezente Kritik an Scharpings und Schröders anti-europäischem D-Mark-Populismus folgen einige harmonisierende Passagen zur Außenpolitik: "Wo kommen wir denn hin, wenn die Partei, die im Grunde genommen die Entspannungspolitik und den KSZE-Prozeß vorangetrieben hat, jetzt ihre außenpolitische Debatte auf einen Flugzeugtyp reduziert?" Im Klartext: Die Frage, ob die Bundeswehr über Bosnien Tornados einsetzen soll oder nicht, ist von untergeordneter Bedeutung, zumal im Grundsätzlichen Einigkeit besteht: "Wir sind bereit, beim Aufbau und bei der Friedenssicherung zu helfen. Aber wir sind zurückhaltend, wenn es um militärische Kampfeinsätze geht." Das kann auch Rühe unterschreiben.

Aber auch originär sozialdemokratische Akzente weiß der Außenpolitiker Lafontaine zu setzen. Entrüstet widerspricht er der von Kinkel geprägten Parole "Wir müssen runter von den Zuschauerbänken" - eine "Beleidigung vieler Frauen und Männer", auch und gerade aus der SPD: "Saß denn Willy Brandt auf der Zuschauerbank, saß Helmut Schmidt auf der Zuschauerbank?" Keineswegs; letzterer prägte als "Vater der Nachrüstung" jahrelang die Politik der NATO. Daß Lafontaine sich ausgerechnet auf seinen einstigen Intimfeind beruft, mag taktisch motiviert sein. Die "Politikentwürfe", für die Lafontaine die SPD und ihre Anhängerschaft "begeistern" will, werden durch die Preisung der von Schmidt geprägten sozialdemokratischen Tradition aber schon vorab diskreditiert.

Daß der "rote Oskar" sie Hand in Hand mit Schröder und Voscherau, den von ihm ernannten Sprechern für Wirtschafts- bzw. Finanzpolitik, verwirklichen will, rundet das Bild ab: Außer der Stimmung hat sich bei der SPD nichts zum Besseren gewendet.

Js.

10. SPD ohne Sündenfall

Von Georg Fülberth

Autor: Georg Fülberth · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:19

1. Wieder einmal

eine Fehlprognose

Vor dem Mannheimer Parteitag der SPD hatten Untergangs-Prophezeiungen Konjunktur. Aus strukturellen Gründen, so hieß es, sei diese Partei erledigt.

Dann wechselte sie den Vorsitzenden, und plötzlich schien alles anders auszusehen: Aufbruch.

Hier haben wir ein anschauliches Beispiel dafür, daß Kommentare die Wirklichkeit nicht nur wiedergeben, sondern daß diese nur nach Maßgabe der Vorstrukturierung durch die Medien überhaupt sichtbar wird. Was ist denn nun wahr? Die SPD am Ende oder vor einem neuen Anfang?

Die Frage bietet sich für die deutsche Sozialdemokratie deshalb immer wieder neu an, weil nur durch solcherlei melodramatische Einfärbung Schwung in den Bericht kommt. Sieht man die Partei als ein Kontinuum, das von nur langsam sich wandelnden Interessen geprägt ist, entsteht der zutreffende Eindruck von Trägheit, Langeweile und Stabilität - wer will so etwas lesen? Deshalb also: Verrat I: Kriegskredite 1914; Verrat II 1918/19: an der Revolution; Zörgiebel; Verrat III in Bad Godesberg: am Marxismus; Willy Brandt; Verrat IV: Nachrüstung, Welt- und Parteiuntergang - und merkwürdigerweise gibt es die SPD immer noch.

Das ist die spannende Geschichte. Die zähflüssige, aber wohl zutreffende, geht so:

Der Kapitalismus ist nicht blöd. Seine Flegeljahre waren in den Ländern, in denen er sich durchgesetzt hat, jeweils nur kurz. Bald organisierte er sich so, daß das, wovon er lebt, die Arbeitskraft, einigermaßen geschützt wird. (Lesen!: Karl Polanyi, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 2. Aufl. Frankfurt/Main 1990.) Daran waren viele beteiligt, zum Beispiel der Staat, aber auch das dauerhafteste Resultat der bürgerlichen Revolutionen, der Konservativismus. Dessen Vertreter trugen den siegreichen Liberalen einiges nach und bildeten sowohl in England als auch im Bismarck-Reich latente, niemals öffentlich ausgesprochene Koalitionen mit den angeblichen Umstürzlern von morgen gegen die sich grenzenlos gebende kapitalistische Umwälzung von heute: Arbeiterschutz und Sozialversicherung contra absolut ungenierte Kapitalverwertung.

Zur Erreichung dieses Ziels wurde einiges nötig. Eine organisatorische Voraussetzung unter anderen war die Arbeiterbewegung mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften. (Dies gilt übrigens nicht für alle Länder und nicht immer: in den USA konnte länger darauf verzichtet werden.) Der institutionelle Rahmen war der Nationalstaat. Dies erklärt, weshalb Sozialdemokraten dann, wenn ihr Vaterland angegriffen wurde, es verteidigen wollten und im übrigen auch nur scheinbar dagegen waren, wenn es - wie Deutschland 1914 - seinerseits zur Attacke überging. Die Partei blieb damit in einer Tradition des bürgerlichen Nationverständnisses, das sich bis in die Anfänge des Nachdenkens über kapitalistische Gesellschaft zurückverfolgen läßt.

Die Theoretiker des Gesellschaftsvertrags, zum Beispiel Hobbes und Locke, kannten immer auch ein Außenverhältnis - es gab Kriege. Im Absolutismus wurden diese nur vom Monarchen verantwortet, die Untertanen hatten subjektiv nichts damit zu tun. Das war Hobbes, dessen Verständnis vom Staat insofern noch eher universalistisch war, als die Völker nicht voneinander getrennt waren. Anders John Locke: die Teilnehmer am Gesellschaftsvertrag sind nicht über die Spitze, an welche die öffentliche Gewalt delegiert ist, miteinander verbunden, sondern sie bilden eine Gemeinschaft. Damit konnten Marx und Engels später gewiß nichts anfangen, wohl aber Lassalle und Kurt Schumacher - sozialdemokratische Propagandisten der Nation.

Auch ein affirmatives Verhältnis zum Kapitalismus durch die Arbeiterbewegung ist begründbar. Er macht die Arbeitskraft zur Ware. Damit weist er sie den Proleten - anders als in der Antike den Sklaven und als im Feudalismus den fronenden oder zinspflichtigen Bauern - immerhin als ihr Eigentum zu, das sie als freie Menschen je nach Marktbedingungen und eigener gewerkschaftlicher Kampfstärke verkaufen können. Eine Ordnung, die so etwas zuläßt, kann vielleicht sogar gegen ein System verteidigenswert erscheinen, welches

die Arbeitskraft nicht in der Verfügung des Individuums beläßt, sondern sie verstaatlicht. Damit hätten wir eine nachvollziehbare sozialökonomische Basis des sozialdemokratischen Antikommunismus.

Rote Fahnen sieht man allerdings besser. Bevor die Bourgeoisie sich bereitfand, auch für die Arbeitskraft das forstliche Prinzip der Nachhaltigkeit zu akzeptieren, wurde sie mit der Gefahr ihres eigenen Untergangs konfrontiert. So entstand der revolutionäre Sozialismus - in seiner marxistischen Substanz vor allem ein Produkt der wilden Gründerjahre des Kapitalismus, danach immer wieder einmal aktualisiert, nämlich dann, wenn das System das Gebot der Pfleglichkeit vergaß oder ihm nicht durchgehend gerecht werden konnte. (Selbstverständlich hatte dieses Erfordernis nur in den Zentren eine Chance zur Realisierung.)

Aber nicht nur der Kapitalismus stand stets unter dem Anpassungszwang, aus dem Innovation resultiert, auch die Sozialdemokratie. Bevor etwas Neues kommt, gerät das Alte in die Klemme. Das sieht dann fälschlicherweise nach Untergang aus, obwohl es nur Variantenwechsel ist. So kommt es zu Fehlprognosen.

Dies soll im folgenden an der Geschichte der SPD seit Godesberg belegt werden.

2. Die zweite Partei

des "Goldenen Zeitalters"

Wenn irgendwann einmal Eric Hobsbawms Buch "Das Zeitalter der Extreme - Weltgeschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts" auch in der letzten Redaktionsstube gelesen (oder wenigstens bekanntgemacht) ist, wird sich herumgesprochen haben, daß die Jahre 1945-1975 "The Golden Age" gewesen sind, das Goldene Zeitalter des nordwestlichen Kapitalismus: schnelles Wachstum des Bruttosozialprodukts, Durchschlagen technologischer Innovation auf den Massenkonsum, hohe soziale Mobilität, "Wohlstand für (fast) alle". Der britische Historiker spricht sogar davon, daß auf diese Weise eine soziale Revolution trotz grundsätzlicher Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sich ereignet habe.

Sie fand vorwiegend unter der Herrschaft von konservativen Parteien statt. In Großbritannien führte der Tory-Premier Harold Macmillan einen Wahlkampf unter der Parole "You never had it so good" und befand, 5% Inflation seien besser als 5% Arbeitslosigkeit. Das italienische und das japanische Wirtschaftswunder entwickelten sich unter der Dauerherrschaft der Democrazia Cristiana und der Liberalkonservativen. Die wichtigste sozialpolitische Errungenschaft in der Geschichte der Bundesrepublik, die Große Rentenreform von 1957, wurde von Adenauer durchgesetzt. In die Zeit der absoluten CDU-Mehrheit fallen weitere Verbesserungen für die Lohnabhängigen, bis hin zum Schlechtwettergeld. de Gaulle war gewiß ein Rechter, aber er verstand seine "Union pour la Nouvelle République" als Volkspartei - anders als später die Geldleute um Giscard d'Estaing.

Wir lernen: der Konservativismus ist zur Sozialreform durchaus imstande - zwar nur unter dem Druck der Arbeiterbewegung, doch muß er sich im notwendig werdenden Kompromiß in der Regel weniger verleugnen als der Liberalismus. Zum "Goldenen Zeitalter" hat er über die Ausübung von Regierungsgewalt mehr beigetragen als die Sozialdemokraten. Die waren damals nämlich meistens in der Opposition.

In Großbritannien immerhin hatte Labour ab 1945 große Verstaatlichungen und den Sozialstaat hingekriegt. Während der fünfziger Jahre - und bis 1964 - regierten dann aber wieder die Konservativen, und sie vollzogen damals keine marktradikale Wende. Thatchers Aufstand war ja gerade eine Abrechnung mit den Anhängern des Wohlfahrtsstaats in der Führung ihrer Partei.

In Italien wurden die Sozialisten zwar ab 1962 in Regierungen des Centro Sinistra einbezogen, aber sie blieben da Juniorpartner. Die Achse, auf der auch dieses Land ins "Golden Age" glitt, verlief zwischen den herrschenden Christdemokraten und den oppositionellen Kommunisten.

In der Bundesrepublik war die SPD auf Bundesebene bis 1966 in der Opposition. Aber sie regierte in mehreren Bundesländern und in vielen Städten, Gemeinden und Kreisen. Zusätzlicher Druck zur Sozialreform kam aus der Systemkonkurrenz mit der DDR. Dort war zwar vieles schlechter als in der BRD, aber das mußte denn auch immer wieder bewiesen werden. Bei der Entscheidung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (nach einem langen Streik) 1957 war gewiß dienlich, daß es das schon in der DDR gab.

Offizielle ökonomische Doktrin war der Erhardsche Wirtschaftsliberalismus. Bei genauerem Hinsehen entpuppt er sich allerdings als Ideologie, welche sich in deutlicher Differenz zur Realität befand. In Wirklichkeit wurde in

den fünfziger Jahren ziemlich viel dirigiert und umverteilt, unter anderem beim Lastenausgleich, der nun wirklich kein Marktresultat war. Selbst Erhard fand sich schließlich doch zu dem Eingeständnis bereit, was er angerichtet habe (und letztlich auch wolle), sei nicht eine Freie Marktwirtschaft, sondern eine Soziale. Dazu konnte die SPD nicht allzu laut nein sagen.

In der allgemeinen Politik dominierte der Konservativismus, der sich zugleich als Anti-Totalitarismus verstand. Im Kampf gegen die DDR sollten alle mitmachen können, und die SPD fand hier gleich zwei Anknüpfungspunkte für sich: durch ihr Eintreten für die freie Arbeitskraft (statt der verstaatlichten) nebst Zubehör (Menschenrechte) und durch ihr Bekenntnis zur einheitlichen Nation, in dem der Kulmer Kurt Schumacher dem Kölner Adenauer sogar an Heftigkeit eindeutig überlegen war.

So befand sich die Partei längst auf der Höhe des Status quo, als sie sich 1959 in Godesberg ein neues Grundsatzprogramm gab. Es war kein Verrat, sondern Treue zu dem, was sie ohnehin schon seit langem tat. (Eduard Bernstein hätte gesagt: "Und was sie ist, das wage sie zu scheinen!") Zusätzlich konnte sie sich selbst Fortschrittlichkeit attestieren, da sie ja für keynesianische Teilsteuerung eintrat ("So viel Markt wie möglich, so viel Plan wie nötig"). Das wich zwar von der offiziellen Regierungsideologie ab, entsprach aber der realen Praxis nicht nur der SPD, sondern auch der CDU in den fünfziger Jahren.

3. Der letzte Läufer

Wir alle kennen das von den Sport-Übertragungen im Fernsehen: eine Stafette ist, wenn eine Mannschaft nicht schon heillos überlegen ist, nach dem letzten Wechsel am spannendsten. Welcher Schlußläufer ist zuerst im Ziel? Man vergißt zu leicht, daß er seine große Show nur hat, weil die drei anderen vor ihm auch nicht faul waren.

So ist es mit der Sozialreform in Deutschland. Viele haben daran mitgewirkt: Bismarck, der Zentrumsminister Braun in der Weimarer Zeit (in seine Amtszeit fällt die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung 1927), Adenauer, eine Masse Sozialdemokraten - es war ein parteienübergreifendes Projekt. Dann aber, nach Godesberg, übernahm die SPD den Stab für die letzte Strecke, und so entsteht im nachhinein der Eindruck, als sei sie es alleine gewesen.

Eine Ursache für diese verzerrte Optik ist, daß die CDU ihr eigenes Reformpotential für einige Zeit weitgehend ausgeschöpft hatte. (So etwas kann sich aber erneuern: Pflegeversicherung!) Die SPD setzte dem, was schon geleistet war, noch ein bißchen was hinzu, vor allem die Bildungsreform. Die wurde erst möglich, nachdem andere Bedürfnisse einigermaßen befriedigt waren, dann war sie allerdings auch unentbehrlich.

Ein Geschenk für die Sozialdemokraten war der US-amerikanische Strategiewechsel unter Kennedy. Indem Bahr dies schnell aufgriff, konnte die Sozialdemokratie in der Außenpolitik als Reformpartei nicht nur erscheinen, sie war es auch. Dieser Impuls trug bis zum Abschluß der Konferenz von Helsinki 1975.

Der sozialpolitische Progreß aber wurde auch jetzt dort am kräftigsten durchgesetzt, wo er nicht nur eine Sache der Linken war: nämlich in der Großen Koalition 1966-1969. Die Gewerkschaftsflügel von SPD und CDU wirkten zusammen und erwirkten ein paar Dinge, zu deren Abschwächung sich die Kohl-Regierung nach 1982 sehr anstrengen mußte, zum Beispiel das Arbeitsförderungsgesetz mit seinem später so umstrittenen Paragraphen 116.

Auf der Negativseite mag die Notstandsverfassung von 1968 stehen. Die SPD trug dazu bei, daß die Zweidrittelmehrheit, welche zu dieser Grundgesetzänderung nötig wurde, zustandekam. Ein Verrat war auch das nicht. Der Anwendungsfall konnte nur in einem Konflikt des Kalten Krieges als möglich gedacht werden, und daß der Kapitalismus gegen die Bolschewisten verteidigt werden müsse, war sozialdemokratischer Glaube spätestens seit 1917. Gemessen an diesem Ziel war (und ist) die - bis heute niemals angewandte - Notstandsverfassung sogar recht milde, auch im Hinblick auf das meistens viel gröbere Ausnahmerecht anderer Staaten oder auch auf das, was der christdemokratische Innenminister Schröder 1958 vorgehabt hatte. Dafür konnte man sich die Machtbeteiligung wohl sogar mit einigermaßen gutem Gewissen erkaufen.

Zumal danach die herrlichen Zeiten von Willy Brandt und Karl Wienand anbrachen. Über die Berufsverbote kann, wer sie schofel fand, mit der Sozialdemokratie rechten, sie selbst wird sich nichts vorzuwerfen haben, denn es war kein Verrat an ihrer Tradition und an ihren kapitalismusverteidigenden Grundsätzen, und außerdem hatte sie in ihrer Geschichte Schlimmeres gekannt, zum Beispiel Noske. Daß auch die Ostpolitik

derselben Logik folgte, wird gegenwärtig Egon Bahr nicht müde zu betonen: es ging um die Schwächung des Feindes mit anderen Mitteln und um die Vorbereitung dessen, was damals auf andere Weise nicht befördert werden konnte: der Einheit der Nation.

Sozialpolitisch brachten die Jahre 1969-1974 allerdings weniger als vorher die Große Koalition. Sie waren ökonomisch der letzte Ausläufer jenes "Goldenen Zeitalters", das wachsende Masseneinkommen und die - häufig genutzte - Möglichkeit des Staates gebracht hatte, umzuverteilen, ohne daß diejenigen, denen dabei etwas genommen wurde, allzu arg bluten mußten.

4. Was war schlecht

an Schmidt?

Mit der Krise 1975 war Schluß mit lustig. Wäre die SPD das gewesen, was ihre konservativen Gegner ihr andichteten: eine Partei der Verschwender, die nur aus dem Vollen schöpfen konnte, aber völlig versagte, wenn nicht mehr so viel da war - sie hätte jetzt den Betrieb einstellen müssen. Statt dessen muß erklärt werden, weshalb sie sich immerhin noch bis 1982 an der Macht halten konnte.

Dabei stoßen wir ein weiteres Mal auf die Besonderheit, daß die SPD nicht nur aus radikaldemokratischen und reformsozialistischen Quellen zu schöpfen vermag, sondern auch aus konservativen. Inzwischen hatte sie diese sogar zu ihren parteiinternen Ressourcen machen können, während sie bei Bismarck und Adenauer noch auf Bande hatte spielen müssen. Hieß es früher: wir müssen die regierenden Rechten ablösen, so lautete die Parole jetzt: Wenn die dran kommen, wird alles noch viel schlimmer, deshalb müssen wir, um das zu vermeiden, einiges von dem selber machen, was die Konservativen auf jeden Fall viel schärfer exekutieren würden. Nebenbei kam auch noch Vernünftiges zustande, zum Beispiel das "Zukunfts-Investitionsprogramm" von 1977.

Mit dem Aufleben des Kalten Kriegs und in der letzten, entscheidenden Runde des Wettrüstens trieb Schmidt allerdings die traditionelle sozialdemokratische Systemverteidigungspolitik so weit, daß darüber tatsächlich die Einheit der Partei in Frage gestellt wurde: nicht der Organisation, sondern ihres Wählerpotentials. Der von ihm mit-initiierte Mittelstrecken-Raketen-Rüstungsbeschluß der NATO 1979 gehörte zu jenen äußeren Faktoren, die - neben zahlreichen inneren - dem Realen Sozialismus den Garaus machten. Ihre prokapitalistische Funktion hat die SPD dabei so vollendet erfüllt, daß sie darüber heute kaum noch zu reden wagt: es war ein den Atem verschlagender Erfolg.

Erkauft wurde er mit dem Verlust des wahlpolitischen Monopols links von CDU/CSU und FDP. Diesen Raum muß sich die SPD seit Schmidt mit den Grünen teilen. Das wird ihm ein bißchen übelgenommen. Durch das Abwandern der Grünen in die Mitte hätte wieder weiterer Platz für die SPD auf der Linken freiwerden können, hätte ihr nicht ein weiterer Sieg neue Probleme gebracht.

5. Broad Church?

Die deutsche Sozialdemokratie ist in gewisser Weise eine Bewegung der Selbstaufopferung. Wenn sie Ziele erreicht, die dem Kapitalismus und der Nation dienlich sind, siegt sie sich zugleich zu Tode. Die Unterstützung der kaiserlichen Kriegspolitik durch die SPD hatte 1917 zur Abspaltung der USPD geführt, Eberts Bündnis mit Hindenburg und das zu späte Aussteigen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Gründung und dann sogar zum Masseneinfluß der KPD.

Einen ähnlichen Bumerang-Effekt hatte die Wiedervereinigung. Sie war eine Erfüllung sozialdemokratischen Sehnens, führte aber zugleich dazu, daß die SPD im Osten noch die Konkurrenz einer weiteren Partei auszuhalten hat, die der PDS. Scharpings Abgrenzung gegen diese Partei war der hilflose Versuch gewesen, eine organisatorische Vereinheitlichung der sozialdemokratischen Bewegung durch Kaputtmachen der Konkurrenz zu erreichen. Lafontaine probiert dasselbe mit Hilfe der Kooperation. Wahrscheinlich hat er Erfolg damit: nach Schily kämen dann Bisky und Gysi. Die SPD würde zu dem werden, was Neil Kinnock von der Labour Party dach- te: eine "Broad Church". Außerhalb blieben dann aber immer noch die Grünen.

Kann aber noch nicht einmal die PDS geschluckt werden, dann müßte Manövrierfähigkeit auf der (Halb-)Linken notgedrungen unter Beibehaltung einer Organisations-Dreifaltigkeit gesucht werden, und zwar

auf der Basis eines gemeinsamen Bekenntnisses zu einer sozialen und ökologischen Liftung des im übrigen zu hegenden und zu pflegenden Kapitalismus.

11. Populismus von rechts. Neue Methoden der Neo-Nazis?

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:02

Dieser Beitrag kann als zweiter Teil von "Wie die Nazis in die Provinz gehen - Zum Beispiel: Landkreis Miltenberg" (ak 382) betrachtet werden. Es soll nicht der Verdacht aufkommen, Unterfranken würde als herausragendes Zentrum nazistischer Aktivitäten angesehen werden. Vielmehr geht es darum, an einer Region, über die umfassende Informationen vorliegen, Tendenzen aufzuzeigen. Die ausführliche Beschreibung der lokalen Gegebenheiten ist notwendig, um die Schlußfolgerungen nicht als abstrakte und aus der Luft geholte Vermutungen erscheinen zu lassen, sondern als das, was sie sind: Ergebnisse der konkreten Betrachtung der Ereignisse.

Trotz der guten Informationslage über den Raum Unterfranken soll mit diesem Beitrag erst einmal Schluß sein mit der Beschäftigung mit dieser Region. Einschätzungen aus anderen städtischen wie ländlichen Regionen, Kritik und Bestätigung wären allerdings sehr aufschlußreich. Nicht nur die LeserInnenbriefspalte dieser Zeitschrift steht dafür zur Verfügung.

Karlstadt (im bayerischen Regierungsbezirk Unterfranken) am "Tag der deutschen Einheit" 1995: 150 NPD-Mitglieder stehen etwa 300 GegnerInnen gegenüber, die mit Trillerpfeifen und Sprechchören dafür sorgen, daß von den Hetzreden kaum ein Wort verstanden werden kann. So weit, so gut. Aber die Geschichte hat ein Vorspiel und - geht es nach dem Willen der Nazis - auch Folgen, so z.B. einen NPD-Bürgermeister in Karlstadt. Die Nazi-Partei möchte vorexerzieren, wie durch populistisches Agieren rassistische Vorurteile in einer provinziellen Kleinstadt in WählerInnenstimmen umgesetzt werden können.

1993: Der erste Versuch

Bereits vor zwei Jahren versuchten Nazis (vermutlich aus dem Umfeld von NPD und der neonazistischen Splittergruppe Bund Frankenland) in Karlstadt mit einem Info-Stand "Stimmung gegen den geplanten türkischen Moscheebau" zu machen, wie die regionale Tageszeitung "Main-Echo" später feststellte (ME, 10.6.94). Vorangegangen war ein Leitartikel in der auflagenschwachen, aber um so aggressiveren Nazi-Postille "Junges Franken" (JF, 1/93) mit der Überschrift: "Den Moscheebau in Karlstadt stoppen". Anlaß der bisherigen Aktivitäten der Nazis ist die Tatsache, daß Karlstadt über zwei Moscheen verfügt, von denen eine bis Anfang 1996 durch einen Neubau ersetzt werden soll. Die neue Moschee wäre ein repräsentativer Bau, ein unübersehbares Zeichen moslemischer Religiosität, während die bisherigen Moscheen eher unscheinbare Profanbauten waren.

Hier wollen die Nazis ansetzen und sich die vorhandenen Vorurteile und Rassismen in der Bevölkerung (dokumentiert z.B. in einem Leserbrief im ME, 5.10.95) nutzbar machen. Seltsam ist in diesem Zusammenhang nur, daß noch 1995 sowohl Journalisten (Volksblatt/VB - Zeitung für Unterfranken, 4.10.95) als auch örtliche Politiker und Beamte (Zweiter Bürgermeister Goldkuhle und Ordnungsamtschef Kosak, s. VB, 25.8.95) keine Ahnung haben wollen, warum es die NPD immer wieder nach Karlstadt zieht!

1994: Zweiter Versuch

Im Juli 1994 versuchten Neo-Nazis der NPD erneut, die Moschee in Karlstadt als Kundgebungsthema zu mißbrauchen. Stellvertretender Versammlungsleiter: Jürgen Schwab (Amorbach/Landkreis Miltenberg) vom bereits erwähnten Bund Frankenland; sein Kürzel "J. Sch." stand schon unter dem genannten JF-Hetzartikel, der als Sonderdruck in Karlstadt verteilt werden sollte. Mit einer Zahl von 25 KundgebungsteilnehmerInnen wurden die Erwartungen von Antifas und Polizei deutlich unterboten. Die NPD, die per Nationalem InfoTelefon einen "heißen Tag" (s. VB, 2.8.94) angekündigt hatte, war großspurig von "200 plus X" TeilnehmerInnen ausgegangen.

Rund 100 GegendemonstrantInnen sorgten für eine Geräuschkulisse, in der der Nazi-Unsinn unterging. Für "ordentliche Demo-Stimmung" sorgte mangels Nazis die Bayerische Polizei: Beamte entrissen einem Fotografen der "Main-Post" (Würzburg) die Kamera, rissen den Film heraus und schlugen den Journalisten nieder. Ein Arzt, der gegen diese Aktion protestierte, wurde kurzerhand festgenommen und abgeführt, ebenso

zwei Jugendliche, die dann in der Karlstadter Polizeiinspektion "herumgeschubst" wurden. Alle drei Festgenommenen durften ihre Anwälte nicht benachrichtigen (s. hierzu: ME, 1.8.94; VB, 4.8.94).

Sogar das christlich-konservative Volksblatt bemerkte: "Die rüde Polizei-Attacke ist um so bedenklicher, als sie nur ein weiteres Glied in der Kette ähnlicher Eingriffe und Rechtsverletzungen in jüngster Zeit darstellt". (VB, 1.8.94) Die NPD konnte ihre Kundgebung 1994 nur mit Hilfe des Münchner Verwaltungsgerichtes durchsetzen, nachdem das zuständige Landratsamt und das Verwaltungsgericht Würzburg dagegen entschieden hatten. Karlstadts Bürgermeister Karl-Heinz Keller aufgebracht: "Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind". (VB, 1.8.94)

1995: NPD besser vorbereitet

Heuer war die NPD sichtlich bemüht, alles besser zu machen. Sie hatte nicht nur den bedeutungsschwangeren "Tag der deutschen Einheit" für ihre Kundgebung auserkoren, sondern auch ihre Kader aus Thüringen, Hessen und Franken zusammengezogen, um "den zivilen Widerstand gegen multikulturelle Überfremdung" zu mobilisieren. (zitiert nach VB, 25.8.95) Vorausgegangen war das übliche juristische Hickhack. Dem NPD-Parteivorsitzenden Deckert wurde die Teilnahme verboten, ein Marsch zum Moschee-Bauplatz ebenfalls untersagt. Bürgermeister Keller forderte in diesem Zusammenhang - ganz entgegen früherer Gewohnheit - die BürgerInnen auf, gegen die NPD zu demonstrieren (ME, 30.9.95).

Das taten dann auch rund 250 mit einer Menschenkette vor der NPD-Kundgebung; zu dieser Kette hatten der Aktionskreis Solidarität und der Verein für Fremdenfreundlichkeit aufgerufen. 300 GegnerInnen waren direkt bei der NPD-Aktion anwesend; es kamen wieder die beliebten Trillerpfeifen, Hupen und Ratschen zum Einsatz, die den 150 NPD- und JN-Aktivisten kaum Raum zu verständlicher Agitation ließen. Zudem war eines der Fachwerkhäuser am Kundgebungsplatz mit Transparenten verhängt: "NPD No - NPD raus". (1) "Fight racism" und "Karlstadt braucht euch nicht" - so lauteten die eindeutigen Plakataufforderungen der AntifaschistInnen.

Den Reden des NPD-Bezirksvorsitzenden Klaus Beier, des stellvertretenden bayerischen Landesvorsitzenden Rolf Ollert (Nürnberg) sowie des Generalsekretärs Ulrich Eigenfeld konnte nur bruchstückhaft entnommen werden, daß die NPD noch immer den gleichen Mist wie früher verbreitet. Augenzeugen berichteten zudem vom "Deutschen Gruß" oder abgewandelten Begrüßungsritualen, die die Traditionslinie der NPD dokumentieren. Die "immense Polizei-Präsenz" (ein Augenzeuge), unterstützt durch Polizeihunde, diente vor allem dazu, die NPD von ihren GegnerInnen zu trennen und eine von letzteren versuchte Gleisbesetzung am Bahnhof zu verhindern. Es kam zu insgesamt acht Festnahmen und einigen Beschlagnahmungen von Flaggen mit verbotenen Symbolen etc. (VB, 4.10.95)

1996: Stammtischpopulismus als neue Linie?

Dann wurde bekannt, daß der 28jährige Einzelhandelskaufmann Klaus Beier, Vorsitzender des NPD-Kreises Aschaffenburg/Miltenberg, in Karlstadt bei der Kommunalwahl 1996 als Bürgermeisterkandidat antreten will. Kein Wunder, daß sich die Nazis nach der Karlstadter Aktion auf dem Kirchzeller Campingplatz in Beiers Heimatgemeinde trafen. Sie werden wohl schon Wahlkampfstrategien entwickelt haben. Dabei ist der in einem Baumarkt beschäftigte Beier intellektuell eher ein kleines Licht. Als Grund, warum er zur NPD kam, gibt er an, der Aufkleber "Ein Herz für Deutschland" habe ihn überzeugt! (ME, 16.11.90 - bei seiner Vorstellung als Direktkandidat zur Bundestagswahl) Außer für Aufkleber zeigt er besonderes Interesse für Amateurfußball, für Autos aus den 50er und 60er Jahren und deutschsprachige (das betont er ausdrücklich!) Musik.

Beiers Stärken liegen woanders; und das wird in seinem Wirkungskreis im Odenwald sichtbar. In Amorbach tritt er als Büttenredner bei Prunksitzungen auf. Aus Protest gegen den braunen Büttenredner soll es bereits zu Austritten aus dem Carnevalsverein gekommen sein soll. Mit den von ihm initiierten Freizeit-Vereinigungen "Kegelclub Al Bande" und "Fränkischer Verein Amorbach" organisierte er völlig unpolitische "Schlofanzugtreffen" (Faschings-Frühschoppen im Pyjama) oder Fahrten zum "Witwenball", einem närrischen Happening in Aschaffenburg. Angekündigt hat er auch schon Neue Deutsche Welle-Parties oder eine gemeinsame Urlaubsreise nach Kroatien.

Der künftige Karlstadter Bürgermeisterkandidat Beier gilt in seinem Umfeld nicht als Polit-Agitator, sondern eher als ein Held am Tresen, und daß, nicht nur in seiner Stammkneipe "Quo Vadis" in Amorbach (für die

diversen Informationen zu Klaus Beier danke ich BürgerInnen aus seiner Heimatgemeinde). Längere Zeit verbreitete sich Beier in den Kleinanzeigenseiten eines regionalen Veranstaltungsmagazins, wo er jede Menge Leute grüßte und meist mit "Klaus B. aus K." unterzeichnete. Der große Erfolg, gemessen an WählerInnenstimmen, ist Klaus B. aus K. bisher versagt geblieben. Bei der Europawahl 1994 holte die NPD in seiner Heimatgemeinde mit 0,77% zwar das beste Ergebnis im Kreis Miltenberg; berauschend war dies dennoch nicht (0,2% bundesweit, 0,3% kreisweit). Aber dennoch: Beier macht munter weiter mit seinem populistischen Agieren.

Zu vermuten ist, daß er längerfristig denkt (2) und möglicherweise eine Chance sieht, die abgehalfterten REPs zu beerben; allerdings ist von denen in Bayern nicht mehr zu viel zu holen, da sich die CSU ihren rechten Rand längst wieder eingefangen hat. Möglich, daß Beier dies anders einschätzt. Wie dem auch sei: Der überaus aktive Klaus Beier könnte seine Freizeit mit Sicherheit auch durch diverse Parteiaktivitäten, Gremienarbeit etc. totschlagen. Er sitzt aber - bei einem derartigen Regional- und Landesfunktionär sicher kein Zufall - lieber an diversen Stammtischen.

Betrachten wir andere Neo-Nazis aus Beiers Umkreis: Dirk Nahrath (Ex-WJ) wollte in diverse Elternbeiräte (s. ak 382), und von dem Nazi-Funktionär Axel Schunk (NPD) aus Stockstadt berichtet die Autonome Antifa Aschaffenburg, daß er sich nachbarschaftlich und vordergründig unpolitisch in seinem Wohnviertel betätigt. Als Sprecher der Siedlung am Ballenberg soll der NPD-Funktionär, dessen Sohn Sven auch schon die rechtsextreme Karriereleiter bestiegen hat, sich u.a. leserbriefschreibend im "Main-Echo" ins rechte Licht gerückt haben. Es wäre interessant zu wissen, ob hier eine regionale Spezialität vorliegt oder ob dieser Stammtisch- und Freizeit-Populismus bereits anderswo ähnlich praktiziert wird, ob dies gar eine neue Linie der Nazis ist.

Ansätze für AntifaschistInnen

Aber selbst wenn die Nazis nun verstärkt auf Biedermann machen wollen, so braucht ihre Rechnung noch lange nicht aufzugehen. In Karlstadt wie in Miltenberg (1) hat sich mit dem breiten Widerstand, der vor allem von bürgerlichen Kräften getragen wird, gezeigt, daß die Abwehrbereitschaft in der Bevölkerung (noch?) sehr groß ist. Bis hin zum Bürgermeister, der früher zum Ignorieren der Nazis aufforderte, ist jetzt wohl vielen klar, daß etwas getan werden muß, um den Braunen die Suppe zu versalzen. Der Boden könnte also für AntifaschistInnen fruchtbarer sein als für die Nazis selbst.

Schnell kann allerdings der Kredit, den AntifaschistInnen in einer solchen Situation haben, verspielt werden, wofür es bislang jedoch noch keine Hinweise gibt. Über Antifas in der bekannten Demo-Kostümierung wurde aus Karlstadt ebensowenig berichtet wie über hirnlose "Haut-die-Glatzen-bis-sie-platzen"-Parolen. Beides würde in der Provinz auf noch größeres Unverständnis stoßen, als dies in der Großstadt 'eh schon der Fall ist. Jede Provinz hat ihre spezifischen (also: konkreten) Eigenheiten, die diejenigen am besten kennen, die vor Ort leben und die darüber hinaus fähig sind, neben den allgemeinen Erkenntnissen (z.B. über den Charakter der Nazi-Ideologie) aus dem Vorgefundenen konkrete strategische Ableitungen zu erstellen.

Dann könnte es an bestimmten Punkten auch gelingen, daß die Linke aus dem eher defensiven Antifaschismus in eine relative Offensive übergeht. Und es könnte dabei auch verstärkt möglich werden, eine erheblich gefährlichere, weil massenhaft bestehende Verflechtung von reaktionäres Politik und Alltagsleben anzugreifen: Die bis tief in die Kultur-, Vereins- und Medienlandschaft Bayerns reichende Vorherrschaft der CSU.

Martin Bayer

Anmerkungen:

(1) Eine ähnlich gelungene Aktion - getragen von unorganisierten BürgerInnen, Grünen, SPD und AntifaschistInnen - gab es im Sommer 1994 in Miltenberg: Eine Kundgebung der REPs mit Dr. Zeitler (ehemaliger SPD-Oberbürgermeister von Würzburg) ging im Trillerpfeifenkonzert und in Sprechchören unter; ein sehr beliebter SPD-Stadtrat hielt über Lautsprecher eine Gegenansprache und zwei Häuser am Marktplatz (dem Kundgebungsort) waren von den BewohnerInnen mit großen Transparenten behängt. Tenor der ganzen Aktion: REPs raus aus Miltenberg; zudem gab es Hinweise auf die historischen Nazi-Aufmärsche, die in Miltenberg mit Vorliebe an eben diesem Marktplatz abgehalten wurden. (Quelle: Dokumentation "Nicht nur

schrille Pfiffe - oder: Wie die ‚Republikaner' in Miltenberg einmal eine ganz derbe Schlappe einstecken mußten", Initiative für Demokratie und Frieden IDeF, August 1994.)

(2) Hier sei nur kurz auf einen Artikel hingewiesen, den der Beier-Spezi Schwab schon 1991 in der "Deutschen Rundschau" (9/91) publizierte. Schwab fordert darin "... spontane und öffentlichkeitswirksame Aktionen vor Ort, ein Netzwerk, das tief in gesellschaftliche Gruppen wie Vereine, Ökologiebewegung, Kirchen und Gewerkschaften reicht. ... Wir brauchen ein kulturelles Vorfeld, eine nationale Subkultur. Davor haben unsere Gegner am meisten Angst. ... dann könnte vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren das eintreten, was wir uns alle wünschen: ein von nationalen Kräften geleitetes Deutschland im Europa der freien Nationen."

12. "Ich werde mich meiner Auslieferung mit allen Miteln widersetzen!" Interview mit Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:20

Seit über zehn Monaten sitzt der spanische Staatsangehörige Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit in Isolationshaft, weil der spanische Nationale Gerichtshof seine Auslieferung wegen "Unterstützung der ETA" fordert. Er soll für die baskische Befreiungsorganisation zwei Wohnungen in Barcelona angemietet haben. Die Anklage gegen Benjamin Ramos Vega geht auf Aussagen zurück, die unter Folter zustandegekommen sind. Das Berliner Kammergericht hat deshalb entschieden, nur dann der Auslieferung zuzustimmen, wenn die spanischen Behörden bis zum 10.12.1995 eine Garantie für die Einhaltung der Menschenrechte abgeben. Unterdessen hat der Leitende Gefängnisarzt in einem Gutachten kritisiert, daß "die hochrestriktiven Sicherheitsauflagen in Haft" und "die Angst vor Auslieferung" für die Verschlechterung des Gesundheitszustandes des HIV-infizierten Benjamin Ramos Vega verantwortlich sind. Am 9.11.1995 konnten wir mit Benjamin Ramos Vega im Knast Berlin-Moabit ein 45minütiges Interview machen.

Seit über zehn Monaten bist du jetzt hier in Moabit inhaftiert. Wie geht es dir ?

Benjamin Ramos Vega: Gut. Wenn es ein Trost sein kann: Die Schließer hier beleidigen und mißhandeln mich nicht. Aber ich denke, daß die Sicherheitsmaßnahmen, die sie gegen mich anwenden, sehr extrem sind. Ich bin isoliert. Ich will es euch so erklären: Hier im Knast sind fast 2.000 Gefangene, und die Maßnahmen, die sie gegen mich anwenden, betreffen insgesamt höchstens sieben Gefangene. Höchstens! Ich weiß, daß vier von den sieben in irgendeiner Form politisch sind. Außerdem finde ich den Hofgang in einem ummauerten Hof, der für mich nur eine weitere Zelle bedeutet, weil er geschlossen und klein ist, sehr bedrückend. Auch das wird höchstens bei sieben Leuten so gemacht.

Warum bist du Teil des Kollektivs der baskischen politischen Gefangenen geworden? Du bist doch von deiner Herkunft her kein Baske!

Wenn du dich mit Euskadi solidarisch zeigst und Unterstützung dafür leistest, wird das kriminalisiert. Deswegen begreife ich meine Kriminalisierung als Teil dessen, was gegen Euskadi, gegen die Opposition dort läuft. Sieh mal, ich habe die baskischen und die katalanischen Gefangenen besucht und ihnen geschrieben. Also, in Teneriffa - das ist eine Kolonie, eine afrikanische Insel, die aber zu Spanien gehört - gibt es einige Gefangene, die unter sehr schlechten Bedingungen leben. Die wissen, daß ich im Knast bin. Viele wissen, daß ich hier wegen meiner Unterstützung und Solidarität für Euskadi kriminalisiert werde. Ich bekomme Post von diesen baskischen Gefangenen, und sie behandeln mich als Genossen. Sie sind jetzt im Hungerstreik, weil sie fordern, daß zumindest ihre grundlegenden Rechte respektiert werden. So ist das Kollektiv. Wenn du wegen deiner Solidarität kriminalisiert wirst, nehmen die baskischen Gefangenen dich auf und unterstützen dich.

Eine Kritik von Teilen der deutschen Linken am Konzept der Nationalen Befreiung ist, daß die soziale Emanzipation der Orientierung auf die Unabhängigkeit untergeordnet wird. Wie siehst du das?

In Euskadi gibt es seit 35 Jahren den bewaffneten Kampf. Bevor Franco starb, wurde kritisiert, daß die ETA sozialistisch sei. Sie wollte Unabhängigkeit und Sozialismus! Die baskische ArbeiterInnenbewegung - und das ist der kämpferischste Sektor - ist Teil der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. Im September gedachte man dem 20. Jahrestag der Ermordung von Txiki.(1) Txiki schrieb in einem Brief, er kämpfe für die Freiheit aller Völker im spanischen Staat, bis der Sozialismus erreicht sei. Die Unabhängigkeitsbewegung will kein bestimmtes politisches Modell durchsetzen; was eingefordert wird, ist das internationale Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die Respektierung dieses Rechts. Und wenn einmal eine Garantie dafür besteht und wenn einmal das Territorium Euskadis wiedervereinigt ist, dann sollen alle Parteien und Bewegungen Euskadis diskutieren, wie sie sich die Zukunft vorstellen. Es wird immer das Volk sein, das entscheidet. Das Volk wird befragt werden.

Du hast vorhin gesagt, daß du dir sowohl mit katalanischen als auch baskischen politischen Gefangenen geschrieben und sie besucht hast. Vielleicht kannst du erzählen, unter welchen Bedingungen sie in den

Gefängnissen leben, damit die Leute hier besser verstehen können, was dich erwartet, wenn du ausgeliefert wirst.

Auf der Ebene der Strafen - von den Haftjahren her - ist es so, daß es schon für kleine, unbedeutende Delikte viele Jahre Knast gibt. Es gibt kein lebenslänglich, aber es gibt Leute, die haben 50, 100, 200 Jahre bekommen. Das Kollektiv der katalanischen Gefangenen (2) ist ziemlich klein, aber das der baskischen politischen Gefangenen zählt mehr als tausend Personen, wenn man die Totalverweigerer mitzählt und das bei drei Millionen EinwohnerInnen. Von den Bedingungen her sind sie einem permanenten Druck unterworfen, ihre Ideen und politischen Überzeugungen zu verraten und mit dem System zusammenzuarbeiten.

1987 wurden die baskischen Gefangenen auf Knäste des gesamten spanischen Staatsgebietes außerhalb Euskadis verteilt. Man entfernte sie aus ihrem kulturellen Umfeld. In den Knästen sind sie mit den verschiedensten Formen von Repression konfrontiert. Du kannst ganz isoliert werden, oder sie machen dir kleine Zugeständnisse, um sie dir gleich wieder wegzunehmen, um dich langsam zu zerstören. Was auch sehr schlimm ist, daß die Repression nicht nur auf die Gefangenen selbst abzielt, sondern auch die Familien trifft! Für Besuche müssen sie lange Fahrzeiten von Tausenden von Kilometern in Kauf nehmen. Bis auf die Kanarischen Inseln, das sind 3.000 Kilometer. Du machst also die Reise und dann triffst du deinen Sohn, deinen Genossen, deinen Bruder, den Gefangenen nicht, weil sie sie in einen anderen Knast verlegt haben.

Oft passiert es, daß die Polizei die Gefangenen bei den Verlegungen schlägt. Abgesehen davon, daß sie deine politischen Überzeugungen zu zerstören versuchen, wollen sie auch deine Gesundheit kaputtmachen. Es sind schon Gefangene im Knast krank geworden und gestorben. Ich kann euch den ganz aktuellen Fall von Pilar Ferreiro (3) erzählen, einer baskischen Gefangenen. Sie operierten sie und haben sie danach im Knast, mit Tropf und allem, mit Handschellen ans Bett gefesselt.

Die Praxis der Verteilung der baskischen Gefangenen ist illegal, wird aber von allen politischen Parteien geduldet. Nach acht Jahren kann man heute sehen, daß sie nicht gewirkt hat. Man kann die Zahl der Gefangenen, die aufgegeben haben, an einer Hand abzählen; die wegen der Repression entschieden haben, zu sagen, daß der Kampf für die Freiheit von Euskadi nicht gerecht ist, daß die Selbstbestimmung Unsinn ist, daß es ja schon eine Demokratie gibt. Es sind wirklich ganz wenige, die das in einem öffentlichen Diskurs vertreten, um eine Verringerung ihre Strafe zu erreichen.

Kürzlich hat das Berliner Kammergericht entschieden, deine Auslieferung von Bedingungen abhängig zu machen, die die spanischen Behörden erfüllen müssen. Und zwar, daß keine unter Folter erpreßten Aussagen in deinem Verfahren verwendet werden, daß du nicht in Isolationshaft kommst und daß du eine angemessene medizinische Versorgung erhälst.

Ich finde es sehr positiv, daß der Richter den Schriftsatz der Verteidigung zur Kenntnis genommen hat. Das ist das einzig Positive, das ich daran sehe. Daß er sich jetzt unter dem Druck der politischen Seite entscheiden wird, mich auszuliefern, das ist logisch, weil in politischen Fragen die Politiker entscheiden und nicht die Richter. Im spanischen Staat gibt es ein Sondergericht, um die baskische Opposition abzuurteilen. Es heißt Audiencia Nacional. Wenn ein Gefangener nach fünf Tagen Isolationshaft dem Gericht vorgeführt wird und sie ihn geschlagen und gefoltert haben, schert sich der Richter nicht darum. Einige wurden sogar mit offenen Wunden und Narben vorgeführt. Darum finde ich positiv, daß meine Meinung zumindest angehört wird. Ich werde die Hoffnung aufrechterhalten bis zum Termin, an dem sie entscheiden werden, ob sie mich ausliefern. Wenn es, was ich nicht hoffe, eine Entscheidung für meine Auslieferung geben wird, ist es sehr klar, daß ich mich dem mit allen Mitteln widersetzen werde.

Wir wünschen dir alles Gute!

Das Interview wurde von zwei PolizistInnen des LKA und mehreren Schließern überwacht. Wir durften mit Benjamin Ramos nur deutsch sprechen; unser Gespräch wurde dann von einer Dolmetscherin, die das LKA bestellt hatte, zu großen Teilen sinnentstellend übersetzt. Die Kosten für die Überwachung und die Übersetzung sollen wir gemäß dem Beschluß des Kammergerichtes selbst tragen.

Das Interview haben wir gekürzt.

Anmerkungen:

1) Txiki - aus Südspanien stammendes ETA-Mitglied, das kurz vor Ende der Franco-Diktatur am 27.12.75 zusammen mit vier anderen linken Militanten hingerichtet wurde.

2) Das katalanische Gefangenenkollektiv besteht derzeit aus acht Gefangenen.

3) Pilar Ferreiro ist, wie Benjamin, als Katalanin wegen "Unterstützung der ETA" inhaftiert.

Auslieferung in das Folterland Spanien muß verhindert werden!

Das Auslieferungsbegehren des spanischen Staates gegen den in Berlin-Moabit inhaftierten Benjamin Ramos Vega steht vor der Entscheidung. Der 33jährige Katalane, der mit internationalem Haftbefehl wegen "Unterstützung" des Comando Barcelona der baskischen Organisation ETA gesucht wurde, war am 28.1.1995 in Berlin verhaftet worden. Die Anklage gegen ihn beruht auf durch Folter erpreßten Aussagen angeblicher ETA-Mitglieder vom April 1994 und Februar 1995 (siehe ak 376 und 382).

Zum Kernpunkt in dem seit März 1995 laufenden Auslieferungsverfahren gegen Benjamin Ramos Vega hat sich die Frage entwickelt, ob die spanische Polizei und Guardia Civil systematisch politische Gefangene foltern, um Aussagen zu erpressen. Die AnwältInnen von Benjamin Ramos Vega haben dem Gericht fünfzehn Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen, persönliche Zeugnisse sowie Zeitungsartikel vorgelegt, die die Folterpraxis belegen. Die beiden baskischen Gefangenen, die Benjamin Ramos Vega durch ihre Aussagen belasteten, haben Anzeige wegen Folter gestellt, ebenso die im Februar 1995 festgenommenen elf KatalanInnen, die zusammen mit Benjamin Ramos Vega die Infrastruktur für die ETA in Barcelona organisiert haben sollen.

"Sie brachten mich zur Kaserne der Guardia Civil der Zone 4 in Barcelona. (...) Einer von ihnen stülpte mir eine schwarze Plastiktüte, so eine Mülltüte, über, und sie begannen mich zu schlagen. (...) Dann wurde mir der Kopf in eine Toilette gesteckt, mit der Absicht mich zu ertränken. Während der ganzen Zeit hatte ich die Plastiktüte übergestülpt, und sie drückten sie zusammen, um mich damit zu ersticken. (...) Einer drohte mir, mich mit dem Kopf in einen Wasserbottich zu stecken und mir Elektroden anzulegen. (...) Sie sagten auch, sie würden mir eine Kugel verpassen, daß es so aussähe, als hätte ich Selbstmord begangen. (...) Und alles hinge davon ab, was ich vor Gericht sagen würde". So beschrieb die Baskin Agurtzane Eskerra die fünftägige Isolationshaft nach ihrer Festnahme im Februar 1995. Von ihr stammt eine der Aussagen, mit denen Benjamin Ramos Vega belastet wird.

Das deutsche Außenministerium jedoch leugnete in seiner Stellungnahme zur Frage der Auslieferungshindernisse die Foltervorwürfe gegen die spanischen Behörden schlichtweg. Die Vorwürfe stammten von "linksextremistischen Organisationen", die Anzeigen wegen Folterungen würden hauptsächlich von "Betroffenen und ihren Anwälten aus dem Umfeld der ETA" gestellt. Diese wahrhaft dumme Stellungnahme brachte das Berliner Kammergericht in die mißliche Lage, entweder die UNO-Menschenrechtskommission und amnesty international (ai) in das vom deutschen Außenministerium entworfene "Umfeld der ETA" einzugliedern oder aber die von genannten Organisationen erhobenen Foltervorwürfe zur Kenntnis zu nehmen. Das Gericht sah sich im Oktober schließlich gezwungen, die Zustimmung zur Auslieferung von Garantien der spanischen Behörden abhängig zu machen: Benjamin Ramos Vega soll in Spanien nicht in Isolationshaft kommen, eine angemessene medizinische Versorgung erhalten, und es sollen keine unter Folter erpreßten Aussagen - insbesondere nicht die von Agurtzane Eskerra - in dem Verfahren verwendet werden.

Die Berichte von ai und der UNO-Menschenrechtskommission, die auch dem Kammergericht in Berlin vorliegen, waren die Grundlage für das Urteil eines belgischen Gerichtes von 1993, die Auslieferung zweier baskischer Flüchtlinge abzulehnen und die beiden freizulassen. Die zwei BaskInnen waren von den spanischen Behörden der "Unterstützung" des Comando Bizkaia der ETA beschuldigt worden. Das belgische Gericht stellte fest, daß die Beschuldigungen gegen sie ausschließlich auf durch Folter erpreßten Aussagen eines angeblichen ETA-Mitglieds beruhten. Dieser war im Januar 1992 mit weiteren 42 Personen unter dem Vorwurf der "Unterstützung" oder "Mitgliedschaft" im ETA-Comando Bizkaia im Baskenland verhaftet worden. 40 von ihnen wurden laut ai und UNO-Menschenrechtskommission nachweislich gefoltert. Gegen elf der damals Festgenommenen hat am 27.11.1995 in Madrid der Prozeß begonnen.

Es muß allerdings gesagt werden, daß auch das Berliner Kammergericht unter Vorsitz von Dr. Werner Nöldeke nicht gerade zimperlich ist. Während es von Spanien fordert, daß Benjamin Ramos Vega nicht in Isolationshaft kommt und daß er eine angemessene medizinische Versorgung erhält, verweigert ihm das deutsche Gericht immer noch das Medikament, das er in Freiheit zur Behandlung seiner HIV-Infektion eingenommen hat. Fast elf Monate saß Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit in Isolationshaft; erst ein Gutachten des Leitenden Arztes der Berliner Vollzugsanstalten zwang das Kammergericht, Ende November die Sonderhaftbedingungen zu lockern.

Die Vorgabe von Seiten der politischen Ebene ist klar: Innerhalb der Schengener Vertragsstaaten gibt es keine Menschenrechtsverletzungen, und Auslieferungen sollen reibungslos vonstatten gehen. Wir denken, daß es ein Erfolg des öffentlichen Drucks und der Solidarität ist, daß das Kammergericht gezwungen werden konnte, die Tatsache der Folter in Spanien juristisch anzuerkennen und die Auslieferung von Garantien des spanischen Staates abhängig zu machen. Ob Benjamin Ramos Vega ausgeliefert wird, entscheidet sich in Kürze. Noch ist das Verfahren offen. Es besteht die reale Chance, die Auslieferung zu verhindern und ihn aus dem Knast zu holen. Dafür ist politischer Druck notwendig. Wir brauchen weiterhin eure Solidarität.

Solidaritätskomitee

Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin, Fax 030 -2518539.

Schreibt (in Deutsch!) an:

Benjamin Ramos Vega, Buchnr. 501/95-3, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin.

Wir brauchen dringend Geld !!!

Für DolmetscherInnen, AnwältInnen, Reisekosten, Öffentlichkeitsarbeit!

Spendenkonto M. Wegner, Kto.Nr. 771781-104, Blz 100 100 10, Postbank Berlin, Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega

13. Zukunftsfähiger Antikapitalismus wäre eine prima Alternative. Zur Kritik an der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"

Totalverriß der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" hilft nicht weiter

Autor: hhH, Berlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:26

In ihrer letzten Ausgabe veröffentlichte ak Auszüge aus der offiziellen Kritik des Bundeskongresses Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) an der vom BUND und MISEREOR in Auftrag gegebenen Studie des "Wuppertal Instituts" Zukunftsfähiges Deutschland (1), die sich als wissenschaftliche Grundlage für ein nachhaltiges, bzw. zukunftsfähiges Wirtschaften in Deutschland versteht.

An dieser Stelle soll auf einige neue Aspekte des BUKO-Papieres eingegangen werden. Gleichzeitig möchte ich meinen Vorschlag (ak 384, "Sei kein Frosch, Buko!") präzisieren, die Totalverdammung der inzwischen als Kurzfassung allgemein zugänglichen Studie durch eine differenzierte Erörterung zu ersetzen. So wäre die erste Frage:

Was ist positiv

und bedenkenswert ...

... an der BUKO Kritik? Ich meine, daß das beste an ihr ist, daß es sie gibt. Rebellion ist gerechtfertigt! Nichts wäre öder (und verlogener) als der Schein eines nationalen Konsenses in der Frage, wie "der"deutsche Beitrag zur sozialökologischen Zukunftsgestaltung der menschlichen Produktion aussehen müßte. Ohne Zweifel hatte die Präsentation der Studie etwas naiv kumpelhaftes gegenüber den Hauptverantwortlichen (und strukturellen Mechanismen) der derzeitigen ökologischen Verwüstungen an sich, und das dort angestimmte Loblied auf die Ökologisierbarkeit der Marktwirtschaft schrie nach möglichst schriller Dissonanz.

Den BUKO-Anspruch, daß eine wissenschaftlich begründete Studie zur Zukunftsfähigkeit auch die vergangene und gegenwärtige "Zukunftsunfähigkeit" zu analysieren und entsprechende Zahlen und Bedingungen (Eigentumsverhältnisse, europäischer Kolonialismus, Macht des Finanzkapitals usw.) zu benennen hätte, halte ich prinzipiell für sinnvoll. Ebenso berechtigt ist die Frage, wieso die Wuppertaler meinen, daß ihre radikale Vorstellung von globaler Gerechtigkeit (alle dürfen gleichviel/wenig Ressourcen verbrauchen) ausgerechnet über Konditionen verwirklicht werden könnte, die IWF und Weltbank zur Bedingung für eine - teilweise - Schuldenstreichung machen oder durch Joint Implementation (JI), also die gemeinsame Umsetzung von der Reduktion von CO2-Emissionen. In der Praxis bedeutete JI bisher, daß sich die reichen Industrieländer von ihren Reduktionsverpflichtungen freikaufen, indem sie z.B. - zu ihrem eigenen Vorteil - die vorher von ihnen oder in ihrem Auftrag abgeholzten Regenwälder mit Palmöl- oder Eukalyptusplantagen aufforsten lassen.

Der BUKO muß sich allerdings fragen lassen, wieso er mit so unsinnigen Pauschalvorwürfen, wie dem Spruch des Aktions-Transparents "Am Deutschen Ökowesen ... " (siehe ak 384, S.26) auf den Plan tritt. Da wurde "den Ökos", speziell dem BUND-Vorsitzenden Weinzierl, seit Jahr und Tag angekreidet, daß sie "das Bevölkerungswachstum" bekämpfen möchten, statt sich um den sehr viel größeren Naturverbrauch der Menschen in den Wohlstandsregionen zu sorgen. Und jetzt, wo das Bevölkerungswachstum bewußt aus der Analyse herausgenommen wird und der mit dem Leben in den reichen Ländern einhergehende globale Naturverbrauch konkret durchgerechnet und Reduktionsszenarien bestimmt werden, ist es wieder nicht recht.

Es kann durchaus eine sinnvolle Methode der Analyse sein, von den augenblicklichen Machtverhältnissen abzusehen. Werden die Macht- und Aneignungsverhältnisse in jedem Augenblick der Analyse mitbedacht, dann verhindert dies möglicherweise radikale (visionäre) Entwürfe, die über die augenblicklichen Bedingungen hinausgehen. In meiner Antwort auf Christoph Spehr habe ich Beispiele dafür benannt, daß bei einem solchen Herangehen leicht - ungewollt - die Perspektive des zu Überwindenden eingenommen wird. Dort, wo die Wuppertaler sich auf die gegebenen Verhältnisse einlassen, bemerken sie diese Gefahr zumindest. In der Einleitung stellen sie fest, daß die heutigen Antworten auf die Frage nach einer "Wirtschaft, die möglichst vielen Menschen eine Existenzsicherung ermöglicht", nicht von einem "Wirtschaftsverständnis bestimmt" sind,

das "die Erfordernisse der Ökologie und der globalen Gerechtigkeit abdeckt." Und weiter: "In dieser Atmosphäre hat Ökologie anscheinend nur eine Chance, wenn sie sich in den Kampf um technische Innovationen und zukunftsträchtige Märkte einreiht. Selbst Umweltschützer rechnen der Öffentlichkeit vor, wieviele Arbeitsplätze Umweltschutz schafft und wieviel Geld gespart werden könnte, wenn die Energie- und Ressourceneffizienz zum obersten Leitbild des Wirtschaftens erkoren würde. Auch in dieser Studie wird über weite Strecken ähnlich argumentiert. In einer solchen Strategie liegen aber auch Gefahren. Was ist, wenn bestimmte ökologische Ziele eher die Tugend des Unterlassens oder des Maßhaltens erfordern?

Diejenigen, die mit dem BUKO nach Wegen "zur dringend notwendigen Gesellschaftsveränderung" suchen, durch die "die Tugend der Unterlassung" der einen nicht mehr automatisch zur "effizienteren" Prasserei der anderen führt, täten m.E. gut daran, bewußt die stärkeren Passagen der Wuppertalstudie herauszupicken und sich einiges davon kritisch anzueignen. Und die Stärken liegen m.E. vor allem dort, wo sie ungeachtet der augenblicklichen Machtverhältnisse Leitlinien für eine die Ökosysteme bewahrende und sozial egalitäre Produktion und Aneignung von Gebrauchswerten enthält.

Bedarfsfelder ermöglichen Verbrauchsberechnungen

Gerade das, was der BUKO als "Taschenspielertricks" abkanzelt, finde ich bedenkenswert an dem Wuppertaler Ansatz, nämlich die Frage nach einer naturverträglichen Produktion (ohne gegenseitige Übervorteilung) von den menschlichen Bedürfnissen und deren Befriedigung her anzugehen. Die in Geld und Sachkapital "vergegenständlichten" Zugriffsmöglichkeiten auf natürliche Ressourcen einschließlich der menschlichen Arbeitskraft sind auch ein wichtiger Parameter. Vor allem dann, wenn es um die moralische Bewertung z.B. einzelner Nationen oder Weltregionen oder auch um Wege zur Veränderung der im Kapitalbesitz eingeschriebenen Machtverhältnisse geht. Doch es macht darüber hinaus Sinn, als Ausgangs- und Zielpunkte von Entwicklungsplänen (und genau darum handelt es sich bei der Wuppertal Studie im Ansatz) allein die stoffliche Seite in Betracht zu ziehen, also den realen Stoffaustausch und Energiewandel, der für den tatsächlichen Konsum getätigt wird.

"Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum) als die Arbeit, die selbst die Äußerung einer Naturkraft ist." (Marx, MEW 19, S.15) Wenn in Brasilien Waldflächen abgebrannt werden, um auf dem gewonnenen Boden Futtermittel zur Befriedigung deutscher Fleischeslust zu gewinnen, oder Eisen und Aluminium zum Zwecke der Entwicklung deutscher Bierbüchsen und -bäuche, dann ist es schlüssig, wenn z.B. die in Brasilien (und auf dem Weg von dort zum deutschen Bauch) anfallenden CO2-Emissionen usw. in die stofflichen Produktionskosten deutscher Bäuche hineingerechnet werden.

Wenn die Machtverhältnisse auf dieser Stufe der Analyse mitbedacht und moralisch bewertet werden, kommt es zwar manchmal zu grotesken Feststellungen, etwa, daß - wie der BUKO bemängelt - die mit Rüstungsexporten einhergehenden Stoff- und Energieströme sowie Umweltbelastungen denen "zulast gelegt" werden, die die Waffen, egal ob als Täter oder Opfer, "konsumieren". Trotzdem bleibe ich dabei, daß die Wuppertaler Methode im Prinzip eine sinnvolle Methode zur Berechnung sozialer/ökologischer Entwicklungspläne ist. Auch wenn die Studie durch Analysen der Machtverhältnisse und Veränderungsmöglichkeiten derselben ergänzt werden müßte.

Ausgesprochen interessant finde ich die in der Studie definierte Struktur des Umweltverbrauchs auch in einem anderen Aspekt. Es werden z.B. nicht wie üblich Industrie und Haushalte verglichen. Tatsächlich ist eine Unterscheidung des Umweltverbrauchs von Industrie und Haushalten (EndverbraucherInnen) nur sehr begrenzt aussagekräftig. Die in der chemischen Industrie hergestellten Gebrauchswerte sind schließlich kein Selbstzweck; die dort produzierten Stoffe kommen - z.B. mit der chemisch haltbar gemachten Wurst - wieder frisch auf den Tisch der privaten Haushalte. Der in der Wurstindustrie anfallende Umweltverbrauch ist die notwendige Voraussetzung des Wurstverzehrs. Auch die Produktion von z.B. Wurstmaschinen (oder allgemeiner die Produktionsgüterproduktion) ist zur Herstellung und Distribution der Frankfurter oder Thüringer Würste unabdingbar, und die dabei anfallenden Umweltkosten sind Voraussetzung des Wurstverzehrs.

Statt von Haushalten, der Industrie oder dem Staat wird in der Studie deshalb von Bedarfsfeldern ausgegangen: Wohnen, Ernährung, Bekleidung, Gesundheit, Bildung, Freizeit, gesellschaftliches Zusammenleben, Sonstiges. "Mobilität" wird also keinem eigenen Bedarfsfeld zugeordnet, sondern geht in den

anderen Bedarfsfeldern (etwa gesellschaftliches Zusammenleben) auf. Gemessen werden Abfälle und Emissionen der einzelnen Bedarfsfelder und zwar unterteilt nach dem, was bei deren Konsum, bei deren Bereitstellung (Dienstleistungen), deren Produktion (unterteilt in Energieumwandlung, produzierendes Gewerbe, Verkehr und Land & Forstwirtschaften) anfällt, sowie die dafür verbrauchte Menge an Energie, Material, Wasser oder Fläche. "Jedes Produkt und jede Dienstleistung ist auf ihrem gesamten Lebensweg mit Energie- und Stoffumsätzen verknüpft. (S.7) Die zukünftig gewünschten Grenzen des so errechneten Umweltverbrauches werden in der Studie bestimmt durch

- die Tragfähigkeit von Ökosystemen,

- die Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen,

- die Verfügbarkeit von Rohstoffen und

- die gleichen Nutzungsrechte an den globalen Ressourcen im Rahmen ihrer Tragekapazität für alle Menschen.

Nach einem Abgleich mit dem Stoff- und Energieumsatz, den die in Deutschland lebenden Menschen weltweit bewirken, kommt die Studie zu folgendem Ergebnis: "Verbrauchs- und Emissionsreduktion von 80 bis 90% bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts." (s. tabellarische Übersicht) Es ist an dieser Stelle leider nicht möglich, auf die einzelnen von Wuppertal erstellten "Bilanzen des deutschen Umweltverbrauchs" einzugehen. Auf alle Fälle sind dies m.E. die interessantesten Aspekte der Studie und für linke Politik mit gesellschaftsveränderndem Anspruch mit Sicherheit die größte Herausforderung.

Wie kann das

verwirklicht werden?

Voraussetzung einer Verständigung innerhalb der Linken hierüber ist eine intensivere Auseinandersetzung mit den Entwicklungsszenarien der Wuppertal-Studie. Im folgendem möchte ich lediglich auf zwei Aspekte eingehen, nämlich auf das Demokratieverständnis und auf den notwendigen Nord-Süd-Ausgleich.

Eine der umstrittensten Passagen betrifft die politischen Reformen. (S 33) Darin heißt es: "Um dem Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft näher zu kommen, sind politische Reformen erforderlich. ... Zum einen ist die Bevölkerung stärker an der politischen Willensbildung (z.B. bei der Umwelt- und Technikfolgenabschätzung, Stadt- und Landschaftsplanung) zu beteiligen. Daneben könnte in Zukunft die Einrichtung von Langzeitinstitutionen treten, deren Mitglieder von den hektischen Rhythmen der Tagespolitik abgekoppelt wären." Von den hektischen Rhythmen abgekoppelt? Das klingt gefährlich nach einem Euphemismus für Nichtwählbarkeit von EntscheidungsträgerInnen. Auch die vom Wuppertal Institut vorgeschlagene Bezeichnung "Ökologischer Rat" vermag weder linke Herzen noch unseren Verstand zu becircen, wenn dieser Rat einerseits "quasi als Treuhändler für die Natur und die zukünftige Generationen"wirken, aber andererseits nicht (ab-)wählbar sein soll.

Gedanken an diktatorisch herrschende Ökoräte sind ein Spiel mit dem ökofaschistischen Feuer. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Prozesse der demokratischen Willensbildung in Richtung Aufhebung der "Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Produktaneignung" (Marx) zu beeinflussen. So wie die Anti-AKW Bewegung der 70er Jahre das Bedürfnis beförderte, zu sehen und mitentscheiden zu können, wie "der Strom aus der Steckdose" produziert wird, so müßte heute eine sich weiter radikalisierende und globalisierende Bewegung die Absicht und die Freiheit befördern, umweltgerechte, nicht ausbeuterische Formen der Fortbewegung, Freizeit und Produktion durchzusetzen. (Straßen- oder Hafenblockaden, Großdemos und Aktionstage wären prima Methoden)

Lokale, nationale oder globale Ökoräte, die aus "gesellschaftlich relevanten Gruppen" bestehen und Kontrollfunktionen erfüllen könnten (etwa wie der Bundesrechnungshof), wären keine schlechte Sache. Und die Diskussion darüber sollte m.E. gesucht und offensiv geführt werden.

Zukunftsfähiger Antikapitalismus? Ja bitte!

Ralf Berger von der BUKO-Geschäftsstelle in Hamburg stellte dem Abdruck des BUKO Papiers die Aufforderung voran, jetzt u.a. darüber zu debattieren, ob "sich im Rahmen der Marktwirtschaft der

Ressourcenverbrauch wirklich verringern" läßt. Ich halte diesbezügliche Überlegungen auch für notwendig. Allerdings wird sich diese Frage letztlich nur in der Praxis entscheiden können. Und mit nichts lassen sich über den Markt hinausgehende, sozialistische Perspektiven besser verbauen, als wenn die, die sie eröffnen möchten, gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie, der IG Bergbau und Chemie und der Bundesregierung z.B. gegen die Einführung von Ökosteuern polemisieren würden. Wir können die "Gesellschaftsmodelle" leider nicht wie verschiedene Fahrradmarken oder politischen Parteien auswählen. Alles im Rahmen des Alten Machbare muß ausprobiert werden, bevor das Neue entstehen kann. Sozialistische, gesellschaftsverändernde Bewegungen dürften dabei nicht zaudern, sondern müßten im Gegenteil eine vorantreibende Rolle bei der ökologischen Modernisierung der Marktwirtschaft spielen. Wir müßten dies tun, gleichzeitig auf die Grenzen des aktuell Machbaren hinweisen und darüber hinaus drängen. In der Wuppertalstudie heißt es auf S. 17 zur grünen Marktagenda:

"Die Ökologisierung der Marktwirtschaft schließt zwei Dimensionen ein: die Begrenzung marktwirtschaftlicher Mechanismen einerseits und ihre ökologisch zuträgliche Entfaltung andererseits. (...) Markteuphorikern, die die ökologische Frage auf einem Kampf um Zukunftsmärkte und -technologien reduzieren, entgeht leicht die schlichte Tatsache, daß ökonomischer Expansionismus und das Niederreißen sämtlicher kultureller Schranken durch weltwirtschaftliche Arbeitsteilung von ausnehmender Zerstörungskraft sind. Marktskeptiker hingegen erkennen oft nicht, welch schöpferisches Potential in der umweltgerechten Entfaltung von Marktkräften liegen kann. Nicht eine Marktgesellschaft, in der die Regeln von Angebot und Nachfrage sämtliche Bereiche menschlicher Existenz bestimmen, kann das Ziel sein, sondern eine Marktwirtschaft, die (wieder) eingebettet ist in ein größeres Ganzes, das wir Gesellschaft nennen."

Solange kommunistische Vergesellschaftungsweisen im globalen Maßstab (noch) nicht machbar sind, werden sich Linke mit gesellschaftsveränderndem Anspruch wohl oder übel auf das hier skizzierte Projekt einer gesellschaftlichen Kontrolle des Marktes einlassen müssen. (Auch wenn an der "kommunistischen" Alternative m.E. immer auch gearbeitet werden sollte.) Orientierungsrahmen müßte eine Verständigung darüber sein, welche Dinge in näherer und fernerer Zukunft auf welche Weise am besten erreicht werden sollen und könnten. Für so ein Herangehen führt die Frage "Wuppertalstudie Ja oder Nein" aber nicht weiter. Besser wäre Einzelfallprüfung.

hhH, Berlin

Anmerkung:

1) Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Eine Studie des Wuppertal Instituts im Auftrag von BUND und MISEREOR. Bestelladresse: BUND, Im Rheingarten 7, 53225 Bonn. DM 5,-

Umweltindikator, Mittelfristiges

Umweltziel (2010), Langfristiges

Umweltziel (2050)

Ressourcenentnahme, ,

Energie, ,

Primärenergieverbrauch, mindestens - 30%, mindestens - 50%

Fossile Brennstoffe, - 25%,

Kernenergie, - 100%,

Erneuerbare Energien, + 3-5 % im Jahr,

Energieproduktivität, + 3-5 % im Jahr,

Material, ,

Nicht erneuerbare Rohstoffe, - 25 %, - 80 bis 90%

Materialproduktivität, + 4-6 % pro Jahr,

Landwirtschaft:, flächendeckende Umstellung auf ökologischen Landbau, Regionalisierung der Nährstoffkreisläufe

Waldwirtschaft, flächendeckende Umstellung auf naturnahen Waldbau, verstärkte Nutzung heimischer Hölzer

Stoffabgaben/Emissionen, ,

Kohlendioxid (CO2), - 35%, - 80 bis 90%

Schwefeldioxid (SO2), - 80-90%,

Stickoxide (Nox), - 80% bis 2005,

Ammoniak (NH2), - 80-90%,

Flüchtige Organische

Verbindungen (VOC), - 80% bis 2005,

Synthetischer Stickstoffdünger, - 100%,

Biozide in der Landwirtschaft, - 100%,

Bodenerosion, - 80-90%,

14. Sonderweg ins Abseits. Der Streit um die deutsche "Anerkennungspolitik" von 1991 dauert an

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:14

In einem Punkt stimmen die "antideutschen" Polemiker mit Genscher überein: Die deutsche Anerkennungspolitik gegenüber Slowenien und Kroatien war wohlüberlegt, Teil eines in sich stimmigen Plans und von festen Prinzipien geleitet. Nur in der Bewertung gehen die Ansichten natürlich auseinander. Was für den ehemaligen deutschen Außenminister eine Politik im Dienste der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts war, stellt für die "Antideutschen" einen wesentlichen Schritt neudeutschen Expansionismus dar, dem die anderen Staaten Westeuropas machtlos zusehen mußten. Genscher leugnet einen deutschen Alleingang in der Anerkennungsfrage noch heute: "Der später von schlecht informierter Seite erhobene Vorwurf, wir seien vorgeprescht, entbehrt daher jeder Grundlage", schreibt er in seinen jüngst erschienenen "Erinnerungen" (dokumentiert in Der Spiegel 37/1995).

Der in linksradikalen Kreisen immer wieder unternommene Versuch, den "Meister der Sprechblase" (taz, 5.10.95) mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, hat außer starken Worten bisher wenig zustande gebracht. So schreibt z.B. das "Antinationale Plenum Hamburg" über "Das souveräne Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht" (3.10.1995): "Mit Durchsetzung der völkerrechtlichen Anerkennung der sezessionistischen Teilrepubliken Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina entfachte Deutschland den schwelenden Konflikt zwischen den nationalistischen Banden zum offenen Krieg, in den es seine Verbündeten mit hineinzog." In diesem Satz zeigt sich nicht nur eine erschreckende Unkenntnis; vor allem wird hier der bereits begonnene Krieg zum "schwelenden Konflikt" verharmlost.

Ein Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 1991 soll helfen, Dichtung und Wahrheit zu unterscheiden. Wer meint, die Linke müsse es "gegenüber dem Feind" mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, übersieht die abstumpfende Wirkung einer Agitation, die deutsche Außenpolitik ausschließlich als Aneinanderreihung von Katastrophen wahrnimmt.

Der Kriegsbeginn und eine "überfällige Kurskorrektur"

Die Vorgeschichte der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitsbestrebungen soll hier nicht noch einmal nacherzählt werden (eine stichwortartige Chronologie der Ereignisse ist in ak 382 nachzulesen). Nachdem im Dezember 1990 eine Volksabstimmung 88% Zustimmung zur staatlichen Selbständigkeit Sloweniens ergeben hatte, fand im Mai 1991 auch in Kroatien ein Referendum über die Unabhängigkeit statt: Es gab 90% Ja-Stimmen; die serbische Minderheit (ca. 15% der Bevölkerung) boykottierte die Abstimmung. Daß diese eindeutigen Mehrheiten nicht einfach auf einen irrationalen "nationalistischen Wahn" zurückgeführt werden können, ist in dieser Zeitung etliche Male herausgearbeitet worden. Zu den materiellen Grundlagen der separatistischen Bestrebungen Sloweniens und Kroatiens gehören (in Stichworten): der finanzielle Ruin Jugoslawiens; Versuche, die Zentralmacht zu stärken und unter serbische Hegemonie zu stellen; die Amtsenthebung der Regierung des Kosovo durch das serbische Parlament im Juni 1990.

In Deutschland war es vor allem die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die von Anfang an auf eine Anerkennung der beiden jugoslawischen Nordrepubliken drängte. Namentlich ihr "Balkan-Experte" und Mitherausgeber Johann Georg Reißmüller heizte mit anti-serbischen Tiraden die Gemüter an. "Die uneuropäische Unterdrückung anderer Völker" erklärte er zum serbischem Charakterzug (12.12.1990); der Krieg erschien der Zeitung für Deutschland als Kampf der (durch Slowenen und Kroaten verkörperten) "europäischen Rechtskultur" gegen "orientalische Traditionen" der Serben. Die Kroaten und ihr Gemeinwesen, das "demokratisch und zivilisiert ist" (25.11.1991), werden aus der Sicht des Herrn Reißmüller nur noch von den Slowenen übertroffen, die uns schon deshalb vertraut und sympathisch sein müssen, weil sie "fleißig, haushälterisch, ordentlich, zuverlässig" sind: "Manchmal werden sie die Deutschen Jugoslawiens genannt." (16.4.1991)

Die Agitation für eine schnelle Anerkennung wurde von der FAZ ohne Rücksicht auf Verluste durchgehalten: "Wer A wie Anerkennung sagt, muß nicht nur über das ganze Alphabet Bescheid wissen, sondern bereit sein, es durchzubuchstabieren." (16.12.1991) Militärhilfe für die unabhängigen Staaten wäre danach eine

Mindestanforderung gewesen, der die schlappe Bundesregierung (zumindest offiziell) aber nicht nachkommen wollte.

Am 26. Juni 1991, einen Tag nach den formellen Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens, nahm die deutsche Bundesregierung zu den Ereignissen Stellung. Die FAZ meldete enttäuscht: "In Bonn denkt man derzeit nicht an die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens" (Artikelüberschrift vom 27.6.). Ausdrücklich berief sich die Bundesregierung auf einen Aufruf der EG zur "Bewahrung der Einheit Jugoslawiens auf demokratischer Grundlage unter Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte". Das Außenministerium teilte mit, eine völkerrechtliche Voraussetzung der Anerkennung sei gegenwärtig nicht gegeben. In der CDU/CSU gab es allerdings auch Kritik an der Politik der EG, die "Erhaltung des jugoslawischen Staatenbundes um jeden Preis" zu verteidigen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel forderte ein entschiedenes Auftreten der Bundesregierung gegenüber Belgrad. Es müsse klargestellt werden, "daß wirtschaftliche Zusammenarbeit und Hilfe für die jugoslawische Konföderation nicht dazu mißbraucht werden könne, den Verbleib von Republiken in der Konföderation mit Gewalt zu erzwingen". (FAZ, 27.6.1991)

Am 27. Juni intervenierte die jugoslawische Bundesarmee in Slowenien. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) konstatierte daraufhin einen "Meinungsumschwung in Bonn zugunsten der Kroaten und Slowenen". Die Unionspolitiker Heiner Geißler, Karl Lamers und Max Streibl kritisierten die "falsche Politik" der EG, die "Mitverantwortung für das Schicksal der Slowenen und Kroaten" trage. (SZ, 29.6.) Wenige Tage später kritisierte CDU-Generalsekretär Volker Rühe ausdrücklich auch die deutsche Außenpolitik: Auf die Zentralregierung in Belgrad hätte früher Druck ausgeübt werden müssen; Genscher habe sich "schwere Fehler und Versäumnisse" geleistet. (Der Spiegel, 8.7.) Die SPD-Politiker Norbert Gansel und Karsten Voigt schlossen sich der Kritik an. Genscher und die anderen Außenminister der EG trügen wegen ihrer "Politik des Status Quo" Mitverantwortung für den Einsatz der Bundesarmee in Slowenien. (SZ, 2.7.) Helmut Kohl nahm dagegen seinen Außenminister gegen Rühes "pauschale Kritik" in Schutz. (Der Spiegel, 8.7.)

Trotz dieser offenkundigen Meinungsverschiedenheiten begrüßte der Kommentator der Welt, daß nun "endlich Klarheit" geschaffen worden sei, benannte aber richtig die treibenden Kräfte der "überfälligen Korrektur": "... die Bundesregierung hat sich mit ihrer bisher primär auf die Bewahrung der Einheit Jugoslawiens gerichteten Politik zunehmend in der deutschen Öffentlichkeit isoliert. Es mußte Kohl zu denken geben, daß im Auswärtigen Bundestagsausschuß Politiker aus Koalition und Opposition übereinstimmend eine Kurskorrektur verlangt haben." (Die Welt, 2.7.) Der Kommentator bezog sich damit vor allem auf eine Erklärung Kohls vom 1. Juli: "Wer wie die Deutschen auf der Basis der Selbstbestimmung seine nationale Einheit erreicht habe, könne Slowenien und Kroatien das Selbstbestimmungsrecht nicht verweigern. Deutschland solle die EG zur Anerkennung der beiden Republiken veranlassen." (The Guardian, 2.7.1991; deutsch wiedergegeben in Europa-Archiv 12/1993)

Irritationen im Bündnis

Kohls ziemlich allgemein gehaltenes Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, das beim Kommentator der Welt Jubel auslöste, wurde in Frankreich besorgt aufgenommen. Die FAZ meldete "Irritationen wegen der deutschen Jugoslawien-Politik" und zitierte die Tageszeitung Libération: "Eine alte Zwangsvorstellung taucht im französischen Außenministerium wieder auf, eine wiedererstandene deutschsprachige Einflußzone, die Deutschland, Österreich und ein Slowenien verbindet, das sich nach dem Habsburger Reich zurücksehnt." Aber auch kritische französische Stimmen wurden in der FAZ zitiert, u.a. die von Le Monde: "Nachdem Deutschland seine Einheit und Souveränität wiedergefunden hat, will es jetzt ohne Komplexe eine größere Rolle in einer Region spielen, mit der es immer enge Beziehungen unterhalten hat." (zitiert nach FAZ, 4.7.1991)

Einige serbische Medien machten Deutschland direkt für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens, ja sogar für den von der jugoslawischen Bundesarmee begonnenen Krieg in Slowenien, verantwortlich. Dieser "dreckige und verbrecherische Krieg hätte ohne die Einmischung Deutschlands nicht geführt werden können", schrieb das Belgrader Massenblatt Vecernje Novosti. (zitiert in SZ, 10.7.) Leitmotiv der serbischen Medien war die Warnung vor dem "Vierten Reich" und dem deutschen Drang nach Osten. Im Fernsehen wurden Wochenschau-Bilder von Hitler und seinem kroatischen Juniorpartner Ante Pavelic gezeigt - "als Erinnerung und Mahnung", wie es im Kommentar hieß.

Tudjman in Bonn

Mitte Juli reiste Kroatiens Präsident Franjo Tudjman nach Bonn, wo er mit Kohl und Genscher zusammentraf. Der als "informell" deklarierte Besuch bedeutete für den kroatischen Nationalisten natürlich einen erheblichen Prestigegewinn, der von seinen Gastgebern auch erwünscht war. So bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hornhues, die Einladung an Tudjman als "Korrektur zur bisherigen Politik der Europäischen Gemeinschaft". In serbischen Zeitungen wurde Tudjmans Visite bei Kohl mit dem Empfang des kroatischen Faschisten Ante Pavelic durch Hitler verglichen.

Tudjmans Werben um die Anerkennung Kroatiens blieb allerdings zunächst erfolglos. Nach einem Bericht der FAZ erwiderte Kohl, daß "eine sofortige Zusammenarbeit angestrebt werden könne." Genscher erklärte, "ein deutscher Alleingang mit einer Anerkennung komme nicht in Betracht". Erst im Falle neuer Aggressionen der serbisch dominierten Bundesarmee werde die deutsche Regierung bei ihren westeuropäischen Partnern vorstellig werden mit dem Ziel, "zumindest die gemeinsame Ankündigung der völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens wegen neuer schwerer Übergriffe des Militärs zu erwirken." (alle Zitate nach FAZ, 19.7.1991)

Anfang August wiederholte Genscher diese Ankündigung und erinnerte an einen EG-Beschluß vom 5. Juli, daß die EG und ihre Mitgliedstaaten "bei jeder neuen Verletzung des Waffenstillstandes, insbesondere im Falle einseitiger militärischer Maßnahmen" ihre Position überprüfen würden. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, unterstützte Genschers Politik, indem er erklärte: "Ein weiteres Eingreifen von Einheiten der jugoslawischen Volksarmee zugunsten serbischer Nationalisten sollten die Mitgliedstaaten der EG als Bruch des Abkommens von Brioni auffassen und deshalb bereits vor Ablauf der Dreimonatsfrist eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens aussprechen." (FAZ, 3.8.)

Die Verknüpfung der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens mit weiteren Kampfhandlungen der Bundesarmee war nun auch gemeinsame Linie der deutschen Bundesregierung. Ihr Sprecher Schäfer teilte mit: "Wenn Serbien hiervon (der gewaltsamen Veränderung der innerjugoslawischen Grenzen; Anm. ak) nicht abgeht und sich weiterhin einem Waffenstillstand verweigert, muß die EG auch die Frage einer völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ernsthaft in Erwägung ziehen." Die FAZ, der das alles viel zu langsam und europäisch zuging, wußte auch den Grund für den schleppenden Gang der Dinge: "In Bonn war als Begründung der deutschen Vorsicht zu hören, nach einer Anerkennung müsse der Schutz Kroatiens dann auch unternommen werden. Da nicht zu erkennen sei, daß militärischer Druck eingesetzt werden könne, seien Weiterungen heikel." (FAZ, 6.8.1991)

Auch in den folgenden Wochen, u.a. in Kohls Regierungserklärung vom 4. September, drohte die Bundesregierung mit einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, "falls die Politik der gewaltsam vollendeten Tatsachen mit Unterstützung der Armee" nicht eingestellt werde. Gleichzeitig wurde immer wieder betont, es werde keinen deutschen "Alleingang" geben.

Innenpolitische "Irritationen"

Nachdem das jugoslawische Staatspräsidium Mitte Juli den Abzug der Armee aus Slowenien angekündigt hatte, verlagerte sich der Kriegsschauplatz nach Kroatien. Die Bundesarmee intervenierte zugunsten der dort lebenden Serben, griff aber auch Städte ohne relevante serbische Bevölkerung (vor allem Dubrovnik und andere Küstenstädte) massiv an. Kroatische Streitkräfte blockierten und beschossen ihrerseits Kasernen der Bundesarmee in Kroatien. Die heftigsten Kämpfe gab es zwischen September und Mitte November 1991. Nach monatelanger Belagerung durch die Bundesarmee und serbische Einheiten kapitulierten die kroatischen Verteidiger der ostslawonischen Stadt Vukovar (18.11.1991).

Am 7. September begann in Den Haag die sog. EG-Friedenskonferenz zu Jugoslawien. Genscher war mit seinem Anerkennungskurs zunächst völlig isoliert, fand aber wenig später vorsichtige Unterstützung bei seinem italienischen Amtskollegen De Michelis. Außerhalb der EG äußerte nur Österreich Sympathie für die Anerkennung der sezessionistischen Republiken. Die schärfsten Widersacher der deutschen Politik waren Briten und Niederländer.

In der BRD begann die öffentliche Diskussion um die Beteiligung deutscher Soldaten an einer künftigen europäischen "Friedenstruppe" für Jugoslawen. Lamers (CDU) sprach sich dafür aus. Bundeswehrsoldaten

sollten "nicht gerade in vorderster Linie stehen", könnten aber Material liefern oder den Transport von Truppen und Rüstungsgütern übernehmen. (taz, 18.9.) Ähnlich äußerte sich auch Genscher. (FAZ, 21.9.)

Am 19. September schlugen Kohl und Mitterrand in einer gemeinsamen Erklärung vor, Friedenstruppen nach Jugoslawien zu entsenden. Das Selbstbestimmungsrecht wurde in der Erklärung erwähnt, nicht aber das Recht auf Unabhängigkeit. In der verklausulierten Sprache Genschers war damit die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens, "die in der Perspektive der Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Präsidenten liegen kann", zumindest "in absehbarer Zeit" möglich. Entscheidend sei aber "der Schulterschluß mit Frankreich". Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EG könnten zu einer "Anheizung der Aggression" führen. (FAZ, SZ, 21.9.)

Ende September kam es für einige Tage zu einer erstaunlich offenen Debatte über die deutsche Anerkennungspolitik. Ausgelöst wurde sie durch den außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, der in dieser Frage eine "Selbstkritik, die den Bundestag und die Unionsfraktion einschließt", forderte. Deutschland habe nicht rechtzeitig erkannt, welche militärischen Folgen mit einer Anerkennung verbunden sein könnten. Anders formuliert: "Niemand wollte aussprechen, daß die Anerkennung die Voraussetzung für den militärischen Schutz Kroatiens bildet." Wenn die EG frühzeitig mit der Anerkennung gedroht hätte, so Lamers weiter, wäre dies "möglicherweise wirksam" gewesen. "Jetzt nützt es nicht viel, weil die Serben es nicht mehr glauben und den Sieg in der Tasche haben." Seiner Ansicht nach habe seine eigene Fraktion vor einigen Monaten "nicht alles bis zu Ende bedacht". (FAZ,27.9.)

Im außenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion wurde Lamers` Kritik damals unwidersprochen zur Kenntnis genommen. Besorgt titelte die FAZ (27.9.): "In der Unionsfraktion zeichnet sich eine Haltungsänderung zu Jugoslawien ab." Die Sorge war unbegründet. Energischer Widerspruch kam von der CSU, deren Vorsitzender Theo Waigel die unverzügliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens verlangte. Das sei "ein geeigneter Akt, um Serbien davon abzuhalten, das Blutvergießen fortzusetzen". (SZ, 30.9.) Bundeskanzleramt und Außenministerium blieben bei ihrer Linie, lehnten aber erneut jeden deutschen Alleingang ab. "Eine einseitige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens wurde von der Regierung ebenso ausgeschlossen wie Wirtschaftssanktionen der Bundesrepublik gegen Serbien." (SZ, 9.10.)

Auch in der SPD wurde der Streit um die Anerkennung jetzt heftiger. Für die unverzügliche Anerkennung durch die EG votierten der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, der für Außenpolitik zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Norbert Gansel und Parteivorsitzender Björn Engholm, der die Position Kohls in etwas andere Worte faßte: "Wir können anderen nicht verwehren, was wir für unser Volk erfolgreich in Anspruch genommen haben." Fraktionschef Hans-Jochen Vogel vertrat eine um Nuancen zurückhaltendere Position: Zwar gehe es nur "noch um das Wie, nicht mehr um das Ob" der Anerkennung, aber es müsse "ein gemeinsamer europäischer Schritt" sein, den er offenbar nicht überstürzen wollte. (FR, 14.10.)

Am 16. Oktober gab es in der SPD-Fraktion eine Kampfabstimmung, bei der sich eine knappe Mehrheit (67 Abgeordnete) für die Position Gansels und Voigts aussprach: "Sollte der Waffenstillstand in Kroatien erneut gebrochen werden und damit eine Verhandlungslösung nicht zustande kommen, so ist neben der gezielten Verhängung von Sanktionen auch die Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens durch die Europäische Gemeinschaft erforderlich. Die Bundesregierung sollte sich dafür in der EG aktiv einsetzen." 52 sozialdemokratische Parlamentarier stimmten für einen von Peter Glotz und Günter Verheugen eingebrachten Gegenantrag: "Derzeit erscheint die Chance, durch Anerkennung positiven Einfluß zu nehmen, gering. Größer erscheint das Risiko, daß die Anerkennung Grenzen festschreibt, die umstritten bleiben werden und eine Volksgruppe in einen Staat zwingt, in dem sie nicht leben will und gegen den sie sich wehren wird." (FR, 17.10.)

In den folgenden Wochen forcierte die Bundesregierung das Tempo. Am 3. November sprach sich der FDP-Bundesparteitag in einem von Genscher eingebrachten und begründeten Dringlichkeitsantrag für die unverzügliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens aus. Drei Tage später erklärte Kohl im Bundestag, die Anerkennung der jugoslawischen Republiken, die dies wünschten, dürfe "nicht auf die lange Bank geschoben" werden. (Die Welt, 16.1.1992) Am 26.11. äußerte Genscher bei der Tagung des Ministerkomitees des Europarates in Straßburg die Erwartung, daß auf dem EG-Gipfel in Maastricht am 9. und 10. Dezember die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens beschlossen werde.

Letzte Warnungen

aus Belgrad, New York

und Washington

In Belgrad wurde der deutsche Vorstoß zum Anlaß genommen, die Kriegshandlungen der Bundesarmee als heldenhafte Abwehrschlacht gegen den "germanisch-katholischen Block" zu verklären. Verteidigungsminister Veljko Kadijevic erklärte: "Man muß blind sein, um nicht zu erkennen, daß hinter dem Anspruch der faschistischen Kroaten Deutschland steht und dessen Wunsch, sich für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg zu rehabilitieren." Die Zeitung Politika fragte: "Vor welchem Gericht werden sich die Deutschen dafür verantworten müssen, daß sie Jugoslawien zerstört haben?" (zitiert in Der Spiegel, 9.12.91)

Auf Kundgebungen machte sich der serbische Volkszorn Luft gegen den "deutschen Faschismus", das "Vierte Reich". Der serbische Tschetnik-Führer Vojislav Seselj prophezeite dem Reich des Bösen eine vernichtende Niederlage: "Die Deutschen werden Prügel beziehen wie noch nie in ihrem Leben." Nach Lage der Dinge richtete sich die Drohung weniger gegen die 700 in Serbien lebenden Deutschen als gegen Deutschlands jugoslawische Verbündete.

Ein ernsthafter diplomatischer Konflikt wurde durch einen Brief Genschers an UNO-Generalsekretär Perez de Cuéllar ausgelöst. Am 13.12. bekräftigt Genscher die Absicht der deutschen Regierung, Slowenien und Kroatien noch vor Weihnachten anzuerkennen. Zur Begründung schrieb er: "Die Verweigerung der Anerkennung jener Republiken, die ihre Unabhängigkeit wünschen, müßte zu weiterer Gewaltanwendung durch die Volksarmee führen, weil sie darin eine Bestätigung ihrer Eroberungspolitik sehen würde." (zitiert nach taz, 16.12.91)

Einen Tag später bekam der deutsche Außenminister einen außergewöhnlich scharfen Antwortbrief. "Ich hoffe", schrieb der UNO-Generalsekretär, "daß Sie die große Besorgnis der Präsidenten von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sowie vieler anderer zur Kenntnis genommen haben, wonach eine vorzeitige selektive Anerkennung die Ausweitung des gegenwärtigen Konflikts auf diese (politisch) hochgradig sensiblen Gebiete nach sich ziehen könnte." Perez de Cuéllar erinnerte an die Beschlußlage der EG, nach der eine Anerkennung "nur im Rahmen einer umfassenden Lösung in Aussicht genommen werden kann." (zitiert ebd.)

Nach einem Bericht der New York Times stimmte auch US-Präsident Bush dem UNO-Generalsekretär zu: "Die UNO hat geraten, die Anerkennung zurückzustellen, und ich glaube, sie hat recht damit." (zitiert nach taz, 17.12.) In der Washington Post war sogar zu lesen, die US-Regierung sei über die deutschen Extratouren verärgert.

Der "EG-Kompromiß"

vom 17.12.1991

In einer "dramatischen Nachtsitzung" einigten sich die Außenminister der zwölf EU-Mitgliedsländer in den frühen Morgenstunden des 17. Dezember schließlich auf einen "Kompromiß", der den deutschen Forderungen fast vollständig entsprach. Der Beschluß - die "gemeinsame Position im Hinblick auf die Anerkennung von jugoslawischen Republiken" - nennt den 15. Januar 1992 als Termin für die Anerkennung derjenigen jugoslawischen Republiken, die das bis zum 23. Dezember beantragen und die "alle untenstehenden Bedingungen erfüllen" würden, insbesondere die Gewährung von Minderheitenrechten auf ihren jeweiligen Territorien. Hierzu sollte einen Schiedskommission vor dem 15.1.1992 ein Votum abgeben.

In der Interpretation deutscher Regierungspolitiker war schon am selben Tag von Bedingungen nicht mehr die Rede. Die Anerkennung sei nunmehr ein "Automatismus", erklärte Genscher; "weder in der EG noch im Kabinett werde es weiterer Beschlüsse bedürfen". (FAZ, 18.12.) Kohl sah das genauso. Unter dem Jubel der Delegierten des Dresdener CDU-Parteitages sprach er, ebenfalls noch am 17.12., von einem "großen Erfolg für uns, für die deutsche Politik und für die europäische Politik". Die Bundesrepublik werde Slowenien und Kroatien am 15. Januar völkerrechtlich anerkennen. Daß beide die von Kohl noch einmal aufgezählten "Prinzipien" - "Achtung der Menschenrechte", "Schutz der Minderheiten", "Demokratie und Rechtsstaatlichkeit",

"Verzicht auf gewaltsame Grenzänderungen" - akzeptieren würden, schien ihm offenbar eine Selbstverständlichkeit.

Anders die FAZ, die sich an den Wortlaut des EG-Beschlusses hielt: "Sollte die Schiedskommission die Bedingungen bei einem Staat als nicht erfüllt ansehen, so ist nach den Vereinbarungen von Brüssel unklar, wie weiter verfahren wird." (FAZ, 18.12.) Der Kommentator der Welt war entweder "näher dran" an der deutschen Regierung oder besser vertraut mit diplomatischen Gepflogenheiten: "Die von den Ministern eingesetzte Schiedskommission (...) ändert nichts an dem nach zähem Ringen beschlossenen Automatismus der Anerkennung. Die Formel: ‚Die Umsetzung wird am 15. Januar stattfinden` (‚will take place` im englischen Original) legt das Endergebnis schon jetzt fest." (Die Welt, 18.12.)

Mit einem Kabinettsbeschluß vom 19.12. setzte die Bundesregierung allen Spekulationen ein Ende: Slowenien und Kroatien würden von Deutschland noch am 23. Dezember völkerrechtlich anerkannt werden. Was auch geschah.

Der Vatikan, Dänemark und schließlich auch die übrigen EG-Länder zogen nach.

"War das jetzt schon nötig?"

Das fragte sich bang Rudolf Augstein, ansonsten ein nicht gerade zurückhaltender Propagandist deutschen "Selbstbewußtseins", angesichts der vielfältigen Kritik am deutschen Vorpreschen: "Sind wir schon wieder so weit, auf dem Balkan als Schiedsrichter aufzutreten? Mußten wir denn gleich in die erste selbstgestellte Falle laufen?" (Der Spiegel, 6.1.1992) Die in der Anerkennungsfrage demonstrierte Entschlossenheit, das legt Augstein nahe, wäre einer wichtigeren Sache würdig gewesen.

Wem es um Deutschlands "Rolle" und internationalen Einfluß zu tun ist, der mußte in der Tat eine negative Bilanz des deutschen Solos ziehen. Auf den Kraftakt folgte die Ernüchterung. Mehr und mehr übernahmen die USA das Kommando in der Jugoslawien-Politik des Westens. Deutschland stand allein in Kroatien ganz groß da. "Das unabhängige Kroatien auf den Schwingen des deutschen Adlers", lautetet die Schlagzeile einer Zagreber Zeitung. Von einer "Eruption der Deutschfreundlichkeit" kündete Die Welt und übermittelte dem staunenden Publikum den Text des neuesten kroatischen Schlagers: "Dank dir, Deutschland, daß du uns verstanden und geholfen hast". (Die Welt, 17.1.1992)

Noch waren die Loblieder nicht verklungen, da zeigte sich mit brutaler Deutlichkeit, daß das vorgebliche Ziel der deutschen Anerkennungspolitik in keiner Weise erreicht werden konnte. Die Anerkennung würde die Serben von weiteren Aggressionen abschrecken und den Frieden herbeiführen, hatte Genscher immer wieder versichert. Durch den EG-Beschluß vom 17.12.1991 wurde Bosnien-Herzegowina zur Lostrennung gedrängt: Bis zum 23.12., d.h. innerhalb einer Woche, mußte die staatliche Unabhängigkeit bei der EG beantragt sein. Anfang April 1992 erfolgte die Anerkennung durch die EG und die USA, obwohl das serbische Bevölkerungsdrittel die Abstimmung über die Unabhängigkeit boykottiert hatte und es bereits zu ersten militärischen Zusammenstößen gekommen war. Der weitere Gang der Dinge ist bekannt.

Nachspiele 1993 und 1995

Mit dem Einschwenken der EG auf Genschers Linie war der Streit nur nach außen hin beendet. Immer mal wieder wurden in der Presse westliche "Diplomaten" und andere "gut informierte Kreise" mit kritischen Äußerungen zitiert, so z.B. "ein britischer Diplomat": "Nach der von ihm durchgepaukten Anerkennung schwieg Genscher, und dann trat er zurück." (taz, 6.4.1993) Auch andere brachten den überraschenden Rücktritt des dienstältesten westlichen Außenministers im Februar 1992 mit dem Scheitern seiner Jugoslawienpolitik in Verbindung. Ebenso wurde mehrfach über die Gründe für den deutschen "Sieg" vom 17.12.1991 spekuliert. "Inoffiziell wird überall auf politische Tauschgeschäfte im Zusammenhang mit den Maastrichter Verträgen verwiesen", meldete der für gewöhnlich gut informierte Genfer taz-Korrespondent Andreas Zumach: "Die Regierung Major erhielt die Zustimmung von Kohl und Genscher für den britischen Ausstieg aus der Sozialklausel des Maastrichter Vertrages; die vier ‚armen` Staaten Spanien, Portugal, Griechenland und Irland wurden mit Finanzzusagen für den EG-internen Ausgleichsfonds gewonnen." (taz, 6.4.1993)

Zumach war es auch, der im Juni 1993 über einen "beispiellosen Vorgang" berichtete: Die massive Kritik von US-Außenminister Christopher an der "frühen Anerkennung" Kroatiens und Sloweniens durch Deutschland wurde vom Bonner Außenministerium mit einer offiziellen Erklärung beantwortet, in der "die falschen

Behauptungen des amerikanischen Außenministers" zurückgewiesen wurden. (taz, 19.6.1993) Christopher hatte indirekt die Ansicht vertreten, "daß die Probleme, vor denen wir (in Ex-Jugoslawien) heute stehen, von der frühen Anerkennung Kroatiens und Bosniens herrühren." Diese Kritik war allerdings nicht ganz glaubwürdig: Christopher erwähnte nicht, daß sein Amtsvorgänger Baker im März 1992 den bosnisch-herzegowinischen Präsidenten Izetbegovic offen ermuntert hatte, den Schritt in die Unabhängigkeit zu wagen.

Der Hauptdarsteller des diplomatischen Ränkespiels von 1991 vertraut aus naheliegenden Gründen auf das schlechte Gedächtnis der Öffentlichkeit. Nach Genschers Darstellung hat es um die Anerkennungsfrage nie Streit gegeben. Sein Bonner Abgeordnetenbüro verweigerte Journalisten noch 1993 Kopien des Briefwechsels mit Perez de Cuéllar; die Dokumente seien "nicht von öffentlichem Interesse". (taz, 6.4.1993)

Auch die "turbulente Nachtsitzung" vom 16./17.12.1991 gewinnt in Genschers Erinnerungen eher den Charakter einer Routineveranstaltung. "Bedenken" habe es da gegeben, aber: "Wenn einer nein gesagt hätte, wäre das nicht zustandegekommen." (Interview in Der Spiegel 36/1995) Die unpräzise Formulierung ist beabsichtigt: "Nicht zustandegekommen" wäre ein einstimmiger EG-Beschluß; Deutschland hätte aber Slowenien und Kroatien trotzdem anerkannt. Ohnehin war es der Bundesregierung vor dem EG-Treffen allein darum gegangen, "eine möglichst große Zahl von EG-Staaten für die Anerkennung gewinnen zu können". (Genscher laut taz, 18.12.1991)

Hart am Rande der Lüge ist auch Genschers Dementi in einem anderen Punkt. Deutschland habe erst am 15. Januar 1992, also zum gemeinsam vereinbarten Termin, diplomatische Beziehungen mit Slowenien und Kroatien aufgenommen. Fakt ist: Die Entscheidung für die Anerkennung fiel auf der Kabinettssitzung am 19.12.1991. Die Süddeutsche Zeitung berichtete: "Die Anerkennung selbst soll noch am 23. Dezember ausgesprochen werden. Entsprechende Schreiben des Bundespräsidenten sind vorsorglich bereits an die deutschen Generalkonsulate in Zagreb und Ljubljana übermittelt worden." (SZ, 20.12.1991) Die Amtszeit der vom deutschen Bundespräsidenten ernannten Botschafter begann dann tatsächlich erst am 15. Januar 1992.

Wenn Genscher hier noch ärgerliche Haarspalterei betreibt und absichtlich Verwirrung stiftet, so ist seine nachträgliche Bewertung der von ihm betriebenen Politik nur noch zynisch zu nennen: "Meine Prognose, daß der Krieg in Kroatien endet, wenn die Anerkennung erfolgt, ist ja eingetreten." Für die Verlagerung des Kriegsschauplatzes nach Bosnien-Herzegowina fühlt er sich nicht verantwortlich: "Der Gedanke, Bosnien-Herzegowina anzuerkennen, bevor eine Gesamtlösung für das frühere Jugoslawien erreicht war, war nicht unser Gedanke." (Interview in Der Spiegel 36/1995)

In der Tat, "da handelten die Amerikaner", assistiert Interviewer Augstein. Sie "handelten" allerdings auf Grundlage des von Deutschland herbeigeführten EG-Beschlusses. Versuche des deutschen Außenministers, den transatlantischen "partner in leadership" zurückzuhalten, sind nicht bekannt. Wie sagte der schon zitierte britische Diplomat: "Nach der von ihm durchgepaukten Anerkennung schwieg Genscher, und dann trat er zurück."

Js.

15. Thesen über einen nicht ganz geglückten Alleingang

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:22

1. Die im "antideutschen" Lager zum Dogma erhobene These, Deutschland habe die Sezessionsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens überhaupt erst angestiftet, wird durch keinerlei bekannte Fakten gestützt. Wer geheime deutsche "Wühlarbeit" zum Schaden Jugoslawiens unterstellt, müßte - wenn die Beweise fehlen - wenigstens eine plausible Erklärung für die bis in den Sommer 1991 offen vertretene deutsche Außenpolitik geben können. Denn erst nach Beginn des Krieges in Slowenien brachte die deutsche Bundesregierung die Anerkennung der sezessionswilligen Staaten ins Spiel. Welchen Sinn soll eine derartige "Doppelzüngigkeit" gehabt haben? Beantwortet werden müßte auch die Frage nach dem Motiv für die angeblich anti-jugoslawische Politik der deutschen Regierung. In den Texten unserer "Antideutschen" wurden dazu kaum eigene Überlegungen angestellt. Vielmehr wurde und wird die serbische Propaganda - das "Vierte Reich" will Revanche für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg - teilweise wörtlich wiederholt und als eigene "Analyse" ausgegeben.

2. Die deutsche Jugoslawien-Politik des Jahres 1991 war durch Schwankungen und Kurswechsel gekennzeichnet. Eine klare Linie wurde erst gegen Ende des Jahres erkennbar, dann allerdings auch gegen alle Widerstände durchgesetzt. Die "linksradikale" Kritik, Deutschlands Jugoslawien-Politik zeige, wohin die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (das Recht auf Lostrennung eingeschlossen) führe, geht am Kern der Sache vorbei. Entgegen allen Beteuerungen war und ist das Selbstbestimmungsrecht weder für Kohl noch für Genscher ein Grundwert. Ihre "Prinzipienlosigkeit" in dieser Frage wurde auch von Kritikern der deutschen Außenpolitik sehr wohl gesehen. Inmitten der Irritationen um den deutschen Alleingang erinnerte der Bonner Korrespondent des Guardian daran, daß "Bonn und Genscher lange Zeit die größten Unterstützer des Zentrum Gorbatschows, des Paten der deutschen Einheit, gegen die zentrifugalen Republiken waren" und schloß den trockenen Satz an: "So much for principle - so viel über Prinzipien." (The Guardian, 11.12.1991)

3. Wesentlichen Anteil an dem Kurswechsel der deutschen Jugoslawienpolitik hatten die Medien, die CSU und die sozialdemokratische Opposition. Immer wieder wurde von dem als weich empfundenen Außenminister "Durchsetzungsvermögen", eine "entschlossene Haltung", "Druck auf Belgrad" etc. gefordert. Die ständige Kritik an Genscher wurde zunehmend zur Gefahr für seine Partei, die sich zuweilen einer großen Koalition aus Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD gegenüber sah.

Die These des Zeit-Redakteurs Dieter Buhl, Genschers Politik sei "ein Lehrstück dafür, wie innenpolitischer Druck in außenpolitischen Wagemut münden kann" (Die Zeit, 20.12.1991), ist sicherlich zu einseitig. Auch Gremlizas Vorstellung von der FAZ als "reziproke Prawda", in der den Politikern die Erwartungen (bzw. Aufträge) der "gesellschaftlichen Herrschaft" mitgeteilt würden, ist überzogen. (konkret 8/91) Dennoch enthalten die Aussagen beider Autoren einen wahren Kern: Die deutsche Jugoslawienpolitik wurde in der öffentlichen Arena "konzipiert".

Heraus kam, so der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Dieter Schröder, eine "leere Aktion", ein "außenpolitischer Reflex auf einen innenpolitischen Druck". (Der Spiegel, 6.1.1992) Aber nicht nur das.

4. Die abwartende Haltung der EG eröffnete die Möglichkeit für einen prestigeträchtigen deutschen Vorstoß. Was als Politik im Dienste der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts verkauft wurde, war in Wahrheit Großmachtpolitik. Das wurde auch von Teilen der etablierten Medien erkannt: "In diesem todernsten Spiel, das mit Ellenbogeneinsatz wie auch mit diplomatischer Raffinesse geführt wird, geht es nicht nur um den Krieg auf dem Balkan, sondern auch um das Gewicht Deutschlands in Europa." (SZ, 17.12.) Nachdem die deutsche Politik sich hier weit vorgewagt hatte, mußte sie auch die Warnungen der Partner (EG, USA, UNO) in den Wind schlagen: "Die Regierung fürchtet, sich als Papiertiger zu entlarven, würde Genscher im Rat der Außenminister klein beigeben müssen." (ebd.)

Einen dauerhaften Durchbruch hat ihr Kraftakt den deutschen Großmachtpolitikern nicht gebracht. Zu sehr hat er "Befürchtungen geweckt, die EG könnte zum Vehikel deutscher Dominanz auch in anderen Auseinandersetzungen im Osten Europas gemacht werden". (Neue Zürcher Zeitung, 29./30.12.1991) Das

Nachgeben der EG-Partner im Dezember 1991 mag auch durch Erpressung zustande gekommen sein (s.o.). Beliebig wiederholbar war dieses Mittel offensichtlich nicht. Zumindest auf Dauer läßt sich mit spektakulären Alleingängen keine hegemoniale Politik machen.

5. Die Kritik am deutschen Alleingang impliziert keine Parteinahme für die Jugoslawien-Politik der anderen EG-Staaten. Ein Alternativkonzept, das (auch nur rückblickend betrachtet) weniger verheerende Ergebnisse gebracht hätte, existierte nicht. Zwar wurden im Juli und August 1991 500 EG-Beobachter nach Kroatien geschickt; Anfang November verhängte die EG Wirtschaftssanktionen gegen Serbien. Darüberhinaus setzte man auf strikte Nicht-Einmischung und gab damit der serbisch dominierten Bundesarmee freie Hand, den zerfallenden Bundesstaat gewaltsam zusammenzuhalten. Über die Verantwortung der EG und der USA für den Balkankrieg stand vor zweieinhalb Jahren in dieser Zeitung (Schwerpunktthema Jugoslawien, Beilage zu ak 356, 7.7.1993):

"Noch mehr als für andere Konflikte gilt für den jugoslawischen Krieg, daß er unbedingt vor dem ersten Schuß hätte verhütet werden müssen, aber nach seinem ‚Ausbruch` kaum noch zu beenden ist, bevor erstens die Überlegenen ihre wesentlichen Kriegsziele erreicht haben und zweitens alle Konfliktparteien wirtschaftlich und psychisch erschöpft sind. Kriegsverhinderung hätte konkret auch den Versuch beinhalten müssen, Belgrad schon im Frühjahr 1991 durch Verdeutlichung aller politischen und materiellen Konsequenzen vom Einsatz der Armee gegen Slowenien und Kroatien abzuschrecken. Statt dessen gaben EG und USA mit ihrem geradezu erpresserischen Bestehen auf der Einheit Jugoslawiens - anderenfalls werde es keine Kredite und Investitionen mehr geben, keine Chance auf Aufnahme in die EG usw. - genau das gegenteilige Signal. So wurde, vielleicht auch mit der grundsätzlich berechtigten Intention, eine Aufsplitterung Osteuropas zu verhindern, der Weg frei gegeben für das schlimmste aller denkbaren ‚Szenarien`, ja sogar für das im Juni 1991 noch nicht einmal Vorstellbare."

6. Der verhängnisvollste Fehler in dem EG-Beschluß vom 17.12.1991 besteht in dem dort formulierten Junktim: der ultimativen Aufforderung an alle separationswilligen jugoslawischen Teilrepubliken, sich innerhalb einer Woche definitiv zu erklären. Dadurch wurde für Bosnien-Herzegowina ein Mechanismus in Gang gesetzt, der die ohnehin brisanten inneren Konflikte extrem verschärfte. Ob Genscher dieses Junktim wollte und durchgesetzt hat, ist nach heutigem Erkenntnisstand nicht mit letzter Sicherheit zu sagen. Sein nachträgliches Abrücken von der schnellen Anerkennung Bosnien-Herzegowinas ist scheinheilig: Diese Anerkennung ergab sich logisch aus dem EG-Beschluß, den die gesamte Bundesregierung im Dezember 1991 als "großen Erfolg der deutschen Politik" feierte.

Js.

16. Der jugoslawische Bürgerkrieg, die UNO und die NATO. Ein Rückblick

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:18

Daß man einen Krieg am besten und leichtesten stoppt, bevor er überhaupt "ausgebrochen" ist, kann als Banalität gelten. Konflikt-Früherkennung und Prävention ist in den letzten Jahren zu einer Zentralparole der internationalen Politik geworden. Soweit ist, rückblickend betrachtet, der Sachverhalt kaum umstritten: Eine vorbeugende Friedensdiplomatie für Jugoslawien hätte nicht erst nach "Kriegsausbruch" im Sommer 1991, sondern schon mehrere Jahre früher einsetzen müssen. Denn die Krise der jugoslawischen Föderation entwickelte sich klar erkennbar schon seit Mitte der 80er Jahre.

Dennoch wurde diese Entwicklung von der internationalen Politik bis Anfang 1991 nahezu vollständig ignoriert. Die jahrelangen Verletzungen der Menschenrechte im Kosovo durch die Regierungen Serbiens und Jugoslawiens stießen im internationalen Rahmen kaum auf Interesse und Kritik. Ähnliches gilt für die Mobilisierung eines aggressiven serbischen Nationalismus durch Milosevic & Co. (seit 1987) und die Aufhebung der Autonomie der serbischen Provinzen Kosovo und Vojvodina (1989). Daß dadurch die jugoslawische Verfassung und das strukturelle Gleichgewicht der jugoslawischen Volksgruppen in der Staatsführung ausgehebelt wurden, wurde anscheinend nicht bemerkt.

Als Ursachen für das Nicht-Reagieren sind u.a. anzusehen:

- Die international übliche Zurückhaltung bei der "Einmischung in innere Angelegenheiten".

- Spezifische Opportunitätserwägungen gegenüber Jugoslawien, das seit dem Bruch mit der UdSSR (Ende der 40er Jahre) der "besondere Liebling" der kapitalistischen Großmächte geworden war, und das zeitweise als demokratisches und humanistisches Gegenmodell gegen den sowjetisch dominierten "Ostblock" hofiert worden war.

- Bestreben, mit Blick auf die Probleme Gorbatschows, den Anschein zu vermeiden, als würden sich die westlichen Regierungen in den Zerfallsprozeß eines sozialistischen Vielvölkerstaats einmischen.

Einheit - aber wie

und um welchen Preis?

Erst das Unabhängigkeits-Referendum in Slowenien (Dezember 1990), die parallelen Sezessions-Tendenzen in Kroatien und die Blockade in den jugoslawischen Bundesorganen führten zu diplomatischen Aktivitäten der KSZE und der EG. Die KSZE einigte sich, als kleinsten gemeinsamen Nenner, auf einen Appell an die Teilrepubliken, die Einheit des Bundesstaates zu erhalten. Gleichlaufend argumentierten die EG-Staaten, wobei sie zusätzlich materielle Lockmittel bzw. Drohungen ins Spiel brachten: Nur ein einheitlicher jugoslawischer Bundesstaat könne auf Schulden-Stundung und neue Finanzmittel rechnen (worauf der bereits seit Anfang der 80er Jahre faktisch bankrotte Staat extrem angewiesen war). Nur als Föderation hätte Jugoslawien Chancen, an die EG-Integration herangeführt zu werden. Sich abspaltende Republiken könnten weder auf Anerkennung noch auf Unterstützung rechnen.

Erst als es in Kroatien schon zu bewaffneten Zusammenstößen kam - Ende März 1991 griff die Bundesarmee erstmals zur Unterstützung bewaffneter Serben gegen die kroatische Polizei ein - und die Armeeführung mit einem Bürgerkrieg drohte, stellten die westlichen Politiker neben ihre Hauptforderung nach Erhalt des Bundesstaates eine weitere: Der Konflikt müsse ohne Gewaltanwendung gelöst werden. Wie dies verwirklicht werden könnte - zumindest Slowenien steuerte ja spätestens seit dem klaren Referendumsergebnis ohne sichtbaren Verhandlungsspielraum auf die Unabhängigkeitserklärung zu - wurde nicht erläutert.

Die maßgeblichen Belgrader Politiker und Militärs entschieden sich dafür, diese widersprüchlichen Vorgaben als "grünes Licht" für eine Militärintervention zu interpretieren. Vermutlich lagen sie mit dieser Deutung nicht einmal ganz verkehrt: Wären sie in der Lage gewesen, in wenigen Tagen Slowenien und Kroatien militärisch "zur Raison zu bringen", hätten die meisten westlichen Politiker insgeheim dankbar aufgeatmet.

Grundsätzlich war die Intention, den jugoslawischen Staat zu erhalten, mehr als berechtigt, zumal für eine "saubere", auf militärische Mittel ganz verzichtende Auflösung des Bundesstaates von vornherein wenig Aussicht bestand. Der Mangel war, daß zu diesem Zeitpunkt längst wesentliche Tatsachen in die konträre Richtung geschaffen worden waren, und sich der Prozeß der Widerspruchsentwicklung nicht mehr rückgängig machen ließ.

Zu einem frühzeitigen Krisen-Management hätte vor allem politischer und wirtschaftlicher Druck auf die serbische BdKJ-Führung gehören müssen. Denn sie war es in erster Linie, deren Streben nach forcierter Zentralisierung unter serbischer Hegemonie die Geschäftsgrundlagen der jugoslawischen Föderation seit 1987 schrittweise zugrunde richtete. Ohne rechtzeitigen demokratischen Umbau der Föderation war die Lostrennung Sloweniens (und in der Folge auch Kroatiens) tatsächlich nur noch mit militärischen Gewaltmaßnahmen zu bekämpfen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß Kroatien noch zu Anfang 1991 keinen großen Elan zeigte, sich von Jugoslawien zu verabschieden, sondern einer Neugestaltung der staatlichen Strukturen den Vorzug gegeben hätte. Erst die Drohung der Armeeführung mit der Verhängung des Kriegsrechts forcierte das kroatische Tempo. Unter einer solchen Drohung kann man keine Verhandlungen über eine friedliche Konfliktlösung mehr führen. Da gegen diese Drohung von der internationalen Gemeinschaft keine effektive Unterstützung zu erwarten war, standen Slowenien und Kroatien nur noch vor der Alternative, "klein beizugeben" oder sich auf einen bewaffneten Konflikt vorzubereiten.

Europa versucht's alleine

Die erste Phase der westlichen Reaktionen auf den "Ausbruch" des Bürgerkriegs in Jugoslawien (27. Juni 1991) bestand in dem Versuch der EG, ihre vorrangige Kompetenz für die Behandlung von Krisen im europäischen Raum unter Beweis zu stellen. Das wurde im Sinn einer regionalen Arbeitsteilung von den USA nicht nur akzeptiert, sondern vollauf unterstützt. Im Vorfeld der Schlußarbeit an den Verträgen von Maastricht (unterzeichnet im Dezember 1991) ging es auch darum, die verbal und propagandistisch angestrebte "gemeinsame (west-) europäische Außenpolitik" praktisch auszutesten und möglichst mit einem großen diplomatischen Erfolg zu krönen.

Das Unternehmen mißlang in jeder Hinsicht vollständig: Weder vermochte die EG einen sinnvollen Beitrag zur Überwindung oder friedlichen Entzerrung der jugoslawischen Krise zu leisten, noch gelang den westeuropäischen Hauptmächten die Festlegung auf eine einheitliche Linie zum Jugoslawien-Konflikt mit entsprechenden gemeinsamen praktischen Schritten.

Auf Initiative der EG vereinbarten die jugoslawischen Streitparteien am 29. Juni 1991 ein Drei-Punkte-Abkommen, das vorsah:

a) Waffenstillstand in Slowenien und Kroatien; Rückzug der Bundesarmee in ihre Kasernen.

b) Slowenien und Kroatien verpflichten sich, ihre gerade vier Tage zuvor verkündeten Unabhängigkeitserklärungen für drei Monate "auszusetzen".

c) Serbien gibt seinen Widerstand gegen die turnusmäßige Wahl des Kroaten Mesic zum Staatspräsidenten auf.

Die realen Ergebnisse sahen hingegen so aus:

a) Die Kämpfe gingen weiter. Zum einen, weil maßgebliche Teile der jugoslawischen Militärführung das Abkommen von vornherein nicht akzeptierten. Zum anderen, weil die slowenische Seite ihren momentanen Vorteil ausnützen wollte: Sie zog es beispielsweise vor, Einheiten der Bundesarmee einzukesseln und ihnen die schweren Waffen abzunehmen, statt sie in ihre Kasernen zurückkehren zu lassen, wo sie wieder eine latente Gefahr dargestellt hätten.

Allgemein hat sich hier bestätigt: Ein Waffenstillstand wird in der Regel nicht lange halten, wenn auf beiden Seiten die Erwartung besteht, es sei gar keine Verhandlungslösung in Aussicht, sondern es werde demnächst sowieso wieder militärisch "losgehen". Vermutlich haben die jugoslawischen Bürgerkriegsparteien einen historischen Rekord an Waffenstillständen aufgestellt, die von vornherein von keiner Seite ernstgemeint waren, sondern nur dem permanenten Drängen ausländischer Politiker, der UNO usw. geschuldet waren. Das muß

ziemlich schnell auch den maßgeblichen Politikern des Auslands klar geworden sein. Sie spielten vermutlich mit, weil das Vorspiegeln von Aktivitäten und Verhandlungsfortschritten bald zu einem zentralen Inhalt ihrer Jugoslawienpolitik wurde.

b) Was praktisch mit dem "Aussetzen der Unabhängigkeitserklärungen" gemeint war, wurde wohlweislich nicht definiert, weil der Passus sonst auf keinen Fall konsensfähig gewesen wäre. Für die meisten westeuropäischen Politiker bedeutete es, wie der niederländische Außenminister van den Broek erläuterte, die Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem 25. Juni, dem Tag der Unabhängigkeitserklärungen, um auf dieser Basis über einen strukturellen Umbau der jugoslawischen Föderation verhandeln zu können. Für die politische und militärische Führung Jugoslawiens bedeutete es die Wiederherstellung ihrer vollen Autorität auf dem gesamten Staatsterritorium. Die slowenischen Politiker interpretierten den Passus hingegen nur so, daß sie in den nächsten drei Monaten auf neue Maßnahmen zur Vervollkommnung der Eigenstaatlichkeit über den mittlerweile geschaffenen Zustand hinaus verzichten sollten.

c) Der kroatische Politiker Mesic wurde tatsächlich am 1. Juli, im Beisein der EG-Troika, mit den Stimmen Serbiens zum Staatspräsidenten gewählt - nach dem in der Folge immer wieder gern praktizierten Motto: "Tun wir der EG doch ruhig den Gefallen, es kostet uns ja nichts!"

Nach der jugoslawischen Verfassung hätte nun bei Mesic der Oberbefehl über die Bundesarmee gelegen. Das Kalkül der EG-Politiker war offenbar, daß dies auf Slowenien und Kroatien beruhigend wirken würde; rein theoretisch hätte Mesic ja nun die Militärintervention, die er als verfassungswidrig bezeichnet hatte, beenden können. Indessen geschah, was vorausgesehen werden mußte: Die jugoslawische Militärführung kümmerte sich überhaupt nicht um die Anordnungen von Mesic.

Insgesamt handelte es sich um die erste von vielen folgenden a priori unernsten Abmachungen, durch die nachhaltig jede Hoffnung vernichtet wurde, in Jugoslawien könne irgendeine Vereinbarung "auf Treu und Glauben" zustande kommen. Subjektiv und objektiv bestand für keine der Kriegsparteien ein Grund, irgendeine Zusage einzuhalten: Erstens traute man begründetermaßen der jeweiligen Gegenseite die gleiche Einstellung zu den Abkommen zu. Zweitens konnte davon ausgegangen werden, daß Vertragsbrüche keine Sanktionen der EG (später dann der UNO) zur Folge haben würden.

Die UNO in Kroatien -

nur symbolisch

Anfang November 1991 stimmte die Regierung in Belgrad nach wochenlangem Drängen der EG-Politiker der Stationierung einer UNO-Friedenstruppe in Kroatien zu, nachdem Zagreb diese Idee schon von Anfang an unterstützt hatte. Es bedurfte weiterer Verhandlungen und noch mehrerer schnell gebrochener "Waffenruhen", bis Anfang Januar 1992 ein im wesentlichen stabiler Waffenstillstand - es war bereits der fünfzehnte! - vereinbart wurde.

Darüber hinaus war noch starker Druck von Milosevic & Co. notwendig, um die Zustimmung der Serben Kroatiens zu dem "Friedensplan" und zur Blauhelm-Stationierung (UNPROFOR) zu erreichen. Milosevic argumentierte, daß die serbische Seite bereits alle erstrebenswerten Kriegsziele in Kroatien erreicht habe. Daher wäre es verantwortungslos gegenüber der nationalen Gemeinschaft aller Serben, wenn die kroatischen Serben aus Egoismus und Eigensinn den Waffenstillstand und die UNO-Mission ablehnen würden.

Die Einschätzung von Milosevic traf zum damaligen Zeitpunkt die Realität: Die Serben Kroatiens übten über sämtliche von ihnen beanspruchten Gebiete der Republik die volle militärische und politische Kontrolle aus. Zusätzlich hatten sie ihr Territorium sogar noch ein bißchen "abrunden" können. Soweit die Waffenstillstandsvereinbarungen für die serbische Seite auch ein paar unangenehme Klauseln zu enthalten schienen, sah Milosevic (im Gegensatz zu den Provinzpolitikern vor Ort) richtig voraus, daß man sich an diese Punkte nicht unbedingt würde halten müssen, ohne daß dies bedenkenswerte Folgen haben würde.

Andererseits war das Abkommen auch aus Sicht der kroatischen Führung zweckmäßig: Mit Ausnahme der serbisch kontrollierten Gebieten - an deren militärische Rückeroberung vorerst sowieso nicht zu denken war - wurden aufgrund des Abkommens die Einheiten der Bundesarmee abgezogen.

Die Blauhelmtruppen in Kroatien, UNPROFOR (UN Protection Forces), erreichten schließlich eine Gesamtstärke von 14.000 Mann. Sie waren in vier regionalen Schutzzonen (die serbisch kontrollierten und überwiegend von Serben bewohnten Gebiete Kroatiens) stationiert. Ihr Auftrag sollte in der Überwachung und Unterstützung der Waffenstillstandsvereinbarung bestehen. Dazu gehörten neben der Waffenruhe auch:

- Die Entwaffnung der serbischen Streitkräfte und informellen Kampfgruppen, abgesehen von einer leicht bewaffneten Polizeitruppe.

- Die Rückkehr der aus diesen Gebieten geflüchteten Kroaten in ihre früheren Wohnorte.

Beides fand nicht statt, und die UNO unternahm nicht einmal nennenswerte verbale Anstrengungen, um bei der serbischen Seite die Erfüllung der entsprechenden Vereinbarungen anzumahnen. Offenbar gingen auch die Großmächte davon aus, daß man die ohnehin komplizierte Lage im früheren Jugoslawien nur verschlimmern könnte, falls man auf eine politische Lösung der offenen Probleme in Kroatien drängen würde.

Andererseits stellte UNPROFOR nicht das geringste Hindernis dar für die zahlreichen (und schließlich erfolgreichen) kroatischen Vorstöße, den Status quo mit militärischen Mitteln zu korrigieren. Es offenbarte sich hier wieder einmal das Dilemma einer klassischen "Peacekeeping"-Truppe: Dort, wo sie gebraucht würde, kann sie kaum etwas bewirken. Am besten funktioniert sie dort, wo sie eigentlich schon fast überflüssig ist: wo nämlich die streitenden Parteien an der Fortsetzung des Kampfes mit militärischen Mitteln nicht mehr interessiert sind.

Das Problem ist nur, daß sich zwangsläufig mit der Stationierung einer uniformierten und bewaffneten Truppe bestimmte Erwartungen verbinden, ebenso wie mit Begriffen wie "Schutzzone". Diese Erwartungen zu enttäuschen - extremes Beispiel: Srebrenica -, schwächt das Vertrauen in die UNO und in irgendeine Form von internationaler "Gerechtigkeit", an die man appellieren könnte. Insofern sind unter Umständen strikt beschränkte "Peacekeeping"-Truppen keine Alternative zu Kampfeinsätzen, sondern bereiten diesen propagandistisch den Weg.

Der Bürgerkrieg wandert nach Bosnien-Hercegovina weiter

Eine Nebenwirkung des von der EG praktizierten Anerkennungs-Verfahrens für Slowenien und Kroatien (dazu an anderer Stelle dieser Zeitung) war, daß auch Bosnien-Hercegovina gezwungen wurde, kurzfristig "Farbe zu bekennen". In dem Beschluß der EG-Außenminister vom 16. Dezember 1991 hieß es nämlich: Alle jugoslawischen Teilrepubliken sollten bis zum 23. Dezember erklären, ob sie als unabhängige Staaten anerkannt werden wollen.

Diese Terminsetzung brachte die Regierung in Sarajevo - bzw. deren moslemische und kroatische Elemente - in den Zugzwang, entweder überstürzt, binnen einer Woche, die internationale Anerkennung als eigener Staat zu beantragen, was sie bis dahin noch gar nicht verlangt hatten, oder aber "den Zug zu verpassen". Die Intention der EG bei diesem Vorgehen bleibt unklar.

Zwar hatte das Parlament von Bosnien-Hercegovina - nach Auszug der serbischen Abgeordneten - schon Mitte Oktober 1991 fast einstimmig die "Souveränität" der Republik verkündet, da die Struktur Jugoslawiens irreparabel verändert sei - was zu diesem Zeitpunkt niemand mehr ernsthaft bezweifeln konnte. Die moslemischen und kroatischen Politiker des Landes hatten es aber nicht eilig, dieser Proklamation praktische Schritte zur staatlichen Unabhängigkeit folgen zu lassen. Die bosnischen Moslems hatten im Gegenteil, ebenso wie die Teilrepublik Makedonien, zu den Kräften gehört, die am längsten an der bundesstaatlichen Einheit Jugoslawiens festhalten wollten.

Anders als für die Slowenen und Kroaten war für die Moslems eine Eigenstaatlichkeit unter keinerlei Aspekt erstrebenswert, da auf keinen Fall ein geschlossenes, halbwegs überlebensfähiges Moslem-Territorium entstehen konnte. Dafür war die Verteilung der Volksgruppen in Bosnien-Hercegovina einfach viel zu zersplittert und durchmischt. Außerdem lebte die moslemische Bevölkerung vorwiegend in Städten, die oft von überwiegend serbisch besiedelten ländlichen Gebieten umgeben waren.

Das Dilemma der Moslems war, daß sie als Volksgruppe einerseits außerhalb des jugoslawischen Bundesstaats schwerlich existieren konnten, andererseits aber dieser Staat nach der Abspaltung von zwei Republiken und dem rasanten Autoritätsverfall der Bundesgremien nicht mehr zu konservieren war. Es gab für

die Moslems von Bosnien-Hercegovina nur noch die eingeschränkte Wahl-Möglichkeit, sich einem reduzierten, ganz stark von Serbien dominierten Zentralstaat anzuschließen, faktisch zu unterwerfen - oder doch irgendeine Form zu finden, um außerhalb des von Belgrad regierten Staates zu existieren. Izetbegovic formulierte es so, nachdem das Staatspräsidium am 21.12.91 gegen die Stimmen der beiden serbischen Vertreter beschlossen hatte, bei der EG die Anerkennung zu beantragen: "Wir hatten nur die Wahl, gleichberechtigt und unabhängig oder ein Bestandteil Großserbiens zu werden."

Letzteres ist durchaus nicht als Übertreibung anzusehen, denkt man an die repressive Politik Belgrads gegenüber den Moslems des Sancak oder den Albanern des Kosovo. - Hinzu kam das völlig legitime Interesse der Moslem-Seite, das von ihnen bewohnte Territorium und ihre Menschen aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg herauszuhalten, in den sie vor allem durch das Agieren der Bundesarmee und der serbischen Seite, aber auch der kroatischen Nationalisten, gegen ihren Willen immer weiter hineingezogen wurden. Und "nebenbei" drohte (und droht) auch noch die Perspektive einer Teilung Bosnien-Hercegovinas zwischen Kroatien und Serbien/Jugoslawien.

In diesem äußerst problematischen, vermutlich gar nicht mehr aufzulösenden Kontext konfrontierte das Vorgehen der EG die politische Mehrheit Bosnien-Hercegovinas mit einem Datum, zu dem sie sich explizit äußern mußten: Eigenstaatlichkeit ja oder nein, Antragsfrist eine Woche! Die moslemischen und kroatischen Kräfte der Republik entschieden sich dafür, den Antrag zu stellen.

Nun gab die EG die zweite problematische Vorgabe: Der Anerkennung der Eigenstaatlichkeit müsse ein Referendum vorangehen. Es fand am 1. März 1993 statt. Das Ergebnis war voraussehbar: Die Moslems und Kroaten beteiligten sich fast geschlossen an der Abstimmung, und ebenso geschlossen (annähernd 100%!) stimmten sie für den Weg in die Unabhängigkeit. Nicht weniger einheitlich boykottierten die Serben das Referendum. Mehr noch, in Sarajevo war die Abstimmung begleitet vom "Ausbruch" schwerer Kämpfe.

Bezüglich Bosnien-Hercegovina kann man insofern der EG tatsächlich vorwerfen, daß sie eine voreilige, in dieser Form nicht notwendige Entscheidung getroffen hat, die konfliktbeschleunigend und vielleicht auch konfliktverschärfend wirkte. Dieses Vorgehen verband sich nicht im geringsten mit der Absicht und Bereitschaft, dem neuen Staat eine Form von Existenzgarantie oder effektiver Unterstützung zu geben.

Andererseits sollte dieser Aspekt auch nicht überschätzt werden, da die Chancen, Bosnien-Hercegovina noch aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg herauszuhalten, von vornherein sehr gering waren. Für die Kriegführung der Bundesarmee und der serbischen Milizen in Kroatien bildete Bosnien-Hercegovina unfreiwillig und unvermeidlich das Hinterland. Strikte Neutralität der Republik wäre aber die zentrale Voraussetzung gewesen, um die komplizierte Koexistenz dreier Volksgruppen in Bosnien-Hercegovina und in der Regierung in Sarajevo aufrecht zu erhalten. Außerdem hatten die mehrheitlich von Serben bewohnten Gebiete der Republik schon im Herbst 1991 ihre Autonomie erklärt und militärisch durchgesetzt. Das bedeutete: Sie drohten mit der bewaffneten Sezession, falls die Regierung in Sarajevo einen anderen Weg einschlagen sollte als den Anschluß an den serbisch dominierten Belgrader Staat.

Unter Hinweis darauf, was ein Bürgerkrieg in Bosnien-Hercegovina bedeuten würde, hatten Izetbegovic und andere maßgebliche Moslem-Politiker schon seit dem Spätsommer 1991 die UNO verzweifelt angefleht, Beobachter und Friedenstruppen in die Republik zu schicken. Das scheiterte an dem traditionellen Prinzip der UNO, erst aktiv zu werden, wenn sich die Bewohner eines Landes tatsächlich in einen offensichtlich nicht mehr mit internen Mitteln und in absehbarer Zeit zu stoppenden Bürgerkrieg verstrickt haben.

Die UNO rettet Sarajevo

Ende April 1992, mehrere Wochen nach Beginn der Kämpfe in Bosnien-Hercegovina, beschloß die UNO, 100 unbewaffnete Blauhelme als "Beobachter" an einige besonders kritische Punkte der Republik zu schicken. Dieses Verfahren hatte die UNO schon im Sommer 1991 in Kroatien praktiziert, wo es sich als völlig nutzlos erwiesen hatte. In Bosnien-Hercegovina wirkte es nicht besser.

Erst am 8. Juni 1992 beschloß der UNO-Sicherheitsrat den Einsatz einer Friedenstruppe in Sarajevo. Zu diesem Zeitpunkt war die Stadt schon seit etwa acht Wochen von serbischen Kräften eingeschlossen und konnte kaum noch versorgt werden. Seit "Kriegsausbruch" Anfang April hatten serbische Milizen, unterstützt von Einheiten der Bundesarmee, vor allem in Ostbosnien erhebliche Gebiete mit mehrheitlich moslemischer

Bevölkerung überrannt und radikale "ethnische Säuberungen" betrieben. Im Wesentlichen war durch die serbische Militärüberlegenheit in diesen knapp zwei Monaten schon der spätere Frontverlauf geschaffen worden, der bis zum Sommer 1995 kaum verändert wurde.

Der UNO-Beschluß vom 8. Juni sah vor, rund 1.100 Blauhelme nach Sarajevo zu schicken. Sie sollten den von den Serben kontrollierten Flughafen übernehmen und die Verteilung von Lebensmitteln an die Stadtbevölkerung gewährleisten. Da der Flughafen umkämpft blieb und die serbischen Kräfte weiterhin die Versorgung der Stadt blockierten, unternahm Mitterand am 28. Juni 1992 einen hochdramatischen Blitzbesuch in Sarajevo, um zu erklären, daß die jetzige Situation nicht länger hingenommen werden könne.

Am folgenden Tag beschloß der UNO-Sicherheitsrat die Stationierung zusätzlicher Einheiten in Sarajevo, um den Betrieb des Flughafens und die Verteilung der Hilfsgüter zu sichern. Die Resolution enthielt die vage Drohung, daß "andere Maßnahmen" nicht auszuschließen seien, falls die serbische Seite sich der Durchführung des Beschlusses weiter widersetzen sollte. Im Hintergrund stand die mehrfach von Politikern der westlichen Großmächte angedeutete, aber offenbar nicht ernst gemeinte Drohung, "nötigenfalls" mit militärischer Gewalt die Sicherheit von Hilfskonvois und Zufahrtswegen durchzusetzen. Am Abend des 29. Juni räumten die serbischen Truppen den Flughafen von Sarajevo, und am 2. Juli 1992 konnte die "Luftbrücke" der EG offiziell beginnen.

Wahrscheinlich hat das Eingreifen der Großmächte und der UNO zugunsten des belagerten Sarajevo die Stadt vor dem Zusammenbruch bewahrt, also letzten Endes objektiv kriegsverlängernd gewirkt. Es war die erste einer Reihe von im Grunde "parteiischen" Maßnahmen, mit denen Großmächte und UNO einen schnellen Sieg der serbischen Seite verhinderten, der anderenfalls unvermeidlich gewesen wäre.

Falls Großmächte und UNO sich das politisch vernünftige und weitsichtige, aber vergleichsweise doch bescheidene Ziel gesetzt hatten, mit minimalem eigenen Risiko eine totale Niederlage der bosnisch-hercegovinischen Moslems zu verhindern, waren sie insoweit erfolgreich. Allerdings wäre dieser Strategie vorzuwerfen, daß sie keine Perspektive für einen akzeptablen Friedensschluß enthielt, sondern den militärischen Zusammenbruch der Moslem-Seite nur um ein paar Jahre hinauszögern konnte. Dieser war langfristig nur durch eine militärische Stärkung der Moslems (Waffenlieferungen), durch ein stärkeres Eingreifen kroatischer Streitkräfte zugunsten der Moslems (oder jedenfalls gegen die Serben), oder durch eine internationale Militärintervention zu verhindern. Daher machte die Rettung und Versorgung Sarajevos letzten Endes nur in Verbindung mit einer dieser drei Optionen Sinn.

Sanktionen gegen Jugoslawien

Nach der Ausweitung des Bürgerkriegs auf Bosnien-Hercegovina griff die internationale Staatengemeinschaft gegen Jugoslawien (nur noch bestehend aus Serbien und Montenegro) zu einer Reihe von isolierenden Maßnahmen, die von der russischen Außenpolitik im wesentlichen mitgetragen wurden. Diese Maßnahmen, die ausschließlich gegen Jugoslawien ergriffen wurden, implizieren eine eindeutige Schuldzuweisung, über deren Berechtigung man je nach Interpretation der Vorgeschichte unterschiedlicher Meinung sein kann.

Immanent betrachtet ist die Logik dieser Sanktionen undurchschaubar, weil sie mit den gleichen Argumenten schon im Sommer 1991 fällig gewesen wären, als die serbisch dominierten Teile der Bundesarmee ihren Krieg gegen Kroatien führten. Daß die Sanktionen erst einsetzten, als die Bundesarmee sich schon auf dem Rückzug aus Bosnien-Hercegovina befand, machte sie als Strafmaßnahme noch problematischer. In Wirklichkeit ging es darum, Serbien und Montenegro in eine Art Kollektivhaftung zu nehmen für alles, was Serben in anderen Teilen des früheren Jugoslawiens tun. Damit sollte Belgrad gezwungen werden, seine Unterstützung für die Serben außerhalb Jugoslawiens einzuschränken und sie gleichzeitig zu Zugeständnissen zu drängen.

Zur Abfolge der Sanktionen: Am 12. Mai 1992 beschloß die KSZE, die Ende April von Serbien und Montenegro neu gegründete Bundesrepublik Jugoslawien zunächst bis Ende Juni von den Abstimmungen über die Krise in Bosnien-Hercegovina auszuschließen. Dem von mehreren Regierungen, einschließlich der USA, geforderten Ausschluß Jugoslawiens von allen KSZE-Beratungen hatte sich besonders Frankreich widersetzt. Das KSZE-Gipfeltreffen am 9.-10. Juli 1992 beschloß dann aber doch den Ausschluß Jugoslawiens, zunächst bis zum 14. Oktober, danach mehrfach verlängert. Zugleich verabschiedete die KSZE eine

Jugoslawien-Erklärung, mit der der Regierung in Belgrad die Hauptverantwortung für den Krieg angelastet wurde.

Am 30. Mai 1992 beschloß der UNO-Sicherheitsrat ein umfassendes Wirtschafts-Embargo gegen Jugoslawien. Es schloß Jugoslawien von jedem Handels- und Finanzverkehr, einschließlich der Zufuhr lebenswichtiger Güter wie Erdöl, aus. Am 19. September 1992 traf der UNO-Sicherheitsrat die Feststellung, daß der alte jugoslawische Staat aufgehört habe zu bestehen. Der von Serbien und Montenegro Ende April 1992 unter dem Namen Jugoslawien neugegründete Staat könne nicht automatisch die Nachfolge des alten Staates beanspruchen, sondern müsse einen neuen Antrag auf Aufnahme in die UNO stellen.

Im September 1994 beschloß der UNO-Sicherheitsrat, zunächst für einen "probeweisen" Anfangszeitraum von 100 Tagen, einige der Sanktionen gegen Jugoslawien aufzuheben: Belgrad wurde wieder zum internationalen Flugverkehr zugelassen, und das Land durfte wieder an internationalen Sport- und Kulturbegegnungen teilnehmen. Außerdem wurde der Fährbetrieb zwischen Italien und Montenegro wieder aufgenommen. Diese Lockerung der Sanktionen sollte eine "Belohnung" dafür sein, daß Belgrad den Abbruch seiner Beziehungen zu den bosnisch-hercegovinischen Serben und die Einstellung seiner Hilfslieferungen für sie (mit Ausnahme humanitärer Güter) angekündigt hatte. Seit Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens im Herbst 1995 sind die Sanktionen gegen Jugoslawien "suspendiert" - werden also nicht mehr angewendet -, gelten aber noch nicht als aufgehoben.

Die NATO erscheint

auf dem Schauplatz

Anfang Juli 1992 wurden, im Einvernehmen mit dem UNO-Sicherheitsrat, zur Überwachung der Embargos - sowohl des wirtschaftlichen gegen Serbien und Montenegro wie auch des militärischen gegen alle Teile des früheren Jugoslawien - Kriegsschiffe der NATO und WEU in der Adria stationiert. Die Kontrollmaßnahmen sollten in der ersten Phase ohne Zwangsmittel durchgeführt werden; d.h. es war nicht vorgesehen, Schiffe, die eine Durchsuchung verweigerten, gewaltsam "aufzubringen".

Zwar hieß es zu Beginn der Aktion noch beschwichtigend, eine Teilnahme deutscher Einheiten sei nicht vorgesehen, aber schon am 15. Juli 1992 beschloß die Bundesregierung offiziell, einen Zerstörer und mehrere See-Aufklärungsflugzeuge beizusteuern. Deutsche Politiker spielten die zur Jagd Getragenen, die sich einer "internationalen Erwartungshaltung" (NATO-Generalsekretär Wörner) nicht versagen könnten. "Eine andere Haltung als die der Bundesregierung wäre weltweit auf Unverständnis gestoßen. Deutschland könne sich zur Entschärfung des Konflikts nicht auf die Lieferung von Hilfsgütern beschränken." (Kinkel)

Tatsächlich waren es an erster Stelle die Politiker der deutschen Bundesregierung gewesen, die die WEU dazu gedrängt hatten, das Wirtschaftsembargo gegen Jugoslawien durch eine militärische Seeblockade zu ergänzen und sich dafür schleunigst ein UNO-Mandat zu besorgen.

Am 16. November 1992 entschied der UNO-Sicherheitsrats - bei Enthaltung Chinas, aber mit Zustimmung Rußlands - die Einhaltung des Wirtschaftsembargos gegen Jugoslawien auf der Adria und Donau schärfer zu kontrollieren. Das sollte vor allem eine Reaktion auf die zahlreichen Berichte über die Nicht-Beachtung des Embargos sein. Künftig sollten die eingesetzten Kriegsschiffe "angemessene Maßnahmen" ergreifen dürfen, "um alle ein- und auslaufenden Seetransporte zur Kontrolle und Überprüfung ihrer Fracht und ihres Bestimmungsortes anzuhalten". Konkret: "Verdächtige" Schiffe, die eine Durchsuchung verweigerten, sollten künftig durch Warnschüsse und im schlimmsten Fall auch durch scharfe Schüsse gestoppt werden können. Die NATO , die an dieser Resolution maßgeblich mitgewirkt hatte, erklärte sich zwei Tage später bereit, zusammen mit der WEU die verschärfte Seeblockade in der Adria durchzuführen. Die deutschen Einheiten nahmen zwar weiter an der Blockade teil, durften sich aber nicht an bewaffneten Erzwingungsmaßnahmen beteiligen.

Zu ernsthaften Zwischenfällen kam es im Verlauf der Seeblockade nicht. Ihre praktische Wirkung war vermutlich erheblich, doch konnte Jugoslawien, im Zusammenspiel mit seinen durch das Embargo schwer geschädigten Nachbarstaaten, die wirtschaftliche Isolation soweit umgehen, daß der prognostizierte totale Zusammenbruch ausblieb.

Das Flug-Verbot

Anfang Oktober 1992 beschloß der UNO-Sicherheitsrat ein Verbot aller militärischen Flüge der Kriegsparteien über Bosnien-Hercegovina. Es sollte zunächst nicht militärisch durchgesetzt, sondern lediglich durch UNO-Beobachter auf den Flugplätzen überwacht werden. Nur falls es sich danach noch als notwendig erweisen sollte, wollte der Sicherheitsrat über "weitere Maßnahmen" zur Durchsetzung des Flugverbots beraten.

Zweifelsfrei war damit eine parteiliche Einmischung intendiert, mit der einer Kriegspartei - den Serben - verwehrt werden sollte, ihre erhebliche militärische Überlegenheit in einer bestimmten Waffengattung zur Geltung zu bringen. Das wurde allerdings relativiert durch die militärische Bedeutungslosigkeit und Inkonsequenz der UNO-Aktion: Jugoslawien hatte zu diesem Zeitpunkt seine Streitkräfte schon zurückgezogen und beteiligte sich nicht mehr direkt am Krieg. Es hatte den Serben Bosnien-Hercegovinas und der Krajina eine kleine Anzahl Kampfflugzeuge zurückgelassen, aber diese waren kein wesentlicher militärischer Faktor und wurden kaum noch eingesetzt. Massive Bombenangriffe der Luftwaffe auf zivile Ziele hatte es ohnehin zu keinem Zeitpunkt des jugoslawischen Bürgerkriegs gegeben.

Im Dezember 1992 verständigte sich US-Präsident Bush mit dem britischen Regierungschef Major darauf, gemeinsam auf eine militärische Erzwingung des Flugverbots zu drängen. Dieses Thema war aber unter den Großmächten so umstritten, daß erst am 31. März 1993 eine entsprechende Resolution des UNO-Sicherheitsrats zustande kam. Begründet wurde diese damit, daß es zahlreiche Verstöße gegen das Verbot gegeben habe und daß "einige" der Kriegsparteien die Tätigkeit der UNO-Beobachter auf ihren Flugplätzen behinderten. Die Durchsetzung des Verbots wurde der NATO überlassen, jedoch "unter der Aufsicht des Sicherheitsrates und vorbehaltlich enger Koordinierung mit dem Generalsekretär und der UNPROFOR".

Damit war zum ersten Mal seit 1945 die Stunde für einen Kampfauftrag deutscher Soldaten gekommen: Am 2. April 1993 gab die Bundesregierung offiziell ihre Zustimmung zur Beteiligung deutscher Soldaten beim AWACS-Einsatz zur Überwachung des Flugverbots. Die SPD reagierte mit einer Verfassungsklage, und im Eilverfahren erklärte das Bundesverfassungsgericht am 8. April den Bundeswehreinsatz über Bosnien-Hercegovina für zulässig.

Die NATO-Operation "Deny Flight" begann am 12. April. Der erste direkte Kampfeinsatz fand Ende Februar 1994 statt, als amerikanische Kampfflugzeuge vier Maschinen der Serben über Bosnien-Hercegovina abschossen. Im November 1994 dehnte der UNO-Sicherheitsrat die Flugverbotszone auf das Gebiet der Krajina-Serben aus, da von dort aus in die Kämpfe um die Moslem-Enklave Bihac eingegriffen wurde. Zwei Tage später griffen NATO-Flugzeuge den Flughafen von Udbina in der Krajina sowie nahegelegene Luftabwehr-Stellungen an. Ein weiterer Luftschlag der NATO richtete sich gegen mehrere serbische Luftabwehr-Anlagen in Bosnien-Hercegovina, nachdem von dort aus angeblich ein britisches Kampfflugzeug beschossen worden war.

Die Serben zeigten allerdings wiederholt, daß sie gegen solche und anders begründete NATO-Luftangriffe ein wirksames Mittel besitzen: das Festhalten von UNO-Soldaten und anderem Personal der Vereinten Nationen. Daher blieben NATO-Luftschläge zur Durchsetzung des Flugverbots eine seltene Ausnahme, mit eng begrenzten Einsatzzielen. Im Sommer 1995 war die Situation auf dem bosnisch-hercegovinischen Kriegsschauplatz so, daß alle Kriegsparteien sich nicht an das Flugverbot hielten und UNO/NATO keinen Versuch mehr machten, das Verbot durchzusetzen.

Die Sicherheitszonen

Mit dem Konzept der Sicherheitszonen, das 1993/94 in Bosnien-Hercegovina eingeführt wurde, entfernte sich die UNO noch weiter von den für eine "Peacekeeping"-Mission geltenden Regeln und Praktiken. (Unparteilichkeit; Zustimmung aller Kriegsparteien für den Einsatz).

Der Europarat hatte bereits Anfang Februar 1993 gefordert, mehrere Sicherheitszonen für besonders gefährdete Moslem-Gebiete einzurichten, analog zu den von der UNO 1991/92 deklarierten Schutzzonen für Kurden und Schiiten im Irak. Das erste Gebiet, in dem die UNO dieser Forderung nachkam, war Srebrenica. Die Stadt und ihr Umland waren eine der Enklaven, die übrig geblieben waren, als serbische Streitkräfte und Milizen im Frühjahr 1992 das bis dahin mehrheitlich von Moslems bewohnte Ostbosnien besetzten und dort mit den "ethnischen Säuberungen" (= Vertreibungen) begannen. Im April 1993 setzten die serbischen Streitkräfte

zum Sturm auf Srebrenica an und hätten das Gebiet höchstwahrscheinlich schon damals (statt erst im Juli 1995) eingenommen, wenn nicht die UNO zugunsten der Moslems eingegriffen hätte.

Am 16. April 1993 verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution, in der alle Kriegsparteien aufgefordert wurden, Srebrenica als Sicherheitszone zu respektieren und von Kampfhandlungen frei zu halten. Am folgenden Tag wurde für das Gebiet ein Waffenstillstand vereinbart, der die Entwaffnung der Moslem-Kräfte unter UNO-Kontrolle und die Stationierung von UNPROFOR-Soldaten vorsah, im Austausch gegen die serbische Zusicherung, sich von dem Gebiet zurückzuziehen und es nicht mehr anzugreifen. Aus der Formulierung des ursprünglichen Auftrags - alle Kriegsparteien sollten in dem fraglichen Gebiet keine Kampfhandlungen unternehmen - wird deutlich, daß die Entwaffnung der moslemischen Verteidiger als Teil und Voraussetzung des Verfahrens Sicherheitszone gedacht gewesen war. Das änderte sich jedoch in der Praxis schnell.

Am 6. Mai 1993 beschloß der UNO-Sicherheitsrat, "das Konzept der Sicherheitszonen auch auf andere schutzbedürftige Städte auszudehnen", nämlich auf Sarajevo, Tuzla, Zepa, Gorazde und Bihac. Diese Städte samt umliegenden Gebieten sollten frei bleiben "von bewaffneten Angriffen und allen anderen feindseligen Handlungen". Praktisch war damit jetzt nur noch die serbische Seite gemeint, nämlich: "(...) die sofortige Einstellung der bewaffneten Angriffe und jeder anderen feindseligen Handlung gegen diese Sicherheitszonen und der Abzug aller militärischen oder paramilitärischen Einheiten der bosnischen Serben aus diesen Städten auf eine Entfernung, aus der sie keine Gefahr mehr für deren Sicherheit und die Sicherheit ihrer Bewohner darstellen".

Zugleich kündigte der Sicherheitsrat an, daß er im Fall einer Mißachtung der Sicherheitszonen "zusätzliche Maßnahmen" zur Durchsetzung der Resolution beschließen werde. Aus der Konstruktion der Sicherheitszonen ergab sich eigentlich automatisch eine wesentliche Ausweitung des UNPROFOR-Mandats für Bosnien-Hercegovina. Formal beschloß der UNO-Sicherheitsrat darüber aber erst einen Monat später, am 4. Juni 1993, nämlich: "(...) das Mandat der UNPROFOR zu erweitern, um sie (...) in die Lage zu versetzen, von Angriffen auf diese Sicherheitszonen abzuschrecken, die Waffenruhe zu überwachen, den Abzug der militärischen oder paramilitärischen Einheiten mit Ausnahme von Einheiten der Regierung der Republik Bosnien-Hercegovina zu fördern und einige Schlüsselstellungen auf dem Boden (in den Sicherheitszonen) zu besetzen."

Zugleich wurden die UNPROFOR vom Sicherheitsrat ermächtigt, "die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Anwendung von Gewalt", und zwar in folgenden Fällen:

a) Bei einem Artillerie-Beschuß gegen eine Sicherheitszone;

b) Bei einem bewaffneten Eindringen in eine Sicherheitszone;

c) Bei einer "vorsätzlichen Behinderung der Bewegungsfreiheit der UNPROFOR";

d) und schließlich ebenso bei der Behinderung von UNO-Konvois mit humanitären Hilfslieferungen in den Sicherheitszonen und deren Umgebung.

Zum ausführenden Instrument dieser Resolution wurde praktisch die NATO bestellt. Sie blieb jedoch gebunden an die Zustimmung des Sicherheitsrats, des UNO-Generalsekretärs und der UNPROFOR-Kommandanten vor Ort.

Eine Ausweitung erfolgte im Februar 1994: Der Sicherheitsrat erklärte Sarajevo zur militärischen Ausschlußzone, nachdem durch Raketenbeschuß auf einem Marktplatz 68 Menschen getötet und 200 verletzt worden waren. Praktisch bedeutete Ausschlußzone, daß die sogenannten schweren Waffen (Artillerie, Panzer) beider Seiten entweder aus der Zone (im Umkreis von 20 km um die Stadt) abgezogen oder der UNPROFOR übergeben werden sollten. Das heißt, die Waffen wurden funktionstüchtig in einigen Depots gesammelt, die symbolisch von ein paar UNO-Soldaten "bewacht" wurden. Im Frühjahr 1995 hatten die Kriegsparteien nicht die geringste Mühe, sich die Waffen kampflos zurückzuholen und sich damit gegenseitig das Signal für eine neue Runde im Bürgerkrieg zu geben. Dafür war aber die Abgabe bzw. der Abzug der Waffen im Februar 1994 ziemlich martialisch mit einem Ultimatum an die Serben und Säbelklirren der NATO durchgesetzt worden.

Im April 1994 gab es den ersten Einsatz (zwei Angriffe am 9. und 10. April) von NATO-Kampfflugzeugen im Zusammenhang mit dem Sicherheitszonen-Konzept. Er war von der UNO angefordert worden, nachdem die serbischen Streitkräfte sich mit diplomatischen Mitteln nicht von dem Versuch abbringen ließen, die Moslem-Enklave Gorazde durch tagelanges Artilleriefeuer sturmreif zu schießen. Die Serben reagierten mit der Blockierung des gesamten UNPROFOR-Verkehrs von und nach Sarajevo sowie mit der Festsetzung zahlreicher UNO-Soldaten quasi als Geiseln.

Die zeitweise Wirkung des Sicherheitszonen-Konzepts lag darin, daß die serbische Seite sich nicht hundertprozentig sicher sein konnte, ob nicht doch mit ernsthafteren Reaktionen der NATO zu rechnen sein würde. Diese Wirkung reichte ein paar Monate lang aus, dann machten die serbischen Streitkräfte die Probe aufs Exempel, und siehe da: Im Juli 1995 wurden die Sicherheitszonen Srebrenica und Zepa innerhalb weniger Tage von serbischen Streitkräften eingenommen, ohne daß UNO und NATO etwas zu ihrer Verteidigung unternahmen. Nicht einmal zum Schutz der Zivilbevölkerung waren die UNO-Truppen ausreichend in der Lage oder bereit, wie die bekanntgewordenen Massenmorde beweisen.

Das Sicherheitszonen-Konzept entsprach vermutlich dem Wunsch nicht nur der NATO, sondern aller Großmächte einschließlich Rußlands, eine vollständige militärische und politische Niederlage der Moslem-Seite nicht zuzulassen. Für einen Friedensschluß ist u.a. notwendig, daß die Moslems nicht als ethnischer und politischer Faktor "verschwinden". Das aber wäre höchstwahrscheinlich der Fall gewesen, wenn man die Bürgerkriegsparteien ohne Einmischung von Außen sich selbst überlassen hätte. Mit der Schutz-Garantie für die Sicherheitszonen verließ der UNO-Sicherheitsrat "theoretisch" bei weitem die Grenzen einer "Peacekeeping"-Mission. Er verband damit aber noch nicht die praktische Absicht, nun einen Peace Enforcement-Einsatz (Erzwingung bestimmter Ziele auch mit militärischen Mitteln) zu beginnen. Im Grunde stand dahinter nur die Hoffnung, daß die serbische Seite sich bluffen lassen würde.

Auf diese Weise brachte die UNO es fertig, daß sie von den Serben mit Grund als einseitig parteiisch betrachtet wurde und wird, während die Moslems zumindest bis zu den Luftangriffen dieses Sommers ebenso begründet der Ansicht waren, sie würden von der UNO permanent betrogen und im Stich gelassen. Diese Taktik der UNO und der Großmächte trug dazu bei, das Klima der totalen Unglaubwürdigkeit und des liberalen Gewährenlassens zu verstärken, in dem für die Bürgerkriegsparteien das militärisch Machbare zum wichtigsten Maßstab des politisch Zweckmäßigen wurde. Die Nicht-Reaktion von UNO und Großmächten beim Fall der beiden bosnischen Schutzzonen gab der kroatischen Führung ein entscheidendes Signal, daß jetzt auch der günstigste Zeitpunkt für die "Rückeroberung" der Krajina gekommen war.

Frieden doch herbeigebombt?

Unmittelbar nach der Eroberung von Srebrenica und Zepa durch die Serben setzte die NATO im UNO-Sicherheitsrat den Beschluß durch, die Einnahme der übriggebliebenen vier Sicherheitszonen nicht mehr zuzulassen. Nötigenfalls sollte die Luftwaffe massiv eingesetzt werden, um die serbischen Streitkräfte von Angriffen abzuschrecken. Formal betrachtet wäre dafür keine neue Beschlußfassung nötig gewesen, da diese Option auch schon durch bisherige Resolutionen vollständig abgedeckt und der Beschlußlage nach sogar eindeutig geboten gewesen wäre.

Mit massiven Luftangriffen auf militärische und logistische Ziele der serbischen Seite in Bosnien-Hercegovina unternahm die NATO Ende August eine qualitativ neue Form des Gewalteinsatzes im jugoslawischen Bürgerkrieg. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es insgesamt zehn Kampfeinsätze von NATO-Flugzeugen gegeben, die sich immer nur gegen Einzelziele gerichtet hatten und militärisch betrachtet höchstens symbolische Bedeutung hatten. Im Unterschied dazu flogen NATO-Kampfflugzeuge allein Ende August und in der ersten Septemberwoche innerhalb von wenigen Tagen über 2.000 Angriffe gegen eine große Zahl von Zielen praktisch in allen serbischen Landesteilen von Bosnien-Hercegovina, darunter auch Brücken, Telekommunikations-Einrichtungen, Kasernen u.a.

Die Luftangriffe wurden zunächst als unmittelbare Reaktion auf einen Artillerie-Beschuß Sarajevos dargestellt, bei dem über 30 Menschen ums Leben gekommen waren. Insoweit entsprachen die Angriffe ohne weiteres den schon 1993 mit Unterstützung Rußlands gefaßten Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrats über die Sicherheitszonen.

Auch die Fortsetzung der Luftangriffe, um die serbischen Streitkräfte zum Abzug ihrer schweren Waffen aus einer 20-Kilometer-Zone um Sarajevo zu zwingen, entsprach im Prinzip alten Beschlüssen des Sicherheitsrats, insbesondere der im Februar 1994 erfolgten Erklärung Sarajevos zur Ausschlußzone. Auch jener Resolution war ein Blutbad durch Artillerie-Beschuß vorangegangen, bei dem es 68 Tote gegeben hatte. Damals erreichte die NATO durch ein hartes Ultimatum, aber ohne eine einzige militärische Aktion, daß Moslems und Serben im Gebiet von Sarajevo ihre schweren Waffen abzogen oder der UNPROFOR übergaben. (Die meisten mußten sich die Blauhelme in diesem Frühjahr wieder abnehmen lassen.)

Warum beugten sich die serbischen Kräfte diesmal nicht gleich dem Ultimatum, wie sie es 1994 getan hatten? Zumindest ein Teil der Gründe ergibt sich vermutlich daraus, daß es sich um eine wesentlich andere Form des Ultimatums handelte:

1.) Es wurde explizit eine einseitige Forderung an die serbische Seite gestellt. Das war wahrscheinlich militärisch nicht bedeutsam, da die Moslems in Sarajevo sowieso nicht viele schwere Waffen hatten. Es bedeutete aber "klimatisch" eine schlechtere Voraussetzung als 1994.

2.) Es war ein Ultimatum im faktischen Kriegszustand, d.h. nach dem Beginn und bei Andauern schwerer militärischer Angriffe gegen die serbischen Gebiete. In diesem Kontext war ein "Nachgeben" für die serbische Führung politisch-moralisch sehr viel schwieriger als im Vorjahr. Ihr Angebot, die schweren Waffen abzuziehen, sofern von der UNO bzw. NATO die Sicherheit der serbischen Bevölkerung im Gebiet von Sarajevo garantiert würde, war unter diesen Umständen das weitestgehende und vernünftigste, das gemacht werden konnte.

Wäre es der NATO lediglich darum gegangen, den Status von Sarajevo als Ausschlußzone für schwere Waffen wiederherzustellen, hätte eine Einigung ohne Gewaltanwendung vermutlich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet: Die serbischen Politiker waren bis dahin Meister in der Kunst, genau im richtigen Moment auch einmal zurückzustecken, statt es zu einer militärischen Kraftprobe mit der NATO kommen zu lassen. Nach Lage der Dinge muß angenommenen werden, daß sie diesmal bewußt in eine Situation hineinmanövriert wurden, in der ihnen ein rechtzeitiges "Einlenken" extrem schwer fallen mußte, um auf diese Weise den Übergang von der bisherigen Nadelstich-Taktik der NATO zu einer massiven Kriegführung vollziehen und rechtfertigen zu können.

Andererseits sollte nicht übersehen werden, daß die NATO bei der Einstellung der Luftangriffe insoweit "nachgab", daß sie ihre ursprüngliche Forderung mäßigte: nicht mehr sämtliche schweren Waffen der Serben sollten abgezogen werden, sondern nur die oberhalb eines bestimmten Kalibers liegenden. Offenbar war die NATO selbst interessiert und bereit, einen Ausweg aus der Konfrontation zu finden, um ein Ende der Luftangriffe zu ermöglichen.

Hierbei mag der vielleicht in dieser Stärke nicht erwartete russische Protest gegen die NATO-Angriffe ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Widersprüche zwischen den westlichen Staaten. Bekanntlich hatten vor allem Frankreich und Großbritannien immer wieder große Einwände gegen das von den USA ausgehende und von Deutschland unterstützte Drängen nach härteren militärischen Aktionen gegen die serbische Seite erhoben. Bis zum Sommer 1995 hatten sie sich damit insgesamt gesehen durchsetzen können.

Außerdem kann nach den bisherigen Erfahrungen davon ausgegangen werden, daß die NATO als Ganzes zwar an einer gewissen militärischen Schwächung der serbischen Seite interessiert war, aber nur soweit, wie es zur Herherstellung eines ungefähren Gleichgewichts der Kräfte in Bosnien-Hercegovina erforderlich war.

Abgesehen von der Wiederherstellung der militärischen "Glaubwürdigkeit" der NATO sollen die massiven Luftangriffe offenbar auch dazu dienen, eine militärisch-politische Gesamtsituation herbeizuführen oder zu begünstigen, die eine Beendigung des Bürgerkriegs in Bosnien-Hercegovina (und im gesamten ehemaligen Jugoslawien) noch in diesem Jahr ermöglicht.

In diesem Zusammenhang war vermutlich auch der auf die Luftangriffe folgende Vormarsch der moslemisch-kroatischen Kräfte den NATO-Staaten nicht unwillkommen. Anderenfalls wäre diese Offensive wohl durch effektiven politischen Druck des Westens sehr schnell zu beenden gewesen. Auch hier gilt jedoch, daß die NATO zwar eine Schwächung der serbischen Seite wünschte, aber nur ungefähr bis zur Herstellung eines Gleichgewichts. Seit Herbst 1995 entsprechen die militärischen Frontlinien ungefähr dem

Aufteilungsprinzip des "Friedensplans", den die sogenannte internationale Kontaktgruppe - zu der auch Rußland gehört - schon 1994 vorgelegt hatte.

Kt.

17. Internationalisierung des Gewaltmonopols oder Mobilisierung der Friedenskräfte? Thesen von PDS-MdBs über Hegemonialpolitik ...

Thesen zum Problemkreis Hegemonialpolitik, Friedenssicherung und internationale Konfliktregulierung

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:28

Dokumentation

Internationalisierung des Gewaltmonopols oder Mobilisierung der Friedenskräfte?

Thesen zum Problemkreis Hegemonialpolitik, Friedenssicherung und internationale Konfliktregulierung

I. Globale Situation

und militärische Konflikte

Das folgende Thesenpapier wurde von mehreren Bundestagsabgeodneten und Mitarbeitern der PDS in Antwort auf das "Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen"(siehe Dokumentation in ak 384) aus dem außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsgruppe der PDS verfaßt.

1. Nach dem Ende des Realsozialismus als Weltsystem ist die Menschheit in eine neue Phase eingetreten. Die globale Situation ist dadurch charakterisiert, daß die USA nunmehr die Führerschaft in der Welt übernommen haben und gemeinsam mit anderen kapitalistischen Großmächten - als Sieger im kalten Krieg - die Welt entsprechend ihren ökonomischen und politischen Interessen zu gestalten suchen. Dieser Übergang von einer "bipolaren Welt" zu einer "unipolaren Welt" ist Ausdruck eines für offenbar längere Zeit zugunsten der kapitalistischen Großmächte veränderten internationalen Kräfteverhältnisses. In dieser "Weltordnung" wird nach dem Slogan "The West Versus The Rest" (Der Westen gegen den Rest der Welt) dem Militärischen wieder größere Gültigkeit eingeräumt: als letztlich entscheidendes Mittel zur Gewährleistung dieser Weltordnung.

Begonnen hat insofern eine Epoche andauernder Hegemonialpolitik, wobei in aller Regel die globalpolitischen Entscheidungen unter dem "Diktat der USA" getroffen werden. Die USA haben mehr denn je die Rolle der Weltpolizeimacht übernommen. Die Hegemonialpolitik zielt ab:

* auf den Zugang zu den Rohstoffen und Märkten;

* auf die Ausschaltung aller Störfaktoren,

* auf die Verhinderung des Aufkommens einer neuen gegnerischen Großmacht, die die Kräfte des "Restes der Welt" bündeln könnte.

Zur Durchsetzung dieser Interessen ist der Krieg wieder ein "legitimes Mittel der Politik" geworden (vgl. zur globalen Situation: Norman Paech, Friedensstrategie zwischen UNO und NATO, Konferenzbeitrag, S. 1).

2. Die Bundesrepublik Deutschland reiht sich mit eigenen macht- und wirtschaftspolitischen Interessen in diese Hegemonialpolitik ein und hat bereits entscheidende Schritte getan, um auf dem Wege zur europäischen Hegemonialmacht gleichberechtigt in den "Club der Großmächte" aufgenommen zu werden. Sie ist bereits zum engsten Verbündeten der USA in der NATO geworden (was gravierende Kontroversen nicht ausschließt) und definiert ihre "nationalen" Interessen weltweit und betont ihre Eigenständigkeit trotz prinzipieller Übereinstimmung mit den Interessen der "Verbündeten". Schrittweise wird ideologisch, politisch, juristisch und militärisch der Boden für den Ausbau deutscher Militäraktionen im Ausland vorbereitet. Als einzige Partei des Bundestages lehnt die PDS ohne Wenn und Aber derartige Optionen und Aktionen ab.

Zur Legitimation ihrer militärischen Ambitionen bemüht die Bundesrepublik in besonderem Maße die Bedrohungen angesichts eines zunehmenden "Sicherheitsrisikos" in dieser Welt: "Deutschland ist aufgrund seiner Interessen, seiner internationalen Verflechtungen und Verpflichtungen vom gesamten Risikospektrum

betroffen ... Es ist ein Ansatz erforderlich, der für den konkreten Einzelfall politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale, ökologische sowie militärische Aspekte berücksichtigt. Im Rahmen einer ursachenorientierten Politik zur Krisen- und Konfliktlösung kann auch der Einsatz militärischer Mittel erforderlich werden, um Gewalt oder Krieg zu verhindern, einzugrenzen oder zu beenden" (Weißbuch zur Sicherheitspolitik 1994).

Mit dem gegenwärtigen Kurs in der Außenpolitik kehrt die Bundesrepublik zum Kontinuum der deutschen Großmachtpolitik zurück. Der mit den Mitteln offener und verdeckter Einflußarbeit beförderte Aufstieg zur europäischen Hegemonialmacht vollzieht sich auf dem Fundament einer Wiederauflage des imperialen Mitteleuropa-Konzepts und führt bereits jetzt zu erheblichen Spannungen auf diplomatischer Ebene. Unter der Losung "Modernisierung der deutschen Streitkräfte" wird die Bundeswehr zum "Rückgrat der NATO in Europa" mit "flexiblen Krisenreaktionskräften" und insgesamt 700.000 einsatzbereiten Soldaten.

Die ökonomische und politische Durchdringung Europas zielt u.a. durch Steuerung der Geldflüsse, das Niederkonkurrieren von Nachbarstaaten - auf wirtschaftliche Dominanz der Bundesrepublik. Sie strebt einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an und verstärkt ihr Drängen auf eine nukleare Option für die EU. Sie intensiviert ihren Einfluß auf die politischen Strukturen der EU und unterwirft internationale militärische Strukturen ihrem Finanzeinfluß. Militärisch werden Vorbereitungen sowohl für den Einsatz in "begrenzten Kriegen" als auch für globale Auseinandersetzungen getroffen.

Die dominierende Rolle der militärischen Komponente in der Außenpolitik der BRD wird daran deutlich, daß die BRD im Jahre 1994 für militärische Maßnahmen der UN das Dreifache ihres Mitgliedsbeitrages zum UN-Haushalt zahlte und ihre finanzielle Unterstützung des Golfkrieges ebenso hoch war wie die gesamten Ausgaben der UN für nichtmilitärische Friedensaktivitäten zur Zeit des Golfkrieges. Die zunehmende Rolle als globale Militärmacht wird auch daran deutlich, daß sich die Bundesrepublik zum zweitgrößten Waffenexporteur der Welt entwickelt hat.

3. Die globale Situation ist durch ein Anwachsen sozialer, ethnischer, nationaler und religiöser Konflikte, vor allem innerhalb von Staaten gekennzeichnet, die in hohem Maße bewaffnet ausgetragen werden. Eine differenzierte Analyse dieser Konflikte ist unabdingbar, um die gegenwärtige Problemlage hinsichtlich der friedlichen Streitbeilegung internationaler Konflikte erfassen zu können. Zwischen diesen Konflikten und der imperialen Hegemonialpolitik der kapitalistischen Großmächte gibt es ein kompliziertes Beziehungsgefüge, das es verbietet, diese Konflikte isoliert zu betrachten und unter Abstraktion von der globalen Situation allgemeine internationale Konfliktregulierung betreiben zu wollen.

Wir sind in der heutigen Welt mit folgenden Arten von Konflikten (vgl. Norman Paech, a.a.O., S. 4) konfrontiert:

* Direkte Interventionen der USA und anderer kapitalistischer Großmächte zur Ausschaltung unliebsamer Regimes (Panama, Grenada, Libyen) bzw. die Aushaltung von volksfeindlichen Militärregimen (vor allem in Lateinamerika);

* Kämpfe infolge von vielgestaltigen Prozessen der Dekolonisierung, die in Gestalt von militärischen Aktionen gegen

Armutsrevolten (z.B. Sri Lanka, Chiapas), nationale Befreiungsbewegungen (z.B. Türkisch Kurdistan, Tschetschenien), der Machtergreifung durch revolutionär-demokratische Bewegungen (z.B. Nicaragua, Angola) oder infolge von revolutionären Putschen (Afghanistan);

* Extremfälle des Völkermordes, von Hungersnöten und chaotischen Zuständen infolge der Auflösung der staatlichen Ordnung;

* Zwischenstaatliche Kriege in den verschiedensten Formen (Irak/Iran, Irak/Kuwait, Peru/Ecuador).

II. Konsequenzen der globalen Situation für die UNO und die internationale Sicherheit

4. In den Zeiten des Kalten Krieges und der Entspannung hat die UNO nur insoweit eine tragende Rolle als Konfliktschlichtungsorgan und Organ der kollektiven Sicherheit übernehmen können, als dies im Konsens der beiden Supermächte möglich war. Nach dem Wegfall der UdSSR gibt es keine Kraft mehr, die im Sicherheitsrat die USA beim Einsatz der von ihnen für zweckmäßig gehaltenen Mittel zu stoppen vermag. Konfliktschlichtung erfolgt nur insoweit, als politische und/oder ökonomische Interessen der USA und der

anderen kapitalistischen Großmächte berührt sind. Sie bestimmen auch die Formen und Methoden der Konfliktschlichtung, insbesondere bestimmen sie, in welchem Umfang Institutionen der UNO in Anspruch genommen werden. Tatsächlich waren sie bestrebt, die Kommandogewalt in den eigenen Händen zu behalten und deshalb auch primär ihre eigene internationale Militärmacht in Gestalt der NATO bei den von ihnen durchgeführten internationalen Militäraktionen einzusetzen.

Der nach Art. 34 der UNO-Charta allein für die Grundsatzfrage eines Tätigwerdens oder Nichttätigwerdens bei dem Einsatz von militärischen Mitteln zur Sicherung oder Wiederherstellung des globalen Friedens zuständige Sicherheitsrat spielt auch nach dem Ende des Kalten Krieges nur eine periphere Rolle. Während des Kalten Krieges hat er mit Ausnahme des Koreakrieges (wo er zum Instrument der USA-Politik wurde, da es die UdSSR unterließ, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen) bei allen großen Konflikten nicht gehandelt (Vietnam, Afghanistan, Eritrea, Völkermord in Indonesien und Sudan). Unter den neuen Bedingungen spielt er zweifelsohne eine entscheidende Rolle zur Legitimierung der Weltpolizeiaktionen der USA (so ganz deutlich bei der militärischen Intervention im Irak 1991). Er ist jedoch nicht zum eigentlichen Akteur der militärischen Interventionen geworden und wird dies offensichtlich in Zukunft auch nicht werden.

Der Mechanismus der Reaktionen auf Konflikte wird durch eine Art Pax Americana bestimmt. Entweder greifen die USA und die anderen Großmächte auch mit militärischen Mitteln in diese Konflikte ein, lassen Stellvertreterkriege führen oder überlassen die Konfliktparteien sich selbst (z. B. Afghanistan). Internationale Streitbeilegung und Konfliktregulierung läßt sich so auch im Einzelfall nicht isoliert von der Hegemonialpolitik betrachten.

Der Hinweis auf die vielfältigen Konflikte in dieser Welt und die Behauptung der Unumgänglichkeit auch von militärischen Lösungen ist zum wichtigsten Argument zur generellen Rechtfertigung des Krieges als Mittel der internationalen Politik in den Händen der Großmächte geworden.. Damit wird auch die anhaltende Hochrüstung, die weitere Existenz und Ausweitung der NATO sowie die Aufrechterhaltung und Modernisierung der bestehenden nuklearen Arsenale und anderer Massenvernichtungswaffen begründet.

Forderungen nach Demokratisierung der UNO müssen auch von der PDS unterstützt werden. Dabei sollte allerdings eine derartige Demokratisierung nicht vordergründig mit dem Ziel einer allgemeinen Zivilisierung der internationalen Beziehungen gleichgesetzt werden. Nach dem Stand der Dinge kann eine solche Demokratisierung auch nicht gegen die Großmächte erzwungen werden (vgl. Knut Mellenthin, PDS beim Nachdenken über UNO-Einsätze erwischt, Analyse und Kritik vom 16.11.1995)

Die vier internationalen, militärischen Interventionen nach dem Ende des Kalten Krieges (Golf, Somalia, Haiti, Jugoslawien/Bosnien) waren allesamt dadurch gekennzeichnet, daß die militärischen Aktionen vorrangig über die NATO-Struktur liefen und ihr Verlauf wie auch ihre Ergebnisse von den Interessen der Hegemonialmächte bestimmt waren (vgl. Hans Arnold, Unvereinte Nationen, Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1995, S. 1197):

* Sie waren Demonstrationen derWeltpolizeirolle der USA;

* sie folgten nicht strikt den Regelungen der UNO-Charta, sondern die NATO und z.T. auch die EU wurden faktisch dem UNO-Sicherheitsrat vorgeschaltet;

* die USA und andere kapitalistische Großmächte waren an der Entstehung der Konflikte selber maßgeblich beteiligt (Waffenlieferungen, Schürung innerstaatlicher Zwistigkeiten, Stützung diktatorischer Regimes);

* die militärischen Aktionen führten zu keiner wirklichen Lösung der Probleme, die man angeblich lösen wollte (antidemokratische Herrschaftsformen, Stammeskämpfe, Menschenrechtsverletzungen).

Eine deutliche Modifizierung erfährt das nicht in der UN-Charta vorgesehene Konzept der "Friedenssicherung durch Friedenstruppen" (Blauhelme). Dieses seit 1948 entwickelte und 1956 bei dem Suez-Konflikt zum ersten Mal praktizierte Konzept beruht bisher auf den Prinzipien der strikten Neutralität, der Anerkennung durch die Konfliktparteien als Polizei und der Zusammensetzung vor allem aus Soldaten von kleineren Staaten. Es nehmen die Bestrebungen zu - u.a. gefördert durch den gegenwärtigen UNO-Generalsekretär - diese "Peace-Keeping-Forces" in "Peace-Enforcement-Forces" und zu einer ständigen militärischen Eingreiftruppe der UNO weiterzuentwickeln. Angesichts der Politik der militärischen Interventionen über die NATO-Struktur entspricht dies kaum den militärpolitischen Vorstellungen der Hegemonialmächte. Jedoch erleichtert die

Diskussion um "Peace-Enforcement" die Legitimation der militärischen Interventionseinsätze im Rahmen der NATO.

Fortdauernde Bürgerkriege schließen Blauhelmeinsätze aus, weil die Gefahr besteht, daß die Blauhelme zwischen die Fronten geraten oder zur Konfliktpartei werden. Eine Einmischung in einen Bürgerkrieg mit Waffengewalt oder durch Lieferung von Waffen - sei es für die "Regierung" oder für die "Rebellen" - ist prinzipiell ungeeignet, den inneren Frieden im betreffenden Land wiederherzustellen oder Sezessionen und Autonomie-Lösungen zu befördern oder zu verhindern. Die UNO und ihre Mitgliedstaaten sind verpflichtet, auf eine Deeskalierung von Bürgerkriegen und ähnlicher innerstaatlicher Zustände mit nichtmilitärischen Mitteln hinzuwirken. Eine bewaffnete Einmischung in innerstaatliche bewaffnete Konflikte ist völkerrechtswidrig.

III. Angriffe auf das demokratische Völkerrecht

6. Es vollzieht sich unübersehbar eine ideologische Flankierung der Politik militärischer Interventionen unter Führung der USA. Diese findet ihren Ausdruck in der Abschwächung oder gar der Zerstörung des nach dem 2. Weltkrieg weiterentwickelten Völkerrechts. Es kommt zur Herausbildung von völkerrechtswidrigen Konstruktionen, die Hegemonialpolitik und Interventionen legitimieren sollen. Eine besondere Rolle spielt dabei ein angebliches Recht auf humanitäre Intervention, das ausgehend von Universalitätsanspruch der westlichen Menschenrechtskonzeption einen Anspruch auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten bis hin zur Intervention rechtfertigt. Militärische Interventionen werden überdies damit legitimiert, eine Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. All dies verbindet sich auf eine z. T. verwirrende Weise mit der Erörterung echter Probleme der internationalen Konfliktschlichtung, Friedenssicherung und Menschenrechtsgewährleistung. Die in diesem Zusammenhang entwickelten Konstruktionen und Begriffe sind insgesamt untauglich für die Friedenspolitik (vgl. George Pumphrey, Einige Bemerkungen zur Diskussion über unsere Friedenspolitik, S. 4).

Die Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung werden in ihrer Bedeutung abgeschwächt und z.T. direkt in Frage gestellt. Gegenüber diesen Prinzipien wird dem Selbstbestimmungsrecht und dem Recht auf Sezession ein höherrangiger Platz eingeräumt. Das in Artikel 2 Ziff. 4 der UNO-Charta verankerte kategorische Gewaltverbot (das auf jeden Fall das Verbot militärischer Gewalt einschließt) wird in Frage gestellt.

"Gegenwärtig ist Kernfrage der deutschen Politik, ob und unter welchen Umständen die Anwendung militärischer Macht zur Verteidigung der Menschenrechte und des Friedens anderer Völker gerechtfertigt ist. ... Heute muß Deutschland eine neue nationale Tradition für die Berliner Republik entwickeln. Der Schutz der Grundwerte der Familie freier Nationen, der Export von Demokratie und Sicherheit und die Unterstützung unserer Verbündeten sind dabei unverzichtbare Bestandteile." (Volker Rühe, Europaarchiv, 15/1994) Dieses Bestreben, unter Hinweis auf die notwendige Durchsetzung von Menschenrechten ein Recht auf "humanitäre Intervention" zu kreieren, widerspricht dem Völkerrecht und täuscht über die wahren Motive der Interventionspolitik der Hegemonialmächte hinweg:

Es ging bei den Interventionen der letzten Jahre (Somalia, Irak, Haiti, ehemaliges Jugoslawien) nie primär um die Sicherung von Menschenrechten, sondern immer um ökonomische und machtpolitische Interessen. Die Interventionen waren selbst durch brutale Menschenrechtsverletzungen charakterisiert (Tod von Kindern im Irak). Menschenrechtsverletzungen auch brutalster Art (in Türkisch-Kurdistan, in Kroatien, im Iran) stehen außenpolitischen Beziehungen geradezu freundschaftlicher Art der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Ländern nicht entgegen. Hinsichtlich der der NATO angehörenden Staaten gibt es keine Menschenrechtsverletzungen.

Die Rechtfertigung von Einmischung und Intervention unter Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen, reduziert erstens Menschenrechte auf politische Menschenrechte. Zweitens wird das Kriterium der Verletzung politischer Menschenrechte selektiv angewandt. Die Verletzung sozialer Menschenrechte wird als solches nicht thematisiert, selbst aber massiv betrieben (wie im Zusammenhang mit der Blockadepolitik gegen Kuba). Das Menschenrecht auf Entwicklung wird grundsätzlich in Frage gestellt.

Der entscheidende Weg zur Verbesserung der Menschenrechtslage in der "dritten Welt" ist der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung, gegen Hunger, Elend und Armut. Auf dieser Grundlage muß die Entwicklung

von Demokratie und Menschenrechten die Sache der Selbstbestimmung jedes Volkes sein und kann nicht von außen aufgezwungen werden.

7. Prognostiziert und befürwortet wird zugleich das Ende der Nationalstaaten oder zumindest ihres militärischen Gewaltmonopols (vgl. Dieter Senghaas, Metanoeite: Der Pazifismus und das leere Loch, Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1995, S. 101 ff.). Das Gewaltmonopol der Einzelstaaten wird als Hauptursache der Friedensbedrohung und der Schwierigkeit, regionale Konflikte zu lösen, dargestellt. Als Lösung wird die Installierung eines internationalen militärischen Gewaltmonopols der UNO propagiert.

Diese "moderne Friedenstheorie" sucht und findet die Ursachen für Friedensbedrohung in den "nationalstaatlich organisierten Gewaltmonopolen", d. h. eigenartigerweise bei der militärisch bewehrten Verteidigung von Souveränität und territorialer Integrität. Angesichts der overkill-capacity der Großmächte erinnert diese Theorie allzusehr an Bert Brechts Geschichte "Wenn Haifische Menschen wären", in der die anderen Fische gelehrt werden, wie sie am besten in die Rachen der Haifische hineinschwimmen können. Wer gegen Militär und Hoheitsgewalt der Nationalstaaten polemisiert, wendet sich zugleich objektiv gegen die gleichberechtigte Existenz aller souveränen Staaten als Grundlage der gegenwärtigen Völkerrechts- und Friedensordnung.

8. Die allenthalben geführte Diskussion um die Frage der Notwendigkeit, der Legitimität sowie der Art und Weise der militärischen Intervention in Krisengebiete ist selbst Ausdruck einer zugunsten der Hegemonialmächte und ihrer Politik gewandelten Situation in den internationalen Beziehungen. Das In-den-Vordergrund-stellen des Militärischen bedeutet eine Geringschätzung der zivilen völkerrechtlichen Verfahren zur Vorbeugung und Schlichtung von internationalen Konflikten und der Qualifizierung dieser Verfahren nach dem Ende des Kalten Krieges.

Zu beachten ist dabei auch, daß die Menschheit immer noch wesentlich stärker durch nichtmilitärische Gefahren und Konflikte (Hunger, Armut, Zerstörung der natürlichen Umwelt u.ä.m.) bedroht ist als durch militärische Konflikte. Es gilt auch aus dieser Sicht sich einem Trend entgegenzustellen, der die UNO als "Weltpolizeistaat", aber nicht als "Weltsozialstaat" ausbauen möchte.

IV. Strategische Fragen

der Friedenspolitik

9. Unsere politischen und programmatischen Antworten müssen stets von der globalen Gesamtsituation des Diktats der USA und anderer kapitalistischer Großmächte und ihrer Politik der selektiven Feindbestimmung und Kriegführung zur Durchsetzung ihrer Interessen ausgehen. Die Möglichkeiten der friedenspolitischen Regelungen der UNO-Charta sind durch diese internationale Macht - und Interessenstruktur konditioniert. Es hieße deshalb, Illusionen zu fördern, wollten wir eine Lösung primär über eine Verbesserung dieser Regeln erreichen. Derzeit ist keine Möglichkeit einer Demokratisierung des internationalen Einsatzes von militärischen Mitteln zur Kriegsführung in Krisengebieten gegeben. Da das so ist, ist auch eine Frage nach solchen Möglichkeiten desorientierend, weil sie unsere prinzipielle Ablehnung eines derartigen Einsatzes in Frage stellt. Das militärische Gewaltverbot der UNO-Charta muß entschieden verteidigt werden. Da in der heutigen Welt alle Fragen der internationalen Konfliktlösung und Streitbeilegung stets eng mit der Hegemonialpolitik verbunden sind, müssen die antimilitaristischen Kräfte zunächst jeweils ihre eigenständigen Positionen deutlich machen:

* Zu fragen ist stets nach den konkreten Eigeninteressen und den politischen Zielen der Großmächte, die sich mit militärischen Aktionen in derartige Konflikte einschalten oder einschalten wollen.

* Es ist auf die historischen Erfahrungen hinzuweisen, daß mit militärischen Mitteln keine derartigen Konflikte gelöst werden können.

* Mißtrauen ist angebracht, wenn aus extremen Einzelbeispielen die Notwendigkeit militärischer Aktion und der Aufbau internationaler Streitkräfte abgeleitet werden.

* Als antimilitaristische Partei der BRD darf sich die PDS unter keinen Umständen dazu hergeben, Militäraktionen der BRD zu rechtfertigen oder zu unterstützen.

10. Die PDS muß Antikriegspartei auch in dem Sinne bleiben, daß sie weiterhin prinzipiell das Denken und Handeln in den Kategorien der Kriegsführung ablehnt und unser Ziel letztlich eine Welt ohne Waffen als einzige wirklich wirksame Garantie für einen friedlichen Weltzustand bleibt. Insofern gibt es auch keine Veranlassung, die bisherigen im Parteiprogramm der PDS und im Wahlprogramm 1994 fixierten Grundpositionen aufzugeben oder zu ändern.

Die Hauptverantwortung der deutschen Linken besteht vor der internationalen Öffentlichkeit darin, die Traditionen, Methoden und Ziele der deutschen Hegemonialpolitik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln im In- und Ausland kenntlich zu machen. Dieses Herangehen schließt die generelle Verteidigung der nationalstaatlichen Souveränität gegen jedwede Interventionspolitik (auch im Gewande der UNO) und damit die Bekämpfung der real vorhandenen Kriegsgefahr bereits an den Wurzeln ein. Dabei geht es im besonderen Maße darum, gegen die Umwandlung der Bundeswehr zur Interventionsarmee, gegen die Entstellungen der Medien und gegen die diversen Konstruktionen, die auf die Zerstörung tragender Völkerrechtsprinzipien (der souveränen Gleichheit, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung) ausgerichtet sind, Position zu beziehen. Gemeinsam mit anderen Friedenskräften ist eine Bewegung in Gang zu setzen, die den militärischen Planungen und Maßnahmen der Regierenden in der Bundesrepublik Deutschland ein Ende setzt und auf einer friedens- und sicherheitspolitischen Neuorientierung im Interesse weltweiter Entspannung, Abrüstung und friedlicher

Entwicklungsperspektiven besteht.

Beschlußlage:

"Den in vielen Teilen der Welt geführten Kriegen und den Kriegsgefahren kann weder durch schnelle Eingreiftruppen der NATO und der WEU noch durch neue Waffensysteme begegnet werden. Beseitigt werden müssen die sozialen Ursachen von Kriegen, notwendig ist eine politische Krisenvorbeugung. Wir bleiben dabei: von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Aus der Geschichte Deutschlands, aus seiner geographischen Lage und seinen Potenzen erwächst eine besondere Friedensverantwortung, erwächst Friedenspflicht.

Im Zentrum der sicherheitspolitischen Forderungen der PDS stehen:

* das umfassende und vollständige Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von Kernwaffen;

* Entwicklungs- und Produktionsstop für neue Waffensysteme;

* das Verbot des Bundeswehreinsatzes außerhalb der Grenzen der BRD und bei inneren Konflikten;

* die Abschaffung der Wehrpflicht und aller anderen Zwangsdienste als erster Schritt zur Abschaffung der Armee überhaupt;

* das Verbot aller Waffenexporte und die Beendigung von Militärhilfe;

* die sofortige Kürzung des Verteidigungshaushaltes um mindestens 30 Prozent sowie anschließend jährlich um mindestens 10 Prozent und die Verwendung eines immer größeren Teils der verbleibenden Ausgaben für einen gesondert auszuweisenden Abrüstungsetat;

* die Auflösung der NATO und WEU und ihre Ersetzung durch weltweite und gesamteuropäische kooperative Sicherheitssysteme, insbesondere durch eine demokratische Reform der UNO und die Weiterentwicklung des KSZE-Prozeßes ...

Die PDS tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten und für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Wir lehnen Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab. Wir treten für eine schrittweise Beseitigung aller Streitkräfte ein." (Parteiprogramm der PDS).

Maritta Böttcher, MdB

Ludwig Elm, MdB

Uwe-Jens Heuer, MdB

Ulla Jelpke, MdB

Die vier AbgeordnetInnen arbeiten in den Bereichen Rechts-, Innen-, AusländerInnen-, Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik der Bundestagsgruppe der PDS mit.

18. Nazilied bei Gelöbnis der Saarland-Brigade

Autor: Dominik Fries, Aktion 3. Welt Saar · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:35

Das Nazilied "Rot scheint die Sonne" war am 13. November Bestandteil des öffentlichen Gelöbnisses von 540 Rekruten der Saarlandbrigade im nordsaarländischen Wadern. Gegen das Gelöbnis auf einem Schulgelände protestierten knapp 350 KriegsgegnerInnen.

Während auf dem Schulgelände der saarländische Innenminister Läpple (SPD) die Bundeswehr als wichtigen Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland lobte, gab es draußen ein gellendes Pfeifkonzert und lautstarke Sprechchöre. Auf Initiative der "Aktion 3. Welt Saar" hatte sich ein überregionales Bündnis von 21 Gruppen aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz gebildet. Auch aus Saarbrücken rief eine Vorbereitungsgruppe zu Störaktionen auf.

Horst Bernard von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wies auf die Traditionspflege der Bundeswehr hin. Etliche Kasernen sind immer noch nach Nazi-Generälen benannt. Das in Wadern gesungene Nazi-Lied "Rot scheint die Sonne" hatte noch im Mai 1993 im bayerischen Altenstadt für einen Skandal gesorgt. Als das Lied angestimmt wurde, verließen SPD-, FDP- und Grünen-Abgeordnete die Bundeswehr-Veranstaltung.

Als Eliteeinheit der Bundeswehr gehört die Saarlandbrigade zu den Krisenreaktionskräften und übt regelmäßig im türkischen Teil Kurdistans; zuletzt im September 1994 bei der kurdischen Stadt Gaziantep. Aktuell ist sie im Jugoslawieneinsatz der Bundeswehr dabei. Sie ist zentraler Bestandteil der deutschen Außenpolitik, wonach der Zugriff zu strategischen Rohstoffen mit militärischen Mitteln betrieben wird. In ihren aktuellen Werbeschriften verherrlicht sie nationalsozialistische Eroberungsfeldzüge.

Dominik Fries / Aktion 3. Welt Saar

19. "WDR = DDR". Die Neue Rechte besucht die CDU

Autor: Christian Hölzel, Andreas Klärner, Christof Meueler · Rubrik: CDU/CSU; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:27

Rainer Zitelmann hat eine Frage. Er will wissen, ob die CDU fähig ist, den Dialog mit der Neuen Rechten zu führen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung macht's möglich. Sie lud im November zur zweitägigen Diskussionsveranstaltung "Alte Linke und Neue Rechte - Gemeinsamkeiten und Gegensätze in der Diskussion um die Zukunft Deutschlands" in der Politischen Akademie Eichholz/Wesseling ein.

Die CDU fühlt sich dazu berufen, "im Jahre Fünf der deutschen Einheit" (Helmut Kohl) als angebliche Partei der Mitte die Stärken und Schwächen ihrer linken und rechten Widersacher auszuloten. Sie tritt ein für freie Diskussion in einem freien Land: Altlinke und Neue Rechte wurden in familiärer Gemütlichkeit unter dem Anschein politischer Ausgeglichenheit versammelt. Die Positionsbestimmung links-rechts erfolgte aus christlich-abendländischer CDU-Perspektive: Die Grenzen des gutbürgerlichen bundesdeutschen Feuilletons wurden nicht überschritten.

Milde-Sorte-Linke

Dementsprechend gaben sich die geladenen Linken staatstragend harmlos. Hauke Brunkhorst, neuerdings Professor für Philosophie in Frankfurt/Main, eröffnete den professoralen Reigen. Den Vernunfttheoretiker im Sinne der kritischen Theorie spielend, vertrat er die Meinung, daß das "Grundmotiv jedes Intellektuellen von Jesaja bis Adorno das Leben 'ohne Leitbild' - die Distanz zum Bestehenden - ist". Er definierte "das Amt der Intellektuellen" als ein "Nachdenken über eine bessere Zukunft" abseits der Metaphysik von Volk und Staat. Totalitäre Denkmuster seien abzulehnen, um die offene Diskussion zu sichern. Sprach's und reiste ab.

Vorher mußte Brunkhorst sich noch des Welt am Sonntag-Journalisten und neurechten Buchautors Ulrich Schacht (Die selbstbewußte Nation, zusammen mit Heimo Schwilk) annehmen. Schacht behauptete, die zerstörerischen Wirkungen der "ökonomischen Maschine" seien gerade in der Krise nur durch ein Volk mit "gemeinschaftlichen Werten" im Nationalstaat einzudämmen. Brunkhorst erwiderte, daß die vielbeschworenen Werte nur ein "Überbauphänomen" darstellen und daß die Vorstellung ökonomischer Autarkie durch nationalstaatliche Abkopplung aus dem globalen Weltmarkt naiv, weil unmöglich ist.

Nach Brunkhorst kam Richard Herzinger (verschwunden war er aber ebenso schnell). Der Berliner Germanist zeigte, daß das Kulturprogramm der Neuen Rechten aus der Weimarer Republik stammt und die damalige "Konservative Revolution" (Jünger, Niekisch, Moeller van den Bruck) wiederaufzuwärmen versucht. Programmatisch sei heute wie damals ein Geraune von "Kulturnation und Wertegemeinschaft", um in letzter Konsequenz Aufklärung und Demokratie abzuschaffen.

Schlechte Witze

Das Publikum aus erzreaktionären Mittfünfzigern, naseweisen Jung-Unionisten und orientierungslosen Ostlern mischte kräftig bei der Auseinandersetzung um die Zukunft Deutschlands mit. Hervorzuheben dabei waren Ulrich Schacht (Welt am Sonntag), Klaus Rainer Röhl (FDP und ex-Konkret-Herausgeber) und Gunnar Sohn (Junge Freiheit), die unter Leitung des Polit-Historikers Zitelmann zum Tanz aufspielten. Indem sie Ralph Giordano als "Berufsbetroffenen" und Heiner Geißler als "schwarzgrünen Apokalyptiker" bezeichneten, provozierten sie herzhaften Schenkelklopf-Beifall.

Dankbar war die Zitelmann-Combo für den Vortrag von Paul Noack, emeritierter Professor für Politik und ehemaliger FAZ-Journalist. Der behauptete, seit dem Golfkrieg sei es für die Rechte wieder möglich, "gleichberechtigt" Politik mitzudiskutieren. Darauf starteten die Zitelmänner ihre Offensive gegen die "linksliberale Meinungsführerschaft" (Röhl): Noack beschreibe einen Wunsch-Zustand. Sie seien jedoch als Underdogs mit einem linken Machtkartell in Zeitung, Funk und Fernsehen konfrontiert. Der Generation der Studentenbewegten von 1968 sei es gelungen, die entscheidenden Machtpositionen der Gesellschaft zu besetzen. In der Verteidigung ihrer Pfründe seien die 68er zu quasi-totalitären Gesellschaftskontrolleuren geworden, deren konservativ-sturer "Meinungsgelee" (Zitelmann) das deutsche Volk in den Untergang führe. Schacht brachte es auf den Punkt: "WDR gleich DDR".

Das auch von Ernst Nolte bemühte Bild des nach links kippenden Bootes konnte hier in seiner ganzen Lächerlichkeit bestaunt werden. Ist schon die Prämisse der Noackschen These absurd, es hätte jemals in Deutschland eine Unterdrückung rechter Politik existiert, so ist die Rede von der Kulturherrschaft der Linken angesichts der Allgegenwart der Bild-Zeitung seit Bestehen der Republik, insgesamt 33-jähriger CDU-Regierung, des "Asylkompromisses" und rechtsextremer Mordbrennerei geradezu infam. Aber die Neue Rechte will vergessen: nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Geschichte.

Die "Ambulanz"

kommt nicht durch

Der rechte Publizist von Rimscha warnte vor der angeblich in der westlichen Welt grassierenden political correctness. Aus seiner Perspektive erscheint der beabsichtigte Schutz von Benachteiligten als "Opferkult". Er bemühte sich, die massenmedial aus den USA herübergeschwappte Anti-Diskriminierungs-Debatte um race and gender für die deutschen Verhältnisse durch die Umbuchstabierung in "historische Korrektheit" zu instrumentalisieren. Vorgegeben vom vielbeschworenen linken Meinungsmonopol, hätte sich deren schädliche Wirkung schon im Historikerstreit um die Singularität von Auschwitz gezeigt. Die negative Belegung des Wortes Revisionismus - im Unterschied zum angelsächsischen Sprachraum - bedeute nicht weniger, als daß das Aufkommen "neuer Fakten" unterdrückt werde.

Die Zitelmann-Combo (Röhl: "Alle Diktaturen beginnen mit Sprachregelungen", Zitelmann: "Das große 'I' ist Orwellsches newspeak") stimmte begeistert ein. Über Hitler, den zweiten Weltkrieg und die Judenvernichtung muß man anders reden dürfen - selbstbewußt und ohne Schuldgefühle. Die Verbrechen der Vergangenheit sollen entsorgt werden, damit die Volksgemeinschaft wieder kraftvoll zubeißen kann - heute in Deutschland, morgen in der ganzen Welt.

Total normal

Höhepunkt der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion mit Rainer Zitelmann, Hans-Gerd Jaschke (Institut für Sozialforschung Frankfurt/Main) und Peter Müller (seit kurzem Vorsitzender der CDU Saarland), die "intellektuelle Visionen für die liberale Demokratie" liefern sollten.

Zitelmann forderte eine "rationale Diskussion" über Themen wie "Frauenbeglückung" (Frauenquote), "Umwelthysterie", "Multikulti" und "die Zeit zwischen '33 und '45". Bei diesen Themen sei seine Meinungsfreiheit in der BRD, die er als "DDR light" bezeichnete, unzulässig eingeschränkt. Mit diesen Forderungen traf Zitelmann bei seinen Podiumspartnern nur auf Desinteresse. Jaschke konnte in den Forderungen keine Originalität erkennen und tat sie ausgerechnet mit einem Armin Mohler-Zitat (der Grandseigneur der Konservativen Revolution) als "Gartennischen-Konservativismus der 50er Jahre" ab.

CDU-Müller sprach Zitelmanns Klagen jeden realen Gehalt ab und bezeichnete den frischgebackenen Freidemokraten und seine Freunde von der FDP Berlin-Spandau als Randgruppe einer Splitterpartei. Außerdem sehe er keine gesellschaftliche Links-Hegemonie.

Zitelmann wehrte sich nicht: auf mehrmaliges Nachfragen verweigerte er hartnäckig jede inhaltliche Position. Spätestens an dieser Stelle wurde die Strategie der selbsternannten Vertreter der Neuen Rechten deutlich: zum Wohlgefallen des Publikums die Dinge sagen, die sich selbst die CDU heute nicht mehr erlaubt, um bauchmäßige antimoderne Ressentiments durch lautstarkes Nölen zu bedienen. Konsequent wandte sich Zitelmann ("ich bin normal!") gegen eine Abwertung von Stammtischgesprächen. Die Sprache des Erbfeindes spricht er nicht: "Ich kenne die Nouvelle Droite nicht, denn ich spreche gar kein Französisch." Deshalb muß er bei der Formulierung seiner Positionen ohne Kenntnis der Schriften seiner französischen Kameraden (Alain de Benoist und Konsorten) auskommen.

Mit seinen Sprüchen mußte sich Zitelmann den Vorwurf aus dem Publikum gefallen lassen, er stehe für die "universelle analphabetische Bornierung". Schacht konnte Zitelmann in seinem Selbstmitleid auch nicht mehr helfen. Schachts Ansicht, die Einführung des europäischen Währungssystems bedeute die Aufgabe der "nationalen Identität" und sei deshalb "Kulturbarbarei", wurde von Müller als aufgeklärten kapitalistischen Internationalisten genauso souverän abgewehrt: wer im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaft behaupte, aufkommende Probleme seien nationalstaatlich zu lösen, sei erstens nicht von dieser Welt und gefährde

zweitens den Wirtschaftsstandort Deutschlands. Der Kapitalismus kennt kein Vaterland, dies hat mittlerweile auch die CDU gemerkt.

Stargast der Veranstaltung war Bärbel Bohley, des Kanzlers liebste Bürgerbewegte. Vor vollem Haus mit extra eingelassenem Publikum meinte sie, bekennende Idealistin und Pragmatikerin in einer Person, zur Freude aller Versammelten zum antikommunistischen Kampf aufrufen zu müssen. Als rote Gefahr machte sie sämtliche IMs, die PDS und der gegen deren Ausgrenzung plädierende Richard von Weizsäcker aus. Ihren bekannten Satz "Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtstaat" steigerte sie frei von der Stammtischseele weg zu "Wir haben ein Gefühl von Gerechtigkeit und das Recht muß sich darauf einstellen". Damit war zumindest der Rechtsstaat verbal besiegt und Bohleys Affinitäten zur Neuen Rechten besiegelt.

Wenn's um's Geld geht ...

Der Tenor der Tagung stand von vorneherein fest: die "fast das ganze politische Spektrum umfassende Mehrheit" (aus dem Text der Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung) weist die "Anmaßungen" der gespenstisch überall vermuteten Linksintellektuellen kollektiv zurück. Dementsprechend ereiferte sich das Publikum zusammen mit der Neuen Rechten über linke Meinungsführerschaften. Gemeinsam gruselt's sich besser über den links stehenden Geist. Auf der Veranstaltung war er schon ausgetrieben. Die anwesenden Geisteswissenschaftler redeten ins intellektuelle Nichts, sie wurden vom Publikum mal höflich (Brunkhorst), mal gereizt (Herzinger) angehört - aber nicht verstanden. Die dürftigen, aber lautstark vorgebrachten Meinungen der Rechten wurden dagegen wohlwollend, aber "kritisch" aufgenommen.

Ein Verhalten, daß an die Beziehung zwischen Sozialdemokratie und Linksradikalismus erinnert: Man versteht sich atmosphärisch, bleibt aber politisch reserviert. So geht das nicht, sagt der alte Christdemokrat und spricht. Wer bei Schachts Kraftmeierei eben noch zustimmend feixte, wurde vom CDU-Realo Müller wieder auf den rechten Pfad geholt. Wer ökonomisch Unsinniges vertritt, ist - bei aller Freundschaft - politisch untragbar. Den Stichwort-Clown fürs grobe Nationale dürfen sie spielen - die CDU bleibt die Partei des Kapitals. Getrennt marschieren - vereint klatschen. Aber das Kommando gibt die CDU.

Christian Hölzel, Andreas Klärner,

Christof Meueler

20. "Die Krankheit heißt Besetzung." Ein Gespräch über Israel nach Rabins Tod

Autor: Avner Ben- Chorin - Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:36

Unser Gesprächspartner Avner Ben-Chorin lebt und arbeitet als Politologe in Tel Aviv. Er ist seit rund fünfzehn Jahren sowohl Teilnehmer an Aktivitäten von "Frieden Jetzt" wie kritischer Beobachter dieser Bewegung.

Eine Million Israeli haben in Jerusalem am Sarg Rabins getrauert. Nach der Trauerwoche haben 400.000 Israeli an einer Gedenkkundgebung in Tel Aviv teilgenommen. Weder eine solch massenhafte noch eine so intensive Trauer um einen Staatschef wäre in der BRD und auch in kaum einem anderen Staat vorstellbar.

Der erste und wichtigste Aspekt ist die Tatsache, daß es bisher in Israel kein politisches Attentat, keinen politischen Mord auf dieser Ebene gegeben hat. Es gab 1933 ein Attentat auf den Arbeiterführer Arlosoroff, 1983 einen Anschlag auf eine Demonstration von "Frieden Jetzt", bei dem Emil Grünzweig ermordet wurde. (1) Das waren aber eher sporadische Aktionen, die auf einzelne zurückzuführen sind, und sie haben auch nie Personen betroffen, die wirklich an der Spitze standen, um damit politische Ziele zu erreichen. Jetzt ist etwas vorgefallen, bei dem die politische Führung direkt angegriffen wird, wo die demokratische Grundlage getroffen wird. Und das von einem Juden. Das hat man nicht erwartet. Im Gegenteil, man hat es nicht für möglich gehalten. Und ich glaube, gerade weil man es nicht für möglich gehalten hat, konnte es passieren.

Dann muß man bedenken, daß Rabin für breite Schichten in der israelischen Bevölkerung eine Figur war, mit der sie sich in mancherlei Hinsicht identifizierten. Rabin symbolisiert in seiner Biografie die Geschichte Israels. Seine biografischen Stationen sind die biografischen Stationen des Staates Israel. Die Zeit vor dem Krieg 1948, und noch davor: die Schule, die Ausbildung, die Familie. Seine Mutter, die "rote Rosa", war eine führende Persönlichkeit in der sozialen Bewegung. Sie war, ebenso wie sein Vater, in der Politik in Tel Aviv bekannt. Rabin stammt somit aus einer Familie, die bereits die Vorgeschichte Israels repräsentiert. Die Kriege 1948 und 1967, die Zeit dann, in der er Premierminister war - immer wieder wurde er zu Rate gezogen als Sicherheitsexperte, als jemand, auf dessen Rat man hört. Er war auch ständig in der Öffentlichkeit präsent, als er nicht Premier war. Er wurde häufig interviewt; was er sagte, hatte immer eine besondere Bedeutung. Viele Israelis konnten sich in seiner Biografie wiederfinden. Wenn so eine Figur auf einmal von der Bühne verschwindet, und auf eine solch grausame Art, ist der Schock natürlich kaum zu ermessen.

Schuldgefühle

Dazu kommt dann, glaube ich, das Schuldgefühl, das viele in Israel nach diesem Attentat haben. Schuldgefühle, weil man nicht rechtzeitig und intensiv genug Rabins Politik unterstützt hat. Er wurde, und das fühlen wohl viele Israelis in dieser Zeit, praktisch bei der Auseinandersetzung mit dem rechten Spektrum allein gelassen. Und auch die, die überzeugt waren, daß es richtig ist, was er tut, hatten nicht die Ambition, ihn aktiv zu unterstützen. Die Schuldgefühle sind wohl enorm.

Es war nach Rabins Ermordung auch die Rede davon, daß Rabin für viele Israelis auch eine Vaterfigur gewesen sei.

Ja, ich glaube, daß man das psychologisch oder kollektiv psychologisch gar nicht anders erklären kann. Sein Alter spielt eine Rolle und weil man, wie gesagt, die Geschichte des Staates auf ihn projiziert hat und es immer noch tut. Er hat wirklich als eine Art kollektiver Vater gedient. Vielleicht wesentlich mehr als Ben Gurion. Rabin ist ja in Israel geboren, Hebräisch war seine erste Sprache. Das sind Elemente, die in der Biografie vieler anderer Politiker Israels überhaupt nicht zu finden sind. Ben Gurion war ein Einwanderer, und auch Peres ist kein gebürtiger Israeli. Gerade jüngere Menschen, um die zwanzig oder noch jünger, waren sehr stark von Rabins Tod betroffen. Es waren auch vor allem die Jugendlichen, die besonders bestürzt waren.

Die Ermordung Rabins, das ist zumindest aus Ihrer Darstellung zu schließen, hat die israelische Gesellschaft vollkommen unerwartet getroffen. Tatsächlich hat aber die Hetze gegen Rabin als Repräsentanten eines Ausgleichs mit den Palästinensern der besetzten Gebiete weitaus das auch in Israel übliche Maß überschritten. Rabin ist als "Verräter", als "Mörder" öffentlich diffamiert worden. Er wurde auf Demonstrationen in Fotomontagen als Palästinenser und letztlich auch als SS-Offizier dargestellt. Es stellt so sich die doppelte

Frage, warum diese Hetze über zwei Jahre hinweg toleriert und warum ignoriert worden ist, daß eine sogeartete Diffamierung auch zum politischen Mord führen kann.

Die Gründe sind sehr komplex. Vor allem die Likud-Partei, die m.E. demokratisch ist und sich auch als demokratisch erwiesen hat, hat mit den Rechten sozusagen kokettiert, um eine Stimmung zu erzeugen, die den eigenen politischen Zwecken dient. Inhaltlich hätte die Likud-Partei nichts anderes getan als Rabin, letztendlich. Vielleicht mit etwas anderen Modalitäten, aber sie hätte schließlich auch mit Arafat gesprochen und sie hätte die gleichen Schritte unternommen, wie Rabin es getan hat. Nur war die Likud-Partei nicht an der Macht, und als Opposition wollte sie die Regierung angreifen. Sie dachte, daß sie dies mit Hilfe der Rechten sehr gut tun und dabei politisches Kapital herausschlagen könnte. Dies war insbesondere die Taktik des führenden Likud-Politikers, Netanjahu, nicht die Taktik anderer Likud-Politiker. Dan Meridor oder Benny Begin haben ständig dafür plädiert, eine gemäßigte Haltung Rabin gegenüber einzunehmen, und sie waren auch sehr skeptisch, was die Zusammenarbeit mit den Rechten angeht. Bei Netanjahu war es das politische Pokern. Ich glaube, er hat dieses Spiel verloren, weil er damit wohl die Chance vergeben hat, bei den Wahlen Ende nächsten Jahres zum Premier zu werden. Viele werfen ihm die Annäherung an die Rechte vor und geben ihm eine Mitschuld am Tod Rabins.

Rabin und seine Regierung haben, wie es im Umgang mit politischen Gegnern üblich ist, die Opposition im Lande dazu benutzt, um der Welt - und in diesem Falle auch Arafat - zu zeigen, daß sie aufgrund ihrer Opposition nicht in der Lage sind, allen Forderungen von palästinensischer Seite zuzustimmen. Eben der Hinweis: "Sieh mal, die Straßen sind voller Demonstranten. Sieh mal, wie stark die Rechten sind, wie stark der Friedensprozeß gefährdet ist. Also, mach Du, Arafat, Konzessionen."

Aber alle hatten sich verkalkuliert. Und das wird heute verstanden.

Die Rechte

Welche Gruppierungen und Parteien in Israel zählen Sie zu den Rechten?

Das ist sehr unterschiedlich. Wir haben Mitte-Rechts die Likud-Partei. Dort gibt es zur Zeit zwei Hauptströmungen: die Richtung von Netanjahu, recht braun-schwarz gefärbt, die Konzessionen bei der Räumung besetzter Gebiete ablehnt. Dennoch vertritt Netanjahu keine grundsätzlich andere Position als andere Likud-Politiker, sein Auftreten ist nur aggressiver.

Dann haben wir die Gemäßigten in der Likud-Partei, Meridor, Begin und Olmert, der derzeitige Bürgermeister von Jerusalem. Sie verfolgen staatspolitische Ziele, treten für den Rechtsstaat ein und für Konzessionen gegenüber den Palästinensern. Sie haben sich mit ihren Auffassungen jedoch nicht durchsetzen können, da Netanjahu an die Spitze der Partei gekommen ist.

Rechts von der Likud steht Tsomet, die Partei des ehemaligen Generalstabschefs Rafael Eitan. Das ist eine Partei, die, was das öffentliche Leben in Israel angeht, eine recht linke Position in Hinblick auf die religiösen Gruppierungen vertritt. Eine sehr stark säkulare Partei, die allerdings als aktivistisch im politisch bilateralen Bereich gilt, d.h. im Vergleich zu anderen Parteien weniger bereit ist, Land aufzugeben. Ich glaube, daß aus dem rechten Spektrum noch am ehesten Eitan in der Lage sein wird, solche Konzessionen zu machen. Er könnte auch eventuell Partner in einer Links-Mitte-Regierung nach der Wahl 1996 sein.

Dann kommt Moledet, eine Rechtsaußen-Partei, die ganz offen den sogenannten Transfer propagiert, das heißt, daß man die Palästinenser nach Jordanien "transferieren" soll. Das ist eine Partei, die durchaus als rechtsextremistisch zu bezeichnen ist. An der Spitze steht Rechaam Zeewi, eine Figur aus dem Gruselkabinett jedes Landes, ein halb mafioser ehemaliger Militär, sehr aggressiv, gewaltbereit. Ihm würde ich fast alles zutrauen.

Das war jetzt das nicht-religiöse rechte Spektrum. Dazu kommt noch das religiöse Spektrum. Zur Zeit in der Knesset nicht vertreten ist die Techija, eine Abspaltung der Likud-Partei. In der Knesset ist die Mafdal, die nationalreligiöse Partei. Eine Partei, die in den 70ern eine Kehrtwende gemacht hat von Links-Mitte nach rechts. Geführt wird die Mafdal von Chanan Porat und Sewulun Hammer. Ihre Haltung ist recht religiös bis fundamentalistisch. Sie sind strikt gegen Konzessionen gegenüber den Palästinensern. Nach Rabins Ermordung hat diese Partei zum ersten Mal davon gesprochen, daß man Oslo A und B, die beiden ersten Abschnitte des Friedensprozesses, als eine bestehende Tatsache akzeptieren soll. Das halte ich für eine sehr

interessante Entwicklung, gerade was diese Partei angeht. Sie würde nach 1996 auch als Regierungspartner für Peres in Frage kommen.

Eine weitere religiöse Partei ist die Schass, die weniger als rechte Partei zu definieren ist. Es ist eher eine ethnische Partei, die die sefardischen bzw. orientalischen religiösen Juden vertritt. Die Schass ist konzessionsbereit, mit dieser Partei hat Rabin letztlich auch Oslo A durchgesetzt.

Die sogenannten Orthodoxen sind, glaube ich, im politisch-bilateralen Bereich weniger gefährlich. Sie sind gefährlicher für die israelische Gesellschaft, weil sie ständig Forderungen stellen, deren Erfüllung die säkulare Mehrheit der Israelis einschränkt.

Die Gefahren, die von den parlamentarischen Parteien ausgehen, sind gering. Sie würden alle innerhalb des Rahmens demokratischer Politik bleiben. Anders sieht es mit den außerparlamentarischen Gruppierungen aus. Da haben wir vor allem die Gruppierung um die Figur Kahane (2) herum, aus der der Attentäter stammt. Kach und Kahane Chai (3) sind zwei Parteien, die mittlerweile für illegal erklärt worden sind. Die sind in der Lage und haben es schon mehrmals bewiesen, äußerst antidemokratisch und rechtsextremistisch zu agieren. Die sind wirklich gefährlich - wie gefährlich, haben wir jetzt erlebt.

Ist Baruch Goldstein, der im letzten Jahr das Massaker in Hebron (4) verübt hat, als Kach-Anhänger prototypisch für diese Rechtsextremisten?

Prototypisch ist er für die Gruppe innerhalb von Kach, die aus den Vereinigten Staaten kommt. Es gibt mehrere Personen, die aus den USA gekommen sind und sich im rechtsextremen Spektrum gefunden haben. Allerdings muß man sagen, daß die ganze Gruppe um den Rabin-Attentäter herum eine typisch israelische Gruppe ist, sie sind alle in Israel geboren. Sie sind, was man "Salz des Erde" nennt, gute Jungs aus unserer Mitte, die zwar religiös sind, aber politisch quasi noch zum normalen Spektrum gehören.

Amos Elon schrieb in einer Analyse des Umfelds, aus dem der Attentäter stammt: "Der Mörder war der sprichwörtliche nette Junge von nebenan."

Ja, der sprichwörtliche nette Junge von nebenan. Die Mutter ist Erzieherin, er stammt aus Herzlija, also nicht aus einem Ort in den besetzten Gebieten. Es ist ein Teil des Schocks, daß man nicht nur mit den "verrückten Siedlern" zu tun hat - diese Siedler kennt man und weiß, was man von ihnen erwarten kann -, sondern daß sich diese Seuche so weit ausgedehnt hat, daß sie durchaus bei normalen oder quasi normalen Familien ausbrechen kann. Und das zeigt, wie gefährlich diese Seuche ist.

Eine Seuche, auch im politischen Sinne, kommt ja nicht aus dem Nichts, es gibt - um im Bild zu bleiben - eine Inkubationszeit. Blickt man auf die letzten zehn, fünfzehn Jahre israelischer Geschichte zurück, muß man feststellen, daß Straftaten, die Israelis an Palästinensern verübten, durchweg sehr mild, Straftaten von Palästinensern an Israelis aber mit aller Härte geahndet wurden. Man muß feststellen, daß die Mitglieder des Anfang der 80er Jahre agierenden Jüdischen Untergrunds, die u.a. Anschläge auf Bürgermeister von Ortschaften in den besetzten Gebieten verübt und einen Bombenanschlag auf den Felsendom geplant hatten, zwar mit hohen Strafen belegt worden sind. Staatspräsident Herzog hat jedoch nach kontinuierlicher Reduzierung der Haftdauer auch die noch in Haft Verbliebenen sämtlich begnadigt, so daß keiner dieser Terroristen länger als sieben oder acht Jahre gesessen hat. Konnte dies nicht von israelischen Rechtsextremisten als ein halber Freibrief verstanden werden?

Das ist alles nicht zu bestreiten. Die Bereitschaft der Öffentlichkeit, bestimmte Taten zu tolerieren, zu akzeptieren, als irgendwie doch verständlich zu bezeichnen, war einfach da. Ich würde sagen, daß man nicht einschätzen konnte, nicht einschätzen wollte, wozu dies alles führen kann. Vielleicht, weil man in Israel mit solchen schlimmen Ausrutschern noch keine Erfahrung hatte. Zum anderen glaube ich, daß große Teile der israelischen Politik mit dem rechten Spektrum Politik gemacht hat. Sei es, daß die Regierungen der Arbeitspartei vor dem Machtwechsel 1977 toleriert haben, daß sich Siedler auch gegen Regierungsbeschlüsse in den besetzten Gebiete niederlassen. Man konnte immer mit dem Hinweis auf die Siedler, auf die rechten Parteien nach außen hin sagen, wir haben auch unsere Opposition. Ihr müßt also einsehen, daß wir nicht alle denkbaren Konzessionen machen können. Man braucht Opposition für außenpolitischen Zwecke. Ich glaube, daß israelische Politiker sowohl von der Arbeitspartei wie vom Likud viel zu lange auf diese Weise Politik gemacht haben.

Verschwörung?

Der Einschätzung, daß die Entwicklung nicht vorauszusehen gewesen sei, widerspricht zum einen der sagenhafte Ruf, den der Schabak (5), der israelische Staatsschutz, genießt. Zum anderen sind sofort nach dem Attentat Verschwörungstheorien aufgetaucht. Aus den letzten Tagen stammen Meldungen, daß der Attentäter Informant des Schabak gewesen sei. Und in der israelischen Presse wird gefragt, wer eigentlich wen infiltriert habe: Der Schabak die Rechtsextremisten, oder die Rechtsextremisten den Schabak?

Der Ruf des Schabak ist besser als es der Realität entspricht. Das ist ja auch bei ähnlichen Institutionen der Fall, KGB, CIA, die haben in verschiedenen Fällen alle großartig versagt. Sie operieren natürlich mit dem Ruf ihrer Unfehlbarkeit.

Spricht man von Verschwörung, ist die wichtigste Frage: Auf welcher Ebene kann oder könnte hiervon die Rede sein? Ich kann mir vorstellen, daß in eine solch große Organisation, wie es der Schabak ist, Leute eingedrungen sind, die andere Ziele haben als die, der Staatssicherheit zu dienen. Das ist kaum auszuschließen. Der Schabak arbeitet ja auch mit Informanten, die immer eine politische Doppelorientierung haben. Daran, daß hier etwas schiefgelaufen ist, ist kaum zu zweifeln.

Technisch gesehen hat es, was die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen für Rabins Auftritt bei der Kundgebung in Tel Aviv anging, vor und noch während der Kundgebung viele Mängel gegeben. Es waren viele Sicherheitsbeamte da, aber es war beileibe nicht so, daß die erforderliche Sicherheit tatsächlich gewährleistet war. Das hat übrigens der Zuständige des Schabak an jenem Abend festgestellt, und er hat angeordnet, daß bestimmte Änderungen vorgenommen werden. Das wurde auch getan, aber nur zum Teil. Die Reihe von Pannen ist enorm. Gerade jetzt meldet die israelische Presse, daß der eigentliche Grund dafür, daß Rabins Rücken ungeschützt war, darin liegt, daß der Bodyguard, der für Rabins Rückendeckung eingeteilt war, zehn Sekunden zu spät an seinem Platz war. Da ist dann die Frage, gehört dieser Bodyguard zu der Verschwörung, wenn es eine gegeben hat? Gehört irgendeine untere Charge des Schabak, die an jenem Abend in Tel Aviv für Sicherheitsmaßnahmen eingeteilt war, dazu?

Man kann die Möglichkeit einer Verschwörung nicht sofort von der Hand weisen. Andererseits glaube ich, daß es sehr unwahrscheinlich ist. Der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des Mordes an Rabin ist mit Personen besetzt, von denen ich glaube, daß sie die Möglichkeit und das Interesse haben, auch diese Frage zu beantworten. Meine persönliche Meinung ist, daß es sich nicht um eine Verschwörung handelt, sondern daß eine Reihe von Pannen und Fehleinschätzungen dazu geführt hat, daß das Attentat an dieser Stelle möglich war. Yigal Amir hat mehrmals versucht, Rabin zu erschießen, aber es ist ihm nicht gelungen, weil er gemerkt hat, daß Rabin zu gut gesichert war. Aber an diesem Abend hat er die schwache Stelle gefunden.

Mit aller Vorsicht - vielleicht ergibt die Arbeit des Untersuchungsausschusses, daß eine untere Instanz des Schabak in das Attentat verwickelt ist - will ich sagen, daß ich eine Verschwörung für wenig denkbar halte.

Eine Verschwörungstheorie scheint mir auch eher geeignet zu sein, das grundlegendere Problem zu verdecken. Hätten sich ein paar untere Chargen zur Ermordung Rabins verschworen, wäre der Fall personalisierbar, eingrenzbar. Hier geht es aber doch wohl eher zum einen um die Frage eines gesellschaftlichen politischen Klimas, und, was den Schabak direkt angeht, um seine offensichtliche Blindheit auf dem rechten Auge.

Der für die Beobachtung des rechten Spektrums im Schabak Zuständige stammt selbst aus der Rechten. Er war Absolvent einer Jeschiwa, einer Religionsschule, sein Lehrer war der Rabbiner Bagad, Knesset-Abgeordneter für Moledet. Es ist eine Person, die mehrfach wegen verschiedener Delikte aufgefallen ist. Man kann nur im Nachhinein - der Mann ist jetzt suspendiert - den Kopf schütteln. Man muß sich fragen, wie gerade solch eine Person zu ausgerechnet dieser Position gekommen ist. Der Schabak ist wie gesagt eine sehr große Organisation, bürokratisiert, mit vielen politischen Machtkämpfen. Diese Organisation hat großartig versagt, auf der ganzen Linie: was die Beobachtung des rechten Spektrums angeht, was den Personenschutz angeht. Ich glaube nicht, daß der Schabak grundsätzlich kein Interesse hatte, die Rechte zu beobachten. Ich glaube aber auch, daß er die Gefahr mächtig unterschätzt hat, und daß er die Signale nicht rechtzeitig wahrgenommen hat oder wahrnehmen wollte - ob es sich um den Jüdischen Untergrund handelt, um Amy Popper (6), um Baruch Goldstein.

Dieses Geschwür oder diese Krankheit hat einen ganz anderen Grund. Es ist eine Krankheit, die bereits 28 Jahre alt ist. Diese Krankheit heißt Besetzung. Jetzt sehen wir, daß nicht wir die Gebiete besetzt haben und besetzen, sondern im Gegenteil: Die Gebiete besetzen uns. Solange die Besetzung anhält, wird diese Krankheit nicht aus der Welt zu schaffen sein - ich glaube es nicht. Das Versagen, die Krankheit, die Seuche und die Gründe für das Attentat liegen in dem Sieg 1967. Vielleicht nicht bei dem Sieg, sondern in der Tatsache, daß irgendwann die Orientierung "Land für Frieden" in eine andere Richtung gelenkt worden ist.

Friedensbewegung

Eine wesentliche Kraft des politischen Spektrums haben Sie noch nicht erwähnt. Und zwar die Bewegung "Frieden Jetzt", die sich durch eine äußerst enge parteipolitische Bindung auszeichnet. Lange Zeit hat sich diese Bewegung an der Arbeitspartei orientiert, dann an der Bürgerrechtspartei. Seit das Parteienbündnis Meretz, zu der die Bürgerrechtspartei gehört, Teil der Regierungskoalition ist, sieht sich "Frieden Jetzt" gleichsam selbst in der Regierung sitzen. Seit mindestens zwei Jahren und bis zur Ermordung Rabins ist die Friedensbewegung passiv geblieben, sie ist eingeschlafen. Gegenüber Aufforderungen aus den eigenen Reihen zu aktiver Unterstützung des Friedensprozesses, zu Demonstrationen gegen die Rechten, hat die Führung von "Frieden Jetzt" eingewandt, solche Demonstrationen würden die Rechte nur aufwerten, die Rechte diskreditiere sich ja selbst.

Ich glaube grundsätzlich, daß ein solches Herangehen schon immer eine äußerst dumme Haltung war in der Geschichte. "Frieden Jetzt", eine Bewegung, die ich auch von innen sehr gut kenne, hat es sich in den letzten drei Jahren, in denen diese Bewegung tatsächlich "an der Macht" war, zu einfach gemacht. Das kann man nicht relativieren. Man dachte, der Rabin macht es für uns alle, der gilt als Sicherheitsheini. Seine Haltung, seine Politik wird man nicht anzweifeln können - er wird es schon richten. Mehr als andere, mehr als Jossi Sarid oder Schulamit Aloni oder Dedi Zucker (7), die alle in der Friedensbewegung aktiv waren. Wir überlassen es Rabin, der weiß schon, was er tut. Die Projektion auf den Kollektivvater ist auch hier wahrzunehmen: "Da ist Papa, er geht vor, man glaubt ihm, man traut ihm alles zu. Es gibt zwar die Stimmen der Rechten, aber letztlich kann er gut mit ihnen umgehen."

Gibt es überhaupt Raum für eine größere Gruppierung der Friedensbewegung, die nicht parteipolitisch orientiert ist? Radikalere und nicht parteigebundene Gruppen wie "Jesch Gwul" (8) oder seit einiger Zeit "Gusch Schalom" (9) sind ja sehr kleine Gruppen und nicht sehr einflußreich in der Friedensbewegung.

Für die Friedensbewegung in Israel kann man sich konkret nur ein Ziel vorstellen: die aktive Friedenspolitik. Und unter diesem Stichwort "aktive Friedenspolitik" kann man wesentlich mehr Menschen versammeln, als wenn man gegenüber dem rechten Spektrum oder den Siedlern eine aggressive Haltung einnehmen würde. Ich glaube, das wäre falsch. Eine Friedensbewegung, die in Israel einflußreich sein will, muß einfache Ziele setzen. Und das einfache Ziel ist mittlerweile sehr deutlich: Aktive Friedenspolitik. Das heißt nicht mehr, als die Politik der jetzigen Regierung zu unterstützen. Das ist die einzige Perspektive, die zur Zeit denkbar ist, der einzige Raum, in dem die Friedensbewegung zur Zeit wirken kann. Ganz konkret aktive Friedenspolitik. Nicht darauf warten, daß z.B. Syrien irgendwelche Vorschläge macht, sondern aktiv immer wieder darauf pochen, daß etwas geschieht. Das ist die einzige Perspektive. Andere Entwicklungen, die in der BRD denkbar sind, eine pazifistische Ausrichtung etwa, haben in Israel mindestens zur Zeit noch keinen Raum.

Eine pazifistische Ausrichtung ist auch nicht zu erwarten, zumal "Frieden Jetzt" wesentlich - und nicht zufällig - von Militärs gegründet worden ist. Ich wollte von Ihnen erfahren, ob es für die Friedensbewegung Raum für ein Hinausgehen über die Friedenspolitik der Regierung geben kann. Was nicht unbedingt eine direkte Konfrontation mit den Siedlern bedeuten muß, aber z.B. eine aktive Politik "auf der Straße" gegen die Siedlungspolitik; weniger Furcht vor der direkten Solidarisierung mit friedensbereiten Palästinensern; das Einstehen für berechtigte Forderungen der anderen Seite. Das alles wäre noch keine direkte Konfrontation mit der Rechten, aber doch ein Versuch, die Friedenspolitik der Regierung voranzutreiben. Gibt es hierfür Raum?

Der Raum ist vorhanden, nach dem Tod von Rabin sicherlich mehr. Aber der Raum wird nicht genutzt. Die Friedensbewegung ist nicht in der Lage, Leute tatsächlich auf die Straße zu bringen, die gegen Siedler und Siedlungspolitik demonstrieren. Vielleicht kommt es noch, wenn der Schock über den Mord an Rabin überwunden ist. Ich wage es zu bezweifeln. Ich glaube, solange diese Regierung im Amt ist, werden es sich

viele auch nach der Ermordung Rabins bequem machen und sich sagen: Wir lassen es die Regierung einfach machen.

"Arabische" Stimmen

Diese Regierung, wird immer wieder von der Rechten vorgebracht, könne nur mit "arabischen" Stimmen handeln. Wird das auch von der israelischen Bevölkerung so gesehen, wird es toleriert?

Vom harten Kern des rechten Spektrums, d.h. von 20 bis 25% der israelischen Wählerschaft, wird es uneingeschränkt so gesehen. Die Legitimität der Regierung wird in Frage gestellt aufgrund der Tatsache, daß es sich hier um eine Regierung handelt, die mit den Stimmen der arabischen Parlamentsabgeordneten an der Macht ist. Neben diesem harten Kern steht diese schwankende Mitte, die sich mal so, mal anders äußert. Für diesen Teil ist es eine Frage der aktuellen Stimmung, die sich bekanntlich in Israel ja häufig ändert. Wird von palästinensischer Seite ein Anschlag verübt, heißt es bei dieser schwankende Mitte, jetzt könne man ja sehen, was passiert, wenn Friedenspolitik mit arabischen Stimmen betrieben wird. Gibt es aber eine längere ruhige Phase ohne Anschläge wie jetzt, haben es die Rechten sehr schwer mit dieser Behauptung.

Handelt es sich tatsächlich um "arabische" Stimmen? Die Regierung verfügt über 58 von insgesamt 120 Sitzen. Unterstützt wird die Regierung von der Arabischen Demokratische Partei, die zwei Sitze hat, und von Chadasch, in der die israelische KP einen bestimmenden Einfluß hat. Chadasch kann jedoch m.E. nicht so einfach unter "arabisch" eingeordnet werden.

Nein, nicht einfach - aber Chadasch wird mehrheitlich von Arabern unterstützt. (10) Rein rechnerisch ist die Behauptung der Rechten zutreffend. Rabin hätte ohne die arabischen Stimmen nicht regieren können. Es ist übrigens das erste Mal in der israelischen Geschichte, daß diese Parteien an der Regierungspolitik beteiligt sind. Es ist allerdings wie stets eine Frage der Auslegung. Diejenigen, die sagen, wir sind ein demokratischer Staat, in dem Mehrheitsverhältnisse gelten, werden immer auf die Regeln der Demokratie hinweisen. Der harte Kern der Rechten wird jedoch immer wieder behaupten, diese Regierung habe keine jüdische Legitimität. Sie hat vielleicht eine juristische Legitimität, eine völkerrechtliche, aber keine jüdische Legitimität, die von der Rechten höher eingestuft wird als jede andere Legitimität. Es ist sehr stark die Frage der Stimmung, und da gilt immer noch der Satz: Anschläge führen dazu, daß der harte Kern der Rechten mehr Einfluß bekommt; ruhigere Phasen oder Beweise, daß der Friedensprozeß vorankommt, daß Arafat oder Syrien oder überhaupt die arabische Welt zuverlässig und bereit ist, Konzessionen zu machen, werden die Rechten schwächen. Deshalb ist immer noch zu hoffen und zu fordern, daß sich die arabische Welt positiv zu dem Friedensprozeß verhält.

Die sogenannte internationale Staatengemeinschaft setzt für das Fortschreiten des Friedensprozesses auf Peres. Hierbei spielt eine Rolle, daß im Ausland stets recht scharf getrennt worden ist zwischen dem "Falken" Rabin und der "Taube" Peres.

Ich halte nichts von diesen Begriffen. Es handelt sich hier vielmehr um eine klassische Differenz in strategischen Fragen in der Arbeitspartei, in der israelischen Arbeiterbewegung überhaupt.

Atommacht

Die eine Richtung, zu der Ben-Gurion, Mosche Dayan und Peres gehören, behauptete immer, daß es weniger auf die Gebiete ankomme, wichtig sei für die Existenz des Staates Israel die atomare Macht. Letztendlich würden die Araber mit uns Frieden machen, aber nur, wenn sie anerkennen müssen, daß wir eine Atommacht sind. Ebenso wie im Westen und im Osten: die Politik der gegenseitigen Abschreckung. Dies war schon immer Peres' Leitlinie, es wird auch künftig seine Leitlinie bleiben. Die ersten, die ernsthafteren Interviews mit ihm weisen sehr deutlich darauf hin, daß er bei der Auseinandersetzung zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten nicht an die Bedeutung von Land glaubt.

Rabin hingegen stand klassisch in der Tradition des Zweigs der israelischen Politik, der gewisse Gebiete oder Gebietsteile als Sicherheitsgarantie behalten wollte, weil dadurch die Bedeutung atomarer Macht relativiert würde. Auch sollten die Gebiete für regionale Zusammenarbeit genutzt werden. Das war eine Richtung, die klassisch von Golda Meir, Mosche Scharett - schon damals gegen Ben Gurion -, dann von Levi Eschkol, danach von Golda Meir, dann von Rabin und Yigal Alon vertreten wurde. Das war eine Linie, die sich sehr lange behauptet hatte - seit Ben Gurions Abgang in der Arbeitspartei und in Israel überhaupt. Die Peres- und

die Dayan-Richtung hat sich ständig gegen diese Vorstellungen von der Bedeutung des Landes ausgesprochen.

In den letzten Jahren haben sich diese Positionen einander angenähert, weil Rabin verstanden hat, daß vor allem die Iraner nach dem Golfkrieg dem Ziel, zur Atommacht zu werden, immer näher kommen. Ich glaube, daß die Annäherung zwischen Rabin und Peres auch daraus resultierte, daß Rabin gesehen hat, daß es kaum zu umgehen ist, daß der Nahe Osten zur atomaren Region wird. Deswegen hat in der historischen Perspektive die Vorstellung von Ben Gurion, Dayan und Peres zumindest mehr an Bedeutung gewonnen. Ich bin der Meinung, daß letztendlich die Wende in Rabins Politik, auch was einen Friedensschluß mit Syrien angeht, daraus entstanden ist, daß er schließlich verstanden hat, daß der Iran früher oder später eine Atommacht sein wird. Deswegen sagte Rabin nach der Wahl 1992 auch immer klarer, daß die Golanhöhen einmal sehr wichtig waren, jetzt aber angesichts der Raketenentwicklung nicht mehr so bedeutsam seien wie ein Frieden mit Syrien. Deshalb steht in der Debatte um eine Räumung der Golanhöhen auch die Frage im Mittelpunkt, ob die beabsichtigten Überwachungsstationen von US-Amerikanern oder von Israelis bemannt werden. Es geht immer mehr um solche vorbeugenden Maßnahmen und immer weniger um die Frage, ob Israel die Golanhöhen räumt oder nicht.

Mit Rabins Tod ist diese Tradition, die dem Besitz von Gebiet große Bedeutung zumißt, zu Ende gegangen. Allerdings sitzen heute in der Regierung von Peres auch Vertreter der anderen Richtung. Er konnte keine Regierung bilden, ohne auch die Gruppe der anderen politisch-strategischen Richtung zu berücksichtigen, wofür jetzt in der Regierung Barak und Ramon stehen. Sie werden für Gleichgewicht sorgen.

Für atomares Gleichgewicht?

Sie werden, vor allem Barak, neben Vorbehalten bei der Räumung von Gebieten ständig darauf bedacht sein, daß im Zuge des Friedensprozesses auch die atomare Frage geklärt wird. Das wird sicherlich nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Aber diese Frage wird zunehmend eine Rolle spielen, je mehr regionale Regelungen und Zusammenarbeit in Kraft treten. Die atomare Frage und die Wasserfrage sind letztendlich die wesentlicheren Fragen, viel wesentlicher als die Frage der Gebiete.

Das Gespräch mit Avner Ben-Chorin führte Klaus Mellenthin

Anmerkungen:

(1) Siehe "Emil Grünzweig und Jizchak Rabin", ak 384.

(2) Kahane, ein US-Rabbiner, der in Israel die rechtsextremistische Partei "Kach!" (So!) gegründet hatte, deren Politik im wesentlichen in Aufrufen zur gewaltsamen Vertreibung der Palästinenser bestand. Kahane wurde vor einigen Jahren in New York erschossen.

(3) "Kahane Chai" (Kahane lebt), Nachfolgepartei der "Kach" mit gleicher politischer Ausrichtung.

(4) Siehe "Ein angekündigtes Massaker" in ak 364 und "Die Schrift an der Wand. Der Untersuchungsbericht über das Massaker in Hebron" in ak 369.

(5) Schabak (oder auch Schin Bet) - Abkürzung für Scherut bitachon klali, Allgemeiner Sicherheitsdienst

(6) Amy Popper hatte 1990 sieben in Rischon Lezion auf Arbeit wartende Palästinenser erschossen. S. "Massaker und Kriegskabinett" in ak 320.

(7) Führende Mitglieder der Bürgerrechtspartei, seit den Wahlen 1992 jetzt Mitglieder der Regierungskoalition z.T. im Ministerrang.

(8) "Jesch Gwul" (ein doppeldeutiger Organisationsname, der sowohl "Es gibt eine Grenze" wie "Das Maß ist voll" bedeutet) trat für die Verweigerung der Teilnahme am Libanon-Krieg 1982 ff. ein. S. u.a. "Kriegsdienstverweigerung in den besetzten Gebieten" in ak 295.

(9) "Gusch Schalom" (Friedensblock), von Uri Avnery initiierte Gruppe, nachdem sich "Frieden Jetzt" aller Aktivitäten zu enthalten schien.

(10) Etwa 18% der Staatsbürger Israels sind Palästinenser, die jedoch zum erheblichen Teil andere Parteien als Chadasch oder die Arabische Demokratische Partei wählen. S. "Pragmatismus gegen Ideologie. Neue Regierung in Israel" in ak 345.

21. Saddam City unregierbar. Nach fünf Jahren Embargo: Elend und Revolten im Irak

Autor: Thomas Uwer, WADI · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:17

Fast fünf Jahre nach dem Ende des Golfkrieges ist der Konflikt um den Irak noch lange nicht gelöst. Noch immer besteht das 1990 verhängte Embargo gegen den Irak, das erst im Oktober erneut auf unbestimmte Zeit verlängert wurde. Zeitgleich inszenierte Saddam Hussein eine groteske Scheinwahl, mit der er seine ungebrochene Stärke nach innen wie nach außen demonstrieren wollte. Westliche Journalisten kamen auf seine Einladung in die "Welthauptstadt des Friedens" Bagdad und dankten ihm die Bewirtung mit Reportagen über die ungebrochene Macht der irakischen Führung.

Dem Spektakel voran ging die wohl heftigste Krise der irakischen Führung seit Ende des Golfkrieges. Im August lehnten sich führende Mitglieder der Regierung offen gegen Saddam Hussein auf: Innenminister Wotban Al-Tikriti und Verteidigungsminister Ali Hassan Majid wurden in Bagdad verhaftet, Hassan Kamil Hussein und über dreißig hochrangige Offiziere und Regierungsmitglieder setzten sich in das benachbarte Jordanien ab und riefen offen zum Sturz des irakischen Diktators auf. Die Palastrevolte, die vor allem von den USA mit großem Aufwand unterstützt wurde, scheiterte. Der Irak ist weiter denn je von einer gerechten und friedlichen Alternative zu Saddam Hussein und seinem Regime entfernt.

Als die Dissidenten um den Architekten der irakischen Rüstungsindustrie, Hassan Kamil Hussein, im August in der jordanischen Hauptstadt Amman zum Sturz Saddam Husseins aufriefen, war dies vor allem ein Appell an die westlichen Regierungen, ihren Versuch der Machtübernahme zu unterstützen; ein ernstzunehmendes Angebot an die irakische Zivilbevölkerung war es nicht.

Diese mußte jahrelang am eigenen Leib erfahren, daß die mittlerweile geflohenen und verhafteten irakischen Minister und Militärs keine "demokratische Alternative" zu Saddam Hussein darstellen: Nicht einer der Dissidenten, der nicht direkte Verantwortung für die Giftgasangriffe im kurdischen Norden oder gegen iranische Soldaten im ersten Golfkrieg trägt, der nicht Folter und Massenhinrichtungen veranlaßt hätte. Entsprechend lehnten die irakischen Oppositionsparteien - nach längerem Zögern - das von den Dissidenten vorgelegte Modell einer Machtübernahme ab.

Dennoch kündigte der jordanische König Hussein, zum Unmut "seiner" Bevölkerung, die alte Allianz mit der irakischen Führung auf, und auch die USA bereiteten sich mit massiver militärischer Präsenz im Nahen Osten auf Saddams Sturz vor. Das deutet auf den Druck hin, unter dem vor allem die westlichen Regierungen stehen: die Irakfrage endlich lösen zu müssen und eine ebenso funktionsfähige wie ihnen genehme Alternative zu Saddam Hussein zu installieren.

Als Anfang Mai dieses Jahres in der westirakischen Stadt Ramadi der Stamm der Dulaimis auf die Hinrichtung eines Offiziers aus ihren Reihen mit tagelangen Revolten, der Erstürmung der Polizeireviere und der Ermordung von Baath-Kadern antwortete, wurde man in der westlichen Öffentlichkeit erstmals einer neuen Situation gewahr: Während bisher Aufstände gegen das irakische Regime im traditionell aufständischen kurdischen Norden und im schiitischen Süden ausbrachen, kam es erstmals in Saddam Husseins Kernland zu Revolten. Stämme wie die Dulaimis galten bis dato als treueste Stützen seiner Macht. Zu diesem Zeitpunkt müßten einige westliche Militärs und Strategen in helle Panik geraten sein: Nach fünf Jahren Embargo galt der irakische Diktator immer noch als relativ gefestigt. Lebensmittelknappheit, der Zusammenbruch des Gesundheitssystems und in dessen Folge Hunger und Seuchen trafen die Zivilbevölkerung, die herrschende Elite und ihre Geheimdienste allerdings wurden hiervon kaum berührt. Im Gegenteil: Das Elend der Bevölkerung war und ist ein wirksames Instrument irakischer Herrschaft seit dem Golfkrieg.

Bislang prophezeite man dem Irak nach dem Sturz Saddam Husseins einen Bürgerkrieg, und die Revolte des Dulaimi-Stammes schien dies zu untermauern. Gleichzeitig wurde im UN-Sicherheitsrat der Druck auf die USA immer größer. Vor allem Frankreich und Rußland, bei denen Saddam Hussein seit dem Iran-Irak-Krieg in Milliardenhöhe in der Kreide steht, drängen seit langem auf die Aufhebung der UN-Sanktionen und damit auf eine Rehabilitierung Saddams. Daß die BRD die Leitung des UN-Sanktionsausschusses gegen den Irak übernahm, galt ebenfalls als Druckmittel gegen die energische Anti-Saddam-Position der USA: Schon im vergangenen Jahr hatte die BRD, der ehemals so wichtige Handelspartner und Lieferant von Giftgasfabriken,

Verhandlungen mit irakischen Regierungsvertretern über die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgenommen. Damals hatte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hans Stercken (CDU), verkünden lassen, der Irak sei auf dem Wege der Demokratisierung. Für die USA ist die Option, einen "gezügelten Saddam" zu rehabilitieren, inakzeptabel. Dieser Möglichkeit steht nicht nur die US-amerikanische Öffentlichkeit entgegen, die noch immer an den gerechten Feldzug glaubt, sondern auch wirtschaftliches Interesse. Aufgrund der Ablehnung Saddam Husseins sind die USA bei den vorab geknüpften Außenhandelsverträgen nicht so zum Zuge gekommen wie gewünscht; zudem werden sie sich hüten, Saddam Hussein noch ein weiteres Mal zu trauen.

Gleichzeitig entwickelt sich das seit mehr als fünf Jahren anhaltende Embargo gegen den Irak immer weiter zu einer humanitären wie politischen Katastrophe. Mehr als zwei Millionen Menschen sind an Unterernährung oder heilbaren Krankheiten gestorben. Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen, in den ländlichen Regionen gibt es Cholera und Typhus. Das humanitäre Programm, das die Folgen des Embargos für die Zivilbevölkerung abfedern sollte, bricht mittlerweile mehr oder minder zusammen: Nicht einmal 10% der Gelder, die benötigt würden, eine flächendeckende Hilfe im Irak zu leisten, wurden den UN in der laufenden Planungsperiode zur Verfügung gestellt.

Auch andere Länder wie Jordanien oder Jemen werden durch das Embargo hart getroffen. Jordanien, das über keine nennenswerten Rohstoffe verfügt, war wirtschaftlich fast gänzlich vom Handelspartner Irak abhängig. Zusätzlich mußten mehrere hunderttausend Palästinenser aufgenommen werden, die aufgrund der irakfreundlichen Haltung der PLO während des Golfkrieges aus den Golfstaaten geworfen wurden. Wesentlich härter traf diese Situation den Jemen: Ungefähr eine Millionen jemenitische Billiglohnarbeiter, die vormals in den reichen Golfstaaten gearbeitet hatten, mußten in den Jemen zurückkehren. Steigende Armut und Verslumung der großen Städte steigerten die Polarisierung des Landes. Die Golfstaaten um Saudi Arabien profitierten hingegen beträchtlich vom Ausfall des Iraks im Ölgeschäft. Mit der ersten Pressekonferenz der nach Jordanien geflohenen irakischen Dissidenten um Hassan Kamil Hussein geriet denn auch folgerichtig der Ölpreis unter Druck.

Betrachtet man die Situation der irakischen Opposition, so wird das eigentliche Dilemma der Embargo-Politik erst richtig deutlich. Offiziell wurde das Embargo verhängt, um die irakische Regierung zur Erfüllung der UN-Resolutionen zu zwingen, in denen die Vernichtung der B- und C-Waffen und die Anerkennung der staatlichen Souveränität Kuwaits, sowie des bestehenden Grenzverlaufs gefordert wird. Gleichzeitig muß einigen Regierungen schon zur Zeit des Golfkrieges klar gewesen sein, daß Saddam Hussein zwar diese oder jene Resolution erfüllen könnte, aber als Bestandteil einer angestrebten neuen Nah-Ost-Regelung selbst nicht in Frage kommen würde. So zielten die Interessen der Staaten, die als Mitglieder des UN-Sicherheitsrates über die jeweilige Verlängerung des Embargos entscheiden, auch auf andere Entwicklungen. Den USA geht es bis heute eindeutig um eine Ablösung des Diktators. Durch die vollständige Isolation wurde es andererseits für die größtenteils im Exil befindliche Opposition immer schwerer, in dem totalitären Kontrollstaat zu operieren. Die Opposition im Irak ist zerstritten und schwach und erfährt kaum nennenswerte Unterstützung aus dem Ausland.

Im Süden kämpft eine schiitische Opposition, über deren Zusammensetzung hier genauso wenig bekannt ist wie über ihre Ziele. Die kurdischen Parteien sind hoffnungslos zerstritten und ersticken an ihren eigenen Problemen. Der INC (Iraqi National Congress, ein vor allem von den USA und Großbritannien unterstütztes Oppositionsbündnis) wiederum wird zwar stark protegiert; daß dieser Verband in der Lage sein könnte, die verschiedenen beteiligten Parteien nach einem Sturz Saddam Husseins zu einigen, ist allerdings mehr als unwahrscheinlich.

Gleichzeitig mit der durch das Embargo bewirkten Verelendung der irakischen Bevölkerung setzte ein Prozeß der Konsolidierung von Saddams Herrschaft ein. Zwar ist der Diktator verhaßt, die Verelendung der Bevölkerung aber macht jeden Gedanken an Widerstand fast unmöglich - wer 24 Stunden am Tage damit beschäftigt ist, die Befriedigung seiner existentiellsten Bedürfnisse sicherzustellen, hat keine Zeit, eine politische Alternative zu entwickeln.

Daß es der US-amerikanischen Vertretung im UN-Sicherheitsrat nicht um die Durchsetzung der Menschenrechte geht, wie die Sprecherin Albright ihr Nein zur Aufhebung des Embargos mitunter begründet, zeigte sich in den vergangenen Jahren auch unter Embargobedingungen wiederholt im Irak. Während der

kurdische Nordirak als Faktor der Destabilisierung des irakischen Regimes gerade noch am Überleben gehalten wird, interessierte sich niemand für die Verwüstungen, die von der irakischen Armee im schiitischen Südirak angerichtet wurden. Unter der Beobachtung der an Menschenrechten so brennend interessierten westlichen Staaten führte die irakische Armee im aufständischen Süden eine Vernichtungskampagne durch, in deren Verlauf tausende Menschen ihr Leben ließen. Die südirakischen Sümpfe sind mit Hilfe des 1992 eröffneten Saddam-Kanals, der Euphrat und Tigris verbindet, trockengelegt und mit Napalm angezündet worden. Die wenigen verbliebenen Flußläufe wurden vergiftet. In diese Sümpfe hatten sich 1991 die Aufständischen zurückgezogen, nachdem die Städte Basra und Amara von der irakischen Armee gesäubert worden waren. Über 100.000 Menschen lebten traditionell in der Region. Einstmals Vorzeige-Ethnie des Irak, wurden die Lebensgrundlagen der traditionell in dieser Region lebenden Menschen in kurzer Zeit vernichtet. Bis zu 400.000 Menschen aus dieser Region leben nach Angaben der britischen Hilfsorganisation Amar Appeal in iranischen Flüchtlingslagern, der Krieg im Süden des Iraks geht weiter. Unabhängige Beobachter gibt es hier nicht - und auch keine NATO-geschützten UN-Enklaven.

Nach dem Scheitern der Palastrevolte gegen Saddam Hussein wurde erst einmal zum geordneten Rückzug geblasen. Neue Geheimlager mit biologischen Waffen tauchten auf, und das UN-Embargo konnte auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Der Druck, eine Lösung für den Irak finden zu müssen, wird derweil immer größer; das Embargo gegen den Irak ist auf Dauer nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Im gesamten Irak kam es in der letzten Zeit immer häufiger zu isolierten Aufständen und Revolten. Nach Informationen aus irakischen Oppositionellenkreisen ist der Bagdader Stadtteil Medina Al-Thaura (offizieller Name: Saddam City) mittlerweile von der Regierung nicht mehr kontrollierbar. Den selben Angaben zufolge wird die Stadt Basra, klassisches Zentrum der Opposition, nachts von Aufständischen regiert. Immer wieder dringen Nachrichten durch über Militärtransporte, die in Hinterhalten aufgebracht wurden, über Angriffe auf Geheimdienstzentralen und über erschossene Baath-Funktionäre.

Für den Westen könnten diese Revolten schnell zum Alptraum werden, denn ein unkontrollierter Aufstand im Irak könnte genau jene fördern, die man bei diesem Spiel auf gar keinen Fall dabeihaben möchte. Vor allem aber die Gefahr einer Einflußerweiterung des Irans, ermöglicht durch ein Machtvakuum im Irak, dürfte im Westen zu den großen Horrorszenarien zählen.

So befindet sich die internationale Politik gegenüber dem Irak in einer Sackgasse: Der Status quo ist nicht haltbar, der erwünschte Nachfolger Saddam Husseins nicht in Sicht. Eine Aufhebung des Embargos zum jetzigen Zeitpunkt hieße, Saddam Hussein zu rehabilitieren. Das wäre eine enorme Niederlage vor allem für die US-amerikanische Nah-Ost-Politik. Auch die Kritiker dieser Politik befinden sich in einer Sackgasse: Denn unter den momentanen Voraussetzungen scheidet die Forderung nach einer bedingungslosen Aufhebung des Embargos genauso aus, wie die Rechtfertigung seiner Beibehaltung. Fünf Jahre Embargo und über 25 Jahre brutale Baath-Herrschaft haben anscheinend keinen Raum gelassen für menschenwürdige und gleichzeitig realistische Alternativen.

Thomas Uwer (Mitarbeiter der entwicklungspolitischen Organisation WADI e.V.)

Cholera in Irakisch-Kurdistan

Vor wenigen Wochen traten in der 700.000 Einwohner-Stadt Suleymaniyah und in der gleichnamigen Region die ersten Fälle von Cholera auf. Ende November waren über 100 Menschen erkrankt, einige Todesopfer hat die Krankheit bereits gefordert. Momentan ist die Krankheit unter Kontrolle, obwohl auch schon in Dohuk ein erster Cholera-Fall bekannt wurde.

CHOLERA - der Ausbruch dieser Armutskrankheit in einem Land, das einst zu den reichsten der Welt gehörte, wirft ein Schlaglicht auf die Situation in Irakisch-Kurdistan: Von einer politischen Lösung und einer längerfristigen Entwicklung sind die irakischen Kurden heute weiter entfernt als nach dem Golfkrieg 1991.

Seit viereinhalb Jahren ist das Überleben der kurdischen Bevölkerung im wesentlichen abhängig von internationalen Hilfsgeldern. Das 1992 demokratisch gewählte kurdische Parlament und die kurdische Regionalregierung wurden von keinem Land der Welt je anerkannt. Die ersehnte Wirtschaftshilfe für die Region blieb aus. Durch diese Nichtanerkennung der kurdischen Regionalregierung und durch die gleichzeitigen vertraglichen Bindungen der Vereinten Nationen an die irakische Zentralregierung sind die

Hilfsgelder zum größten Teil auf Nothilfemaßnahmen beschränkt und können nur in Ausnahmen für langfristige Strukturhilfen und Unterstützung der lokalen Verwaltungsstrukturen verwendet werden.

Der Ausbruch der Cholera auch in der Großstadt Suleymaniyah ist ein Alarmsignal für die Gesundheitssituation und die Versorgungslage der Bevölkerung. Wenn neben akuter Direkthilfe nicht auch sofortige Präventivmaßnahmen für die Sicherung von sauberem Trinkwasser in den Städten ergriffen werden, kann sich die Krankheit mit Beginn der wärmeren Jahreszeit epidemie-artig ausbreiten.

Die Vereine WADI e.V. und HAUKARI e.V. rufen deshalb auf:

- zu Geldspenden für die Unterstützung von Instandsetzungsmaßnahmen an den Trinkwasserversorgungsnetzen in den städtischen Zentren wie Suleymaniyah, Arbil, Dohuk, Darbandikhan

- zu Geld- und Sachspenden für einen Direkthilfe-Transport der Organisation Weißdorn e.V. zu dem Not-Krankenhaus in Bakrajoo/Suleymaniyah

WADI e.V.: Gutleutstraße 144,

60327 Frankfurt, Tel.: 069-236510

Spendenkonto: 612305-602, BLZ:

500 100 60, Postbank Frankfurt a.M.

HAUKARI e.V. c/o Bernhard Winter: Juliusstraße 35, 60487 Frankfurt

Spendenkonto: 654092-600, BLZ:

500 100 60, Postbank Frankfurt a.M.

Weißdorn e.V.: Werner-Seelenbinder-Str. 26, 07747 Jena, Tel.: 03641-394995

Spendenkonto: 360411 69, BLZ:

830 544 72, Sparkasse Jena

22. Patriachale Verbrüderung gegen Rassismus? Eine Antwort auf Christoph Jünke

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:13

Gut: Zumindest in der Gesamt-Bewertung sind wir uns mittlerweile einig. Auch Christoph Jünke hält den Millionenmarsch inzwischen für ein "Produkt langjähriger Entpolitisierung". Sein erster SoZ-Kommentar stand noch unter der Überschrift "Dialektik der Politisierung" und begann mit der Aussage: "Es mehren sich die Anzeichen für eine zunehmende Politisierung der afro-amerikanischen Bewegung". Auf diese kühne Behauptung bezog sich meine Kritik in ak 384.

Daß es bei dem Millionenmarsch auch positive Aspekte gibt, habe ich - entgegen Jünkes Darstellung - nicht bestritten. Farrakhans Nation of Islam knüpft in der Tat an einem oppositionellen Moment an: der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, dem Protest gegen rassistische Stereotypen und Diskriminierung. Das Problem besteht darin, daß die NOI dieses oppositionelle Moment in reaktionäre Bahnen lenkt.

Ich bleibe dabei: Der Millionenmarsch war kein Ausdruck von "Protest und Widerstand" (Jünke in der SoZ 21/95). Ideologisch war er eine Anbiederung an den herrschenden Mainstream (siehe unten). Die Kundgebungsteilnehmer gingen keinerlei Risiko ein. Es bestand keinerlei Gefahr einer Konfrontation mit der Staatsmacht oder mit anderen Autoritäten. Die bürgerlichen Medien feierten die Kundgebung als großes Versöhnungsfest.

Dies ist übrigens ein himmelweiter Unterschied zu der (mehrheitlich schwarzen) Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er Jahre, die wegen ihrer gewaltfreien Aktionsformen und wegen ihres Appells an demokratische Grundwerte heutzutage oft als naiv und reformistisch belächelt wird. Die afro-amerikanischen Aktiven des Civil Rights Movement riskierten ihre Gesundheit und ihr Leben, wenn sie sich in den Südstaaten in die offiziellen Wählerlisten eintragen ließen oder Geschäfte boykottierten, die Schwarze diskriminierten. Und auch weiße BürgerrechtlerInnen riskierten Kopf und Kragen, sobald sie z.B. mit Schwarzen in einem Auto saßen. Nur weil es heute keine solche antirassistische Massenbewegung mehr gibt, kann sich Farrakhan als Verkörperung von "Oppositionswillen" präsentieren.

Doch zurück zu Jünke, der sich beklagt, ich hätte ihm mangelnde Kritik an der NOI vorgeworfen. Ein Beispiel für Jünkes "Kritik" in der SoZ 21/95: "Auf der einen Seite läßt sich sagen, daß die NOI ... patriarchalisch ist, insofern sie die Ernährer- und Beschützerrolle von Männern betont und die vermeintliche Vorherrschaft von Frauen anprangert." Aber dann nimmt Jünke die NOI gleich wieder in Schutz: "Doch andererseits: Welche Art des patriarchalischen Verhaltens ist das, jede Art der Züchtigung von Frauen zu verbieten?" Wow.

Freilich, da hat Jünke recht, gehörte die Million Teilnehmer nur zu einem kleinen Teil zur NOI. Die Mehrheit hat nichts mit der Organisation zu tun und wird große Teile des NOI-Programms ablehnen. Warum Jünke aber meine Annahme bezweifelt, die meisten Teilnehmer würden die Grundaussagen des Millionenmarsches (nicht der NOI) befürworten, bleibt unklar. Warum sonst sind sie nach Washington gefahren und haben eine "Registrierungsgebühr" von 10 Dollar (plus 1 Dollar "Bearbeitungsgebühr") bezahlt - übrigens an die NOI? Aus Neugierde?

Die erklärte Grundaussage des "Marsches für Buße und Versöhnung" paßt voll zum reaktionären ideologischen Mainstream in den USA: Das soziale Elend in den afro-amerikanischen Ghettos sei die Folge der "Verantwortungslosigkeit" schwarzer Männer, die nur Gewalt, Drogen und schnellen Sex im Sinn hätten. Dagegen sollten schwarze Männer endlich wieder ihre Verantwortung als "Vorstand" ihrer Familien und ihrer Communities übernehmen und sich untereinander "versöhnen". Für diese kulturell-moralische (statt politisch-ökonomische) "Erklärung" der Misere haben am 16. Oktober eine Million Männer demonstriert.

Es gab so gut wie keine darüberhinaus gehenden politischen Forderungen. Der von Jünke erwähnte Jesse Jackson war nur einer von mehreren Dutzend Rednern (und drei Rednerinnen) und gehörte zum Vorprogramm. Kritische Flugblätter, politische Transparente oder andere Versuche, den engen Rahmen der Veranstalter auszudehnen oder zu durchbrechen, gab es praktisch nicht.

Nebenbei: Die Zusammenarbeit zwischen weißen und schwarzen Fundamentalisten ist keine "bourgeoise Angstmacherei" (Jünke), sondern wird längst praktiziert. Marcus Garvey (ein ideologischer Vorläufer Farrakhans) hatte ebenso freundschaftliche Kontakte mit dem Ku-Klux-Klan wie die NOI mit allen möglichen weißen Separatisten. Noch bedrohlicher als diese marginalen Gruppen sind die heutigen christlichen Fundamentalisten. Die sind zwar mehrheitlich weiß, haben aber auch unter afro-amerikanischen Evangelikalen eine Millionen-Basis. Die gemeinsamen "christlichen" Werte, um die es dabei geht, sind auch die Werte der "moslemischen" NOI: Für das Patriarchat, für die Enthaltsamkeit, gegen Homosexualität, gegen das Recht auf Abtreibung.

Die traurige Tatsache bleibt, daß sich mit einem "Buße und Versöhnungs"-Programm eine Million Afro-Amerikaner mobilisieren lassen. Wenn Farrakhan (oder Jackson oder sonstwer) zu einer antirassistischen Demonstration aufgerufen hätte, an der auch schwarze Frauen und Angehörige anderer rassistisch diskriminierter Minderheiten (geschweige denn antirassistische Weiße) hätten teilnehmen können, wären mit Sicherheit keine Hunderttausend gekommen. Der Millionenmarsch mag in der Tat das "Selbstvertrauen der aufbegehrenden Menschen" (Jünke) etwas aufgepäppelt haben - aber nicht gegen den Staat, sondern gegen die "eigenen" Frauen.

Warum ist das so? Warum stößt ein reaktionärer Aufruf bei rassistisch Unterdrückten auf eine solche Resonanz - ein Aufruf, der sich unüberhörbar gegen andere Unterdrückte (hier: schwarze Frauen) richtet? Was sonst ist mit der "männlichen Verantwortung in der Familie" gemeint? Wie sonst ist die Aufforderung an schwarze Frauen zu verstehen, am 16. Oktober "zu Hause zu bleiben, die Kinder zu versorgen und zu beten"? (Auch diesem Aspekt kann Jünke noch etwas Positives abgewinnen: Die Frauen wurden zum "Einkaufsboykott" aufgefordert).

Solange Jünke sich weigert, solche Fragen zur Kenntnis zu nehmen, wird er auch bei seiner "Gretchenfrage" nicht weiterkommen: Unter welchen Bedingungen kann sich in den USA (und in anderen rassistisch strukturierten Gesellschaften) ein emanzipatives Potential entwickeln?

Michael Hahn

23. Außer Reaktionärem nichts gewesen? Kritische Anmerkungen zum Artikel über den schwarzen Marsch auf Washington, ak 384

Kritische Anmerkungen zum Artikel über den schwarzen Marsch auf Washington in ak 384

Autor: Ch. Jünke · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:21

In ak 384 berichtete Michael Hahn ausführlich über den Marsch der schwarzen Männer nach Washington. Er verneint, daß an diesem Marsch irgendetwas progressives, vorwärtsweisendes, ein politisierendes Potential auszumachen sei. Seine Polemik richtet sich - außer gegen die FAZ - gegen die SoZ, in der ich am 19.10. einen kurzen Kommentar zum Marsch geschrieben habe. Doch seine einleitend gemachte Aussage: "Auch die in Köln erscheinende ‚Sozialistische Zeitung` geriet ins Schwärmen" ist in zweierlei Aspekten unfair und haltlos.

Erstens: Die SoZ geriet nicht ins Schwärmen, denn mein Kommentar spiegelt nicht die Meinung der SoZ wider. Im Gegenteil: Auch in unserer Redaktion war mein Kommentar der Kritik ausgesetzt. Zweitens: Die Tatsache, daß ich in meinem kurzen Kommentar zum Marsch auf Washington ("Dialektik der Politisierung", SoZ 21/95) positive Elemente an demselben ausmache, bedeutet keine Schwärmerei für denselben. Sie rechtfertigt auch nicht im geringsten die (in seiner Antwort in der SoZ 23/95) von ihm gemachte Aussage, ich würde mich für die Veranstaltung schwarzer Rassisten kritiklos begeistern. Das ist an den Haaren herbeigezogen und verwischt nur die politischen Unterschiede, die uns zu getrennten Einschätzungen dieses 16. Oktobers kommen lassen.

Auch ich halte den Marsch für ein Produkt langjähriger Entpolitisierung, für das Offenbarwerden des politischen Niederganges der schwarzen Bürgerrechtsbewegung wie der US-amerikanischen Linken. Nur vor diesem Hintergrund konnte ein solcher Scharlatan wie Louis Farrakhan und seine zweifelhafte religiöse Sekte der Nation of Islam (NOI) zum erfolgreichen Organisator der immerhin größten Demonstration von Schwarzen in den USA werden.

Auch ich habe in meinem kurzen Kommentar die von Hahn in aller Ausführlichkeit dargelegte Kritik an Farrakhan und der NOI benannt und erläutert. Auf mich kann folglich Hahns Vorwurf, "gegenüber reaktionären Aspekten solcher Bemühungen einfach ‚ein Auge zuzudrücken`" nicht zutreffen. Hier hören dann die Gemeinsamkeiten mit Michael Hahn auch schon auf.

Michael Hahn lehnt den Marsch als Ganzen rabiat ab und will ihm nichts positives abgewinnen. Ausgangspunkt ist seine Behauptung, daß die Million Menschen für die NOI marschiert sind und sich mit deren Zielen identifizieren ("die Grundaussagen des Männermarsches haben sie befürwortet"). Doch woher weiß er das? Offenbar weil sie nicht gegen die NOI Stellung beziehen - und wer nicht gegen die NOI ist, ist eben für sie. Eine ausgesprochen zweifelhafte Logik, die einmal mehr den Realitäten offensichtlich nicht gerecht wird.

Der Marsch wurde nicht ausschließlich von der NOI organisiert. Eine große Anzahl schwarzer Bürgerrechtsbewegungen und schwarzer Prominenter, alle der Mitgliedschaft in der oder der Sympathie für die NOI unverdächtig, haben den Aufruf zum Marsch im Vorfeld unterstützt. Obwohl sie sich zumeist von der NOI und Farrakhan distanzierten, haben sie doch gleichzeitig ihren Respekt vor den Organisatoren deutlich gemacht. Ein solches Verhalten ist ein deutlicher Hinweis auf die Ohnmacht dieser Gruppen und Individuen, aber sicherlich kein Zeichen ihrer Islamisierung. Auf der Veranstaltung sprachen viele von ihnen, u.a. auch Jesse Jackson. Seine Rede wurde als sehr politisch und kämpferisch eingeschätzt und ebenso beklatscht wie die von Farrakhan am Ende der Veranstaltung.

Die gesamte Presse war angefüllt mit Berichten von den vielen Teilnehmenden, die nicht kamen, weil sie Farrakhan und die NOI feiern wollten, sondern weil sie ein Fest der schwarzen Männlichkeit feiern oder gegen den herrschenden Rassismus der weißen US-Gesellschaft ein (wenn auch bescheidenes) Zeichen setzen wollten. Nun kann man ja anderer Einschätzung sein, weil man andere Erfahrungen vor Ort oder mittels anderer publizistischer Organe gemacht hat. Doch bei Michael Hahn erfahren wir davon nichts. Er bietet uns nur seine Meinung.

Auch sonst spielt Hahn einige interessante Details, die einen zumindest unterschwellig deutlichen Oppositionswillen demonstrieren, entweder herunter oder verschweigt sie ganz:

- Der Marsch wurde bewußt auf einen Montag gelegt, was von den meisten Anwesenden immerhin verlangte, der Arbeit fern zu bleiben.

- Die Frauen wurden aufgefordert, an diesem Tage einen Einkaufsboykott zu veranstalten.

- Der Marsch der Versöhnung diente nicht einer Versöhnung mit den weißen Herrschenden, er diente der Versöhnung der schwarzen Männer mit den schwarzen Frauen (ob die Frauen dies als eine angemessene Geste verstehen, steht auf einem anderen Blatt).

- Der Marsch diente auch nicht nur dem Abfeiern einer durchaus zweifelhaften separatistischen schwarzen Wirtschaftspolitik, er stand auch unter der Forderung Farrakhans, daß sich die Millionen Afroamerikaner in die Wählerlisten eintragen lassen sollen. Nicht in die der Republikaner und der Demokraten, sondern unabhängig von ihnen. Ein Punkt übrigens, auf den die US-Linke besonders hellhörig und positiv reagierte.

- Farrakhan hat in Reden und Artikeln mehrfach betont, daß es um einen Protest gegen die Unterdrückung der Schwarzen, um ihr Recht auf Selbstbestimmung und Gerechtigkeit und um ihre Einheit gehe.

Alles sicherlich kein Ausweis reiner revolutionärer Kraft, aber auch keine passenden Beweise für die von Hahn unterstellte unpolitische Anbiederung an das weiße Establishment. (Auch das öffentliche Lob von Clinton und anderen sagt als solches wenig aus. Es ist wahrscheinlich eher der Versuch einer Vereinnahmung als ein Zeichen gleicher Ziele.)

Im übrigen hält Michael Hahn diese totale Verdammung selbst nicht konsequent durch, wenn er unvermittelt zugesteht, daß Farrakhan "tatsächlich ein oppositionelles Moment (mobilisiert)". Doch wenn man zugesteht, daß eine Million Marschierende nicht alles NOI-Sympathisierende sind (die NOI hat gerade einmal 20.000 bis 30.000 Mitglieder!), dann muß man Kriterien haben, zu beurteilen, ob die Dynamik einer solchen Veranstaltung über die der Organisatoren hinauszugehen verspricht. Sind eine Million Menschen, immerhin eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der USA, vor dem Hintergrund des Gesagten kein Kriterium? Ist es kein Kriterium, wenn in einer derart rassistisch aufgeladenen Atmosphäre wie in den USA eine Million Schwarzer ihren Stolz und ihre Präsenz demonstrieren?

Da mögen christliche Fundamentalisten noch so ähnliche Programmatiken haben, der Marsch wird sie nicht gerade aufgebaut haben. Diesen Vergleich zu ziehen, offenbart nur Hahns Unvermögen, zwischen zwei Arten des Nationalismus, zwischen zwei Arten der reaktionären Wirtschaftsvorstellungen zu unterscheiden. Hahns Vorsicht in Ehren, aber es kann keine Koalition zwischen weißen und schwarzen Fundamentalisten geben, das ist bourgeoise Angstmacherei.

Mein Kommentar in der SoZ gipfelte in dem Absatz: "Es scheint, als haben wir es hier mit der klassischen Dialektik der Politisierung zu tun. Eine Oppositionsbewegung in versteinerten Verhältnissen, die sich mit rassistischen Argumenten gegen den Rassismus der herrschenden Weißen wendet und mit solcherart Leidenschaft zu Massenmobilisierung und Politisierung gelangt, kann damit - ohne es zu wollen - den Raum für fortschrittliche, emanzipative Formen und Inhalte des Widerstandes öffnen. So könnte es auch diesmal sein, wenn es eine selbstbewußte radikale Linke gäbe, die die Dialektik der Politisierung weitertreiben kann."

Für Michael Hahn sind diese Sätze "Geschwafel", "leeres Gerede" (wie er in der SoZ schreibt). Wie denkt er sich eigentlich, daß in entpolitisierten Zeiten eine Repolitisierung stattfinden kann? Bestimmt nicht dadurch, daß man mit einem perfekten kapitalismus- und staatskritischen Programm, mit der reinen Lehre Hunderttausende Unterdrückte und Ausgebeutete aus der privaten in die öffentliche Sphäre lockt. Und darum geht es: Den öffentlichen Raum zu besetzen, ein Klima zu schaffen, in dem sich unterdrückte und marginalisierte Opposition zuallererst entfalten kann.

Wenn man in entpolitisierten, versteinerten Verhältnissen lebt, wird eine sich massenhaft regende Opposition entweder möglichst vermeiden, allzu politisch aufzutreten, oder sie wird sich an Bewegungen anlehnen, die unpolitisch auftreten. Manchmal findet dies seinen Grund in der Furcht vor einer harten staatlichen Repression, zumeist jedoch in mangelndem Selbstvertrauen der aufbegehrenden Menschen (eben ein entscheidendes Element solch mieser Zeiten).

Und genau an letztem setzte der Marsch an. Das macht die Größe der Veranstaltung aus, verdeutlicht aber auch ihre Grenzen. Die Beschäftigung mit dem Marsch aber unter den Titel zu stellen, daß dieser "den Bankrott des ‚black nationalism`" demonstriere, wie Michael Hahn schreibt, scheint mir deswegen mehr als fraglich.

Erinnerungen werden wach an den ewigen Streit bestimmter Linker mit den linken PsychoanalytikerInnen. Auch letztere wollen Menschen nicht zu revolutionären KämpferInnen machen, wohl aber zu gesunden Menschen, die dann frei zwischen Reaktion und Revolution wählen können.

All dies sind m.E. Kriterien, daß es um mehr ging, daß es etwas gab, an das Linke emanzipativ anknüpfen können. Nicht mehr habe ich in meinem Kommentar behauptet und sogar auf die Bedingungen hingewiesen, unter denen sich ein solches emanzipatives Potential entwickeln kann. Ich habe ausdrücklich betont, daß die emanzipativen Ansätze nur durch eine selbstbewußte radikale Linke weitergetrieben werden können. Hahn liest daraus (in seiner Antwort in der SoZ) einen Automatismus, der schlicht unsinnig ist: "Rassistisch Diskriminierte und Marginalisierte sind nicht automatisch bessere Menschen, die sich zwangsläufig eines Tages (mit Hilfe der Dialektik) schon ‚richtig` radikalisieren werden."

Diesen konstruierten Automatismus bezeichnet er dann als "leeres Gerede", da es "eine solche Linke in den USA schon lange nicht mehr (gibt)". Doch wenn es auch eine solche organisierte Linke offensichtlich nicht gibt (hat es sie denn in den 60ern gegeben?), Linke gibt es viele in den USA - und sicherlich mehr als vor 35 Jahren. Und die sind so inaktiv nun auch wieder nicht. Sie diskutieren beispielsweise gerade intensiv die Gründung einer Arbeiterpartei (vgl. SoZ 16-17/95). Hahn ignoriert diese zarten Pflanzen einfach, für ihn ist offenbar alles Scheiße - unveränderlich.

Die Gretchenfrage ist doch: Ist der Marsch so von der NOI dominiert und findet der Marsch in einem solchen gesellschaftspolitischen Klima statt, daß man als Linke(r) diese Veranstaltung von außen denunzieren muß? Hahns Ausführungen sind ein Plädoyer dafür, meine dagegen. Und so mag Hahns Herangehensweise vielleicht die historische Wahrscheinlichkeit auf seiner Seite haben. Er verharrt dabei jedoch in der Reproduktion der von ihm beklagten entpolitisierten Zeiten und er vermag nicht die Bedingungen aufzuzeigen, die Rest-Linke zu politisieren und sie zur Politisierung der Wirklichkeit anzutreiben.

Christoph Jünke

24. Besuch des Präsidenten. Clintons Nordirland-Visite und die Hoffnung auf Frieden

Clintons Nordirland-Visite und die Hoffnung auf Frieden - von Dietrich Schulze-Marmeling

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:30

"Welcome Bill Clinton, Angel of Peace", lautete die Aufschrift eines handgemalten Plakats, mit dem Bill Clinton am 30. November in Belfast begrüßt wurde. "We want Bill", skandierten Tausende vor der City Hall; willkommener Balsam auf die Wunden des innenpolitisch arg angeschlagenen mächtigsten Staatsoberhauptes. Der Besuch Clintons, der zeitweise in Frage stand, erfüllte gleich vier Funktionen. Erstens galt es, den in einer Sackgasse befindlichen nordirischen "Friedensprozeß" mit neuem Leben zu erfüllen. Zweitens war es notwendig, der Republikanischen Bewegung die Existenz einer Alternative zum bewaffneten Kampf zu bestätigen - dank mächtiger Verbündeter wie eben Bill Clinton. Drittens ging es darum, der protestantischen/unionistischen Community zu versichern, daß die US-Administration keine einseitig pronationalistische Position bezieht, sondern auch ihre Interessen berücksichtigt. Und viertens war die Visite in London, Belfast und Dublin auch Auftakt zur Wiederwahlkampagne des Präsidenten, der - wie elf seiner Vorgänger - irische Wurzeln reklamiert.

Bereits seit dem Spätsommer hatten sich die Hoffnungen von Nationalisten und Republikanern auf den Clinton-Besuch konzentriert. So war immer wieder zu hören, daß sich bis dahin im "Friedensprozeß" kaum etwas bewegen würde. Sinn Féin forderte die Aufnahme von Allparteiengesprächen ohne Vorbedingungen, was jedoch von London abgelehnt wurde. Statt dessen hieß es, die IRA müsse zunächst ihre Waffen abgeben. Man könne nicht von den unionistischen Teilnehmern verlangen, mit einer Partei zu verhandeln, die ihren bewaffneten Arm unterm Tisch sitzen habe. Später wurde diese Position dahingehend revidiert, daß nur noch ein Einstieg in den Abrüstungsprozeß verlangt wurde.

Sinn Féin und die IRA lehnten dies kategorisch ab. Eine einseitige Abrüstung käme nicht in Betracht, nicht einmal an eine Geste sei zu denken. Eine Entwaffnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt käme einer Kapitulation gleich, die für die IRA, die sich keineswegs besiegt fühlt, völlig unakzeptabel sei. Die Entwaffnung könne erst am Ende von politischen Verhandlungen stehen und habe allseitig zu erfolgen. (Die Regierung spricht hingegen nur von "illegal gehaltenen" Waffen, was eine unzulässige Reduzierung des Problems darstellt. Die Zahl der legal gehaltenen Waffen in Nordirland ist sehr hoch, und bei der überwiegenden Mehrheit der Besitzer von Waffenscheinen handelt es sich um Mitglieder der protestantischen/unionistischen Community.) Außerdem wäre eine einseitige Entwaffnung der IRA ohne historisches Beispiel. Hier verwies Sinn Féin immer wieder auf die jüngeren Prozesse im Nahen Osten und in Südafrika, wo auf Vorbedingungen verzichtet wurde.

Die harte Position der Republikanischen Bewegung wird vor allem durch historische Erfahrungen gespeist. Zu oft waren Republikaner in der Vergangenheit von der britischen Seite über den Tisch gezogen worden. Eine Situation wie Ende der 60er Jahre, als die katholischen/nationalistischen Gettos in Belfast und Derry schutzlos den Angriffen loyalistischer Mobs und mit ihnen verbündeter Polizeikräfte ausgeliefert waren, sollte sich unter keinen Umständen wiederholen. Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams: "Pogrome gegen Nationalisten sind Teil unseres kollektiven Gedächtnisses, ein Alptraum, von dem wir bis heute nicht erwacht sind." Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige Ende des Konflikts nicht automatisch einen dauerhaften Frieden bedeuten würde. Mit anderen Worten: Die IRA will für den Fall gewappnet sein, daß die Loyalisten eine pronationalistische Tendenz im Friedensprozeß mit der Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen beantworten. Speziell dieses Argument zeigt, für wie fragil der "Friedensprozeß" angesehen wird, und daß die IRA einen neuerlichen Ausbruch der Gewalt keineswegs ausschließt. Bewegt sich die britische Regierung nicht schnell und konsequent genug auf die Forderungen der Republikanischen Bewegung zu, erweist sich die "alternative Strategie" somit als gescheitert, droht die IRA mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes. Bewegt sich die Major-Regierung zu schnell und konsequent, droht seitens der Loyalisten Unbill.

Die weitgehende Untätigkeit der britischen Regierung seit den paramilitärischen Waffenstillstandserklärungen vom August/Oktober 1994 läßt Teile der Republikanischen Bewegung an der Realitätstüchtigkeit der "alternativen Strategie" zweifeln. Vor diesem Hintergrund sind auch die Meldungen zu sehen, die IRA bereite

sich auf die Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen vor. (U.a. gab es Hinweise, die auf eine breit angelegte Bombenkampagne in England hindeuteten. Für Belfast wurde gar seitens der Regierung ein "Notprogramm" erstellt.)

Friedenstiftende Einmischung

Die USA haben beim Zustandekommen des republikanischen Waffenstillstands eine erhebliche Rolle gespielt. Es begann damit, daß die Clinton-Administration Sinn Féins Präsident Gerry Adams ein Visum ausstellte - sehr zum Unwillen der britischen Regierung. Seit dem Waffenstillstand hat das finanzielle Engagement der USA in Nordirland weiter zugenommen; davon verspricht sich Sinn Féin auch etwas für ihre Wähler, die in den sozial am meisten deprivierten Gebieten leben. Und Sinn Féin durfte ihre ganz private Goldmine in den USA eröffnen. Geldsammlungen für die republikanische Sache wurden legalisiert. Schätzungen besagen, daß Ende dieses Jahres ca. eine Mio. US-Dollar auf dem Konto der Republikanischen Bewegung eingegangen sein werden.

Nordirlands Protestanten betrachten die Einmischung der US-Politik in die Angelegenheiten Nordirlands traditionell mit Skepsis bis abgrundtiefer Ablehnung. Die USA gelten als IRA-"Hinterland", von wo die republikanische Guerilla finanzielle und politische Unterstützung erhält und wo gesuchte "IRA-Terroristen" Zuflucht finden. Mit seinem Besuch auf der protestantischen Shankill Road, einer Hochburg der protestantischen Paramilitärs, gelang es Clinton, die Skepsis und Ablehnung gegenüber der amerikanischen Rolle im nordirischen "Friedensprozeß" partiell aufzubrechen. Gewisse Veränderungen waren allerdings bereits vorher zu registrieren. So bereisen längst nicht mehr nur Repräsentanten der SDLP und Sinn Féins die USA, um dort Lobby-Politik zu betreiben. Auch unionistische/loyalistische Politiker haben mittlerweile die "Neue Welt" entdeckt - getrieben von der Erkenntnis, daß im "Friedensprozeß" kein Weg an den USA vorbeiführt und das Verrammeln in der nordirischen Wagenburg kaum dazu angetan ist, der nationalistischen/republikanischen Propaganda in den USA zu begegnen. In Sachen internationaler Diplomatie haben die zur Selbstisolation neigenden Unionisten/Loyalisten großen Nachholbedarf.

Bleiben noch Clintons Eigeninteressen. Der Balkan und Nordirland sind gegenwärtig die Schauplätze, auf denen Washington demonstrieren kann, daß Europa - trotz Wegfall des Warschauer Paktes - die USA unverändert benötigt. Washington bestreitet zwar, sich in die innenpolitischen Belange seines traditionell engsten europäischen Verbündeten einzumischen, aber faktisch befindet sich die britische Souveränität in Nordirland bereits in Auflösung. Die vom SDLP-Führer John Hume über viele Jahre hartnäckig verfolgte Strategie, durch Einbeziehung europäischer Institutionen, der Republik Irland und der USA die Suche nach einer Lösung des Nordirlandproblems zu internationalisieren, ist weitgehend aufgegangen.

Hinzu kommt der innenpolitische Effekt. In der Vergangenheit waren die ca. 40 Millionen US-Bürger, die irische Wurzeln reklamieren und deren Vorfahren ganz wesentlich zum Aufbau der USA beigetragen haben, eine todsichere Bank der Demokratischen Partei. Dies hat sich mit dem sozialen Aufstieg vieler Angehöriger der irischstämmigen Community verändert. Mehr und mehr "Iren" haben in den letzten Jahren die Republikanische Partei gewählt, wenngleich in den Zentren der irischen Einwanderung die Demokraten noch immer deutlich vorne liegen. Aber im Gegensatz zu früher gibt es nun eine Konkurrenz um die irischstämmigen Wähler.

Dabei ist es allerdings eine Illusion zu glauben, daß Nordirland bei den nächsten US-Wahlen eine entscheidende Bedeutung erlangen könnte. Die Wähler plagen andere Sorgen, und ihre Präferenz für die Demokraten hatte noch nie sonderlich viel mit Nordirland zu tun. Nichtsdestotrotz wird die Clinton-Visite ihren Eindruck hinterlassen - unbesehen ihres konkreten Inhaltes. Maureen Dowen, Starkolumnistin der New York Times: "Zwei republikanische Präsidenten, die von meiner Mutter unterstützt wurden, rührten niemals auch nur einen Finger für Irland. Sie standen Margaret Thatcher zu nahe. Nächstes Jahr wird meine Mutter den Sohn von Virginia Kelly (so der Name der irischstämmigen Mutter Clintons; Anm. dsm) wählen."

"Mut zum Risiko"

Wie geht es nun weiter? Die bedeutendste Message des Präsidenten war wohl seine an alle Konfliktparteien gerichtete Aufforderung, Mut zum Risiko zu zeigen. Am Vorabend der Ankunft Clintons konnten sich London und Dublin auf ein gemeinsames weiteres Vorgehen in Nordirland einigen - ein Indiz dafür, wie groß der Druck war, der von der Präsidenten-Visite ausging. Die anglo-irische Übereinkunft sieht einen sogenannten "twin-track"-Prozeß vor. Eine internationale Kommission, deren Vorsitzender der ehemalige US-Senator

George Mitchell ist, soll das Problem der Waffenabgabe sondieren und hierzu Vorschläge erarbeiten. Gleichzeitig finden bilaterale Vorgespräche statt, denen nach einer Lösung der Waffenfrage offizielle Allparteiengespräche folgen sollen.

Gewisse Unklarheit herrscht darüber, ob damit für eine Teilnahme Sinn Féins nach wie vor die Vorbedingung einer IRA-Abrüstung gilt. Offensichtlich interpretieren London und Dublin ihre Übereinkunft unterschiedlich, was nicht neu ist. London hat die protestantische Seite zu besänftigen, während Dublins Aufgabe lautet, Sinn Féin und die IRA bei Laune zu halten. (Schon bei der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens vom November 1985 reichte die Spannweite offizieller wie inoffizieller Interpretationen von "Zementierung des konstitutionellen Status quo" bis "Einstieg in einen politischen Prozeß, der zwangsläufig in eine Wiedervereinigung münden wird." Tatsächlich enthielt das Dokument für beide Interpretationen Belege.) Der irische Premier John Bruton hält eine konkrete "Abrüstungsgeste" der IRA im Vorfeld von Gesprächen zwar für wünschenswert, aber nicht für erreichbar. Laut Dublin hat die Kommission sehr wohl die Freiheit, die bisherige Haltung der britischen Regierung zu hinterfragen, was London indes bestreitet. Trotzdem lassen sich auch in London Aufweichungstendenzen registrieren.

Die "twin-track"-Strategie war bereits einige Wochen vorher von Gerry Adams und John Hume aufgegriffen worden. Allerdings in etwas anderer Form. Das Adams/Hume-Dokument verlangte keine konkreten Abrüstungsschritte, sondern lediglich ein Bekenntnis zu friedlichen und demokratischen Methoden der Konfliktlösung und zur Abrüstungsbereitschaft.

Alle Beteiligten haben nun zunächst einmal wieder etwas Zeit gewonnen. Daß der "Friedensprozeß" eine sehr langwierige und komplizierte Angelegenheit werden wird, war nicht anders zu erwarten. Aber allzu oft wird man sich derartige Zeitspiele nicht mehr erlauben dürfen; zumal innerhalb der Republikanischen Bewegung die Befürchtung besteht, die britische Regierung verfolge mit ihrem Ballhalten und Rückpassen vor allem die Absicht, Sinn Féin und IRA zu zermürben und zu spalten, um einem isolierten Rest dann eine militärische Niederlage beizubringen.

Sinn Féin hat die anglo-irische Übereinkunft als unzureichend kritisiert, jedoch ohne sie rundweg abzulehnen. Angesichts der amerikanischen Unterstützung für die "twin-track"-Strategie blieb Gerry Adams auch kaum eine andere Möglichkeit.

Denkbar ist, daß sich die IRA in den nächsten Wochen doch noch zu einer symbolischen Abrüstungsgeste durchringt. Ihr Waffenarsenal bietet dafür durchaus Spielraum. David Trimple, Chef der Ulster Unionist Party (die größte der unionistischen Parteien), scheint genau dies zu befürchten. Deshalb schlug er über einen Mittelsmann den loyalistischen Paras vor, einem Propagandacoup der IRA mit einer eigenen Geste zuvorzukommen, die den Druck auf die republikanische Guerilla verstärkt. (Da die loyalistischen Paras in der konstitutionellen Frage den gesamten schwerbewaffneten nordirischen "Sicherheitsapparat" auf ihrer Seite wissen, müßten der UDA und der UVF einseitige Abrüstungsgesten wesentlich leichter fallen als der IRA.)

Möglicherweise erfährt die britische Position durch eine Geste der IRA eine weitere Aufweichung, zumal wenn diese Geste in etwa den Vorstellungen der Mitchell-Kommission entspricht.

Abkürzungen

SDLP: Social Democratic and Labour Party

UDA: Ulster Defense Army

UUP: Ulster Unionist Party

UVP: Ulster Volunteer Force

25. USA: Haushaltsdebatte eröffnet Präsidentschaftswahlkampf

Autor: Björn Aust, Berlin · Rubrik: US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:23

Steht die US-Regierung vor der Pleite? Am 1. Oktober 1995 begann das Haushaltsjahr 96, doch bislang haben sich Kongreß und Präsident nicht über den neuen Haushalt einigen können. Die Republikaner wollen drastische Einschnitte in das (ohnehin weitmaschige) soziale Netz, um das vom Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich angekündigte Haushaltsziel zu erreichen. Dieser hatte großspurig erklärt, das immense Haushaltsdefizit der USA bis zum Jahr 2002 abbauen zu können. Bill Clinton und seine demokratische Regierung protestieren jedoch gegen die dafür erforderliche Kürzung der Sozialprogramme. Zwischenzeitlich waren die Fronten so verhärtet, daß die US-Regierung vom 13. bis 20. November vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Doch mittlerweile wird wieder verhandelt - nicht zuletzt aufgrund von Clintons Zugeständnis an die Republikaner, auch seinerseits eine Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2002 anzustreben. Der Streit um den Haushalt und das "wie" des Schuldenabbaus hat den Präsidentschaftswahlkampf eingeläutet.

Die Rücklagen des letzten Haushalts sind aufgebraucht, der Kreditrahmen für weitere Ausgaben ist erschöpft - vor dieser Situation stand die Clinton-Regierung am 13. November. Dies bedeutete die Zahlungsunfähigkeit der Regierung. So wurden rund 800.000 "nicht-essentielle" Bundesangestellte vorübergehend in einen unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Betroffen waren vor allem MitarbeiterInnen in Museen und Kultureinrichtungen. Aber auch Teile der Verwaltung (Sozial-, Steuer-, Gesundheits- und Einwanderungsbehörden) mußten ihre Arbeit drastisch einschränken und Personal beurlauben.

Dies wurde notwendig, da die Republikaner, die in beiden Kammern des Kongresses (Repräsentantenhaus und Senat) die Mehrheit stellen, der Regierung die Neuaufnahme von Krediten für die Zwischenfinanzierung öffentlicher Ausgaben verweigerten. Als Voraussetzung für weitere Finanzmittel nannte der Kongreß die Annahme des Kongreß-Haushaltsentwurfs, gegen den Präsident Clinton wegen der sozialen Einschnitte sein Veto eingelegt hatte. Dieser Entwurf war mit einer deutlichen Mehrheit in Repräsentantenhaus und Senat verabschiedet worden. Auch 48 demokratische Abgeordnete des "Hauses" stimmten zu. Clintons Konfrontationskurs wurde von den WählerInnen zunächst positiv aufgenommen. Von Februar bis November verbesserten sich seine Popularitätswerte um 10 Prozentpunkte. Freilich kann bis zum Wahltag im November 1996 die Stimmung auch wieder umschlagen.

Kein Ende

der Haushaltsdebatte

Am 20. November kam es tatsächlich zu einer vorläufigen Einigung zwischen der republikanischen Kongreß-Führung und der Clinton-Regierung. Die beiden Seiten einigten sich auf eine Zwischenfinanzierung der öffentlichen Ausgaben bis zum 15. Dezember. Doch damit ist die Haushaltskrise noch nicht behoben, sondern nur vertagt. Denn die Bedingungen gaben erneut die Republikaner vor. Clinton willigte in die Forderung ein, die er bislang abgelehnt hatte: Ein ausgeglichener Bundeshaushalt bis zum Jahr 2002. Allerdings kündigte Clinton zugleich an, auch in Zukunft gegen weitere Sozialkürzungen sein Veto einzulegen.

Clinton versuchte, die Einigung als seinen Sieg darzustellen, weil er keine inhaltlichen Zugeständnisse an die republikanische Opposition gemacht habe. Dennoch sind die Handlungsspielräume des Präsidenten nun durch die Zielvorgabe der Konsolidierung zusätzlich eingeengt. Mittlerweile hat die Clinton-Regierung auch dem Entwurf des Verteidigungsetats zugestimmt. Der Etat, der mit 243 Milliarden US-Dollar sogar noch über dem letztjährigen Volumen liegt, war vom Weißen Haus ursprünglich als um 7 Milliarden zu hoch beziffert worden. Und auch der von Clinton (gegen den Widerstand der Republikaner!) durchgesetzte Militäreinsatz in Bosnien wird Mehrausgaben nach sich ziehen.

Wie es die Regierung unter diesen Umständen bewerkstelligen will, den Haushalt ohne weiteren Sozialabbau auszugleichen, ist somit sehr fraglich. Insbesondere Newt Gingrich kann mit dem bisher Erreichten zufrieden sein. Daß Clinton die Zeitvorgabe für den Schuldenabbau letztlich akzeptierte, ist nicht zuletzt ein persönlicher Triumph für den Republikaner.

Newt's Deal:

Der Vertrag für Amerika

"Der "New Deal" ist tot", verkündete diesen Sommer ein enger Berater von Gingrich. An die Stelle dieses Programms aus den 30er Jahren, das den US-BürgerInnen erstmals eine soziale Absicherung brachte, soll nun der "Vertrag für Amerika" treten. Diese republikanische Wahlplattform aus dem letztjährigen Kongreß-Wahlkampf enthält das Sparprogramm, um das in den letzten Wochen der Streit zwischen Regierung und Opposition eskaliert war.

Beflügelt vom Wahlsieg der Republikaner, die seitdem mit 230 von 435 Abgeordneten die Mehrheit stellen, rief Gingrich die "republikanische Revolution" aus. Die geringe Wahlbeteiligung von 30% verdeutlicht aber, daß sich nicht unbedingt die Bevölkerungsmehrheit diese "Revolution" gewünscht hat. (siehe ak 372)

Der republikanische Wahlsieg brachte eine ideologische Neuorientierung des Repräsentantenhauses mit sich. Die Republikaner orientieren sich immer weiter nach rechts. Somit waren die staatlichen Sozial- und Förderungsprogramme die Zielscheibe der anvisierten Kürzungen. Während sich in Umfragen die Mehrheit der US-AmerikanerInnen für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt ausspricht, befürwortet nur eine Minderheit die drastischen Einschnitte in das soziale Netz, wie sie die Republikaner im März 1995 als Gesetzesvorlage in das Repräsentantenhaus einbrachten. Unter anderem sollte ledigen minderjährigen Müttern künftig die Sozialhilfe verweigert werden. Vor allem aber der Plan, durch Einsparungen im Sozialbereich Steuerentlastungen für Besserverdienende und Unternehmen zu ermöglichen, stieß auf Unwillen in der Bevölkerung.

Bedeutungsverlust

der "Moderaten"

Im (ebenfalls von Republikanern dominierten) Senat hatte sich zunächst Widerstand gegen die rigiden Sparpläne des Repräsentantenhauses geregt. Während der Kongreßentwurf von Gingrichs Finanzexperten John Kasich bei Medicare und Medicaid (der medizinischen Grund- und Altersversorgung) sowie bei anderen Sozialprogrammen bis zum Jahr 2002 insgesamt fast 600 Milliarden US-Dollar einsparen wollte, beliefen sich die Kürzungen im Senatsentwurf auf "nur" 541 Milliarden.

Die meisten moderateren Republikaner, die zum größten Teil aus dem Nordosten der USA stammen, favorisieren den Senatsführer Robert (Bob) Dole als Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei. Der hatte sich noch Anfang des Jahres gegen Steuererleichterungen für Besserverdienende gewandt, um das Haushaltsdefizit nicht zu vergrößern. Obwohl der Senat die Kürzungspläne des Repräsentantenhauses etwas abmildern konnte, vermochten es die Moderaten immer weniger, eigene Akzente zu setzen. Im Gegenteil: Dole opponierte nicht gegen die Gingrich-Radikalkur, sondern erklärte bereits im Sommer, auch er werde gegen Steuererhöhungen kämpfen.

Dieser Schwenk nach rechts ist dadurch zu erklären, daß Dole derzeit zwar der aussichtsreichste, aber nicht der einzige Präsidentschaftskandidat der Republikaner ist (die Vorwahlen der Partei beginnen im Februar 1996). Weil potentielle moderate Kandidaten wie der ehemalige General Colin Powell sich nicht bewerben, fordern nun nur noch stramm rechte Konkurrenten wie Pat Buchanan oder Phil Gramm Dole heraus. Deswegen versucht Dole, durch seinen Rechtsruck das konservative Klientel an sich zu binden.

Wie sozial sind

die Demokraten?

Clintons Regierung kann sich auf eine bislang erfolgreiche Entschuldungspolitik berufen. Immerhin gelang es ihr, das von den Republikanern Reagan und Bush "geerbte" Defizit seit 1992 um rund 100 Milliarden US-Dollar zu reduzieren. Aber auch der demokratische Präsident erreichte die Einsparungen nur mit tiefen Kürzungen der Sozialprogramme. Clintons Einschnitte ins soziale Netz fielen lediglich weniger tief aus, als die des Gingrich-Plans.

Clinton konnte sich in den vergangenen Wochen medienwirksam als "Mann der Mitte", als Sachwalter der Benachteiligten und der Mittelschichten profilieren. Dies heißt aber noch nicht, daß die Demokraten einen sozialdemokratischen Kurs eingeschlagen hätten. Ob der Sozialbonus, den Clinton in der bisherigen

Haushalts-Kontroverse verbuchen konnte, ausreichen wird, um ihm im November 1996 die Wiederwahl zu sichern, bleibt fraglich. Denn mit der Vorgabe, das Haushaltsdefizit bis 2002 auszugleichen, hat sich die Regierung nun selbst unter Druck gesetzt.

Björn Aust, Berlin

26. Rassismus, Islamismus, Terrorismus und die Politik des französischen Staates

Autor: Bernhard Schmid, Paris · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:07

Einen Riesenerfolg im Kampf gegen den "islamischen Terrorismus" hatte Frankreichs Innenminister Debré zu vermelden. Am 29. September war Khaled Kelkal bei Lyon durch die Polizei erschossen und sein Freund Karim Koussa verletzt festgenommen worden. Kelkals Fingerabdrücke prangten auf der Gasflasche, mit der am 26. August ein Bombenanschlag auf den Hochgeschwindigkeitszug TGV zwischen Paris und Lyon versucht worden war. Debrè glaubte nun den Terrorismus ein für alle mal mit der Wurzel - in Gestalt der Person Khaled Kelkal - ausgerissen zu haben. Den Spott der Presse hervorrufend, beeilte sich der Innenminister, der "Gruppe Kelkal" sämtliche Attentate dieses Sommers zuzuschreiben; in einer Karikatur der "Libération" erklärt Debré, als scharfer Hund mit den toten Kelkal zwischen den Zähnen dargestellt, man habe nun auch Beweise dafür, "daß Kelkal in seiner Jugend am Verbrechen im Orientexpress beteiligt war". Über die Ursachen der Anschläge brauchte man sich so keine Gedanken mehr zu machen. Schon wenig später wurde diese trügerische Gewißheit erschüttert. Am 6. Oktober explodierte in einem Kleine-Leute-Viertel in Paris, nahe der Metrostation "Maison Blanche" (vermutlich eine Anspielung auf die Ortschaft Maison Blanche, in deren Nähe Kelkal erschossen wurde), eine weitere Bombe.

Nach diesem Anschlag tauchte plötzlich ein Interview auf, das der Soziologe und Politologe Dietmar Loch von der Universität Bielefeld vor mehr als drei Jahren in einer Vorstadt von Lyon, Vaulx-en-Velin, mit einem damals 21jährigen gebürtigen Algerier geführt hat. Der Wissenschaftler verbrachte, als Mitglied einer interdisziplinären Forschungsgruppe zum Thema "multi-ethnische Konflikte", ein ganzes Jahr in Lyon und der Vorstadt Vaulx-en-Velin. Er teilte dort das Leben der jungen Leute überwiegend nordafrikanischer Herkunft und studierte vor Ort die französische "Integrations"politik und die Konflikte zwischen dieser Bevölkerungsgruppe und anderen Teilen der Bevölkerung, aber auch mit Behörden und Institutionen.

Lochs Gesprächspartner in dem nun veröffentlichten Interview ist - wie es der Zufall so will - Khaled Kelkal. Die Familie Kelkal bestätigt die Echtheit dieses Dokuments, welches auf drei vollen Seiten in der Tageszeitung "Le Monde" publiziert wurde. So läßt sich heute einiges darüber sagen, wer dieser junge Mann - gestorben im Alter von 24 Jahren - war, was sein Leben ausmachte und welche Motivationen ihn antrieben.

Geboren 1971 in Mostaganem (Algerien) als viertes von insgesamt zehn Kindern, kommt Khaled Kelkal als Zweijähriger nach Frankreich, wo sein Vater bereits seit 1969 arbeitet. Er wächst in Vaulx-en-Velin auf, einer Vorstadt in jener Zone, die man als Banlieue bezeichnet. Diese "Bannmeilen" um die Großstädte (Paris, Lyon) zeichnen sich in Frankreich durch eine spezifische Problematik aus: In einer Gesellschaft, die noch bis in die 70er Jahre hinein eine starke Landflucht und Abwanderung in die Städte erlebt und deren Metropolen, bedingt auch durch den starken Zentralismus, in einem mit Großstädten der "Dritten Welt" vergleichbaren Ausmaß anschwellen, legt sich ein Armutsgürtel rund um die Zentren. Im Zuge einer starken Einwanderung aus den (ehemaligen) Kolonien siedelt sich an vielen Orten in den Banlieues eine überwiegend "farbige" Bevölkerung an, welche die sich hier zusammenballende Unterschicht bildet.

Als wirklich guter Schüler kommt Khaled zunächst auf ein College, wo er sich außerordentlich wohl fühlt - er erzählt von dem Spaß, den er zusammen mit seinen Mitschülern hatte. Später, auf dem Gymnasium, erlebt er, was für einen Unterschied es macht, ob jemand aus der Stadt oder aus der Banlieue kommt: "In meiner Klasse, auf dem Gymnasium, gab es nur Reiche." Außerdem gibt es da einen weiteren Unterschied, der Bedeutung erlangt: "Sie hatten niemals in ihrer Klasse einen Araber gesehen, wie sie sagten: Offen gesagt, du bist der einzige Araber... Sie hatten es leichter, unter sich zu diskutieren..." Erster in der Klasse in Naturwissenschaften, mit großem Interesse für Biologie und Chemie, bewirbt er sich am Ende der dritten Klasse vor dem Abitur für weiterführende Schulen: "Da war ein Mädchen, die war in meiner Klasse und hatte dieselben Fächer gewählt. Sie war weniger gut als ich, sie war Französin. Sie haben sie genommen, mich haben sie nicht genommen. Schon da, da fing es an mich kaputtzumachen..."

Auf dem Gymnasium, diesen Satz wiederholt Khaled Kelkal immer wieder im Verlauf des langen Gespräches, "habe ich meinen Platz nicht gefunden". Gegen den Rat seiner Eltern, die eine sichere Zukunft für ihn wollen, bricht er das Gymnasium ab: "Ich hatte die Möglichkeiten, die Fähigkeiten... Aber ich konnte (ihnen) nicht

sagen: ‚Ich will nicht mehr aufs Gymnasium gehen`. Also konnte ich nicht über meine wirklichen Probleme sprechen..." Mit seinen Freunden, mit denen er herumstreift, begeht er Einbruchdiebstähle und (klein)kriminelle Taten und macht Erfahrungen mit der französischen Justiz und mit dem Gefängnis. "Offen gesagt, als Araber, die Justiz liebt uns nicht. Da waren zwei Kerle, die bei einem Einbruch geschnappt wurden, ein Araber und ein Franzose. Beide waren nie zuvor verurteilt worden. Der Franzose ist reingegangen, hat die Frau geschlagen, hat ihr alles geklaut. ... Der Araber wollte gerade in das Haus eindringen (als sie ihn schnappten). Der Richter hat gesagt, der Franzose würde zwei Monate kriegen, und der Araber - er hat nicht mal die Tür aufgebrochen - er hat 18 Monate gekriegt."

In der Zelle sitzt Kelkal ein Jahr lang zusammen mit einem anderen Araber. Von ihm lernt er erstmals richtig die arabische Sprache - lesen und schreiben innerhalb einer Woche - und kehrt zur muslimischen Religion zurück, die zu praktizieren er als Jugendlicher aufgehört hatte. Im Gefängnis leihen sie sich alle drei oder vier Tage Kassetten aus "mit großen Gelehrten des Islam". Während Kelkal ansonsten von seinem anfänglichen Interesse für die Politik, auch von "dem System, dem Geld, dem Wirtschaftssystem" spricht, werden seine Gedanken an dieser Stelle des Interviews obskur: "Einer der größten Professoren für Astronomie in Japan hat bezeugt, daß der Koran die Stimme Gottes ist. Der größte Gelehrte der NASA hat es ebenfalls bezeugt..." Der Schiismus Khomeneis im Iran sei nicht der richtige Weg, denn dies sei nicht die richtige Konfession, und außerdem "wurde der Schiismus von einem Juden geschaffen... (Die Juden) hatten Angst zu sterben, also haben sie sich eine Sekte geschaffen, den Schiismus, um sich integrieren zu können... Die Schiiten sind keine Muslime..."

Khaled Kelkal äußert in dem Interview, er habe große Lust, "Frankreich ganz zu verlassen, für immer, zu mir nach Hause zu gehen, nach Algerien." Ein Traum, den schon manche hatten, berichten die Jugendlichen von Vaulx-en-Velin gegenüber "Le Monde", doch jeder sei zurückgekehrt. Kelkal beschreibt in dem Interview den Islam als seine Gemeinschaft, die ihm Halt verleihe, grenzt sich jedoch auch von jenen Arabern ab, die nach seinen Worten "offen rassistisch sind gegenüber den Franzosen, die ihnen sogar den Tod wünschen... Wenn jetzt der Franzose Muslim wird, ist er so wie ich ... Ob du Asiate bist, schwarz, rot, wenn du Muslim bist, sind wir alle Brüder."

Zwischen diesen Worten und den Anschlägen, die - unter mutmaßlicher Beteilung Khaled Kelkals - die gewöhnliche französische Zivilbevölkerung als Opfer anvisierten, liegen knapp drei Jahre. Nach dem Tod Khaled Kelkals wird sich vielleicht nie mehr klären lassen, was ihn zu dieser Radikalisierung seiner Ideen und Taten getrieben hat: der bodenlose soziale Abstieg nach seinem vielversprechenden Beginn? Die Verschärfung des Bürgerkriegs und des Fundamentalismus in Algerien, der Einfluß der Extremisten der GIA, deren Videokassetten heute in den Banlieues den Gebrauch von Waffen und Bomben lehren? Auf alle Fälle stimmt, was "Le Monde" in seinem Editorial ausführt: ein Dokument, "das uns wie in einem Spiegel das Bild unserer Städte zurücksendet... Beunruhigend auch, weil es zeigt, wie ein junger Beur (Arabischstämmiger) auf dem Wege der Integration, guter Schüler und erfolgverheißend, in die Gewalt und Hoffnungslosigkeit stürzt, Opfer des gewöhnlichen Rassismus."

Bernhard Schmid, Paris

27. Antisemitismus - Erscheinungsformen und Erklärungsversuche. Zum Lesen empfohlen: drei neue Bücher

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:24

Antisemitismus-Report 1995

Seit 1992 veröffentlicht das Londoner Institute of Jewish Affairs alljährlich seinen Antisemitism World Report. In diesem Jahr ist das American Jewish Committee erstmals Mitherausgeber. Der Bericht notiert antisemitische Tendenzen bis hin zur gewalttätigen Judenverfolgung. Sein Umfang hat sich in drei Jahren mehr als verdoppelt, 62 Länder sind mittlerweile erfaßt. Das Fehlen eines Landes bedeute nicht, daß es dort keinen Antisemitismus gebe, heißt es im Vorwort. Andererseits sei die Länge eines Länderabschnitts nicht notwendigerweise ein Maßstab für die antisemitische Gefahr: "Die Länge einer Eintragung spiegelt in gewissem Umfang die Menge der verfügbaren Daten wider".

Die einzelnen Länder werden nach maximal 20 Stichworten untersucht: u.a. antisemitische Organisationen und Publikationen, antisemitische Aktionen und Gewalttaten, religiöser Antisemitismus, Leugnung des Holocaust, Antisemitismus im Kulturleben und bei "etablierten" Politikern, Philosemitismus, Meinungsumfragen und Prozesse, aber auch Aktivitäten gegen den Antisemitismus.

Die Eintragungen in diesen Rubriken sind notwendigerweise knapp gehalten. Der Abschnitt über Deutschland umfaßt immerhin 13 Seiten, auf denen wesentliche antisemitische Taten und Reden des Jahres 1994 zusammengetragen sind. Was auch vom politisch gut informierten Publikum viel zu schnell vergessen wird, erscheint hier fast auf einen Blick: Schönhubers Ausfälle gegen Ignatz Bubis, der Deckert-Prozeß, die Biermann-Hrdlicka-Affäre, der Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck - alles Ereignisse des Jahres 1994. Über Zuordnung und Gewichtung läßt sich im Einzelfall streiten. Unter mainstream politics (Antisemitismus bei den Etablierten) erscheinen nicht nur Hrdlicka (als Täter) und Biermann (als Opfer), sondern auch Gysi und Heym, deren "Status" unklar bleibt. Der - "als Bestandteil eines öffentlichen Streits" - im öffentlichen Leben sichtbar gewordene Antisemitismus habe "prominente Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus involviert", heißt es dazu in der Einführung reichlich nebulös.

Die Gesamteinschätzung im Länderbericht Deutschland ist widersprüchlich: "Antisemitismus bleibt ein beunruhigendes Phänomen für die deutsche Gesellschaft, aber trotz des Anstiegs der Vorkommnisse (um 40% gegenüber 1993; Anm. ak) hat sich die Gesamtsituation nicht verschlechtert; tatsächlich gibt es auch Zeichen der Besserung in einigen Bereichen." Ähnlich fällt auch das Urteil zum Antisemitismus in der Welt aus. Die schwersten antijüdischen Gewalttaten gab es in Buenos Aires, London und Lübeck. Gleichwohl sind diese Terrorakte - insbesondere was Argentinien angeht - nicht ohne weiteres Indizien für eine besondere Verbreitung und Virulenz des Antisemitismus in den jeweiligen Gesellschaften. Zwischen dem "Problem der Sicherheit jüdischer Institutionen" und dem "Problem des Antisemitismus" müsse unterschieden werden, schreiben die AutorInnen.

Fragwürdig erscheint mir allerdings der Umkehrschluß, daß die "offizielle" Ächtung des Antisemitismus die "Unbelehrbaren" verstärkt zu antisemitischen Anschlägen provoziere: "Die Tatsache, daß das Niveau antisemitischer Vorkommnisse nicht sinkt, mag wohl Resultat des Erfolges der meisten Gesellschaften sein, öffentliche Äußerungen des Antisemitismus auszugrenzen; damit werden entschiedene Antisemiten marginalisiert." Ein gewisses Maß an Gewalttaten und Terrorismus seien der Preis für diese offizielle Ächtung des Antisemitismus, finden die Herausgeber.

Zu den besonders besorgniserregenden Erscheinungen des Jahres 1994 zählen sie das Anwachsen des militanten islamistischen Antisemitismus; die Regierungsbeteiligung der Neofaschisten in Italien; die Anschläge in Argentinien, Deutschland, Rußland und Großbritannien. Als besonders gefährliche Organisationen werden genannt: die türkische Refah-Partei, antisemitische Regierungsparteien in der Slowakei und Rumänien, die afro-amerikanische Nation of Islam in den USA. Zwei besonders wirksame "Werkzeuge" im Kampf gegen den

Antisemitismus nennt die Studie ebenfalls: Spielbergs weltweit erfolgreichen Film "Schindlers Liste" und die in vielen Ländern gezeigte Anne-Frank-Ausstellung.

Der Antisemitism World Report ist als Nachschlagewerk über aktuelle Äußerungen und Erscheinungsformen des Antisemitismus unentbehrlich. Theoretische Erklärungen kann und will er nicht geben. Daß hier und da fragwürdige Bewertungen in die Schilderung der Ereignisse einfließen, schmälert seinen Gebrauchswert nicht wesentlich.

Antisemitism World Report 1995, 282 Seiten, 12,25 Pfund; zu beziehen beim Institute of Jewish Affairs, 79 Wimpole Street, London W1M 7DD, United Kingdom

Bilder der

Judenfeindschaft

Als "Wegweiser in das verwirrte Denken" der Antisemiten verstehen Julius H. Schoeps und Joachim Schlör das von ihnen herausgegebene Buch über antisemitische "Vorurteile und Mythen". Aus der Erkenntnis, daß der Antisemitismus nicht das Problem der Juden, sondern das der Antisemiten ist, formulieren sie ihre Untersuchungsmethode: "Der Versuch, antisemitische Stereotype darzustellen und zu analysieren, erfordert zunächst einmal die Bereitschaft, die ‚innere Logik` der antisemitischen Denkungsart nachzuvollziehen, ja, sie, falls möglich: zu verstehen", schreiben sie in der Einleitung und fügen hinzu: "Das hat mit Einverständnis nichts zu tun."

Auf zwei einführende Texte über "die Sprache der Judenfeindschaft" und "die antijüdische Darstellung" folgen 24 "Bilder der Judenfeindschaft", antijüdische Stereotypen, die in unterschiedlichen Variationen teilweise schon seit Jahrhunderten existieren. Das geht vom christlichen Kollektivschuldvorwurf, die Juden seien das Volk der "Gottesmörder", über Legenden von "Ritualmord" und "Blutopfer", die "jüdische Weltverschwörung", Hetze gegen jüdische "Drückeberger", "Wucherer", "Kapitalisten" und "Kommunisten" bis hin zum 24. Bild, das besonders herausgehoben wird: "Die ‚Auschwitz-Lüge`".

Dieser Aufsatz, geschrieben von Heiner Lichtenstein, rekapituliert nicht nur die wesentlichen Versuche, den Mord an den europäischen Juden zu leugnen. Er denkt auch den Ansatz derjenigen zu Ende, die Auschwitz nicht leugnen, sondern "nur" neu interpretieren. Wenn Ernst Nolte, einer der Protagonisten des Historikerstreits, die Juden und ihre angebliche "Kriegserklärung an Deutschland" für Auschwitz verantwortlich macht, dann, so Lichtenstein, "liegt in der antisemitischen Denkweise der nächste Gedanke nahe: Zuerst verschuldeten die Juden selbst ihre Ermordung (...), dann wollten sie dafür entschädigt werden (...) Kann man sich angesichts dessen noch wundern, daß viele Leute die Juden nicht leiden können?"

Lichtensteins Aufsatz - und damit auch das Buch - endet mit einem optimistischen Ausblick: Die Anstrengungen "vieler junger Deutscher", die Erinnerung an die Shoah lebendig zu halten, könnte "dazu beitragen, den Leugnern der historischen Wahrheit ... noch das letzte verführerische ‚Argument` zu nehmen." Die auf den 300 Seiten des Buches zusammengetragenen Befunde widersprechen dieser Hoffnung. Aus der Aneinanderreihung antisemitischer Bilder wird eines deutlich: Der Antisemitismus ist wandlungsfähig und gegen rationale Argumente weitgehend resistent. Insbesondere die christlich geprägten Gesellschaften tragen hier ein gräßliches Erbe, das noch so viele Initiativen für christlich-jüdischen Dialog nicht aus der Welt schaffen können. So richtig es ist, die traditionelle Judenfeindschaft vom modernen Antisemitismus zu unterscheiden: Der christliche Antijudaismus bereitete den Verfechtern eines weltanschaulichen, um den Anschein der "Wissenschaftlichkeit" bemühten Antisemitismus den Weg.

Nun wäre es verfehlt, nur auf den Balken im Auge der anderen zu zeigen, und den Splitter im eigenen Auge zu verdecken: Linke, denen christliche Anwandlungen fremd sind, werden in dem Buch auch auf üble Traditionen der sozialistischen Bewegung gestoßen. Avraham Barkai zitiert sozialdemokratische Parteiführer, die glaubten, daß "die Judenhetze doch einen hohen Grad sozialer Unzufriedenheit dokumentiert (...), der schließlich uns zugute kommen wird." Zwar stammt dieses Zitat aus dem Jahre 1881; Barkai kommt aber - mit Recht - zu dem Schluß, daß "die stereotype Gleichsetzung des Judentums mit dem Geldwesen und aller Juden als eigennützige Kapitalisten ... die Ideologie und Politik der Arbeiterbewegung bis ins zwanzigste Jahrhundert beeinflußte." In der DDR, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei kam es noch in den 50er Jahre zu staatlich gelenkten antijüdischen Kampagnen.

Der Aufsatz zu diesem Thema (23. Bild: "Der Israeli") ist allerdings erschreckend schwach. In seinem Haß auf die DDR und das "realsozialistische Lager" versteigt sich der Autor, Nachum Orland, zu einem Plädoyer für einen "aufgeklärte(n) Nationalismus" als dem "beste(n) Weg ..., um den Ungeist des Faschismus zu überwinden." Viele andere Länder der Welt, "und vor allem die BRD", seien daher "ihrem Wesen nach antifaschistisch" - eine extravagante These, mit der der Autor zumindest das Thema verfehlt.

Während die Herausgeber hier redigierend hätten eingreifen können, sind andere Schwächen des Buches in Kauf zu nehmen: Wegen der Kürze der Beiträge sind Oberflächlichkeiten unvermeidlich. Die Darstellung von 24 Variationen antisemitischer Stereotypen hilft nicht nur die Anpassungsfähigkeit des Antisemitismus an sich verändernde Realitäten begreifen. Sie soll nach dem Willen der Herausgeber auch der antirassistischen Praxis im neuen Deutschland dienen: "Erkenntnisse über das Wesen des Antisemitismus und Strategien, ihn zu bekämpfen, können nutzbar gemacht werden, wenn es darum geht, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen."

Julius H. Schoeps und Joachim Schlör (Hrsg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München und Zürich (Piper) 1995, 310 Seiten, DM 48,-

Antisemitismus

und Gesellschaft

Während sich in dem eben besprochenen Band die einzelnen Beiträge zu einem Gesamtbild des Antisemitismus verdichten, ist der innere Zusammenhang der von Michael Werz herausgegebenen Aufsatzsammlung zum Thema "Antisemitismus und Gesellschaft" nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Arbeiten "zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt" (so der Untertitel) sind in diesem Buch zusammengefaßt, mit dem auch in die aktuelle politische Diskussion eingegriffen werden soll. In Abgrenzung zum "Shoah-Business" der Kulturindustrie will Werz vor allem "jene gesellschaftlichen Bedingungen" sichtbar machen, "die die nationalsozialistische Vernichtungspraxis erst ermöglichten". Auch wendet er sich gegen die "schleichende, gelegentlich gar offene Rehabilitation der Prinzipien ethnischer Homogenität" und setzt "das zynische Schweigen zum Krieg in Bosnien und die oft bedingungslose Redseligkeit über den ‚Holocaust`" miteinander in Beziehung. Das bedeute "keineswegs, wie häufig mißverstanden, eine qualitative Gleichheit der bezeichneten Geschehen".

Insbesondere die theoretischen Beiträge des Buches sind lesenswert. Detlev Claussen schreibt über die "Banalisierung des Bösen" in den Produktionen der Kulturindustrie. Deren Erfolg liege "in ihrer befreienden Wirkung für den Konsumenten". Entgegen den Redensarten von Auschwitz als dem "Unbegreiflichen" und der verbreiteten Ansicht, der Antisemitismus sei eine "anthropologische, religiöse oder nationalkulturelle Invariante", stellt Claussen die Frage nach der "Gesellschaft, die Auschwitz möglich machte und die antisemitische Vorstellungen auch nach Auschwitz immer wieder hervorbringt."

Moishe Postone diskutiert den Zusammenhang von Antisemitismus und Kapitalismus. Für ihn ist es kein Zufall, daß der moderne Antisemitismus sich herausbildete, als der liberale Kapitalismus zum organisierten industriellen Kapitalismus wurde: "Der moderne Antisemitismus besteht in der Biologisierung des Kapitalismus ... als internationales Judentum". Dabei wurden die Juden "nicht bloß als Repräsentanten des Kapitals angesehen (...), sie wurden vielmehr zu Personifikationen der unfaßbaren, zerstörerischen, unendlich mächtigen, internationalen Herrschaft des Kapitals". Auschwitz schließlich "war eine Fabrik ‚zur Vernichtung des Werts`, das heißt zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten."

Zygmunt Baumann arbeitet den "Nutzen" des Antisemitismus für den Antisemiten heraus. Seit dem Mittelalter dienten die Juden als "Schuttplatz (...), auf dem alle Ambivalenz des Universums abgeladen werden konnte, so daß die Identität der christlichen Welt aus einem Block und in Frieden mit sich selbst bestehen konnte." Heute, wo die bisher von den Nationalstaaten gestifteten "großen Identitäten" brüchig werden, könnte der Antisemitismus den gleichen Zweck erfüllen: "Die Postmoderne hat die Erfolgsaussichten antisemitischer Staatspolitik in weite Ferne gerückt, aber sie reduziert den volkstümlichen do it yourself-Antisemitismus zu einem der vielen Schlachtfelder, auf denen die kollektiven Möchtegern-Identitäten ihre Feuertaufe bestehen."

Im zweiten Teil des Buches geht es weniger um theoretische Erklärungsversuche als um aktuelle politische Auseinandersetzungen. Bemerkenswert ist hier vor allem der Aufsatz "Geschichte, Angst und Ideologie" von

Mosche Zuckermann, der sich kritisch mit der Funktion des Holocaust-Gedenkens für die israelische Gesellschaft auseinandersetzt. Enttäuschend ist Michael Lerners Beitrag über "Amerikanische Linke und Antisemitismus". Lerner bietet kaum Fakten und versucht sich statt dessen an einem großen Wurf linker Strategie. Die von Lerner als "fortschrittliche Sinnpolitik" bezeichnete Quadratur des Kreises wäre, so behauptet er, nicht nur "der effektivste Weg, Antisemitismus zu bekämpfen"; sie würde auch die Linke wieder zu einer "lebensfähigen politischen Kraft" machen.

Michael Werz (Hrsg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt; Frankfurt am Main (Verlag Neue Kritik) 1995, 173 Seiten, DM 28,-

Js.

28. Raubkapitalismus und Nazidiktatur. Hamburger "Standortpolitik" zwischen 1933 und 1945, 2. Teil

Hamburger "Standortpolitik" zwischen 1933 und 1945 (2. Teil) - von Karl Heinz Roth

Autor: Karl Heinz Roth · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:05

Der folgende Artikel ist die für ak bearbeitete Fassung eines Vortrags, den der Arzt und Historiker Karl Heinz Roth am 21. Oktober auf einer Tagung in Hamburg gehalten hat. Das Thema der Konferenz hieß "Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im ‚Dritten Reich`". Veranstaltet wurde sie von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Zusammenarbeit mit der GAL-Bürgerschaftsfraktion und Umdenken e.V. Der erste Teil des Artikels ist in ak 384 erschienen.

4. Hamburgs Wirtschaftseliten: Machtpolitik und Strukturen der "Firma Hamburg"

4.1. Vom Generationswechsel 1932/33 zur Wachablösung 1940/41

Bis 1940 hatten die Honoratioren und die junge Garde der NS-Unternehmer dominiert. Sie hatten sich auf nationaler wie auf regionaler Ebene auf eine Konzeption des "Durchhaltens" eingerichtet und sich Schachts "Neuem Plan" taktisch angepaßt, ohne ihre strategischen Optionen zu ändern.

Nicht alle hatten Erfolg damit. Zum Beispiel verlor Carl Vincent Krogmann zunehmend an wirtschaftspolitischem Einfluß auf Reichsebene, nachdem er im Mai 1936 letztmalig auf einer Beiratssitzung des Rohstoff- und Devisenstabs den Autarkiekurs der Reichsspitze kritisiert hatte. Statt dessen profilierte sich Krogmann zunehmend als oberster Hamburger Verwaltungschef und koordinierte weiterhin das Zusammenspiel zwischen den wirtschaftspolitischen Sonderbehörden des Reichsstatthalters und der "selbstverwalteten" Wirtschaft.

An die Stelle der Überlebensstrategen traten seit Kriegsbeginn zunehmend Depressionsgewinnler, die nun den "Wirtschaftsplan Hamburg" konkret in die Tat umsetzten oder sich von den Versuchen einer langfristigen und binnenmarktorientierten Vollbeschäftigungspolitik für den Standort Hamburg distanzierten.

Repräsentativ für diese neue Schicht ist beispielsweise der ehemalige Marineoffizier und Freikorpskämpfer John T. Essberger. Essberger war 1934 zum "Führer der Seeschiffahrt" ernannt worden. Seit 1942 wirkte er als Geschäftsführer des Reichskommissars für die Seeschiffahrt. Zugleich sicherte er sich eine persönliche Nachkriegsoption, als er unter der Regie des Reemtsma-Konzerns die Afrika-Linien übernahm. Max Peperkorn dagegen, Träger des goldenen Parteiabzeichens der NSDAP und Mitinhaber des Handelshauses van Dissel, Rode & Co. Nachfolger, schaltete sein Unternehmen 1941 endgültig von den Kolonialplanungen zur Ostexpansion um und wirkte als Leiter des Sonderdezernats "Einsatz in den besetzten Gebieten" der Handels- bzw. Gauwirtschaftskammer. Aus dem Behördenbereich kann die Karriere Wolfgang Essens als typisch gelten. Essen stieg 1939 aus dem Amt für Wirtschaftsförderung und Vierjahresplan aus. 1941 wurde er Vorstandsvorsitzender der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften. 1942 schuf er sich als Mittelmeer-Bevollmächtigter des Reichskommissars für die Seeschiffahrt die Voraussetzungen für seine unternehmerische Nachkriegskarriere.

Am deutlichsten wurde die Wachablösung im Sommer 1941. Damals kam es zu einem Machtkonflikt zwischen Emil Helfferich, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Hapag und der grauen Eminenz des Umbruchs von 1932/33, und Philipp F. Reemtsma. Es ging um die Reprivatisierung der Hapag und des in Bremen ansässigen Norddeutschen Lloyd. Das Helfferich-Konsortium für den reprivatisierten Hapag-Lloyd-Konzern zog im September 1941 endgültig den Kürzeren. Helfferich verabschiedete sich danach aus der hamburgischen Standortpolitik und betätigte sich bis zum Kriegsende vor allem als Verwalter des Standard Oil-Konzerns im NS-besetzten Europa.

4.2. Die Handelskammer

wird zum Machtzentrum

In den Vorkriegsjahren 1934 bis 1939 gab es eine Koexistenz der Selbstverwaltungsgremien der Wirtschaft mit den Sonderbeauftragten Kaufmanns und den rasch aufeinander folgenden Sonderbehörden der Wirtschaftsverwaltung. Letztere höhlten in dieser Zeit die traditionelle Staatsverwaltung, nicht aber die Selbstverwaltungsinstrumente der Wirtschaft aus. Nach dieser Periode des Status quo war die Handelskammer (seit Anfang 1943 Gauwirtschaftskammer) unangefochtenes Machtzentrum der "Firma Hamburg"; Reichsstatthalter Kaufmann verstand sich seit etwa 1938 als ihr profiliertester politischer Lobbyist. Hier konzentrierte sich seither die Planungs- und Entscheidungskompetenz für die Verwaltung der ökonomischen Misere, der Nachkriegsutopien und ihrer raubkapitalistischen Verbindungsbrücke.

Das Amt des Gauwirtschaftsberaters blieb als nachgeordnetes Begutachtungs- und Propagandainstrument bedeutsam. Die staatlichen Sonderbehörden verschwanden teilweise oder existierten als Lobbyisten gegenüber der Reichsbürokratie weiter. Teile der Behörden wurden zu Stützpunkten hanseatischer Interessen in den Besatzungsverwaltungen oder als hoheitlicher Schirm für die Durchsetzung der Hamburger Reederinteressen ausgebaut (Reichskommissar für die Seeschiffahrt).

Der Standort Hamburg profilierte sich während der NS-Zeit immer mehr als eine Diktatur der zentralen Kapitalfraktion (Großhandel, Reeder, Handelsbanken und verbündete Depressionsgewinnler, die eine Diversifikation zum integrierten Handels-, Transport- und Industriekonzern anstrebten). Dies ist paradox, denn im Kern handelte es sich um eine Koalition der Depressionsgeschädigten mit einigen erfolgreichen Spekulanten; die Rüstungsindustriellen als Motoren der regionalen Vollbeschäftigungspolitik gelangten zu keinem Zeitpunkt in die entscheidenden wirtschaftspolitischen Schlüsselpositionen.

4.3. Verflechtung zwischen

Entscheidungsträgern und

Durchführungsinstanzen

Zum regionalen Entscheidungszentrum avancierten mehr und mehr die Gremien und Sonderausschüsse der Handelskammer. In den ersten NS-Jahren organisierten sie das Überleben der Depressionssektoren und kanalisierten die binnenmarktorientierten Initiativen zur Industrieansiedlung (nur außenhandels- und transportrelevante Industriezweige bzw. Unternehmen zur Veredlung importierter Rohstoffe am Standort). Im "Wirtschaftsplan Hamburg 1940" wurde ihr Triumph festgeschrieben. Ihre Vormachtstellung konnte auch dann nicht erschüttert werden, als die von Rudolf Blohm geleitete Industrieabteilung der Gauwirtschaftskammer nach dem Feuersturm von Ende Juli/Anfang August 1943 in einer Atmosphäre der völligen Desorganisation das Heft in die Hand nahm und die "Industrieblocks" gründete.

Das zeigte sich vor allem gegen Kriegsende: Die Gauwirtschaftskammer mobilisierte zusammen mit den inzwischen nach Hamburg ausgewichenen wirtschaftspolitischen Zentralbehörden alle Exponenten der Wirtschaft und des regionalen NSDAP-Apparats sowie der Wehrmachtsteile, um die Stadt fünf Tage vor Kriegsende an die Briten zu übergeben und den Vormarsch der Roten Armee an der Ostseeküste zu stoppen. Dazu noch weiter unten.

Die in der jüngsten Forschungsliteratur besonders in den Vordergrund gerückten Planer waren mit den unternehmerischen Entscheidungsträgern außerordentlich eng assoziiert. Es waren keine ideologisch indifferenten Technokraten, wie Götz Aly und Susanne Heim noch kürzlich annahmen, sondern glühende Exponenten der NS-Bewegung. Einen herausragenden organisatorischen Kern bildeten die "Syndikerbesprechungen" der Handelskammer, und von hier aus wurde im Rahmen diverser Arbeitsgemeinschaften für Hafenplanung, Handelspolitik und Industrieanalyse jeweils die wissenschaftliche und empirische Kompetenz aus den regionalen Forschungseinrichtungen (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Institut, Landesplanungsgemeinschaft und Universitätsseminare) abgerufen. Hinzu kamen informelle machtpolitische Planungsverbindungen mit verschiedenen überregional aktiven SS-Institutionen, vor allem der Volksdeutschen Mittelstelle; mit zentralen NSDAP-Einrichtungen, wie sie sich beispielsweise aus der "Patenschaft" mit Litzmannstadt ergaben; mit der Auslands-Organisation der NSDAP und nicht zuletzt mit Hamburger Lobbyisten in den Besatzungsverwaltungen. Eine ähnliche Nähe bestand auch zu den durchführenden Instanzen, die oft personalidentisch waren.

Diese enge Verzahnung von unternehmerischen Entscheidungsträgern, Vordenkern und Vollstreckern war auch für die Einflußnahme auf die einschlägigen Strukturen auf Reichsebene charakteristisch. In den Außenhandelsabteilungen der Reichs- und Wirtschaftsgruppen sowie der Reichs- und Prüfungsstellen fochten die Hamburger Exponenten des Handelskapitals erbitterte Positionskämpfe mit den Repräsentanten der industriellen Großunternehmen aus. Das gleiche galt für das Reichswirtschaftsministerium. Eberhard von Jagwitz, der in Hamburg weiter residierende Gauwirtschaftsberater der NSDAP-Auslandsorganisation, und Gustav Schlotterer leiteten die Handelsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums. Schlotterer arrangierte seit 1940 als Generalreferent des Reichswirtschaftsministeriums für "Vorbereitung und Ordnung" des europäischen Wirtschaftsraums die Abstimmung und Koordination mit dem Hamburger Wirtschaftsplan 1940.

Noch intensiver wurden die Verflechtungen mit den zentralen Arbeitsstäben im Kontext der seit dem Herbst 1943 einsetzenden Nachkriegsplanungen. Hamburger Wirtschaftsexponenten waren im Arbeitskreis für Außenwirtschaftsfragen beim Reichswirtschaftsministerium und im Europakreis des Planungsamts des Rüstungsministeriums vertreten, und die behördliche Zuarbeit wurde zu erheblichen Teilen von Syndici bzw. Referenten der Hamburger Gauwirtschaftskammer geleistet, die nach Berlin delegiert worden waren. Das wichtigste Beispiel ist Werner Bosch, der Ende 1943 im Planungsamt des Rüstungsministeriums die Leitung der Abteilung für "Querschnittsfragen" übernahm und die "Wissenschaftliche Beratungsstelle" aufbaute, das am besten informierte wirtschaftspolitische Informationszentrum in der Schlußphase der NS-Diktatur.

4.4. Korruption als Schmiermittel

der "Firma Hamburg"

Die Verbindungskette zwischen depressionsbedingtem An-der-Wand-Stehen, raubkapitalistischer "Realpolitik" und hochfliegenden Nachkriegsutopien drohte oft zu reißen. Da ein struktureller Ausgleich zwischen den boomenden und den zusammengebrochenen Sektoren tabu war, und da andererseits die Hamburger Wirtschaftsdiktatur den regionalen NSDAP-Machtapparat einschließlich der Sicherheitspolizei zur Absicherung benötigte, bildete sich ein umfangreiches Korruptionssystem heraus, das mafiaartige Ausmaße annahm. Die Repräsentanten der "Firma Hamburg" waren eine verschworene Gemeinschaft, die alle inneren Widersprüche per cash anging, und noch mehr cash auf den Tisch blätterte, wenn sie sich um die Durchsetzung ihrer Interessen auf Reichsebene bemühte.

Dazu ein paar Beispiele. Bei "Arisierungen" wurde umfangreich an den NSDAP-Gau Hamburg gespendet. Auch erste Adressen waren vertreten, von Rothfos bis Brinckmann/Wirtz bei der "Arisierung" des Bankhauses Warburg. Die Hamburger Wirtschaft unterhielt ein umfangreiches Spendensystem, mit dem sie den SS-Oberabschnitt Nordwest bzw. Nordsee und - zur Ruhigstellung des kleinbürgerlich-plebejischen Flügels der NS-Bewegung - auch die SA bedachte. Ganze SA- bzw. SS- Abteilungen wurden seit dem Frühjahr 1933 ausgerüstet, unterhalten und durch Umschulungsmaßnahmen in die Wirtschaft reintegriert.

Auch die reichszentralen Hauptgönner in der Spitze der Vierjahresplanbehörde wurden mit umfangreichen Korruptionsaufwendungen bei Laune gehalten: Hermann Göring, dessen Stabsleiter Gritzbach und der Erste Staatssekretär Paul Körner wurden vom Staatsamt, den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften und Hamburger Einzelunternehmen dauerhaft und systematisch bestochen.

1937 zog Reichsstatthalter Kaufmann einen eigenen Korruptionsfonds auf, die "Hamburger Stiftung von 1937". Die Einnahmen stammten vor allem aus gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, von "Ariseuren" und von den Depressionsgewinnlern. Die Zahlungen gingen überwiegend an bedürftige NS-Parteigenossen und Untergliederungen, an Bombengeschädigte und an studentische Hilfseinrichtungen, aber auch an notleidende Übersee-Unternehmen, um ihnen den Übergang vom Kolonialgeschäft zur Ostexpansion zu erleichtern (van Dissel, Rode & Co.).

Unter der Obhut des Reichskommissars für die Seeschiffahrt etablierte sich eine systematische Sanierungskorruption zugunsten des Reedereikapitals.

4.5. Unternehmensentwicklungen

und Unternehmerkarrieren

Lebendig wird das bis hierher rekonstruierte Panorama der regionalen Wirtschaftspolitik erst dann, wenn wir es durch einen Blick auf einige repräsentative Hamburger Unternehmen ergänzen. Ich möchte vier Beispiele herausgreifen, die ich für typisch halte.

Erstens die Großreederei Hapag und Walter Hoffmann: 1931 war die Hapag genauso wie der in Bremen ansässige Norddeutsche Lloyd bankrott. Der Konkurs wurde 1931 durch eine stille Verstaatlichung verschleiert, erst 1934 wurde ein grundsätzliches Sanierungsprogramm verabschiedet. Ein Großteil der Linien wurde ausgegliedert und ausschließlich staatlich alimentiert (beispielsweise die Afrika-Linien und der besonders defizitär gewordene Nordatlantik-Dienst). Insgesamt belief sich die Reichsbeteiligung an der Hapag bis 1939 auf 105,7 Millionen RM, davon waren 65 Millionen verlorene Zuschüsse. Entsprechend still war es zunächst um Aufsichtsrat und Vorstand (Emil Helfferich, Walter Hoffmann als Finanzdirektor). Das änderte sich 1940/41, als der Reemtsma-Konzern im Rahmen der europäischen Großraumplanungen von Göring mit der Reprivatisierung des Hamburger und Bremer Reedereikapitals beauftragt und Helfferich ausgeschaltet wurde. Hoffmann profilierte sich an der Seite Reemtsmas als Hauptexponent des "Wirtschaftsplans Hamburg 1940" und avancierte danach zu einer reichsweit beachteten Größe. Er nahm seit 1942/43 an exponierter Stelle an den Debatten über die Konsolidierung der Clearingschulden und die handelspolitische Nachkriegsplanung teil. Als Schlüsselfigur Reemtsmas entwarf er 1941 ein ausgefeiltes Programm zur Integration der deutschen Handelsflotte in dessen Imperium.

Zweitens der Rüstungskonzern Blohm & Voß/Rudolf Blohm: Die Managementspitze des Blohm & Voß-Konzerns haderte ständig und erfolglos mit den Hamburger Wirtschaftsmagnaten, die 1940/41 zusätzlich zum Flugzeugbetrieb in Finkenwerder weitere Unternehmensteile aus dem Hafenzentrum wegverlagern wollten. Dazu kam es nicht, aber trotz der ungeheuren Ämter- und Funktionshäufung im gesamten Kriegsschiffbau, trotz enormer Rationalisierungsanstrengungen (Sektionsbauweise im U-Bootbau und bei der Produktion von Frachtschiffen) und ihrer für das Überleben der gesamten Hamburger Wirtschaft wichtigen Initiative vom Sommer 1943 (Industrieblocks) gewannen Rudolf Blohm und die von ihm geleitete Abteilung Industrie der Gauwirtschaftskammer keinen prägenden Einfluß auf die Entscheidungszentren der regionalen Standortpolitik. Der Blohm & Voß-Konzern geriet im Herbst 1944 als einziges Hamburger Rüstungsunternehmen unter die kommissarische Aufsicht des Rüstungsministeriums.

Drittens der Weltkonzern Reemtsma (Gebrüder Philipp F., Hermann F. und Alwin Reemtsma): Das Unternehmen der Gebrüder Reemtsma war in der Hyperinflationskrise und der großen Depression spektakulär zum führenden deutschen Zigarettenkonzern mit einem Marktanteil von mehr als zwei Drittel aufgestiegen. Die in Altona-Bahrenfeld ansässige Hauptverwaltung hatte den schleswig-holsteinischen Gauleiter Hinrich Lohse zum Intimfeind. Ihr strategischer Kopf Philipp F. Reemtsma wurde jedoch 1933/34 von Göring vor einem laufenden Steuerhinterziehungsverfahren geschützt, von Kaufmann nach der Eingemeindung Altonas sofort zum Ratsherrn ernannt und in den internen Beraterstab berufen. 1935 kam es zur Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft mit 120 Millionen RM Kapital; die jährlichen Gewinne vor Steuern näherten sich bis 1939 an dieses Kapital an (115 Millionen RM). Das war ein sagenhafter Reichtum, wie er auch in den profitabelsten Sektoren der Rüstungswirtschaft nicht erreicht wurde.

1938 gründete Philipp F. Reemtsma eine ihm allein unterstehende "Abteilung Vierjahresplan" und begann mit dem strategischen Aufkauf von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen, um einen integrierten Handels-, Transport- und Produktionskonzern aufzubauen, der eine Kombination des Profils von Unilever und Nestlé darstellte. 1938 erwarb er gegen eine Kaufsumme von 30 Millionen Reichsmark mit Andersen und Co. eine Fischerei- und Tiefkühlkette (nebenher auch das "Hamburger Tageblatt"). Er baute seine südosteuropäischen Niederlassungen aus. 1939 entstand die Südostholz Souchon KG mit Schwerpunkt in der Slowakei. 1939/40 etablierte der Reemtsma-Konzern Niederlassungen seiner Zigarettenfabriken in Bromberg, Danzig, Graudenz, Kattowitz, Litzmannstadt, Ostrowo, Posen und Thorn, wobei er sich erhebliche Teile der Zentrallager der beschlagnahmten polnischen Tabakregie aneignete. 1940/41 folgte im Zusammenspiel mit Hermann F. Reemtsma und John T. Essberger die Übernahme des deutschen Reedereikapitals (34 Millionen Reichsmark). 1942 brach Reemtsma aus dem unter "Feindvermögensverwaltung" stehenden Unilever-Konzern die "Nordsee"-Hochseefischerei AG heraus. Bei allen diesen Operationen sicherte der kommissarische Gauwirtschaftsberater Otto Wolff (wenn nötig, mit zusätzlicher Unterstützung durch Gauleiter Kaufmann) das politische Terrain und wurde als offizieller Halter der Reemtsma-Pakete mit Vorstands- bzw.

Aufsichtsratsfunktionen belohnt. Philipp F. Reemtsma mußte ständig darauf bedacht sein, daß ihm die regionalen Spitzenvertreter der politischen Macht nicht aus der Westentasche purzelten.

Strategisch durchdacht waren auch die Absicherungen gegenüber der SS und dem sicherheitspolizeilichen Apparat, die vom Reemtsma-Konzern seit spätestens März 1933 laufend alimentiert wurden. Dafür war im wesentlichen Alwin Reemtsma zuständig, seit 1936 Pressesprecher und Wirtschaftsberater des SS-Oberabschnitts Nordwest bzw. Nordsee und persönlicher Referent der Höheren SS-Polizeiführer Hans Adolf Prützmann sowie später von Bassewitz-Behr. Seit Juli 1941 war Alwin Reemtsma als wirtschaftspolitischer Berater Prützmanns in Riga tätig und wurde von Himmler persönlich wegen seiner Verdienste zum SS-Obersturmbannführer befördert. Im August 1942 folgte die Kommandierung als Wirtschaftsberater zum Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Süd (Prützmann), der dort unter Anwendung des Prinzips "Vernichtung durch Arbeit" den Schwarzmeerabschnitt der "Straße der SS" bauen ließ. Alwin Reemtsma hatte daneben noch Zeit genug, um die ins Stocken geratene Tabakpolitik der Wirtschaftsinspektion Süd des Wirtschaftsstabs Ost durch Privatisierung wieder flott zu machen und im Rahmen der Reemtsma-Tochter "Krim-Orient-Tabak GmbH" eine mehr als verdoppelte Ernte einzufahren.

Seit den Massenbombardierungen vom Sommer 1943 wirkte Alwin Reemtsma dann wieder in Hamburg. Er kommandierte die in den Hamburger Sicherungsverband eingegliederten Einheiten der Waffen-SS , was ihm im August die neuerliche persönliche Beförderung durch Himmler zum SS-Standartenführer einbrachte. Als Lageoffizier (Ic) des Höheren SS- und Polizeiführers Bassewitz-Behr, dessen Stab seit dem Herbst 1943 in ein Jagdhaus des Reemtsma-Konzerns in der Lüneburger Heide ausgelagert war, hatte Alwin Reemtsma entscheidenden Anteil an der sicherheitspolizeilichen Absicherung der Kapitulations- und Übergangsstrategie der regionalen Machthaber in den letzten Kriegsmonaten.

Viertens der Alfred-Toepfer-Konzern: Über die Aktivitäten des in der Depression und der NS-Diktatur zum Weltunternehmen herangewachsenen Toepfer-Konzerns war im Gegensatz zu Philipp F. Reemtsma (der wegen seines skrupellosen Umgangs mit der Verfügungsmasse des regionalen Depressionssektors in Hamburger Wirtschaftskreisen verhaßt war und sich 1948 einem spektakulären Prozeß unterziehen mußte) bislang nur das bekannt, was Toepfer selbst zu verlautbaren beliebte. Das liegt daran, daß hier eine klandestin "deregulierte" Unternehmensvariante im Spiel war, die die Außenhandelsbestimmungen der NS-Diktatur auf meisterhafte Weise unterlief (Abwertungsgewinne, Dreiecksgeschäfte usw.) und als Handelsunternehmen für Getreide und Futtermittel international organisiert war. Neben der Hamburger Zentrale gab es bis zur Internierung des dortigen Geschäftsführers im Jahr 1941 eine Niederlassung in New York, die für die Umgehung der reichsdeutschen Devisenrestriktionen von entscheidender Bedeutung war.

In dieses Doppel-Unternehmen hatte der ehemalige Freikorpskämpfer Alfred C. Toepfer seit 1930/31 eine Doppelstiftung eingebaut (die Johann-Wolfgang-Goethe-Stiftung in Basel und die in Hamburg ansässige Stiftung FVS zur Förderung des deutschen Volkstums in Europa), die vor allem die Intelligenzija der "volks- und grenzlanddeutschen" Irredenta (den "Anschluß" ans Reich anstrebende "Auslandsdeutsche"; Anm. ak) mit ihren Preisen bedachte und bis 1937 via New York und Basel mit freien Devisen versorgte. Diese Devisenmanipulationen und offensichtlich damit verquickte Handelsgeschäfte mit "arisch-volksdeutschen" Wirtschaftsorganisationen in Südosteuropa brachten Toepfer 1937 ein Ermittlungsverfahren und kurzfristige Inhaftierung ein. (Allein 1937 gab es seitens der Hamburger Devisenstelle etwa 70 Ermittlungsverfahren gegen Hamburger Handelshäuser, darunter die ersten Adressen). Nachdem Toepfer den Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle, SS-Gruppenführer Werner Lorenz, als Schirmherr seines Stiftungskonglomerats gewonnen hatte - Konrad Henlein, der "Führer" der sudetendeutschen Irredenta, war seit längerem Vorsitzender des FVS-Stiftungsrats -, wurde er vollständig rehabilitiert und überzog seine Kontrahenten seit 1939 mit einer Kette von Beleidigungsprozessen.

Während des Krieges ging es weiter aufwärts. Während Toepfer zwei Jahre lang das Wirtschaftsreferat der Wehrmacht-Abwehr in den Niederlanden und in Belgien/Nordfrankreich leitete, brachte er in Posen den Getreide- und Baustoffhandel unter seine Kontrolle. 1942 folgten unter der Protektion Walter Emmerichs entsprechende Niederlassungen für Baustoff- und Eisenhandel in Krakau, zu deren Finanzierung auch auf konfiszierte polnische Handelsunternehmen zurückgegriffen wurde. 1943 organisierte Toepfer dann von Paris aus geheime Kompensationsgeschäfte zur Beschaffung strategischer Legierungsrohstoffe aus Spanien und Portugal und löste die inzwischen auf die "Schwarzen Listen" der Alliierten geratenen geheimen behördlichen Beschaffungsunternehmen weitgehend ab. Im Verlauf des Jahrs 1944 arbeitete er eng mit Reemtsma, Bosch

und anderen Exponenten der "Firma Hamburg" im "Europakreis" des Rüstungsministeriums an den einschlägigen Nachkriegsplanungen, und in den letzten Kriegsmonaten wirkte er als kaufmännischer Organisator verschiedener Einsatzgruppen der "Organisation Todt", die beispielsweise im Protektorat Böhmen und Mähren für den Abtransport von Beute- und Plünderungsgütern ins Reich zuständig waren. Im Gegensatz zum Reemtsma-Archipel hat der Toepfer-Konzern die Zäsur des Jahrs 1945 glänzend überstanden, obwohl auch Toepfer zweieinhalb Jahre lang bei den Briten und dann bei der französischen Besatzungsmacht interniert war. Anfang der fünfziger Jahre inszenierte Toepfer von einer Münchner US-Dienststelle aus ein Wiedergutmachungsverfahren wegen seiner 1938 durch das Devisenverfahren erlittenen wirtschaftlichen Verluste.

5. Der Kampf ums Überleben und die Übergangskrise 1945/46

5.1. Vorbild Hamburg seit "Gomorrha"

Die im Umfeld der Massenbombardements vom Sommer 1943 und in der Schlußphase des Krieges in Hamburg praktizierte Katastrophenpolitik machte reichsweit Schule. Die Szenarien des "Groß-Katastrophen-Plans" vom Frühjahr 1943, der darauffolgenden Pläne ("S/SS-Plan") und vor allem die seit dem Herbst 1944 angelaufenen Vorbereitungen einer "Notwirtschaft" für den Fall einer militärischen Isolierung Hamburgs wurden von der Reichsgruppe Industrie und der Reichswirtschaftskammer reichsweit als Vorbild übernommen. Das gleiche gilt für das von der Industrieabteilung der Gauwirtschaftskammer als federführender Instanz aufgezogene System der "Industrieblocks", mit dem der gesamte regionale Apparat des Rüstungsministeriums und der Wirtschaftsverbände in die von der Industrieabteilung der Gauwirtschaftskammer "selbstverwaltete" Produktionsstruktur eingebaut wurde.

5.2. Die wirtschaftspolitischen

Hintergründe des 3. Mai 1945

Im März 1945 begann der Exodus der Berliner Zentralen der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik (Großbanken, Reichsbankleitstelle, Führungsstab Nord des Reichswirtschaftsministeriums, Spitze des Rüstungsministeriums) nach Hamburg als Flucht vor der Roten Armee. Dadurch erlangte der Standort Hamburg eine Schlüsselrolle bei den Weichenstellungen der nazistischen Führungseliten zum Nachkrieg.

In diesem Kontext sind die Bemühungen um eine vorzeitige norddeutsche Kapitulation mit den Westalliierten zu sehen. Der für Schweden zuständige Schiffahrtssachverständige Heinrich Riensberg verhandelte seit Anfang April 1945 mit den Gebrüdern Wallenberg von der Stockholmer Enskilda Bank: Die Sowjets sollten nicht nach Lübeck und Schleswig-Holstein vorrücken. Die vorzeitige Kapitulation Hamburgs wurde Churchill für den Augenblick in Aussicht gestellt, wo die britischen Panzerspitzen Lübeck erreicht hätten. Das war am 3. Mai 1945 der Fall, und tatsächlich kapitulierte Hamburg am 3. Mai vor den Briten.

Parallel dazu wirkte Gauwirtschaftsberater Otto Wolff seit Mitte April 1945 als norddeutscher Sonderbeauftragter Speers in einem Vorläufer des Flensburger Produktionsministeriums der späteren "Geschäftsführenden Reichsregierung Dönitz". Er sollte die Zerstörung von Wirtschaftssubstanz in Hamburg und Norddeutschland verhindern. Dabei hatten Alwin und Philipp F. Reemtsma als Sonderbeauftragte Speers bzw. Wolffs eine Schlüsselfunktion inne.

Die Leitung der Gauwirtschaftskammer betrieb währenddessen die Deklaration Hamburgs zur "offenen" Stadt. Präses Joachim de la Camp, der Vorstandsvorsitzende der Phoenix AG Albert Schäfer, die Reemtsmas und die Spitzenfunktionäre des Reedereikapitals erarbeiteten gemeinsam mit Kaufmann als dem wichtigsten Repräsentanten der regionalen politischen Macht einen vorbeugenden Aufstandsbekämpfungsplan, der sukzessive in die Tat umgesetzt wurde: Evakuierung der Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme und seiner wichtigsten Außenlager auf manövrierunfähige Schiffe des Reichskommissars für die Seeschiffahrt in der Lübecker Bucht, Abtransport der Zwangsarbeiter aus Hamburg und Internierung in den geräumten Außenkommandos des KZ Neuengamme, Aufstellung von Alarm-Einheiten der Polizei zur Sicherung der Schlüsselbetriebe bei gleichzeitigem Abzug aller militärischen und SS-Formationen aus Hamburg, Bildung von unternehmensloyalen "Stammbelegschaften" in den Schlüsselbetrieben.

Die Konzeption war erfolgreich, aber furchtbar vor allem für die evakuierten KZ-Häftlinge. Die Cap-Arcona-Katastrophe (britischer Fliegerangriff gegen die Schiffe "Cap-Arcona" und "Thielbek" am 3. Mai

1945 in der Lübecker Bucht, bei dem 8.000 Häftlinge ums Leben kamen; Anm. ak) haben die regionalen Wirtschaftsführer zusammen mit Kaufmann zu verantworten (teilweise aber auch die Kommandeure der Royal Air Force, die noch in den letzten Kriegstagen die Durchschlagskraft neuer Luft-Schiff-Raketen erproben wollten und die Aufklärung der Angriffsziele in der Lübecker Bucht entsprechend vernachlässigten).

Da das Vorgehen der Führer der "Firma Hamburg" jedoch die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung vor weiteren Kriegshandlungen bewahrte, konnte das in ihren Augen erfolgreiche Krisenmanagement sofort zur Verdrängung des inneren wie äußeren Charakters einer raubkapitalistisch-vernichterischen Sonderrolle der Hamburger Eliten innerhalb der NS-Diktatur benutzt werden. Wegen ihrer schon ganz durch die Obsessionen des Kalten Kriegs beherrschten Mentalitäten bestand dabei eine weitgehende Interessenidentität mit der britischen Besatzungsmacht, die zwar durchaus gegen einige besonders diskreditierte Vertreter der "Firma Hamburg" vorging, jedoch die entscheidenden strategischen Optionen stillschweigend deckte und einen entsprechenden "appeasement"-Frieden in die Wege leitete.

5.3. Die Fortschreibung der

Überlebensstrategien unter

Bürgermeister Rudolf Petersen

Die Kontinuität der regionalen Wirtschaftsinteressen wurde von dem ersten "ernannten" Senat unter Rudolf Petersen reibungslos gesichert. Petersen war der Wunschkandidat des hamburgischen Kaufmannskapitals und der Briten gleichermaßen. Der von ihm eingeschlagene Kurs wurde vom ersten gewählten Senat unter Bürgermeister Max Brauer fortgesetzt (Schiller-Plan für den vorrangigen Wiederaufbau des Hafens 1946, Pläne des Senats und des Hapag-Lloyd-Vorstandsvorsitzenden Walter Hoffmann zur Liquidierung der Kriegsschulden vom Herbst 1946, Fortschreibung des Generalbebauungsplans von 1944 in den Jahren 1946/47). Allerdings gab es in den ersten Nachkriegsmonaten ein bemerkenswertes Dilemma hinsichtlich der Wirtschaftspolitik in der britischen Zone: Da alle in Hamburg führenden Unternehmer und Wirtschaftsexperten unabhängig von der Frage des Parteibuchs engagierte Nazis gewesen waren, konnten keine Hamburger Unternehmer oder Handelskammer-Vertreter in den Wirtschaftsbeirat für die britische Zone delegiert werden. Dies war jedoch nur ein Schönheitsfehler, der die entscheidenden kontinuitätsorientierten Weichenstellungen nicht beeinträchtigte.

Zusammenfassung: Die Sonderrolle der "Firma Hamburg" in der NS-Diktatur

1. Das Zusammentreffen von Depression und Boom an einem geographisch und verwaltungspolitisch hoch konzentrierten Standort prägte alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Hamburger Führungseliten unter der NS-Diktatur. Die Führungs- und Funktionseliten der Krisensektoren waren Vorreiter der wirtschaftspolitischen Nazifizierung und rissen die Depressionsgewinnler mit sich. Sie wurden trotzdem 1934 mit ihrem Insistieren auf den Vorrang der Außenwirtschaft zurückgestutzt, paßten sich an und kompensierten ihre Lage mit einer Radikalisierung, die selbst die NS-Standards sprengte. Die tatsächlichen Strukturprobleme des Standorts Hamburg wurden ausgeklammert und in einem Doppelspiel von räuberischem Expansionismus und hochfliegenden Nachkriegsutopien überbrückt. Daraus resultierte eine spezifische Sonderrolle der Hamburger Wirtschaftspolitik, in der sich reichszentral entschiedene Zurücksetzungen und eindeutige Vorreiterfunktionen (vor allem seit dem Übergang zum Raubkrieg) miteinander vermengten. Insoweit läßt sich im Bereich der Wirtschaftspolitik die Hypothese einer durchgängigen Rolle Hamburgs als Mustergau der NS-Diktatur nicht aufrechterhalten, denn sie würde dem facettenreichen Bild der Sonderrolle gerade in Fragen der Wirtschafts- und Standortpolitik nicht gerecht.

2. Die rigorose innere Spar- und Ausgrenzungspolitik gegenüber der lohnabhängigen Bevölkerung und den stigmatisierten Minderheiten war eine Folge der strukturpolitischen Prioritätsentscheidungen, die im wesentlichen aus realitätsflüchtigen Kompensations- und Überbrückungsmechanismen bestanden. Während die Kernschichten (Hafen- und Werftarbeiter) teilweise zynisch-kompensatorisch ruhiggestellt wurden, kam es ausgehend von den haushaltspolitischen Weichenstellungen der Depressionsjahre gegen die regionale Massenarmut sehr schnell zu einer selbst gestrickten inneren Enteignungs- und Vernichtungspolitik, die reichszentrale Tendenzen oft vorwegnahm oder weiter verschärfte. In dieser Hinsicht ist die Mustergauhypothese zu erweitern: Die sich als "vorbildlich" für die gesamte NS-Diktatur verstehenden Hamburger Akteure von sozialer Ausgrenzung und Vernichtung (Martini, Ofterdinger und Steigertahl) planten

nicht in einem von ihnen selbst definierten Legitimationszusammenhang, sondern als Vollstrecker übergeordneter standortpolitischer Prioritätsentscheidungen, an denen sie selbst nicht beteiligt gewesen waren.

3. Es entstand ein Standort-Korpsgeist für die "Firma Hamburg", der die alten und neuen Machteliten zusammenschweißte. Dabei wandelten sich die politischen Herrschaftsträger vom Reichsstatthalter an abwärts nach gescheiterten Experimenten mit einer binnenmarktorientierten und krisenfesteren Industriepolitik zu Lobbyisten und Juniorpartnern "selbstverwalteter" Wirtschaftsinteressen. In der Gesamtbilanz trifft Franz Neumanns schon 1935 aufgezeichnete Feststellung zu, daß die wichtigste Funktion der durch das Kleinbürgertum getragenen politischen Diktatur darin bestand, im Dienst der Großbourgeoisie eine entfesselte Wirtschaftsdiktatur zu ermöglichen und möglichst irreversibel abzusichern. Dabei verbanden sich bei den politischen Machtträgern zügellose Unterdrückungs- und Ausgrenzungsstrategien mit einem ausgeprägten wirtschaftspolitischen Lobbyismus im Dienst der "Firma Hamburg". Es kann als bewiesen gelten, daß die politischen Machthaber der Region in wesentlichen Aspekten nach dem Scheitern eigenständiger standortpolitischer Konzepte zu Juniorpartnern der traditionellen wirtschaftlichen Führungsgruppen zurückgestutzt und auch von der reichszentralen NS-Führung mehr und mehr als kompromißlose wie einseitige Lobbyisten regionaler Wirtschaftsinteressen wahrgenommen wurden. Diese Komponente der Mustergauhypothese wird folglich im wirtschaftspolitischen Bereich entschieden bekräftigt.

4. Als Bindeglied zwischen Depression und Prosperitätsutopien wurde eine raubkapitalistische "Realpolitik" entworfen und in die Tat umgesetzt. Hierher gehören die seit 1930/31 reaktivierten und radikalisierten Kolonialstrategien sowie der Zugriff auf die wirtschaftliche "Entjudung" des Standorts und dann ganz NS-Europas. Nach dem Scheitern der Kolonialstrategien erfolgte ein breiter Einstieg der notleidenden Sektoren und Unternehmen sowie der Depressionsgewinnler in den überwiegend handels- und transportkapitalistischen Raubzug in den besetzten Gebieten. Auf diese Weise entstand eine besondere Nähe zu den Massenvernichtungen in Europa. Hier sehe ich die folgenreichste Konsequenz jener strategischen Optionen, die die Führungsgruppen der Hamburger Regional- und Wirtschaftspolitik als Antwort auf die große Depression entworfen hatten und im Verlauf der NS-Diktatur in einem Prozeß der "kumulativen Radikalisierung" (Hans Mommsen) immer wieder bekräftigten und verschärften.

Das Wüten "ganz normaler Männer"

Kürzlich hat Christopher Browning mit einer Studie über die Beteiligung eines Hamburger Polizei-Reservebataillons an der Judenvernichtung im Generalgouvernement großes Aufsehen erregt. Browning konnte sich das Wüten dieser "ganz normalen Männer" nicht erklären und bemühte sich um sozialanthropologische und sozialpsychologische Deutungen. Ich habe die Akten der Hamburger Justiz, die Browning benutzte, noch nicht einsehen können, aber mir drängen sich folgende Fragen auf:

- Entstammten diese "ganz normalen Männer" vielleicht überwiegend dem notleidenden Hamburger Handelssektor (vor allem die kleinen Angestellten des Reserve-Bataillons)?

- Agierten sie nicht in einem Gebiet, in dem vor allem Hamburger Handelsfirmen bei der "Entjudung" und der wirtschaftspolitischen Germanisierung eines Schlüsselsektors des "Generalgouvernements" führend waren?

- Hat das Reserve-Polizeibataillon nicht nur die Bewohner jüdischer Gettos ermordet, sondern parallel dazu oder danach auch an den blutigen "Ernte-Erfassungsaktionen" mitgewirkt, für deren Durchführung und "Erfolg" vor allem Hamburger Handelsfirmen verantwortlich zeichneten?

Es stellt sich die Frage, ob die Hamburger Polizei-Reservisten nicht auch in diesem Kontext von Hamburger Raubzügen wahrgenommen werden müssen und ob sie nicht auch in dem Bewußtsein handelten, mit ihren Mordtaten - so entsetzlich es klingt - einen Beitrag für die Sicherung ihrer beruflichen Karrieren im Rahmen des Wiederaufstiegs des "Standorts Hamburg" zu leisten, der ihre moralischen Skrupel abtötete. Bevor wir zur Erklärung auf die Aggressionsthesen der Milgram-Studie und andere jenseits der Geschichtsforschung liegende Erklärungsmuster zurückgreifen, sollten wir diese zutiefst historischen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftspolitik und Massenvernichtungen zumindest in Erwägung ziehen. Was Browning untersuchte, geschah in einem Aktionszentrum Hamburger handelspolitischer Raubzüge. Die Ereignisse im "Generalgouvernement" sind nur eines von vielen Beispielen für die unsäglichen Schandtaten, die Hamburger Unternehmer und Wirtschaftspolitiker im Dienst ihrer Überlebens- und Nachkriegsstrategien begingen. Das

entscheidende Motiv für ihre Bereitschaft zum umfassenden "Zivilisationsbruch" war die seit 1930/31 anhaltende Strukturkrise des Standorts Hamburg, die historisch einmalige Dimensionen angenommen und sie zu gravierenden wie verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen veranlaßt hatte.

Es ist Zeit, daß wir uns der "ganzen Wahrheit" (Klaus von Dohnanyi) stellen. Einen zumindest nicht unwichtigen Schlüssel zu dieser Wahrheit liefert - daran zweifle ich inzwischen nicht mehr, denn ich weiß die Evidenz der Quellen auf der Seite dieser Erkenntnis - die historisch-kritische Analyse der "Firma Hamburg" während der NS-Zeit.

Eine ausführliche wissenschaftliche Fassung des Vortrags (mit Anmerkungsapparat) erscheint 1996 in einem Tagungsband, zu beziehen bei der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Postfach 306232, 20328 Hamburg; Tel. 040/437232, Fax: 040/4392228

29. Hamburg im Dritten Reich. Eine Tagung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts

Autor: Clara Merz · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:10

Am 21. und 22. Oktober veranstaltete die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts zusammen mit der Bürgerschaftsfraktion der Hamburger GAL und dem Bildungswerk umdenken e.V. eine wissenschaftliche Tagung über Hamburg in der NS-Zeit. Die bisherige Forschung sollte bewertet, Forschungslücken sollten geschlossen, zumindest aber aufgezeigt werden.

Die Tagung war somit auch ein Rückblick auf etwa 15 Jahre engagierte NS-Forschung in Hamburg, die allerdings nicht von der historischen Zunft ausgegangen war. Eine breite Kultur des Erinnerns hat sich inzwischen etabliert: Stadtteilarchive und Geschichtswerkstätten haben schriftliche und mündliche Zeugnisse zur Rekonstruktion der NS-Geschichte ihrer unmittelbaren Lebenswelten gesammelt. Initiativgruppen, Vereine und ad hoc-Projekte wurden gegründet und gingen je nach ihrem Schwerpunkt auf Wanderschaft durch die lokalen Archive. Familiennachlässe wurden durchforstet und letzte Überlebende einer so lange verdrängten Ära interviewt. Hand in Hand damit gingen politisch-historische Kampagnen, die auch aktuelle Ziele anstrebten.

Machtstrukturen

in Wirtschaft und Politik

Im ersten Workshop, der unter dem Titel "Machtstrukturen in Wirtschaft und Politik" stand, referierten - unter der Moderation des Wirtschaftshistorikers Dietrich Eichholtz - Thomas Krause über die soziale Basis der NSDAP in Hamburg und ihre Wählerschaft, Manfred Asendorf über den Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann und Karl Heinz Roth über Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Krause zeichnete den Weg der NSDAP von einer Sekte zur Massenpartei nach, die sich bis 1933 trotz punktueller Einbrüche in das proletarische Milieu weitgehend auf kleine Angestellte und Selbständige gestützt hat. Er wandte sich - bezogen auf Hamburg - gegen die in letzter Zeit aufkommende These vom "Volkspartei"-Charakter der NSDAP.

Asendorf setzte sich mit der Kaufmann-Legende auseinander, wonach der Hamburger Gauleiter die Stadt gegen Kriegsende vor der vollständigen Zerstörung bewahrt und im übrigen sowieso ein eher mildes Regime geführt habe. Kernstück dieser Legende ist ein angeblicher Disput zwischen Hitler und Kaufmann am 3. April 1945 in der Reichskanzlei. Bei diesem soll - so die Legende - Kaufmann Hitler beschworen haben, zum Schutz der Zivilbevölkerung Hamburg nicht verteidigen zu lassen. Hitler habe ihn daraufhin scharf gerügt und als "Reichsverteidigungskommissar Nordküste" abgesetzt. Asendorf konnte nachweisen, daß dieses Gespräch nie stattgefunden hat.

Nach wie vor, so wurde festgestellt, fehlt es jedoch an einem Überblick über die entscheidenden Säulen und Strukturen des regionalen Herrschaftsapparats und seiner Eliten. Wir wissen noch viel zu wenig über den Wirtschaftssektor, um die bisherigen Forschungsergebnisse in ihre machtpolitischen Rahmenbedingungen einordnen zu können.

Karl Heinz Roth nahm sich dieser bedeutsamen Forschungslücke in einem großen Überblickbeitrag an: Hamburg war von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen. Als Zentrum des deutschen Außenhandels, der überseeisch orientierten Transportunternehmen und eines ganz auf den Hafen zugeschnittenen Industriesektors und Gewerbes war der Standort Hamburg wie nie zuvor in der Wirtschaftsgeschichte zur Disposition gestellt. Handel und Transport erlitten Umsatzeinbußen zwischen 30 und 60 Prozent und erholten sich von diesem Einbruch auch in den 30er Jahren nicht. In der NS-Zeit war die Stadt von einem gespaltenen Wirtschaftszyklus gekennzeichnet. So gab es Boom-Sektoren wie die Werften und einige wenige Großunternehmen, die von der Aufrüstung profitiert haben, während die Bereiche Handel und Schiffahrt weiter krisengeschüttelt blieben.

Die alte Garde der Hamburger Kaufleute und Reeder unterstützte früh die Nazis, wohl in der Hoffnung auf ein nationales Exportförderprogramm. Die nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen, für die der Schachtsche "Neue Plan" und der darauffolgende Vierjahresplan stehen, lehnte sie aus wirtschaftlichem Eigeninteresse vehement ab. Statt dessen versuchte sie im "Wirtschaftsplan Hamburg 1940" die spezifischen regionalen Wirtschafts- und Hamburger Standortinteressen an die reichsweiten Realitäten anzupassen: Hamburg sollte zu einem "Welthafenstandort" werden - eine Zielsetzung, die sich ab 1938, so Roth, nur noch mit Gewalt realisieren ließ. Dazu zählten koloniale Forderungen vor allem in Afrika, um an strategisch wichtige Rohstoffe und Plantagenprodukte zu kommen; die Syndiker der Hamburger Handelskammer bereiteten vorauseilend und im Eigeninteresse die "Entjudung" der Wirtschaft vor; und schließlich profitierten sie ganz konkret von den Überfällen der deutschen Wehrmacht und den Besatzungsregimes in ganz Europa: Lobbyisten der Hamburger Wirtschaft saßen als Vertreter der "Firma Hamburg" in allen Besatzungsbehörden. Es sei Zeit, schloß Roth, daß wir uns der "ganzen Wahrheit" stellen und nun endlich - 50 Jahre danach - auch die Rolle der Hamburger Wirtschaftselite zur Kenntnis nehmen.

Die Verfolgung der Juden

Im zweiten Workshop, der von Kurt Pätzold morderiert wurde, gab Ulrich Bauche einen Überblick über die Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung in Hamburg. Sein Vortrag war besonders eindrucksvoll, weil er immer wieder auf das Schicksal seiner eigenen Familie zu sprechen kam. Ebenso persönlich war der Vortrag von Wilfried Weinke, der das Leben des Hamburger Rechtsanwalts und ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneten Max Eichholtz im Detail nachzeichnete: eine Persönlichkeit, die Ausstrahlung hatte und Mut bewies. Minutiös gingen Angela Schwarz und Gabi Ferk auf die bislang nur in groben Zügen bekannten Maßnahmen zur Enteignung und Ghettoisierung der Hamburger Juden ein. Anhand der jetzt endlich zugänglichen Akten des Oberfinanzpräsidenten rekonstruierte Ferk die Funktionsweise der Vermögensverwertungsstelle und den bürokratischen Ablauf der "Arisierungen". Sie zeichnete Schritt für Schritt nach, wie das Vermögen der Hamburger Juden erst erfaßt wurde und wie diese dann ihres Vermögens beraubt wurden. Schwarz beschrieb, wie die Hamburger Juden in den sogenannten Judenhäusern, von denen es insgesamt 80 gab, zwangsweise zusammengefaßt und in den frei gewordenen Wohnungen dann deutsche Familien und inbesondere Ausgebombte untergebracht wurden. Nach dieser Ghettoisierung folgte dann ab Oktober 1941 die Deportation der Hamburg Juden.

Das Janusgesicht

der Sozialplanung

Der Workshop "Das Janusgesicht der Sozialplanung", von der Professorin für Medizinsoziologie Heidrun Kaupen-Haas moderiert, behandelte neben Fragen der Stadtplanung und Wohnungspolitik vor allem die Gesundheits- und Sozialpolitik. Nach Berlin war Hamburg die zweite Stadt, die die Nazis nach ihren Plänen umgestalten wollten. Die Städteplanerin Elke Pahl-Weber ging ausführlich auf die bevölkerungspolitischen Implikationen der damaligen Stadtplanung und den Versuch ein, die als "rote Hochburgen" geltenden Stadtteile durch regelrechte Umsiedlungen zu zerstören. In einem wichtigen Beitrag analysierte der Historiker Karl-Christian Führer, wie die Wohnraumbewirtschaftung bereits unter Brüning zugunsten eines freien Wohnungsmarkts aufgegeben wurde. Die "Wohnungsbau-Wende" von 1933, die vor allem den Vermietern Vorteile brachte, war einzigartig im Reich und wurde erst mit der extremen Wohnraumverknappung nach der Zerstörung Hamburgs wieder aufgegeben. Die Ärztin Christiane Rothmaler gab dann einen informativen Überblick über die Gesundheits- und Sozialpolitik in Hamburg, die inzwischen breit erforscht ist, und der Psychologe Michael Wunder ging abschließend ausführlich und kenntnisreich auf die beiden Phasen der Anstaltstötungen ein.

Repression und Gewalt

Unter der Leitung des Rechtsanwalts Heinrich Senfft wurden in einem weiteren Workshop Aspekte der Justiz und des Polizeiapparats erörtert. Im Mai 1942 führte der Hamburger Oberlandesgerichtspräsident Dr. Curt Rothenberger die "Vor- und Nachschauen" in Hamburg ein: Zur "Steuerung der Rechtsprechung" sollten sich die Vorsitzenden der Sondergerichte zu wöchentlichen Besprechungen mit der Staatsanwaltschaft zusammenfinden, um die gerade ergangenen Urteile und die zur Entscheidung anstehenden Fälle zu zu diskutieren und auszuhandeln. Nach Gunther Schmitz ist die Bedeutung der Vor- und Nachschauen bisher

sehr überschätzt worden. Die Justizlenkung fand auf viel subtilere Weise als in großen Besprechungen statt, deren Inhalt auch nicht geheim bleiben konnte. Die Rothenbergschen Vor- und Nachschauen waren keineswegs originell: Auch heute werden insbesondere größere Fälle - vor allem Steuer-Strafsachen - durch Kontakte der Staatsanwaltschaft mit dem Gerichtsvorsitzenden vorbesprochen und quasi ausgehandelt.

Ludwig Eiber, der ehemalige Leiter der Gedenkstätte Neuengamme, referierte über "Polizei und Gestapo", wies aber auf die Forschungsschwierigkeiten hin: Die Hamburger Gestapo-Akten sind während des Krieges teils verbrannt, teils vor Kriegsende vernichtet worden. Da Hamburg neben Berlin das Zentrum der Arbeiterbewegung war, die Nazis bis 1933 aber eine Außenseiterpartei waren, stand zunächst die Frage, ob es die Nazis 1933 schaffen würden. Die Hauptaufgabe bestand wie in keiner anderen Stadt außer Berlin in der raschen Zerschlagung der KPD. Wegen dieses Vorrangs schonte die Gestapo die Sozialdemokraten bis 1934. Wolfgang Kopitzsch berichtete über die Hamburger Polizeibataillone und davon, daß im ganzen Reich 60.000 Landespolizeibeamte in die Wehrmacht übernommen und deren 3.000 Offiziere sofort befördert wurden. 1936 wurde die Polizei neu aufgebaut - damals schon mit SS-Leuten. 1938 wurden etwa 1.000 Hamburger Polizeibeamte bei der Besetzung Österreichs eingesetzt, aber bald wieder zurückgezogen, da man dort nicht auf Widerstand, sondern auf Jubel gestoßen war. Anschließend wurden diese Polizisten im Sudetenland und 1939 in der Tschechoslowakei verwendet und bei Kriegsbeginn nach Polen geschickt, Ende 1939 / Anfang 1940 aber zurückgeholt und umorganisiert, Reserve-Polizei-Bataillone gebildet, Beamte aber auch in die SS überführt. Ein Hamburger Bataillon wurde zur Judenvernichtung nach Lublin geschickt: "Aktion Reinhard". Kopitzsch legte großen Wert auf die Feststellung, daß nicht ein einziger Fall bekannt geworden sei, in dem ein Beamter, der nicht morden wollte, irgendwelche Nachteile zu erleiden hatte.

Das Lagersystem

und seine Profiteure

Das "KZ-Lagersystem und seine Profiteure" war ein weiterer Schwerpunkt der Tagung. Hermann Kaienburg, ein ausgewiesener Kenner der Geschichte des KZ Neuengamme, stellte die wirtschaftliche Bedeutung des Konzentrationslagers vor den Toren Hamburgs dar, und wie die SS mit der Errichtung eines modernen Klinkerwerkes anläßlich der Neubaupläne für Hamburg versuchte, mehr ökonomisches Gewicht zu gewinnen. Ulrike Jureit beschrieb die innere Struktur der Häftlingsgesellschaft und betonte, wie unerläßlich für die Rekonstruktion der individuellen Lebenswelt von KZ-Häftlingen die "Oral History-Methode" sei. So hätten unter Frauen persönliche Freundschaften entscheidend zur Gruppenbildung beigetragen, während innerhalb der männlichen Häftlingsgesellschaft sich Solidargemeinschaften eher über politische und nationale Gemeinsamkeiten gebildet hätten.

In den beiden letzten Beiträgen wurde der Blick dann auf die Profiteure gelenkt. Stefan Romey wies am Beispiel der Produktion von Gasmasken im Dräger-Werk Wandsbeck nach, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Steigerung der Rüstungsproduktion und der Rekrutierung von KZ-Häftlingsarbeiterinnen bestand. Die Vorbereitungen auf einen möglichen Gaskrieg haben den Dräger-Werken riesige Aufträge eingebracht. Über 500 KZ-Häftlinge, meist Frauen aus Polen, Rußland und der Ukraine, hatten ab Juni 1944 in Wandsbek unter schlimmsten Bedingungen Zwangsarbeit geleistet. Abschließend ging Angelika Ebbinghaus auf die Firmengeschichte von Tesch & Stabenow ein. Diese Hamburger Gesellschaft war seit den 20er Jahren auf den Vertrieb und die Anwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln spezialisiert. Als Vertreibergesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung, die das Monopol für das hochgiftige Zyklon B besaß, belieferte sie vor allem die Wehrmacht, die SS und die Konzentrationslager mit Entwesungsmitteln. Tesch & Stabenow lieferte aber auch das Zyklon B, das in Auschwitz zur Ermordung von Millionen von Menschen eingesetzt wurde. Der Firmeninhaber Bruno Tesch und sein Geschäftsführer Weinbacher wurden von den Briten im März 1946 im Hamburger Curiohaus wegen Kriegsverbrechen angeklagt, für schuldig befunden und hingerichtet.

Vom Proletariat

zum Arbeitertum?

Ein weiterer Workshop setzte sich unter Leitung des niederländischen Arbeiterhistorikers Marcel van der Linden mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung auseinander. Während die

NS-Arbeiterpolitik in Hamburg inzwischen gut erforscht ist, bestehen immer noch Unsicherheiten darüber, wie die arbeitende Bevölkerung sich gegenüber dem Regime verhalten hat.

Tobias Mulot berichtete, wie die Arbeiterinnen und Arbeiter über die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) und die Deutsche Arbeitsfront (DAF) politisch eingebunden werden sollten, und Klaus Weinhauer untersuchte am Beispiel der der für die Hafenarbeit typischen Konflikte um die Arbeitsvermittlung und Schichteinteilung den status quo zwischen Regime und Hafenarbeitern. Ludwig Eiber ging schließlich am Beispiel der Werft Blohm & Voß auf Formen und Grenzen von Arbeiteropposition unter den spezifischen Bedingungen des Nationalsozialismus ein. Er plädierte dabei für einen weitgefaßten Begriff von Opposition, der den vom Regime gesetzten engen Rahmen mitreflektierte. So seien auf der Werft die DAF-Funktionsträger durch die Mehrheit der Arbeiter abgelehnt worden, und ab 1938 habe sich die oppositionelle Haltung unter den Arbeitern verstärkt, die jedoch nicht in konkrete, politische Aktion umgeschlagen sei. Eiber begründete dies vor allem mit der allgegenwärtigen Repression und der Beobachtung, daß die Werftarbeiter mit einem Krieg, den das NS-Regime nicht überstehen würde, gerechnet hätten. Dieser Auffassung wurde allerdings lebhaft widersprochen.

Seit Beginn des Kriegs wurden immer mehr ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen, so Friederike Littmann, von Hamburger Unternehmern eingestellt, da deutsche Arbeitskräfte Mangelware waren. Die Bombardierungen Hamburgs führten zu weiteren, einschneidenden betrieblichen Veränderungen: Viele deutsche und ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter sind angesichts der Bombardements nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehrt. Das Regime, das panische Angst vor Aufständen hatte, verschärfte vor allem die Unterdrückung gegenüber den ausländischen Arbeitern. Die Zahl von Erschießungen, Todesurteilen und öffentlichen Hinrichtungen nahm bis zum Ende des Kriegs drastisch zu.

Facetten des Alltags

Unter der Moderation des Historikers Axel Schildt wurden zum Teil unbekannte Facetten des damaligen Alltags beleuchtet. Michael Grüttner beschrieb den Alltag auf dem Campus und kam zu dem Schluß, daß die Professoren und Studenten in ihrer Mehrheit trotz anfänglicher Begeisterung für die neuen Machthaber spätestens mit Kriegsbeginn auf Distanz zu den Nazis gingen. Sehr lebendig beschrieb der New Yorker Historiker John C. Fout den Alltag von Schwulen, der sich allerdings für Arme und Reiche drastisch unterschied. Anhand bislang unausgewerteter Akten der Strafjustiz hat Fout einen sehr genauen Einblick in das Verfolgungsschicksal der Homosexuellen in Hamburg gewonnen. Opfer der Verfolgung waren vor allem Arbeiter. Regelmäßig verhörte die Polizei die "Stricher", die häufig - wie aus den Akten hervorgeht - ihre "Freier" verrieten. Fout hat auch eine Geographie des Sex in Hamburg erstellt, in die er alle von Schwulen und Lesben frequentierten Lokale und Plätze notiert hat.

Eine ebenfalls unbekannte Facette des Alltags wurde von Christiane Rothmaler vorgestellt: Aus den unterschiedlichsten Gründen haben Frauen immer wieder Deserteure versteckt und unterstützt; wenn sie oder die Männer erwischt wurden, wurden beide bestraft. Für die Frauen lag das Strafmaß zwischen vier Wochen und 18 Monaten, die Deserteure selbst wurden noch härter bestraft.

Eine ganz andere Perspektive nahm Rita Bake ein. Anhand von 50 Interviews ging sie der Frage der Traumatisierung von Müttern und Kindern im Bombenkrieg nach. Diese traumatischen Erlebnisse wirkten zum Teil bis heute fort, während politisch-historische Zusammenhänge die Erinnerung so gut wie nicht bestimmten.

Ein ebenfalls recht unbekanntes Kapitel ist die hohe Selbstmordrate von Soldaten in den letzten Kriegsjahren. Seit dem Krieg gegen die Sowjetunion nahmen Psychosen, Selbstverstümmelungen und Selbstmorde unter den Soldaten ein solches Ausmaß an, daß die militärische Führung sich veranlaßt sah zu reagieren. Selbsttötung galt als unsoldatisch, als Entfernen von der Truppe auf Dauer. Ein Suizidversuch wurde bestraft. Der Hamburger Psychiater Bürger Prinz, der auch beratender Wehrmachtspsychiater war, untersuchte in 150 Gutachten mögliche Ursachen für die Suizide der Soldaten des Wehrkreises X und entschied damit gleichzeitig über einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung seitens der Angehörigen.

Streitpunkt auf der Tagung war, inwieweit die bisherigen Forschungsergebnisse es gestatten, Hamburg eine Vorreiterrolle in der Entwicklung der NS-Diktatur insgesamt zuzuweisen. Konsens bestand jedoch darin, daß die Hypothese vom Mustergau Hamburg fruchtbar gewesen sei. Denn sie habe dazu beigetragen, den Mythos vom traditionsbewußt-liberalen Sonderweg Hamburgs während der NS-Diktatur ein für allemal zu zerstören,

und damit den politischen Freiraum für die Forschung und die vielen Projekte der vergangenen Jahre geschaffen.

Clara Merz

30. Der moderne Tantalos. Gegenwart und Zukunft eines neuen medizinischen Rohstoffs

Gegenwart und Zukunft eines neuen medizinischen Rohstoffs - von Erika Feyerabend

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:16

Tantalos war in der griechischen Mythologie Sohn des Zeus. Wegen seiner hohen Abstammung und seines Reichtums machten ihn die Götter zum vertrauten Freund. Er durfte anhören, was die Unsterblichen unter sich besprachen und an ihrer Tafel speisen. Doch sein eitler Menschengeist vermochte das überirdische Glück nicht zu tragen. Tantalos stahl die Himmelsspeise Ambrosia sowie den Himmelstrank Nektar und verteilte sodann den Raub unter seinen irdischen Genossen. Als die Götter der Vorgänge gewahr geworden waren, verdammten sie Tantalos in die Unterwelt, wo er ewigen Hunger und Durst zu erleiden hatte.

Ingrid Schneider beschäftigt sich in ihrem Buch "Föten - Der neue medizinische Rohstoff" mit einer modernen Variante des Tantalos. Die Rede ist von Transplantationsmedizinern, Hirnforschern und Reproduktionstechnikern, die nach technologisch fabrizierter Unsterblichkeit streben.

In der antiken Vorstellungswelt bescherte der Himmelstrank Nektar ausschließlich den Göttern Unsterblichkeit. Heute dient das Kürzel NECTAR als Emblem für die Zunft der Fötalgewebe"nutzer". NECTAR bedeutet in der modernen Welt "Netzwerk für europäische Hirntransplantation und Regeneration".

Vor fünf Jahren gründeten Wissenschaftler aus ganz Europa diesen Forschungsverbund. Auf dem Programm steht der medizinisch begründete Verbrauch von Föten, deren Gewebe und Organe in kranke und behinderte Menschen verpflanzt werden. Ingrid Schneider weist in ihrer Veröffentlichung nach, daß die Unsterblichkeitsphantasien naturwissenschaftlich ausgerichteter Medizin geschichtlich und aktuell handlungsleitend sind. Das Firmenschild der europäischen Wissenschaftler ist also durchaus programmatisch gemeint.

Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts forschten geschulte Männer an Keimdrüsen - Transplantationen, welche "stimulierend, potenzfördernd, wiederbelebend" und verjüngend seien. 1926 schrieb der Berliner Arzt Loeser zur "Wirkung der Eierstocksüberpflanzung": "die Uhr des Lebens (wird) zurückgestellt", "dem (...) alternden Gewebe des Organismus noch eine Zeitlang etwas von seiner erbbiologischen Unsterblichkeit" verliehen. Der Nobelpreisträger Thomas Murray schwärmte 1935 von dem "verlockendsten Objekt der Natur", und meinte die Leibesfrucht. Auch wenn verschiedenste Forschungsansätze im Laufe der Zeit verworfen wurden, die zum Fötus avancierte "Frucht der Frauen" ist mehr denn je Objekt wissenschaftlicher Begierde und Forscherphantasie. Zeitgenössischer Experten-Rede und Publikation ist zu entnehmen, daß "etwas magisches um diese fötalen Zellen (ist)", "ein nahezu universelles Ersatzteil", welches das Zeug zu einer "biologischen Revolution" besitze.

Von Mythen und Märkten

Man phantasiert nicht nur im medizinischen Raum, man handelt. Das Buch von Ingrid Schneider legt Zeugnis davon ab. Ihre durchgängig belegte Dokumentation ist in jeder Hinsicht atemberaubend. Die Autorin berichtet von gegenwärtigen und internationalen Forschungsprojekten. Die Vorgänge in der postsozialistischen Welt finden ebenso Berücksichtigung wie das Engagement US-amerikanischer, europäischer und deutscher Wissenschaftler. Beeindruckend ist das Buch vor allem auch, weil herausgearbeitet wird, wie sich Mythen und Heilungsvisionen mit durchaus gegenwärtigen und weltlichen Ambitionen - Forschungsgelder, Karrieren, Profiten - verknüpfen.

"Es ist wohl an der Zeit, die Biomedizin und ihre Heilungsversprechen zu entmystifizieren und als Markt zu benennen und zu begreifen. Der bioindustrielle Sektor - Kliniken, Forschungsanstalten, Privatfirmen - eignen sich Körpersubstanzen an. Zwischenhändler bereichern sich an der "Aufarbeitung" und Verteilung des fötalen Rohstoffs, der dem Frauenkörper wie eine "natürliche Ressource" enteignet wird. Die von den lebendigen Körpern getrennten Teile werden zum Bestanteil der Tauschökonomie. (...) Die Transplantationsmedizin (...) führt zur Ökonomisierung und Utilisierung des Leibes" schreibt Ingrid Schneider und hat viele Beweise für ihre erschreckende Analyse anzuführen.

Medizinische Kopfgeburten

Die Autorin entmystifiziert die Legendenbildung der Transplantationsmedizin und konfrontiert sie mit der harten Realität des Menschenexperiments.

Die Verpflanzung von fötalem Hirngewebe ist an 200 Patienten mit Parkinson - einer neurologischen Erkrankung, die mit schweren Bewegungseinschränkungen einhergeht - weltweit experimentell erprobt worden. Die Argumentationsschablonen, die solche Menschenversuche an Schwerstkranken legitimieren sollen, sind bekannt: "Leidvermeidung", "keine Alternativen", "Genesungsaussicht auch bei unheilbaren Erkrankungen" und "notwendige Forschungsfortschritte". Diese Schlagworte verbleiben nicht im wissenschaftlichen Raum. Journalistinnen und Journalisten vervielfältigen diese und so wird auch das Publikum - die Kranken, die Angehörigen, die potentiellen Kunden, mit anderen Worten wir alle - von Heilungsbehauptungen umstellt. Die Dynamik der internationalen Konkurrenz auf einem ebenso internationalen medizinischen Markt kann so unerkannt bleiben. Kurz nach den ersten Fötalgewebeexperimenten bei Parkinson-Patienten, gewagt von Ignacio Madrazo im medizinischen Zentrum La Raza/Mexiko City, wurden ähnliche Versuche aus Schweden, Großbritannien, USA und anderen Ländern gemeldet.

Von "Therapie" kann keine Rede sein, man forscht um Erkenntnisgewinn und Konkurrenzvorteil. "Erfolge" werden konstruiert, in die Medien gebracht, "Mißerfolge" und Konsequenzen, Schäden und Todesfolgen bei den Versuchspersonen verschwiegen. Man verweist auf "zukünftige Möglichkeiten". Die gegenwärtigen Opfer des prognostizierten Fortschritts bleiben unerwähnt.

Internationale Konkurrenz fördert die Zusammenarbeit. Diese Branche braucht "Rohstoffe", die in den Körpern von Frauen stecken, um forschen und gewinnen zu können. "Rohstoffgewinnung" wird, wie in anderen Bereichen der Weltwirtschaft, an "günstigen" Orten mit Standortvorteilen betrieben. Der Chirurg Robert Iacono vom kalifornischen Loma Linda Hospital fliegt mit seinen Patienten nach China, da dort "ausreichend fötales Gewebe jederzeit frisch zu erhalten ist." Die staatlich verordnete Ein-Kind-Familie kann China zum Eldorado der Fötalgewebe-Branche machen.

NECTAR - europäische Kooperation am Frauenleib

Die internationale Dynamik fördert auch die Institutionalisierung. Man standardisiert Methoden und Verfahren des Menschenversuchs. Finanziert von der Europäischen Union, im Rahmen des Forschungsprogramms "Biomed I", ordnet NECTAR die europäschen Forschungsverhältnisse. Beteiligt sind auch deutsche Wissenschaftler. Seit Jahren werden Studien mit Fötalgewebe von Affen und Ratten, zum Teil mit Unterstützung des BMBF, in Bochum, Bonn, Düsseldorf, Heidelberg, Lübeck und München durchgeführt. Der Oberarzt Wolfgang Oertel vom Klinikum Großhadern/München ist mit seinem Erfahrungshintergrund und seinem Sitz in der NECTAR-Zentrale die erste Adresse für eine europaweite Studie. Laut Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen wird die weltweit führende schwedische Arbeitsgruppe in Lund "ausgewählte Patienten" transplantieren. Diagnostik, Vor-und Nachsorge soll vom Klinikum Großhadern geleistet werden. Die örtliche Ethikkommission hat den Antrag der Münchner Arbeitsgruppe bereits gebilligt. Auch der Neurochirurg Guido Nikkhah aus Hannover strebt klinische Versuche mit Parkinsonpatienten an. Prof. Noth aus Aachen konnte über den Europäischen Forschungsverbund Gelder zur Unterstützung seiner experimentellen Arbeit bekommen.

In der "Dekade des Gehirns" werden immer mehr Erkrankungen und Verhaltensabweichungen im Hirn verortet. Die internationale Forschergemeinde probt die Gewebeverpflanzung bei Alzheimer, Epilepsie, Schizophrenie, Multipler Sklerose, Schlaganfall, Blindheit, Hormon- und Gedächtnisstörungen. In China wurden "zur Behandlung von Intelligenzdefiziten" derartige Operationen durchgeführt.

"Biomaterial" oder "Leben"?

"Wer heilt hat recht" lautet das handlungsleitende Motto der medizinischen Gegenwart. Ingrid Schneider macht sichtbar, welchen Preis Frauen dafür zu zahlen haben. Fötales Gewebe hat immer eine Herkunft. Es ist nicht "vorgefundenes (Bio)Material". Es ist die Leibesfrucht von Frauen, die genutzt, die Körperlichkeit von Frauen, die verletzt wird. Kaum zu ertragen ist unter diesem Gesichtspunkt das Kapitel über die Verpflanzung fötaler Bauchspeicheldrüsen und Inselzellen. Nur Föten aus dem zweiten Schwangerschaftsdrittel finden hier

Verwendung. Die weithin selbstverständlich gewordene medizinische Vereinnahmung von Frauen durch die pränatale Suche nach Behinderungen und Abweichungen ist der Boden, auf dem dieses "Anwendungsgebiet" wachsen kann. Bei nachgewiesener "Unvollkommenheit" kann der Schwangerschaftsabbruch bis zur 24. Woche vorgenommen werden. Soziale oder lebensgeschichtliche Gründe von Frauen werden überprüft und beurteilt. Sollten Dritte die Erwägungen der Frauen akzeptieren, kann der Abbruch bis zur 12. Schwangerschaftswoche durchgeführt werden, und wird als unterlasse Pflichterfüllung oder Tötung bezeichnet.

Mangelnder "Qualitätsstandard" beim zu erwartenden Nachwuchs hingegen kann medizinisch von "Nutzen" sein. Definiert wird ausschließlich nach der jeweilig anvisierten Absicht. Wenn es der Kontrolle von Frauen dienlich ist, gilt der Fötus als Emblem des Lebens schlechthin und bedarf staatlichen Schutzes. Wenn er der Forschung verfügbar gemacht werden kann, wird er zum bloßen "vorgefundenen Material."

In sozialistischen Zeiten wurden in der Berliner Charité und Greifswald Föten aus eugenisch (heute medizinisch) begründeten Abtreibungen für Verpflanzungsexperimente "benutzt." Unter kapitalistischen Vorzeichen haben in Frankfurt Klaus-Henning Usadel und Ulrich Schwedes dementsprechend gehandelt, mit den finanziellen Mitteln der DFG und der Diabetes-Stiftung des Pharmakonzerns Hoechst. Die Pränataldiagnostik verzahnt sich noch mit einem weiteren neuen Gebiet: der Fötalchirurgie. Transplantationen im Frauenkörper von Fötus zu Fötus, chirurgische Eingriffe und Korrektur von "Fehlbildungen" werden angeboten und in Anspruch genommen. 155 als "genetisch bedingt" klassifizierte Behinderungen und Krankheiten sollen "in utero" korrigiert werden. "Aufgrund der wunderbaren Selbstheilungskräfte eines sich entwickelnden Fötus sei die Gebärmutter der perfekte Operationssaal", behaupten die Chirurgen Anthony Rowsell und David Gateley aus London. Deswegen haben sie auch vorgeschlagen, eine "Organ- und Gliedmaßenbank von abgetriebenen Föten aufzubauen".

Internationale Verrohstofflichung von Frauen

Was uns Ingrid Schneider in ihrem Buch mit einer entlarvenden Sprache vor Augen hält, muß als Verrohstofflichung von Frauen verstanden werden.

Die US-amerikanische Samsun Medical Research Foundation schloß im März 1993 einen Liefervertrag mit dem Moskauer Internationalen Institut für biologische Medizin (IIBM) ab. Der Transfer von Föten ist Inhalt des amerikanisch-russischen Abkommens. Das IIBM ist eine kommerzielle Gewebebank, der eine staatliche Abtreibungsklinik zugeordnet ist. Da in Moskau massenhafte Abtreibungen auch zu einem späten Zeitpunkt möglich sind, kann das Institut stolz berichten, "aus einem Fötus 27 Gewebeportionen" gewinnen zu können. Für die immer ausufernderen Verwendungsgebiete des "neuen medizinischen Rohstoffs" sind das zukunftsträchtige Aussichten.

Offiziell wird hier übrigens nicht verkauft, sondern "Erstattung von Kostenaufwand" betrieben. Diese Art von Mehrwertbildung an der Frau ist nicht Zukunftsperspektive, sondern Forschungsalltag.

Michael McCune und Irving Weissman präparierten Thymus, Lymphdrüsen und Leber aus menschlichen Föten und verpflanzten sie in besonders "geeignete" Labormäuse. Die "humanisierten" Mäuse dienen vielen (scheinbar) guten Zwecken in der Aids- und Krebsforschung, bei Medikamententests und Impfstofferprobung. Michael McCune gründete die Firma Systemix und verkauft unter dem Warenzeichen "novel mice" jeweils 25 Mäuse im Paket für 25.000 $.

Auch für andere Firmen in anderen Ländern und mit anderen Zielen - wie z.B. biologische Kriegswaffenproduktion, medizinische Diagnostik und Umweltverträglichkeitstests - sind Frauen mittlerweile bloßes Mittel zum Zweck (der Forschung) geworden.

Leben machen

Fortpflanzungsmedizin und Transplantationstechniken "befruchten" sich im wahrsten Sinne des Wortes gegenseitig. Der Washingtoner Wissenschaftler Jerry Hall verkündete 1993 der Weltpresse, erstmals menschliche Embryonen geklont (identisch vervielfältigt) zu haben. Seine Begründungen sind im vorliegenden Buch dokumentiert. Eine Organ- Gewebe- und Eierstockspende könne gelagert werden, um im Krankheits- bzw. Bedarfsfall immer auf tiefgefrorenen Ersatz zurückgreifen zu können.

Außerdem könne so einem Erwachsenen die Möglichkeit eröffnet werden, sich späterhin selbst auszutragen (bzw. von einer Frau austragen zu lassen). Unsterblichkeitswahn und pragmatische Orientierung am "Nutzen" springen hier geradezu ins Auge. Die Forschungen an der künstlichen Gebärmutter können ähnlich interpretiert werden. Neben dem Versuch, Frauen völlig aus Schwangerschaft und Geburt zu vertreiben und selbst "Leben zu machen", geht es schlicht um die Produktion medizinischen Rohstoffs. Peter Singer, Bioethiker aus Australien, meint: "Es geht nicht um sein Überleben" (eines außerhalb des Frauenleibes aufbewarten Föten), sondern um "das Überleben" von anderen.

Damit hat der Dienstleistungsethiker beispielhaft das biomedizinische Novum der Gegenwart benannt. Nicht die individuelle Zukunft eines leibhaftigen Patienten, der Hilfe sucht, einer Frau, die sich einer Abtreibung unterzieht oder eines Sterbenden, der Beistand braucht, sind Ausgangspunkt medizinischen Handelns. Lebenszeit und Zukunft für andere sind im Blick der Medizin, wenn Kranke experimentell beforscht werden, wenn Sterbende und abtreibende Frauen zu Lieferanten von "Gesundheitsressourcen werden.

Ingrid Schneider konfrontiert uns mit der traurigen Gewißheit, daß nichts den Machbarkeiten der modernen Menschenzüchter entgeht. In Großbritannien hat man neulich "die Gesellschaft darüber in Kenntnis gesetzt, daß die Wissenschaft drei alternative Quellen von weiblichen Eizellen anvisiert": "Unreife Eizellen von lebenden Mädchen oder Frauen sowie von gerade verstorbenen Frauen; Eierstockgewebe von lebenden Frauen; Eierstockgewebe von Föten". Die Befragung der englischen Bevölkerung beinhaltet fast ausschließlich Verfahrensregeln und Zustimmungsprozedere. Ein Aufruf zur Bereitschaft, einen speziellen Spendeausweis auszufüllen, der Mediziner berechtigt, die Eierstöcke im Falle des diagnostizierten Hirntodes zu entnehmen, existiert bereits. Das Unternehmen Fortpflanzung steht wie das Unternehmen Transplantation unausweichlich im Zeichen der Knappheit. Deshalb werden immer neue Zugriffs- und Gewinnungsmöglichkeiten erdacht. Zunächst soll also die Knappheit an Eizellen durch Entnahme bei hirntoten Frauen und weiblichen Föten behoben werden. Es geht um "Materialbeschaffung" für die "verbrauchende" Embryonenforschung. Die weitereichenderen, ergeizigen Fortpflanzungsambitionen werden sich nicht verwirklichen lassen, doch gedacht und gewollt wird bereits Ungeheuerliches: ein Individuum könnte von einer Frau abstammen, aber nicht geboren werden, die schon (hirn)tot war, als es gezeugt wurde, wenn Frauen Eierstöcke im Falle des Hirntodes entnommen werden können. Nimmt man Eizellen aus abgetriebenen Föten, dann könnte ein Individuum von "einer Frau" (die Worte fehlen hier noch) abstammen, die nie gelebt hat. Der Physiologe Roger Gosden aus Edinburgh erforscht schon im Tierversuch die Übertragbarkeit fötaler Eizellen und Eierstöcke. Seine Perspektive ist die Anwendung am Menschen. So könne er "einer großen Zahl unfruchtbarer Frauen zu normaler reproduktiver Gesundheit" verhelfen.

Was ist wünschenswert?

Das Buch "Föten - Der neue medizinische Rohstoff" ist aufklärerisch im besten Sinne des Wortes. Es lebt nicht nur von der genau recherchierten Information über die Forschungsvorhaben in aller Welt. Die Autorin spricht außerhalb des vorgefertigten Argumentationsrahmens. Sie präpariert die "Erfolgslügen" der Wissenschaftler heraus und warnt gleichzeitig, daß gerade im "Erfolg" die Gefahr liegt. Denn was geschieht in einer Welt, in einer Gesellschaft, in Beziehungen, wenn die Überlebens"ressourcen" der einen, in den Körpern der Frauen stecken? Was passiert, wenn eine Gesellschaft "Lebenszeit" kapitalisiert, Körperstücke, Leibesfrüchte zum Eigentums-fähigen, zirkulierbaren "Stoff" erklärt? Die Güterabwägung zwischen jenen, die Körpersubstanzen nachfragen, und jenen, die nicht unter Nützlichkeitsgesichtspunkten leben, schwanger sein und sterben wollen, wird in dem Buch nicht wiederholt. Vielmehr werden die unausweichlichen Sackgassen einer Medizin gezeigt, die immer unter knappen Ressourcen agiert. Der Bedarf an Körpersubstanzen und Lebenszeit wird durch ärztliche Entscheidungen und verherrlichende Medienberichte kontinuierlich gesteigert und nie gestillt.

Die Kehrseite der "neuen Möglichkeiten" ist die Selektion von Patienten, deren Hoffnungen auf ein besseres Leben enttäuscht werden müssen. Und nichts ist schwerer zu verwinden als das Versäumnis, mangels Geld, Kapazität oder Rohstoff nicht "geheilt" zu werden. Immer mehr Frauen haben deshalb unter Verwertungsgesichtspunkten Teile ihrer selbst zur Verfügung zu stellen. Der Weg zur gezielten Gewebeproduktion ist schon beschritten. Das Schwangerwerden für einen "guten Zweck" - sei es der Fortschritt in Wissenschaft und Medizin, sei es "Nächstenliebe" und "Pflicht zur Hilfe" - ist schon zur denkbaren Realität geworden. In einer Welt der sozialen Ungerechtigkeit ist der Handel mit Föten ein ausbaufähiges Marktsegment.

Frauen treiben nicht mehr ab, sie lassen sich für medizinische Zwecke "explantieren". Die Folgen für unsere Fremd- und Selbstwahrnehmung, die unter die Diktatur des Nutzens und des Geldes gestellt wird, sind kaum auszudenken. Ingrid Schneider gibt keine Antworten. Sie zeigt mit dem Finger auf verborgene und sprachlich versteckte Entwicklungen. Sie fordert eine "gesellschaftliche Debatte um Struktur und Voraussetzungen einer Medizin, die uns in ein Eigentumsverhältnis zu unserem Körper zwingt und der Ausbeutung und Verwertung als kolonisierte Ressource preisgibt. Wir müssen uns also der Frage stellen, ob wir künftig in einer Gesellschaft leben wollen, in der Frauen zur Plantage für die Medizin und die Bioindustrie werden." Hier wird eine Frage gestellt, die im Bereich von Forschung und Wissenschaft nicht mehr vorkommt. Die Frage, ob etwas "wünschenswert" ist. Diese Frage zu stellen bedeutet, sich wieder als handelndes Subjekt begreifen zu wollen und nicht als Anhängsel und "Biomaterial" für einen Weltzustand, der Wissenschaft und Expertise genannt werden kann. Das Buch leistet einen Beitrag, der gar nicht überschätzt werden kann.

Wohl deshalb wollte die Bundesärztekammer der Autorin weder sagen, wo in der BRD mit fötalem Gewebe geforscht wird, noch wer in den entscheidungsbefugten Ethikkommissionen sitzt. Wohl deshalb waren die deutschen Fötal"nutzer" Prof. Oertel und Dr. Nikkhah in keiner Weise auskunftsbereit. NECTAR - nicht der Stoff, der unsterblichen Gottheiten zuteil wurde, sondern die europäische, staatlich und international geförderte Beschaffungsagentur für den "neuen medizinischen Rohstoff" - ließ gar anfragen, ob Ingrid Schneider versuche, die scientific community zu bedrohen. Sollte es ein Buch geben, das gefährlich sein kann, dann ist es dieses.

Ingrid Schneider: "Föten - Der neue medizinische Rohstoff", Campus Verlag, 320 S., 34 DM

31. Sexuell belästigte Frauen ohne Schutz? Interview mit Barbara Degen über Handlungsmöglichkeiten

Autor: Bernhard Bergmann, SoZ · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:04

Bernhard Bergmann führte für die SoZ (Sozialistische Zeitung, Köln) mit der Rechtsanwältin Barbara Degen ein Gespräch über die Schwierigkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten, Frauen, die sexuell belästigt werden, konsequent zu schützen.

SoZ: Vor gut einem Jahr ist das Beschäftigtenschutzgesetz in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes soll der Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sein. Wieviel Frauen werden am Arbeitsplatz sexuell belästigt?

Barbara Degen: Nach einer Untersuchung der Sozialforschungsstelle Dortmund wurden etwa 70 Prozent aller Frauen am Arbeitsplatz sexuell belästigt. Erfaßt wurden auch "leichtere" Fälle wie z.B. anzügliche Witze, sehr unangenehme Bemerkungen über das Äußere.

Allerdings spielt die Frage, was im Einzelnen als sexuelle Belästigung anzusehen ist, in der Praxis insofern keine Rolle, da Frauen nur die massivsten Fälle melden, wenn überhaupt. Dies sind zum Beispiel Vergewaltigungsfälle oder Belästigungen, die sehr lange andauern, so daß die Frauen in eine fast ausweglose Situation kommen. Zudem wissen Frauen genau, daß sie ihr Arbeitsverhältnis gefährden, wenn sie die Fälle publik machen.

Inwieweit können Frauen sich in ihrem Widerstand gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz auf die Unterstützung von Gewerkschaften und Betriebsräte verlassen?

Die Gewerkschaften haben relativ früh angefangen, sich theoretisch mit der Frage der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz auseinander zu setzen. Die Initiative, dieses Thema ernst zu nehmen, kommt vor allem von den Gewerkschaftsfrauen. Langsam kommt dieses Thema auch in die Betriebsratsschulungen hinein. So hat die IG Metall jetzt einen Leitfaden für ihre Betriebsräte hergestellt. Alles in allem ist jedoch das Verhalten der Gewerkschaften zu diesem Punkt noch sehr zögerlich.

In der Praxis stellt es sich heraus, daß es das Problem der sexuellen Belästigung auch innerhalb der Gewerkschaften gibt. So gab es sowohl in der IG Metall als auch in der ÖTV einen Vergewaltigungsfall. Dabei wurde die ganze Hilflosigkeit deutlich, wie mit einer solchen Frage umzugehen ist. In beiden Gewerkschaften gibt es im Moment Diskussionen über ergänzende Betriebsvereinbarungen. Dabei sind jedoch starke Widerstände zu überwinden. Allerdings bekommen heute betroffene Frauen Rechtsschutz, wenn sie zu den Gewerkschaften kommen. Das ist nicht selbstverständlich, da oft auch die Beschuldigten Gewerkschaftsmitglieder sind.

Wenn Sie von dem zögerlichen Verhalten der Gewerkschaften sprechen, ist mein Eindruck, daß das Verhalten der Betriebsräte noch zögerlicher ist und die betroffenen Frauen diesen nicht trauen.

Betriebsräte gelten als Teil des Machtapparates. Frauen differenzieren interessanterweise nicht groß zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten.

Für sie spielt eine Rolle, ob es weibliche Ansprechpersonen gibt, zu denen sie Vertrauen haben. Sie haben oft das Gefühl, und das nicht ganz zu unrecht, daß Betriebsräte mit dem Arbeitgeber zusammen klüngeln. Da würde ich meine intimsten Geschichten auch nicht ausbreiten. Die Betriebsräte sind somit nur in Ausnahmefällen ihre Ansprechpartner. Dies heißt nicht, daß es keine Betriebsräte gibt, die hinter den Frauen stehen. Solche gibt es. Es gibt aber auch solche, die sich hinter die Beschuldigten stellen und all ihre Macht nutzen, um diese und nicht die Betroffenen zu schützen.

Auch wenn die Betriebsräte in der Regel nicht das Vertrauen der Frauen haben, so haben sie dennoch als zentrale Aufgabe die Würde des Menschen, und damit die Würde der Frau, im Betrieb zu schützen. Welche rechtlichen Möglichkeiten hätten Betriebsräte - unterstellt, sie wären bereit, etwas zu tun?

Es gibt eine sehr gute Möglichkeit, die sogar besser als die Beschwerdemöglichkeit nach dem Beschäftigtenschutzgesetz ist. Das ist die Möglichkeit nach § 84 und 85 des Betriebsverfassungsgesetzes vorzugehen (1). Es hat zwei, drei Verfahren in der Bundesrepublik gegeben. Dabei stellte sich heraus, daß

dies der beste Weg ist. Also theoretisch haben die Betriebsräte auch rechtlich wunderbare Handlungsmöglichkeiten.

Es ist also tatsächlich eine Frage ihres Bewußtseins. Die Betriebsräte argumentieren äußerst schlicht in dieser Frage. Sie sagen: Wir sind Interessenvertretung aller Beschäftigten. Das heißt, wir können nicht einseitig der Frau glauben, sondern wir müssen auch alle männlichen Beschäftigten des Betriebs im Hinterkopf behalten und nicht nur den Beschuldigten, den wir selbstverständlich auch vertreten. Mit dieser Position katapultieren sie sich in eine Situation, wo sie letztendlich handlungsunfähig werden. Da in der Regel bei einer Belästigung unter vier Augen Aussage gegen Aussage steht, sagen hierbei die Betriebsräte im günstigsten Falle, dann können wir sowieso nichts machen.

Eine Argumentation ist auch, daß man doch niemand nur auf Grund der Aussage einer betroffenen Frau aus dem Betrieb herauskatapultieren könne. Das ist in einer Zeit, in der Arbeitsplätze rar sind, natürlich ein Argument. Aber wenn dies immer wieder zu Lasten der Frauen vorgetragen wird, dann ist das peinlich. Dies ist die vorherrschende Tendenz. Es kommt natürlich auf den jeweiligen Hintergrund der Betriebsräte an, insbesondere wie stark die Frauen in den Betriebsräten sind. Frauen sind jedoch auch dort in der Minderheit. Selbst wenn sie in den Betriebsräten drin sind, sind sie in der Regel nicht in den entsprechenden Machtpositionen. Leider muß man auch sagen, daß viele Betriebsräte und Personalräte selbst ihre Macht mißbrauchen gegenüber Frauen. So gibt es eine ganze Reihe von Fällen sexueller Belästigungen durch Betriebsratsmitglieder.

Die Hoffnung scheint illusorisch, daß sich die männlich dominierten Betriebsratsgremien freiwillig und eindeutig auf die Seite der betroffenen Frauen stellen. Könnte die Einführung von eigenen Rechten für die Frauen in den Gremien, zum Beispiel ein Vetorecht, hier etwas ändern?

Natürlich. Das ist auch das, was die Frauen fordern: betriebliche Frauenbeauftragte in der Privatwirtschaft mit Vetorechten, Quotierung der Betriebsräte, Beteiligung an den Machtstrukturen. Dies wären alles Schritte in die richtige Richtung. Aber die sind bisher genauso wenig gesetzlich verankert, wie der Zwang zur Frauenförderung im umfassenden Sinne.

Bisher hat auch erst eine große Gewerkschaft, gegen erhebliche Widerstände, betriebsintern die Funktion einer Frauenbeauftragten geschaffen.

Bei der Forderung von Frauen nach mehr Rechten gibt es in den Betriebsräten und auch in den Gewerkschaften zum Teil erheblichen Widerstand. Mit welchen Argumenten wird dieser Widerstand geleistet?

Mit der ganzen Palette wie auch sonst. Es wird argumentiert, daß Quotierung, Frauenförderung usw. verfassungswidrig sei. Dies alles sei überflüssig, da die Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten Frauenpolitik machen und daher wissen, was am besten für die Frauen ist. Ansonsten wird schlichter Machtwiderstand vor Ort geleistet, wenn es um die Besetzung von Positionen geht. Dort wo es bereits Quotierungen gibt, möchten die Männer weiterhin das Sagen haben, welche Frauen das sind.

Die Frauen müssen auch angehen gegen das traditionelle Rollenbild, das in den Gewerkschaften sehr verbreitet ist. Wenn wir uns einen Gewerkschaftssekretär anschauen, der Tag und Nacht unterwegs ist, dann hätte er doch gerne eine diesem Bild entsprechende Frau zu Hause, die für ihn bügelt, wäscht usw. Und dieser Sekretär soll dann vor Ort in seiner Versammlung plötzlich ein gleichberechtigtes Frauenbild gewerkschaftlich propagieren. Das paßt nicht. Das ganze läuft darauf hinaus, diese alte Geschlechterordnung nicht zu sehr zu tangieren. Ein bißchen sieht man es ein, daß Frauen mehr Rechte haben wollen. Aber die gleichberechtigte Teilhabe, also die Hälfte der Arbeitsplätze, die Hälfte der Funktionen, der Schutz der Würde der Frau, dies alles ist ein schwerer Schritt und eine lange Entwicklung. Diese läuft auch nur dort, wo eine Macht von Frauen dahintersteht.

Also Frauenpower statt "Gemeinsam sind wir stark"?

Diese fatale Floskel von "Gemeinsam sind wir stark" hat in der Vergangenheit immer geheißen, daß Frauen sich den Interessen, die vorhanden und von anderen definiert worden sind, untergeordnet haben. Daß es also fast als Verrat angesehen wird, wenn Frauen sagen, daß es neben der Frage der Klassen auch noch eine Frage der Geschlechter gibt.

Wir Frauen sehen, daß es Klassenstrukturen in der Gesellschaft gibt, aber wir sehen auch, wo Kollegen Privilegien haben, die sie ganz stur gegenüber Frauen verteidigen, wo diese ihre eigenen Machtinteressen auf Kosten der Frauen verfolgen. Wenn ich als Gewerkschaft die Gesellschaft mit gestalten will, dann muß ich diese beiden Aspekte sehen und versuchen, diese theoretisch in die Reihe zu bringen. Davor herrscht allerdings offensichtlich Angst. Dies, weil die Verbindung beider Aspekte einen revolutionären Effekt hätte. Wenn ich von der Verbindung beider Aspekte ausgehe, dann würde ich schon z. B. Verteilungsfragen und Arbeitszeitfragen ganz anders sehen. Ich könnte auch nicht die Privat- und Familiensphäre als völlig losgelöste Geschichte betrachten, mit der ich im Grunde nichts zu tun habe, weil es mir nur um den Betrieb geht. Und ich müßte das Gewaltpotential gegenüber Frauen, das bei der sexuellen Belästigung deutlich wird, auch das eigene, ernst nehmen und mich damit auseinandersetzen.

(1) Anm. ak: § 84,1 des BetrVG lautet: "Jeder Arbeitnehmer hat das Recht, sich bei den zuständigen Stellen des Betriebs zu beschweren, wenn er sich vom Arbeitgeber oder von Arbeitnehmern des Betriebs benachteiligt oder ungerecht behandelt oder in sonstiger Weise beeinträchtigt fühlt. Er kann ein Mitglied des Betriebsrats zur Unterstützung oder Vermittlung hinzuziehen."

32. Erklärung von sechs Gefangenen aus der RAF zu den Staatschutz-Vorwürfen gegen Monika Haas

Erklärung von sechs Gefangenen aus der RAF zu den Staatsschutz-Vorwürfen gegen Monika Haas

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:03

es ist notwendig, daß wir zu monika haas einige tatsachen klarstellen.

seit jahren läuft gegen monika haas eine dauerkampagne von staatsschutz und medien, zuerst mit dem ziel, sie unter druck zu setzen, und als das nicht klappt, weil sie sich dagegen wehrt, kommt der hammer mit der justiz: haft und anklage wegen beteiligung an der lufthansa-entführung 1977 und beihilfe zur schleyer-aktion.

wir alle waren 1977 in der raf, und wir kennen monikas geschichte. es ist nicht nur rein faktisch völlig absurd, was da gegen sie inszeniert wird, ihr leben wird zerstört, weil noch ein schauprozeß zu "mogadischu" her muß, auf teufel komm raus. es gibt keinen anderen grund für diesen prozeß, und wenn sie niemanden haben, den sie aburteilen können, dann wird eben jemand zur "schlüsselfigur" aufgebaut. genau das wird hier versucht.

noch etwas gehört dazu und hat eine bestimmte funktion in dieser kampagne. sie ist vollgestopft mit einem wust von gerüchten in den medien, allen voran der spiegel. monika war gleichzeitig bnd-maulwurf, mossad-spitzel, cia-agentin, stasi-im und "schlüsselfigur des internationalen terrorismus", bei der alle fäden zusammenliefen.

ob das noch einen funken glaubwürdigkeit oder auch nur logik hat, ist egal, hauptsache, es erfüllt seinen zweck: verwirrung stiften und solidarität verhindern.

wir haben die wirkung von diesem überschnappenden dreck auch unterschätzt, und wir haben gezögert, selbst etwas zu sagen, weil monika dann augenblicklich mit der gegenwelle konfrontiert ist, dann heißt die nächste schlagzeile "schützenhilfe von den hardlinern" oder ähnlich und wird gegen sie gedreht.

aber in der situation, die jetzt da ist, ist das kein punkt mehr, das wichtigste ist, daß die fakten klar werden.

wir machen es chronologisch.

zusammenhang mit der raf

nach der stockholm-aktion wurde ein gemeinsames training zur neuausbildung durchgeführt in einem palästinensischen camp. monika kam damals noch aus der legalität dazu und hat sich während der ausbildung entschlossen, einen palästinensischen genossen zu heiraten und dort zu bleiben. es war auch ihre entscheidung für einen anderen politischen bzw. persönlichen zusammenhang.

nach der trennung haben wir keinen kontakt mehr zu monika gehalten. nur einzelne von uns haben sie ab und zu gesehen, in großen zeitlichen abständen, wenn sich das ergab. wir haben dann über ihre situation geredet, über die kinder, nichts politisches. die raf, aktionen oder die beziehungen von organisation zu organisation waren kein thema.

verhaftung in kenia

was wir über monikas verhaftung in nairobi wissen, wissen wir von palästinensischen genossen aus der führung der organisation, kurz gesagt, hat monika vor allem glück gehabt. die kenianische polizei hat sie gehen lassen, weil ihr hauptinteresse war, über monika an eine bestimmte palästinensische genossin heranzukommen, die sie in eine falle locken sollte. monika ist darauf zum schein eingegangen, weil sie darin die einzige möglichkeit sah, aus kenia wieder rauszukommen. sie hatten ihr gedroht, sie verschwinden zu lassen. es war hart, aber mit viel glück ist sie mit ihrer geschichte durchgerutscht und konnte ausreisen.

es geht hier weder darum, monikas verhalten zu rechtfertigen, noch darum, es abzulehnen. wir stellen nur fest, was gewesen ist und was nicht. tatsache ist, daß sie niemanden verraten und niemanden verkauft hat, nicht in kenia und nicht danach.

nach monikas rückkehr haben die genossen die ganze sache in allen einzelheiten mit ihr geklärt. wir haben keinen zweifel, daß es eine gründliche klärung war. es ist auch nicht wahr, daß an der basis danach noch weiter irgendein verdacht geschwelt hätte, monika sei in wirklichkeit ein spitzel, vom mossad angeworben usw. alle wußten, daß die kenia-verhaftung geklärt war. soweit zum "mossad-verdacht".

monika selbst hat sich nach dieser erfahrung in kenia aus jedem aktiven zusammenhang zurückgezogen. für sie war es die endgültige erkenntnis, daß der bewaffnete kampf oder seine unterstützung nicht ihr weg ist. das war anfang 1976, anderthalb jahre vor der schleyer-aktion und der lufthansaentführung.

monika hat danach in aden gelebt. zusammen mit ihrem mann und den kindern, nicht versteckt, sondern offen, in einem haus, das im gleichen viertel lag wie mehreren botschaften, auch westliche. kein abgeschirmter palast, sondern ein mehrfamilienhaus mit jemenitischen familien. oft genug sind die westdeutschen dort herumstrichen. sie hat sich überall offen bewegt, ihr ältester sohn ist in aden in die schule gegangen, sie war bekannt.

seitdem sind viele jahre vergangen. aden ist weit weg, heute ist es zerstört, geplündert und von den mullahs beherrscht. da ist es leicht, eine ganz andere wirklichkeit zu suggerieren und so lange zu wiederholen, bis die echte keine chance mehr hat.

rückkehr in die brd

1980 hat monika sich entschieden, in die brd zurückzukehren mit den kindern. wir haben das erst später erfahren, und wir waren entsetzt. es war klar, daß sie mit ihrer geschichte, dazu verheiratet mit einem pflp-kader, für den staatsschutz so interessant war, daß sie sie hier nicht in ruhe leben lassen würden.

wahrscheinlich war für monika aber einfach nur ihre eigene situation ausschlaggebend: daß sie nie bewaffnet gekämpft hatte, seit jahren aus jedem politischen zusammenhang raus war und nachweisbar nur noch auf ihre familie bezogen gelebt hatte. das war ihre "sicherheit" gegenüber dem Staatsschutz, die realität, auf der sie hier bestehen konnte.

in den presseberichten taucht immer wieder als unerklärlicher punkt auf, daß monika nicht gleich bei ihrer rückkehr verhaftet wurde. es gab keinen haftbefehl gegen sie. warum? weil dem staatsschutz das alles bekannt war, sie wußten, wie sie in aden gelebt hatte.

ist das wirklich so schwer, sich vorzustellen? die ganze anklage funktioniert nur durch die zeitliche verschiebung von 15 jahren - hätten sie damals versucht, monika mit ihren 3 kleinen kindern der öffentlichkeit als "internationale schlüsselfigur" zu präsentieren, es wäre total durchsichtig gewesen und sofort klar, daß das erfunden ist.

es gab nichts gegen monika, und sie haben sie sicher auch gern in die brd zurückkommen lassen. sie konnten davon ausgehen, daß sie wegen der kinder weiter in verbindung mit ihrem mann bleiben wird, sie konnten sie jetzt komplett überwachen, abhören, beobachten, wen sie kennt, und außerdem noch direkten druck auf sie machen. das fing auch bald an.

im juni 81 wird monika von einem mann angesprochen, der ihr sagt, er könnte ihre geplante reise zu ihrem mann verhindern. einen tag später liegt ein drohbrief vor der wohnungstür. er spielt auf eine beteiligung an der lufthansa-entführung an - "wir erinnern an unseren gemeinsamen aufenthalt in palma" - außerdem enthält er andeutungen über kenia und die aufforderung, informationen über brigitte (Mohnhaupt) zu liefern.

monikas anwalt gibt den brief an die polizei. von dort kam er auch: in dem brief werden details genannt, z.b. namen von pässen, von denen der staatsschutz annimmt, sie seien bei der lh-aktion verwendet worden. niemand außer dem staatsschutz selbst kann diese namen kennen. es bleibt nicht der einzige versuch, monika angst einzujagen, um sie zur zusammenarbeit zu pressen.

der nächste drohbrief kommt nach der verhaftung von heidi (Adelheid Schulz) und brigitte im november 82. diesmal wird er an die frankfurter rundschau geschickt. der brief behauptet, monika sei schuld an der verhaftung der beiden, sie hätte die beiden verraten. deswegen würde sie jetzt entweder von der raf oder von den palästinensern umgebracht werden. es ist das gleiche muster wie bei der ersten drohung, monika soll in angst versetzt werden, nur diesmal noch ein zahn draufgelegt: sie soll glauben, um ihr leben fürchten zu müssen und daß wir es sind und die palästinensischen genossen, die sie bedrohen.

dieser zweite drohbrief ist auch nie veröffentlicht worden, sie haben ihn anscheinend gleich wieder unter verschluß genommen. er war ja auch nur als "internes" druckmittel gedacht.

um den druck noch zu verstärken, durchsucht die bundesanwaltschaft monikas wohnung in frankfurt, weil angeblich der verdacht besteht, heidi und brigitte hätten dort geschlafen. natürlich hatte niemand von uns mehr kontakt zu monika, nachdem sie in der brd war. und natürlich wußte der staatsschutz, daß es gar keinen verrat bei der verhaftung gegeben hatte. tiere hatten das depot aufgewühlt, sowas ist öfters passiert. in offenbach war der platz nicht gut, deswegen wurde er entdeckt.

wir haben das schon damals klargestellt: nur wir kannten dieses depot. sämtliche verrats-stories, die bis heute in die welt gesetzt wurden (zuletzt sollte es die stasi gewesen sein), sind vollständig erfunden.

wir sind auf diesen zeitabschnitt so ausführlich eingegangen, weil er wichtig ist, um das, was heute gegen monika aufgefahren wird, richtig zu sehen. die manipulation von anfang an wird deutlich, die absichten und die mittel. und es wird auch deutlich, wogegen monika die ganzen jahre ihre lebensentscheidung behauptet hat, ohne sich einschüchtern und umbiegen zu lassen.

zwei jahre später findet in madrid ein anschlag auf ihren mann statt. er wird schwer verletzt und ist gelähmt. wer es auch war, der mossad oder ein anderer dienst - die versuche, monika hier zur informantin zu pressen, um an ihren mann und seine organisation ranzukommen, zeigen, daß es ein gemeinsames interesse war.

die jetzige kampagne

sie fängt an mit unserer kronzeugenriege, mit der verhaftung der ehemaligen von uns 1990, die in der ddr gelebt hatten. nicht weil sie irgendetwas gegen monika hätten aussagen können, sie kennen sie gar nicht. aber die tatsache, daß der staatschutz auf einmal einen ganzen haufen leute zur hand hat, die bereit sind, den kronzeugenhandel zu machen, öffnet nun alle schleusen. im siegesrausch nach der wende wollen sie jetzt auch den politischen aufbruch hier, mit dem die geschichte der raf verbunden ist, ein für allemal justiziell versenken.

das kronzeugeninstrument soll es bringen - eine demonstration von neuen aburteilungen, nach der dann alles "bewältigt" ist. alles, das heißt: jeder angriff auf die brd. sie forcieren die auslieferung von carlos und johannes weinrich, und sie wollen die lufthansa-entführung 77 vor einem deutschen staatsschutzsenat haben. aber drei kommandomitglieder sind tot, die einzige überlebende ist in somalia verurteilt worden. sie haben niemand, den sie anklagen können. so beginnt die kampagne gegen monika.

ende 91/anfang 92 konzentrieren sich die medien, gefüttert mit staatsschutz-"enthüllungen", auf sie. neuentdeckte stasi-akten sollen jetzt ihre beteiligung an der lh-aktion beweisen.

weil das nichts weiter als eine behauptung ist, wird sie angereichert mit einem wirrwarr von gerüchten, bis kaum jemand noch durchsteigen kann. wieder soll monika das depot von 82 verraten haben. außerdem wird sie jetzt mit der verhaftung von sieglinde (Hoffmann) 1980 in paris in verbindung gebracht. sie war beim mossad, beim bnd. sie war alles.

im märz 92 wird monika verhaftet, im mai wieder freigelassen. begründung: die stasi-akten allein reichen für einen haftbefehl nicht aus.

das ist auch kein wunder, es stehen nämlich auch nur vermutungen, gerüchte und geschichten über sie drin, erkennbar zusammengeschustert. die bedeutung dieser akten ist so hochgepustet worden, weil sie immer im zusammenhang mit uns genannt werden, es soll sich vermitteln. in wirklichkeit sei das unsere information und unser bnd-verdacht gegen monika. das ist quatsch. der bnd-verdacht und ohnehin, und generell haben wir in gesprächen immer eine restriktive linie eingehalten, was informationen angeht. dem mfs (Ministerium für Staatssicherheit der DDR) gegenüber wie in allen anderen kontakten. auch solchen, die uns nahestanden. das haben wir oft genug gesagt.

zwei punkte sind es, die die stasi-akten gegen monika hergeben sollten: eine beteiligung an der lh-aktion und daß sie in aden für den bnd gearbeitet haben könnte.

zur lh: niemand aus der raf kennt die operativen und logistischen details der aktion. das schließt auch ein, daß wir nicht wissen, wer an ihr beteiligt war konkret. es kann also überhaupt niemand von uns darüber

informationen weitergeben. das ist die wahrheit, egal ob (Peter-Jürgen) boock versucht, daran herumzudrehen, um nochmal ein scherflein für sich rauszuschlagen.

und es ist selbstverständlich, daß wir das nicht wissen, es geht hier um eine palästinensische aktion. die palästinenser kannten auch keine details über unsere aktionen, keine organisation hat sich so verhalten.

zum zweiten punkt, dem bnd-verdacht. richtig ist, daß es beim mfs diesen verdacht gegeben hat. wobei "verdacht" schon zu hoch gegriffen ist, sie haben geschichten erzählt, nichts reales. es hat uns auch nicht betroffen, unsere sicherheit ist nicht berührt worden, und es war ein palästinensisches problem. deshalb haben wir beim mfs bei dem thema gemauert und es abgelehnt, uns darauf einzulassen. daß inge viett dem mfs selber auch geschichten erzählt hat, ändert daran nichts. es bleiben geschichten.

monika hat auch nichts mit sieglindes verhaftung zu tun. und um diesen punkt abzuschließen: der ganze geheimdienstnebel, der heute von den medien um monika inszeniert wird, ist ein ablenkungsmanöver, ein sehr gezieltes. hinter zig gerüchten und widersprüchlichem zeug soll ihr tatsächliches leben immer mehr verschwinden, immer weniger gewicht haben. denn das ist das größte hindernis für eine aburteilung - monikas lebensrealität aus diesen jetzt fast zwanzig jahren. die evidenz dieser realität muß zugeschmiert werden, damit sie ihre geplante abrechnung mit mogadischu durchbringen, egal mit welchen mitteln.

die bundesanwaltschaft steht also 1992, nach der aufhebung des haftbefehls, mit leeren händen da. daß das trotzdem nicht ihr letzter versuch war, zeigt sich schon daran, daß die medienkampagne gegen monika weiter in gang gehalten wird. ein paar monate später beginnt der spiegel die neue runde: monika, die "queen of aden" - waffentransport, schlüsselfigur, alles von vorne. in thrillertechnik wird die öffentlichkeit auf monikas erneute verhaftung vorbereitet.

diesmal will die baw auf nummer sicher gehen. im oktober 94 veranlassen sie die verhaftung von souhaila andrawes in norwegen. souhaila andrawes ist die einzige überlebende des kommandos martyr halimeh, seit einigen jahren lebt sie mit ihrer familie in oslo.

bei den ersten vernehmungen erklärt souhaila andrawes, nichts über den waffentransport zu wissen. monika wird von ihr überhaupt nicht erwähnt. aber die drohung mit der auslieferung nach deutschland, der trennung von der familie, wirkt. einige tage später stimmt sie dem kronzeugenangebot der bundesanwälte zu und sagt nun aus, monika 1977 in mallorca gesehen zu haben. das reicht für einen neuen haftbefehl gegen monika und die jetzige anklage.

es kann nicht angehen, daß die staatsschutzjustiz in alle zukunft mit ihrem kronzeugeninstrument einfach so durchkommt und jedes politisch gewünschte urteil produzieren kann. die kritische öffentlichkeit, die es noch vor der installierung des kronzeugengesetzes gab und die ein solches gesetz jahrelang verhindert hat, hat seitdem die sprache verloren. nach jedem neuen kronzeugenurteil wird allenfalls ein vages mißbehagen artikuliert. der reflex, der vorherrscht, ist: schlucken und runterspülen. warum? weil es jetzt legal ist? jeder prozeß zeigt um ein paar stufen greller: das kronzeugeninstrument ist eine sache, die sie nicht mehr hergeben wollen, weil sie damit alles machen können.

jetzt soll es gegen monika durchlaufen. nochmal zu den fakten: anfang 76 entscheidet sich monika für ein leben mit familie, außerhalb politischer und bewaffneter zusammenhänge. sie trifft diese entscheidung auch aus der knasterfahrung, die sie davor in kenia gemacht hat. im juli 77 wird ihr zweites kind geboren. und kurz darauf, während das baby schwer krank ist, soll sie ihre lebensentscheidung umgeworfen und plötzlich bei einer aktion wie der lufthansa-entführung mitgemacht haben, waffen nach westeuropa transportiert haben, wo sie gleich am flughafen hätte hochgehen und für lange jahre in den knast kommen können?

und später geht sie mit ihren kindern ausgerechnet hierher zurück, um seitdem auf ihre verhaftung zu warten? auch zwanzig kronzeugenaussagen könnten das nicht glaubwürdig machen. man braucht da auch kein "insiderwissen", es genügt der gesunde menschenverstand.

monika haas muß raus! alle, die noch nicht aufgegeben haben, selbst zu denken, fordern wir auf, sie zu unterstützen und sich für ihre freilassung einzusetzen.

rolf heissler, sieglinde hofmann,

christian klar, brigitte mohnhaupt,

heidi schulz, rolf-clemens wagner

Am 24. November veröffentlichten sechs Gefangene aus der RAF in der Frankfurter Rundschau eine gemeinsame Erklärung zum bevorstehenden Prozeß gegen Monika Haas. Die Bundesanwaltschaft wirft Haas vor, an der Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" im Oktober 1977 durch ein palästinensisches Kommando beteiligt gewesen zu sein. Die sechs Gefangenen nehmen Haas gegen diese Beschuldigung in Schutz: Sie habe sich schon 1976 gegen den bewaffneten Kampf entschieden. Auch gegen den Verdacht, Haas habe sich von einem Geheimdienst anwerben lassen, verteidigen die sechs Gefangenen die 47jährige Frankfurterin.

Monika Haas sitzt seit Anfang November 1994 in Untersuchungshaft. Sie wird dort mit der Begründung "Fluchtgefahr" festgehalten, obwohl sie seit 13 Jahren in Frankfurt lebt und ihre drei Kinder allein versorgt. Ihre Arbeit als Frauenbeauftragte des Uni-Klinikums hat sie wegen der Verhaftung verloren.

Die Anklage der Bundesanwaltschaft stützt sich auf Aussagen der "Kronzeugin" Souhaila Andrawes, der einzigen überlebenden Landshut-Entführerin, die am 25. November von Norwegen an die BRD-Justiz ausgeliefert wurde. Die Palästinenserin hofft anscheinend, daß sie mit belastenden Aussagen gegen Haas statt des drohenden "lebenslänglich" nur eine kurze Haftstrafe bekommt. Der Prozeß gegen Monika Haas soll am 19. Januar vor dem Staatsschutzsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts beginnen. (siehe auch ak 383)

Für den Rechtshilfefonds werden noch dringend Spenden benötigt: Frank Haas, Konto Nr. 318 811 731, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01. Postadresse: Forum für Monika Haas, Postfach Bodo Lube 180 148, 60082 Frankfurt/Main.

33. Christel Fröhlich-Padula in Rom verhaftet

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:06

Am 28. Okt. 95 wurde Christel Fröhlich-Padula in Rom verhaftet, als sie mit spezieller Genehmigung des italienischen Innenministeriums ihren dort inhaftierten Ehemann, den Rotbrigadisten Sandro Padula besuchen wollte. Mehrere Männer in Zivil präsentierten ihr einen internationalen Haftbefehl der französischen Behörden. Der lag allerdings zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht vor, sondern wurde erst über eine Stunde nach der Verhaftung von den französischen Behörden nachgereicht. Seitdem sitzt Christel Fröhlich-Padula in römischer Untersuchungshaft in Totalisolation und muß täglich mit ihrer Auslieferung nach Frankreich rechnen.

Sie wird beschuldigt, an einem Sprengstoffanschlag gegen eine arabische Zeitung in Paris im Jahr 1982 beteiligt gewesen zu sein. Diese Aktion, für den keine Organisation die Verantwortung übernommen hat, wurde bisher einer Gruppe um den ominösen Carlos zugerechnet, der ebenfalls im Pariser Gefängnis in Untersuchungshaft sitzt.

Christel Fröhlich war Anfang der 80er Jahre im Kontext eines antiimperialistischen Widerstands aktiv, der auch auf bewaffnete Aktionen setzte. Sie wurde 1982 auf dem römischen Flughafen in Rom wegen Sprengstoffbesitzes verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren und vier Monaten verurteilt, die sie bis auf den letzten Tag absitzen mußte. Anschließend zog sie in ihren früheren Wohnort Hannover zurück, wo sie als Deutschlehrerin an verschiedenen Volkshochschulen arbeitete.

Im November ist in Hannover eine Solidaritätsgruppe mit der Forderung nach sofortiger Freilassung von Christel Fröhlich-Padula an die Öffentlichkeit getreten. In einem Flugblatt des Solidaritätskomitees wird auf die Rolle verschiedener Presseorgane verwiesen, die seit Jahren dazu beigetragen haben, das Bild der "Top-Terroristin Christel Fröhlich" aufzubauen. Besonders hervorgetan habe sich dabei die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ). Deren Lokalreporter Michael Sasse hat offenbar gute Kontakte zum Verfassungsschutz und präsentierte erst vor wenigen Monaten Christel Fröhlich mit Foto als Terroristin. Auch nach der jüngsten Verhaftung gingen diese Vorverurteilungen weiter. So meldeten die meisten Zeitungen: "Mutmaßliche Terroristin gefaßt". Hier gibt es Parallelen zu Monika Haas, die ebenfalls von verschiedenen Medien zur Terroristin aufgebaut wurde (siehe ak 383).

Die Umstände der Verhaftung sprechen für eine gezielte Zusammenarbeit französischer, deutscher und italienischer Staatsschutzbehörden. Der Solidaritätskreis vermutet, daß Fröhlich-Padula der Italienbesuch nur genehmigt wurde, damit sie dort verhaftet werden konnte. Die französischen Behörden stellten keinen förmlichen Auslieferungsantrag an die BRD, sondern warteten, bis sie ihr im Ausland habhaft werden konnten. Durch ein Zusammenspiel verschiedener Staatsschutzbehörden wurde so das juristische Prozedere, daß ein förmliches Auslieferungsverfahren mit sich bringt, umgangen. Gestützt auf Verfassungsschutzquellen, bestätigte die FAZ diese Version. Dort wurde gemeldet, daß Fröhlich in Deutschland "zwar unbehelligt, aber nicht unbeobachtet" lebte. "Sie wußte, daß sie observiert wird." Die deutschen Behörden seien froh, daß sich "der Fall Fröhlich nun in französischen Händen" befindet.

Auch über die Gründe für dieses Vorgehen mutmaßt die FAZ: "Oder hat man gar nicht mehr gegen Frau Fröhlich in der Hand, als bisher bekannt ist, und braucht sie nur, um den eisern schweigenden ‚Carlos` überführen zu können?" Vermutlich hätten diese "Beweise" gegen Fröhlich-Padula in einem Auslieferungsverfahren keinen Bestand gehabt.

Mit der Verhaftung von Christel Fröhlich-Padula setzten die Staatsschutzbehörden die jüngste Serie der juristischen Abrechnung mit der bewaffnet agierenden Linken der 70er und 80er Jahre fort. Nach der Inhaftierung von Monika Haas in Frankfurt erreichte die BRD die Auslieferung von Souhaila Andrawes (der einzigen Überlebenden des palästinensischen Kommandos Martyr Halimeh, das 1977 die Lufthansamaschine "Landshut" nach Mogadischu entführte). Nun kam die Zusammenarbeit von französischen, italienischen und deutschen Behörden gegen Christa Fröhlich-Padula.

Peter Nowak

34. Abgang der Propheten. Thomas Ebermanns und Rainer Tramperts Vorschläge für die radikale Linke

Thomas Ebermann und Rainer Trampert mit neuen Grundlagen für die radikale Linke

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:31

"Thomas Ebermann und Rainer Trampert beschreiben die Verwandlung linker Theorien in Esoterik. Sie kritisieren modische linke Mythen - und apokalyptische Niedergangs- und Endzeitprognosen, das Gerede vom Wuchern des Geldkapitals, den Glauben an die tendenzielle Auflösung der Nationalstaaten, die Überzeugung von einer Angleichung der Lebensverhältnisse auf der Welt - und zeigen, daß und wie sich Kapitalismus gegenwärtig saniert.

Die Autoren analysieren sowohl die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltgesellschaft im allgemeinen als auch die seit der Wiedervereinigung rapide sich beschleunigende politische Regression in Deutschland im besonderen. Anhand prägnanter Texte von Luther bis Lübke gehen sie der Frage nach, was das spezifisch Deutsche ist, das die gesellschaftliche Entwicklung hierzulande von neuem in eine Katastrophe treiben könnte.

Schließlich fragen Thomas Ebermann und Rainer Trampert nach den Möglichkeiten einer linken Politik jenseits von zivilisationsfeindlichen Bocksgesängen und der konformistischen Verteidigung westlicher Prinzipien."

(Verlagswerbung für das seit Jahren jeweils für das kommende Jahr angekündigte Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert Die Offenbarung der Propheten.)

Die Autoren haben sich bemüht, eine alle Stränge der linken Diskussion umfassende Grundlage für die radikale Linke zu erarbeiten. Ihr Ausgangspunkt ist der Zerfall des "Ostblocks" mit den ökonomischen Folgen für den "Westblock", speziell die BRD. Das, was häufig als sinnlose Zerstörung der DDR-Industrie beklagt wird, arbeiten sie als Prinzip der Krisenbewältigung des westlichen Kapitalismus heraus. Diese Auffassung stützen sie mit einer Reihe von Beispielen und belegen damit, daß die klassische marxistische Krisentheorie nach wie vor als Erklärungsansatz tauglich ist. Mit dem Zerfall des "Ostblocks" seien die dortigen Ökonomien zwar zu konkurrierenden geworden, das westliche Kapital habe jedoch verhindern können, daß diese tatsächlich konkurrenzfähig hätten werden können. Die Zerschlagung dieser Ökonomien würde eine Kapitalvernichtung in einem Ausmaß nach sich ziehen, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben habe. Dies sei ein Teil der Krisenbehebung des Kapitals.

Im gleichen Kapitel arbeiten sie die "Osttendenz" des deutschen Kapitals heraus, seinen Drang hin zu den Niedriglohnländern Tschechien, Polen, Ungarn, Rußland. Sie stellen dies in sich logisch und auch überzeugend dar, vor allem durch ausführlichen Rückgriff auf Aussagen von Kapitalmanagern. Dennoch bleibt diese Analyse eindimensional: Die geäußerten Absichten der Kapitalmanager werden als Wirklichkeit genommen; gegenläufige Tendenzen bleiben ausgeblendet, so die Tatsache, daß die bisherigen Investitionen weit hinter den Ankündigungen und Erwartungen zurückgeblieben sind. Hier zeigt sich das gleiche Analyseverfahren, mit dem die Linke in den 70er Jahren die jeweiligen Reden von F.J. Strauß zum Programm des Kapitals erklärte.

Im theoretisch anspruchsvollsten Teil beschäftigen Ebermann und Trampert sich mit den Theorien von Robert Kurz und Karl Heinz Roth. Beiden Autoren widersprechen sie in der Auffassung, das Geldkapital habe die Macht an sich gerissen und es gebe eine Tendenz zur Aufhebung der nationalstaatlichen Grenzen für das Kapital. Sie teilen auch nicht die naheliegende Auffassung, die Crashs an der einen internationalen Börse würden sofort Auswirkungen auf alle anderen kapitalistischen Länder haben, weil das Geldkapital heute mehr denn je international agiere. Dagegen weisen sie nach, daß trotz aller scheinbar ins Unermeßliche steigenden Zahlen des täglichen Geldverkehrs der Anteil des Geldkapitals an der Gesamtmenge immer noch relativ unbedeutend ist. Weiter zeigen sie, daß das Geldkapital beispielsweise für England schon vor Jahrzehnten eine größere Rolle gespielt hat als für andere kapitalistische Großmächte heute.

Nun wäre die Auffassung, daß es eine qualitative Verschiebung zwischen diesen beiden Kapitalformen gibt, allein für sich genommen nicht von Relevanz. Aber mit der Behauptung von der Herrschaft des Geldkapitals

wird regelmäßig der Gedanke vom "bösen" Geld- und vom "guten" Produktionskapital transportiert. Auf die Spitze trieben diese Idee die Nazis, die das "Wucherkapital" (gleich "jüdisches Kapital") an den Pranger stellten. Aber auch in der kommunistischen Theorie war dieser Gedanke weit verbreitet, so in der Analyse des Faschismus als der Herrschaft des am meisten reaktionären Finanzkapitals. Später fand er in der Theorie der aggressiven und der moderaten Bourgeoisfraktionen seinen Niederschlag.

Die Theorie von der Aufhebung des nationalstaatlich orientierten Kapitals beinhaltet, daß auch keine nationalstaatlichen Krisenprogramme mehr greifen. Die Autoren stellen dem die Entwicklung in den USA und England entgegen. Die USA waren Anfang der 80er Jahre als ökonomische Großmacht schon totgesagt; heute konkurrieren sie mehr denn je als gleichwertiger Faktor mit Japan und der EG. Ausdrücklich widersprechen die Autoren der These, der Kapitalismus sei am Ende. Erstens zeigen sie, daß die heutigen kapitalistischen Gesellschaften durchaus noch die Kraft haben, die Krisen zu überwinden (siehe England, USA, BRD). Zweitens weisen sie auf die sich entwickelnden neuen kapitalistischen Staaten in Ostasien hin; und drittens argumentieren sie, daß es, solange es kein Subjekt gibt, das die Krise zur Errichtung einer befreienden Gesellschaft nutzen will, auch nach dem Kapitalismus nur wieder Kapitalismus geben wird.

Ebermann und Trampert widersprechen der Behauptung, mit der Internationalisierung des Kapital würde die nationale Organisationsform untergehen. Sie teilen nicht die These, in dieser Hinsicht sei die marxistische Theorie von der politischen Ökonomie nicht mehr haltbar (Karl Heinz Roth). Hier sind ihre Argumente allerdings schwach. So werfen sie Karl Heinz Roth vor, er stütze seine ganze Theorie auf Erscheinungsweisen, operieren aber selbst auch auf der Ebene von Beschreibungen. Die Tatsache, daß heute der Kapitalismus nationalstaatlich organisiert ist, daß er sich dieser Organisationsform als Mittel zum Ausschalten von Konkurrenten bedient, reicht eben noch nicht als Nachweis, daß dies auch die zukünftige Organisationsform sein wird. Etwas lahm ist auch der schlichte Hinweis, daß im Gefolge von Kohl in China eben nur deutsche Wirtschaftsvertreter mitreisten und keine japanischen, wenn Vertreter von bedeutenden Wirtschaftsunternehmen anwesend sind, die letztlich US-amerikanisches Kapital repräsentieren. Und die Behauptung, kein deutsches Unternehmen von Bedeutung würde ins Ausland verkauft, wurde schon vor Jahren mit dem Verkauf von Krupp widerlegt.

Gelungen ist dagegen die Auseinandersetzung mit den modernen Totalitarismustheoretikern, die im Faschismus einen Teil der Moderne sehen, und den antiwestlichen Bocksgesängen. Die Autoren verteidigen die westliche Zivilgesellschaft gegen die Gleichsetzung mit dem Faschismus, widersprechen den von der modernen Rechten vorgebrachten antizivilisatorischen Tendenzen, ohne in ein Loblied auf die westliche Zivilgesellschaft selbst zu verfallen.

Das Kapitel über die klassenlose Klassengesellschaft ist das interessanteste und für ihren politischen Ansatz das tragende. Bemühen sich die Autoren im Bereich der politischen Ökonomie vor allem um den Nachweis, daß der Kapitalismus noch genauso funktioniert wie von Marx beschrieben (weisen sich also als "Traditionalisten" aus), so beschreiten sie in bezug auf das Subjekt in der Gesellschaft neue Wege. Sie beschreiben die Reduzierung des Menschen auf die Arbeit, auf ein "jederzeit ersetzbares Nichts in der Produktion" und die Übertragung dieser Persönlichkeitszerstörung auf den "Freizeitbereich", in dem die Menschen als "wandelndes Geld" und "konsumierendes Nichts" herumliefen. Sie nehmen damit einen Faden der westdeutschen Neuen Linken auf, die diese Kritik schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre mit dem Begriff des "Konsumterrors" zum Ausdruck brachte. So ist auch nicht verwunderlich, daß die Autoren in diesem Kapitel stark auf die kritische Theorie, vor allem auf Adorno zurückgreifen. Dies ist unbedingt ein Gewinn, weil dem statischen Menschenbild der traditionellen linken Gesellschaftstheorie mit dem objektiven Gang der Geschichte und dem objektiv revolutionären Subjekt ein reales Menschenbild entgegengesetzt wird. Das ganze Spießertum wird angeprangert, aber eben nicht als Leben der vorhergehenden Generation (wo dann die "Jungen" alles ganz anders machen werden), sondern als Lebensform im ausgeprägten Kapitalismus, dem sich die Individuen unterwerfen. Besonders lesenswert sind die Teile über Die Bestrafung der AußenseiterInnen und das Ende des Mitleids, in dem der darwinistische Mechanismus zwischen den "produktiven" und den "unnützen" Teilen der Gesellschaft herausgearbeitet wird.

Leider übertreiben sie diesen Ansatz gleich wieder soweit, als gäbe es nur diese Unterwerfung. Ihre Kritik an der Jugend wirkt einfach alt. Der Tanz (Techno-Musik) trete nur noch in Gestalt der "produktiven Arbeit" auf, die Jugendrevolte der 90er Jahre bestehe lediglich im Angriff auf den elterlichen Geldbeutel. Das sind Beschreibungen, wie sie auch auf die Gepflogenheiten der Jugend in den 60er und 70er Jahren gepaßt hätten.

Der Rückgriff auf die kritische Theorie befähigt zwar dazu, die Zerstörung der Menschen durch die kapitalistische Gesellschaftsform zu beschreiben und zu erfassen; aber die Autoren nutzen dies bei der Kritik der Subjekte nur in einer Richtung. Als Resultat bleibt Verachtung, die das traditionelle sozialistische Menschenbild nur auf den Kopf stellt.

Diese Herangehensweise setzt sich fort bei der Fragestellung Was ist deutsch? Ebermann und Trampert beschäftigen sich mit den Auswirkungen der Lehren und Werke von Luther, Kant, Bismarck, Wagner und Nietzsche. Mit großer Sachkenntnis legen sie die Bedeutung dieser Herren für die deutsche Entwicklung dar, was allein schon ein Gewinn ist. Dennoch leuchtet die Auswahl dieser Stammesväter nicht so recht ein; außer es würde behauptet, diese seien eben die typischen Vertreter "deutschen Geistes" und Schiller, Goethe, Beethoven, Marx usw. spielten nur die Rolle von Außenseitern. Besonders problematisch wird es im Fall Nietzsche, der bei vielen, auch bei den Autoren, als Stammideologe der Nazis gilt, den aber beispielsweise die kritische Theorie gegen diesen Vorwurf in Schutz nahm.

Diesen beiden Teilen fehlt die Dialektik, die die Autoren im Bereich der politischen Ökonomie von ihren Kontrahenten einklagen. Sowohl die Menschen im Kapitalismus als auch die Deutschen sind für sie keine widersprüchlichen Wesen mehr, sondern linear von den Verhältnissen und der Abstammung determiniert. Es ließe sich einwenden, diese Seiten seien so dominant, daß die Linke sie überhaupt erst wahrnehmen müsse, statt immer wieder von den befreienden sozialen Kämpfen zu träumen. Selbst wenn man diesen Einwand für berechtigt hält - der Anspruch, linke Theorie zu betreiben, erfordert es aber auch, den in der Gesellschaft vorhandenen Widerspruch gegen Unterordnung, Mitmachen und Zerstörung wahrzunehmen. In dem Buch kommt jedoch nur die Solidarität mit den Verfolgten und das Mitleid mit den Gedemütigten vor, was lediglich moralische und keine politischen Kategorien sind.

Die Offenbarung der Propheten ist eines der wichtigen Bücher dieses Jahres. Es ist die durchdachteste Plattform der radikalen Linken, eine Verbindung der Theorie der politischen Ökonomie mit dem Zustand der Gesellschaft und seiner Subjekte. Und es wird der Versuch gemacht, eine neue Radikalität im Denken über den Gesellschaftszustand zu befördern. Man muß diesen Gedanken und den Schlußfolgerungen nicht folgen, aber die linke Diskussion bringt dieses Buch ein Stück weiter. Die Schwächen liegen darin, daß der analytische Ansatz eine völlig verengte Sichtweise produziert. Keine Veränderung, keine widersprüchliche Entwicklung, keine Regung eines Menschen, die nicht in das vorgegebene Bild gepreßt werden könnte. Auch in dieser Hinsicht entpuppen sie sich ganz und gar als Anhänger der traditionellen Denkgewohnheiten.

In einem aber strafen sie die FAZ der Lüge, die beim Tod von Wolfgang Harich schrieb, damit hätte die Linke ihren letzten Polemiker der alten Schule verloren. In dieser Hinsicht haben sie nichts verlernt.

he., Hamburg

Thomas Ebermann/Rainer Trampert: Die Offenbarung der Propheten, Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1995, ISBN 3-89458-139-5, 360 Seiten, Paperback, DM 36,-

35. Kult um kurdische Kultur. Fremd- und Selbstethnisierung im kurdischen Befreiungskampf

Autor: Udo Wolter · Rubrik: Kultur; PKK; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:29

Wie viele nationale Befreiungsbewegungen mobilisiert auch die PKK auf einer ethnischen Grundlage. Dabei stellen sich die Fragen, vor welchem Hintergrund die identitätsstiftende Politik der PKK stattfindet, wie dabei auf scheinbar "natürliche" kurdische Eigenschaften zurückgegriffen wird und wie ein Geschichtsbild konstruiert wird. Für die Solidarität mit der kurdischen Befreiungsbewegung ist eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen unumgänglich. Dies darf aber nicht zu einer Entsolidarisierung führen.

Die kurdische nationale Befreiungsbewegung in der Türkei mit ihrer führenden Kraft PKK ist in letzter Zeit wieder verstärkt Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen verschiedenen Strömungen der BRD-Linken. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es im wesentlichen um drei Punkte:

1. um die Einschätzung nationaler Befreiungsbewegungen überhaupt. Repräsentieren sie eine Perspektive gesellschaftlicher Befreiung jenseits des national definierten Widerstandes gegen koloniale und imperialistische Unterdrückung? Münden Befreiungsbewegungen im Erfolgsfall nicht geradezu zwangsläufig in nationalstaatliche Bürokratien mit repressivem Charakter und einem letztlich auf Anschluß an den kapitalistischen Weltmarkt zielenden Modernisierungsprojekt?

2. um die schwindenden Chancen nationaler, sozialistisch orientierter Befreiungsbewegungen. Der kapitalistische Verwertungsprozeß im globalen Weltmarktsystem sprengt immer offensichtlicher die Grenzen des Nationalstaates und verläuft zunehmend transnational.

3. diese Auseinandersetzung hat aber auch eine spezifisch deutsche Komponente. Unter dem Eindruck der negativen Begleiterscheinungen des DDR-Anschlusses sowie des Aufbrechens höchst gewalttätiger ethnisch-nationaler Konflikte in Osteuropa und anderswo bildete sich eine radikal antinationale Strömung der Linken heraus. Sie wendet sich gegen jede Affirmation nationaler und ethnischer Identitäten und kritisiert aus dieser Position heraus auch den kurdischen Befreiungskampf und seine linken Bündnispartner in der BRD.

Im folgenden soll vor allem an dem letztgenannten Punkt angeknüpft werden. Die Kritik an nationaler Identitätspolitik und "völkischen Tendenzen" bei der PKK steht mittlerweile so im Vordergrund, daß selbst konkrete Solidaritätsaufrufe im Gewand dieser Kritik daherkommen. Allerdings ist die Gefahr nicht zu übersehen, daß die mit der antinationalen Strömung in den linken Diskurs eingeflossenen Versatzstücke konstruktivistischer Ansätze zu Volk/Ethnie, Nation und anderen Kollektiv-Identitäten über die kurdische und andere Befreiungsbewegungen gezogen werden, ohne sich die sozialen Mobilisierungsgrundlagen dieser Bewegungen genauer anzusehen.

Die Kurdistan-Soligruppen sollten sich aber nicht vorschnell auf den Gegenvorwurf verlegen, daß die antinationale Kritik nur ein Ausdruck von eurozentrischen Sichtweisen und dem Bedürfnis nach Rückzug aus der internationalen Solidarität mit den Befreiungskämpfen sei. Dies mag angesichts der gedankenlosen Polemik eines reflexhaften, weil letztlich unbegriffenen Antinationalismus einiger VertreterInnen dieser Positionen manchmal schwer fallen.

Die "kurdische Identität"

Es geht also vor allem darum, die schon seit langem umstrittenen Charakteristika der PKK auf die spezifische gesellschaftliche und historische Situation Kurdistans zu beziehen. (1) Die Verklammerung von nationaler und "sozialistischer" gesellschaftlicher Befreiungsperspektive, wie sie unter Vorrang der nationalen Frage von der PKK formuliert wird, teilt sie mit antikolonialen Befreiungsbewegungen rund um die Welt. Ebenso die Tatsache, daß sie sich in ihrem bewaffneten Kampf gelegentlicher Mittel bedient, die nicht mit den Menschenrechten in Einklang zu bringen sind. Ihre Besonderheiten sind eher in den spezifischen Bedingungen Kurdistans als kolonisierter und von der türkisch-kemalistische Staatsdoktrin geleugneter Gesellschaft zu suchen. Ihren Erfolg verdankt die PKK eher der Art, wie sie diese Erfahrung aufgegriffen hat und ihr Programm durch ihre militante Praxis umsetzen konnte.

Es ist daher zunächst vor dem Hintergrund der türkischen Assimilationspolitik zu erklären, daß die PKK (wie die moderne kurdische Nationalbewegung in der Türkei überhaupt) starkes Gewicht auf die Behauptung und Bestätigung einer kurdischen Identität legte. Der kemalistische Nationalismus vollzog eine ex negativo-Zuschreibung der KurdInnen als besonders rückständiger Teil einer ethnisch homogenisierten türkischen Gesellschaft. Dem wurde die Selbstzuschreibung einer kurdischen Identität entgegengesetzt, die auf einer einheitlichen Geschichte eigener kurdischer Tradition und Kultur gründet.

Es entspricht der Logik dieses Wechselspiels zwischen Fremd- und Selbstzuschreibung, daß die PKK bei ihrer Konstruktion kurdischer Identität mit Mustern arbeitet, die auf eine aller konkreten sozialen Erfahrung vorgelagerte nationale Volksidentität zielen. Bei aller Einbettung in internationalistische Begriffe wie die "Brüderlichkeit der Völker" und der Betonung der Zusammensetzung der PKK aus Menschen verschiedener Herkunft ist diese Volksidentität auch der Kern des Blickes der PKK auf die kurdische Geschichte. Abgeleitet wird diese Volksidentität von der historischen Entwicklung Kurdistans aus der "Vielzahl von Völkern und Menschen, welche in dieser Landschaft lebten." (2)

Im "Manifest" der PKK heißt es: "Die Türken ... schufen einen kurdischen Typus, der die politische, wirtschaftliche und ideologische Unabhängigkeit nicht kennt, der sich von sich selbst, seiner Nation und der Menschheit entfremdet hat und der sich am Rande der Verrohung befindet ... Der wahre kurdische Mensch, der in der Geschichte eine reiche menschliche Kultur besaß und sich in einem erbarmungslosen Kampf gegen die Natur und die Besatzer behauptete, sollte doch nicht soweit diskriminiert werden."

In einem Teil über kurdische Widerstandstraditionen werden der "kurdische Mensch" und das "kurdische Volk" als quasi überhistorische Einheiten behandelt: "Die Kurden schützten ihre Stämme und ihre Berge - auf Kosten der Zivilisation - und verteidigten ihre Unabhängigkeit gegen die Fremdherrscher ... Die Verbundenheit mit der Familie und die Furchtlosigkeit vor dem Tod für die Ehre dieser Familie, auch wenn sie ein Hindernis für die politische und soziale Entwicklung darstellt, sind ein Ausdruck für dieses traditionelle Widerstandsgefühl... Wenn der Mensch Kurdistans diesen Komplex seiner Gefühle für die Unabhängigkeit mit seiner Arbeit, Heimat, und mit der Menschheit erneut verbinden würde, dann gibt es keine Sache, die er nicht zum Erfolg führen könnte".

Identitätspolitik durch vormoderne Elemente?

Einige Phänomene im politischen Stil der PKK werden oft in einem Atemzug mit Kritik an der ethnischen Identitätspolitik und dem Nationalismus angeführt. Sie werden einem doch noch präsenten Einfluß traditioneller Strukturen der kurdischen Gesellschaft in dieser Bewegung zugeschrieben. Dazu gehören der Personenkult um Abdullah Öcalan, der Ehrbegriff und das MärtyrerInnentum.

Bis weit ins 20. Jahrhundert hatte es in Kurdistan weder eine Revolution der Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten noch eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse der traditionalen, auf personaler Macht beruhenden Tributabschöpfung gegeben. Beides sind wesentliche Voraussetzungen für die Durchsetzung eines homogenisierten ethnisch-nationalen Selbstverständnisses. Kommerzialisierte, marktorientierte Verhältnisse anstelle des zuvor vorherrschenden Natural-Tausches wurden in Kurdistan erst nach 1945 mit der Mechanisierung der Landwirtschaft durchgesetzt. Doch selbst diese Veränderung der agrarischen Produktionsverhältnisse bedeutete noch lange nicht die endgültige Auflösung der personalen Abhängigkeitsverhältnisse von den grundbesitzenden Aghas, da sich unter der Herrschaft des türkischen Staates die Kapitalisierung der Landwirtschaft großteils in Pachtverhältnissen mit quasi-feudalen Zügen bewegte.

Die fortschreitende Auflösung der vorkapitalistischen Verhältnisse und der Subsistenzproduktion führt gegenwärtig nicht zur "Mobilisierung" der Menschen in moderne Produktionsverhältnisse. Vielmehr werden die Menschen durch die Gewalt des türkischen Staates, den Spezialteams der Sicherheitskräfte und die gnadenlose Politik der verbrannten Erde in das massenhafte Elend der Flüchtlingsviertel in den Städten Kurdistans und der Westtürkei gezwungen. Diese Situation ist sicher zu einem guten Teil verantwortlich für die Massenwirksamkeit der PKK.

Der "nomadische Ehrbegriff"

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob für die Attraktivität der PKK bei der dörflichen und kleinstädtischen Bevölkerung in Kurdistan nicht auch noch ganz andere Muster als die von der PKK ausgearbeitete Befreiungsideologie und ihre ethnische Identitätspolitik wirksam sind. Günther Behrendt beschreibt die Grundlagen des Rückhaltes der PKK in der kurdischen Gesellschaft wie folgt: "Den Respekt dieser Menschen erwarb sich die Partei vielmehr durch das ‚mannhafte` Auftreten ihrer PartisanInnen im bewaffneten Kampf gegen die Staatsmacht. Dazu muß man wissen, daß in der immer noch stark vom nomadischen Ehrbegriff geprägten kurdischen Gesellschaft dem mutigen Rebellen gegen den Mächtigen seit jeher ein Ehrenplatz sicher ist ... Gewollt oder ungewollt baute die PKK auf solche noch heute wirksamen Mechanismen der traditionellen Gesellschaft." (3)

Die KämpferInnen der PKK also als romantische SozialrebellInnen, gleichsam fleischgewordene Gestalten aus den Romanen Yasar Kemals? Es ist nicht zu übersehen, daß solche traditionellen Werte wie "Ehre" und "Rache" in der Begrifflichkeit der Partei ihren festen Platz haben. Mit solchen Interpretationen ist aber vorsichtig umzugehen, da sie leicht verbreitete Vorurteile über die kurdische Gesellschaft bestätigen können (kriegerisches Bergvolk ...). Wird schließlich ein "nomadischer Ehrbegriff" zum monokausalen Erklärungsmuster für den Erfolg des militanten Aktionismus der PKK bei der kurdischen Bevölkerung verdichtet, so ist damit an die Stelle der ethnisch-kulturellen "Mentalität" nur eine andere verdinglichte Konstruktion angenommener Eigenschaften außereuropäischer Gesellschaften getreten.

Personenkult

und MärtyrerInnentum

Der Personenkult um A. Öcalan gehört für Behrendt ebenfalls zu den "vormodernen Mechanismen", durch welche die PKK den Menschen in Kurdistan die kurdisch-nationale Weltsicht nahegebracht habe. Gerade hier bieten sich aber noch andere Interpretationen als die historischen Tiefen der kurdischen Gesellschaft an. Da wäre zunächst der hervorstechende Personenkult in der Türkischen Repubik um den allgegenwärtigen Staatsgründer Atatürk zu nennen. Auch andere Regime im "mittleren Osten", z.B. in Syrien und im Irak, pflegen einen exzessiven Kult um ihre Führungsfiguren. Diese Führerkulte sind jedoch m.E. eher als eine typische Hervorbringung des modernen Nationalstaates in der Region, also als eine typisch moderne und keineswegs archaische Erscheinung einzustufen.

Auch der oft kritisierte MärtyrerInnenkult der PKK ist in noch krasserer Form bei anderen linken türkischen Gruppen (z.B. Dev Sol) zu finden - und natürlich auch bei der türkischen Staatspropaganda um die im Kurdistankrieg gefallenen Soldaten. Es gibt Berichte, nach denen gefallene GuerillakämpferInnen religiös besetzt werden. So soll z.B. das Grab einer gefallenen PKK-Kämpferin in Sirnak zu einer Art Kultstätte für den lokalen Volksglauben geworden sein. (4)

Die Selbstverbrennung von zwei Kurdinnen im letzten Jahr in Mannheim dagegen, die im Zusammenhang mit den Repressionsmaßnahmen des deutschen Staates gegen die kurdischen Aktivitäten zu Newroz standen, wurde auch von großen Teilen der Soli-Bewegung mit Entsetzen und Unverständnis aufgenommen. Wie auch immer diese Selbstaufopferung der beiden Kurdinnen von möglicherweise quasi-religiösen Motiven geleitet war, ihre Instrumentalisierung seitens der Partei und ihres Vorsitzenden stößt zurecht auch viele solidarische Linke ab. Öcalan verkündete in einer Botschaft: "Die mutige Tat von Ronahi und Berivan kommt einer Wiedergeburt in reinigendem Feuer gleich." Im Kurdistan Report hieß es: "Zwei junge Frauen, in Flammen aufgegangen, setzten ein unübersehbares Zeichen." (5)

Vom nationalen Befreiungskampf

zur patriotischen Pflicht

Seit geraumer Zeit läßt sich in der Rhetorik der PKK eine zunehmende Verlagerung auf die nationalen Aspekte des kurdischen Befreiungskampfes feststellen. Dies steht in Zusammenhang mit der zunehmenden Einbeziehung fast aller Teile der kurdischen Gesellschaft. Diese gesellschaftliche Tiefe des Befreiungskampfes bringt es eben mit sich, daß die nationale Klammer gegenüber den inneren Widersprüchen der kurdischen Gesellschaft immer mehr in den Vordergrund tritt.

Weitaus bedenklicher als der Rückgriff der PKK auf nationale Muster erscheint die Art, wie solche Elemente in der aktuellen Mobilisierungsrhetorik eingesetzt werden. Als Beispiel sei hier ein Aufsatz von Öcalan im

Kurdistan Report (März 1994) angeführt, der den bereits Ungutes ahnen lassenden Titel "Wie äußert sich die Liebe zum Land im Umgang mit Kultur und Geschichte" trug. Gleich zu Beginn beklagt er: "Der Patriotismus ist bei den Kurden in einer verlorenen, verzerrten, in der Nähe des Verrats befindlichen, betrüblichen Situation." Öcalan verurteilt aus diesem mangelnden Patriotismus resultierende, durchaus rational erscheinende Verhaltensweisen: "Das Stück Erde, das sogar der ursprünglichste Clan, die ersten Stämme von Anbeginn des Lebens an als unentbehrlich betrachten, dieses Stück Erde, Kurdistan, das in unseren Tagen von Familien verlassen wird - zeigt klar, wie weit die Kurden hinter der Menschheit zurückgeblieben sind... Die KurdInnen verlassen reihenweise, scharenweise ihr tausendjähriges Heimatland, um ihren Bauch zu füllen."

Im weiteren wird dann ausgehend von solchen Feststellungen eine patriotische Pflicht konstruiert: "In keinem Land hat sich so wie in Kurdistan das ekelhafte Gefühl entwickelt, das Land als minderwertig zu betrachten, es aus Trümmern bestehend, trocken, unfruchtbar und nutzlos anzusehen und es so mit Füßen zu treten... Wenn man acht gibt, sieht man, daß die Völker dieser Welt während ihres nationalen Befreiungskampfes, in ihren Aufständen ausdrücklich betonen: dies ist unsere Heimat und wir bleiben bis zum Ende hier."

Antisemitismus

und heimatliche Scholle

Der Rückgriff auf die heimatliche Scholle in diesem Beitrag weist in eine völkische Richtung. Öcalan warnt eindringlich vor den Folgen des Verlustes der patriotischen Bindung an die heimatliche Scholle: "Ein Verständnis der Menschheit, das sich nicht auf Patriotismus stützt, ist Kosmopolitismus. Es ist ohne Resultat und ohne Hoffnung. Das bedeutet, mit den Menschen auf eine gefährliche Art zu spielen." Daß eine kosmopolitische Ideologie schlecht für die Mobilisierung eines nationalen Befreiungskampfes taugt, ist ja durchaus einzusehen. Aber warum muß daraus folgen: "Menschen, die ohne Heimat leben und von Demokratie und Sozialismus sprechen, begehen eines der niederträchtigsten Verbrechen"?

Vielleicht läßt sich diese Zuordnung des Kosmopolitismus zum Verbrecherischen schlechthin in ihren Konsequenzen besser einordnen, wenn der oben zitierte Text Öcalans auf einen Artikel aus der von der Türkei verbotenen prokurdischen Zeitung Özgür Ülke bezogen wird. "Es ist bekannt, daß die Freimaurer, Juden und der Zionismus weltweit sehr konspirativ arbeiten. Denn sie beuten die Welt aus, sie spielen mit der Welt". Dies ist leider kein in polemischer Absicht ausgesuchtes Zitat aus Hitlers "Mein Kampf", sondern wörtlich entnommen aus einem offen antisemitischen Artikel, den Özgür Ülke im August 1994 veröffentlicht hat. Inhaltlich bewegt er sich durchgängig auf dieser Ebene bis zu der absurden Vorstellung, Atatürk sei in Wirklichkeit Jude gewesen. (siehe ak 379)

Die Tatsache, daß in diesem wie dem oben zitierten Öcalan-Text von einem "gefährlichen Spiel" mit den Menschen bzw. der Welt die Rede ist, halte ich nicht für Zufall. Sie verweist vielmehr auf ein gemeinsames Klischee, das im nationalen und völkischen Denken wie im Antisemitismus vorzufinden ist. Ethnische und nationale Identitätskonstruktionen beziehen sich häufig auf eine historisch gewachsene Ursprungsgemeinschaft, die neben gemeinsamer Abstammung und Tradition vor allem auf ein gemeinsames Territorium abstellt. In der Vorstellung, daß die Loslösung der Persönlichkeit des Menschen von einer auf heimatlicher Scholle gewachsenen Gemeinschaft zum Verlust von Identität führe, ist der Keim für das antisemitische Klischee bereits gelegt.

Wenn deutsche Linke solche antisemitischen Tendenzen zurecht kritisieren, sollten sie dabei allerdings im Hinterkopf behalten, daß solche Denkschablonen keineswegs ein Privileg kurdischer und anderer Nationalisten sind. Sie finden sich auch im Antiimperialismus marxistisch-leninistischer Tradition, der auch für viele BRD-Linke bis vor nicht allzu langer Zeit prägend war. Erinnert sei hier an die Auseinandersetzung um den antiimperialistischen "Antizionismus" in der deutschen Linken nach dem Golfkrieg.

Selbstgenügsam zurücklehnen?

Aufgrund des gesamtgesellschaftlichen Charakters der Bewegung wäre es falsch, sich in der Soliarbeit je nach eigener politischer Opportunität nur auf bestimmte Teile der kurdischen Bewegung wie z.B. die Menschenrechtsvereine zu beziehen, um die manchmal schwierige Auseinandersetzung mit der PKK zu umgehen. Doch von der Rede vom unterstützenswerten "Kampf der KurdInnen um ihre ethnische (kulturelle, nationale) Identität", der Beschwörung der KurdInnen als "altem Kulturvolk" und ähnlichen Formeln muß die

Solibewegung Abstand nehmen, wenn sie sich nicht weiterhin dem Vorwurf romantischer Projektionen und ethnisch-nationaler Blindflecken in ihrem Weltbild aussetzen will.

Die grundsätzliche Legitimität des kurdischen Befreiungskampfes wird durch die angesprochenen Ambivalenzen nicht berührt. Es gibt auch jenseits ethnizistischer Muster mehr als genug gute Argumente für die Unterstützung der KurdInnen. Sie ergeben sich allein daraus, daß eine knappe halbe Million kurdischer Menschen aus der Türkei in der BRD leben und sich gleichzeitig in ihrer überwiegenden Mehrheit als Teil der kurdischen Nationalbewegung begreifen.

Diese Nähe hat die Widersprüche der kurdischen Befreiungsbewegung für die Linken hier in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß erfahrbar gemacht. Deutsche InternationalistInnen haben andere Befreiungsbewegungen doch eher aus der Ferne wahrgenommen und interpretiert. Zugleich sind die KurdInnen selbst vor aller eigenen ethnischen Identitätspolitik bereits durch den deutschen Staat als Nichtzugehörige ethnisch definiert und rechtlich ausgegrenzt. Insbesondere das PKK-Verbot in der BRD enthält den KurdInnen grundlegende Rechte vor und ist nichts als ein Ausdruck der von außenpolitischen und wirtschaftlichen Machtinteressen bestimmten Kumpanei der Bundesregierung mit dem Regime in Ankara.

Es ist notwendig, nicht nur diese Politik der Bundesregierung zu bekämpfen, sondern auch die Kämpfe der kurdischen MigrantInnen hier zu unterstützen. Und das heißt auch Zusammenarbeit mit den kurdischen Strukturen. Notwendige Kritik an den Inhalten des kurdischen Befreiungskampfes darf für die Linke kein Anlaß sein, sich selbstgenügsam zurückzulehnen und sich aus der internationalistischen Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf zu verabschieden.

Udo Wolter, Freiburg

Anmerkungen:

1) vgl. Keetman/Wolter, Befreiung in den Staat. Die soziale Programmatik der PKK, in J. Später: ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im "Nahen Osten", iz3w- Verlag Freiburg 1995

2) "Die kurdische Geschichte ist eine Art Völkermosaik, die Völker haben sich gegenseitig beeinflußt. Es ist nicht zu leugnen, daß das kurdische Volk von fremden kulturellen Einflüssen geprägt wurde." (A. Öcalan, in: Kurdistan Report 59/60, S.44). Auch in diesem Bekenntnis zum Multikulturalismus scheint ein substantieller Volkstumsbegriff durch.

3) Behrendt, Nationalismus in Kurdistan, Schriften des deutschen Orient-Instituts, Hamburg 1994, S.399.

4) Aliza Marcus, Hearts and Minds in Kurdistan, MERIP, März/April 1990, S.41; Sie beschreibt u.a., daß die Grabstätte von Frauen aufgesucht wird, die eine Schwangerschaft wünschen.

5) Kurdistan Report Nr.71, 10/11 1994, S.16

Dieser Artikel ist ein gekürzter Nachdruck aus den "Blättern des iz3w" Nr. 209 (Okt. 1995). Das Heft behandelt verschiedene Aspekte von "Ethnizität". Bestelladresse: Postfach 5328, 79020 Freiburg. Wir danken den "Blättern" für die Abdruckgenehmigung und wünschen alles Gute für die laufende Abo-Kampagne.

36. Heimat, Religion und Heinrich Lummer. Anmerkungen zu deutschen und kurdischen AntiimperialistInnen

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: PKK; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:39

In einem Flugblatt, das zu einer Demonstration am 18.11.1995 gegen das PKK-Verbot und für eine friedliche Lösung in Kurdistan (beides unterstützenswerte Ziele) aufrief, schreibt eine Gruppe von Männern mit "profeministischer Orientierung": "Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen als wesentlicher Teil der Kämpfe gegen den Imperialismus ist Teil unserer Kämpfe." Gleichzeitig trifft sich PKK-Chef Abdullah Öcalan, Chef der genannten Befreiungsbewegung, mit dem Rechtsaußen der Berliner CDU, Heinrich Lummer. Diesem bietet er die Zusammenarbeit seiner Befreiungsbewegung mit der deutschen Polizei bei der Drogenbekämpfung an.

Eine kleine Nettigkeit für den imperialistischen Machtapparat - oder ist die deutsche Polizei kein Teil davon? Und wie steht es mit dem deutschen Verfassungsschutz, der nach eigenem, meines Wissens nicht dementierten Bekunden, Kontakte zur PKK aufgenommen hat? (1)

Außer mit der BRD versucht die PKK noch mit einer anderen, bisher als imperialistisch gebrandmarkten Macht ins Gespräch zu kommen. Öcalan hat sich am 24.10. in einem Brief (2) an den US-Präsidenten Bill Clinton gewandt. In diesem Brief bittet der PKK-Chef Clinton, seine Bemühungen für eine politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei zu verstärken. Die PKK-nahe Zeitung Özgür Politika verteidigt diesen Schritt als "revolutionäre Diplomatie" und als Versuch, "die Imperialisten mit ihren eigenen Waffen zu schlagen." (3) Gemeint ist, daß auf die Einhaltung der Menschenrechte, der Demokratie, der nationalen und Minderheitenrechte, die der Imperialismus nur als "Mittel der Außenpolitik" gebraucht, bestanden werden solle. Wird nun das Verhalten der imperialistischen Macht zum Angelpunkt der Politik antiimperialistischer Befreiungsbewegungen?

In einem Interview mit der arabischen Zeitung Al-Hayat (4) antwortete Abdullah Öcalan auf die Frage "Ist also die Bedingung der Arbeiterpartei (5) für die Niederlegung der Waffen (...) eine amerikanische oder europäische Initiative, um die Türkei für eine friedliche Lösung zu überzeugen ..." mit: "Ja, wenn es eine Orientierung von Europa oder Amerika auf eine friedliche Lösung der Frage gibt." Keine Frage, wer in einem harten Kampf steht, muß vielleicht auch Kompromisse mit seinen Feinden eingehen. Von dem weltweiten Antagonismus zwischen Imperialismus und Befreiung, von dem das Flugblatt der deutschen Genossen letztlich zehrt, bleibt dann aber nicht allzu viel übrig.

Hauptfeind Israel?

Je nachdem, was mensch gerade liest, lassen sich sehr unterschiedliche Ansichten über den kurdischen Befreiungskampf gewinnen: wer nur das anfangs erwähnte Flugblatt und die Quellen, auf die es sich stützt, liest, wird wahrscheinlich zu dem Schluß kommen, daß es um den Kampf gegen den Imperialismus und um die Befreiung der Frauen geht. In dem Interview mit Al-Hayat geht es um letzteres gar nicht. Statt dessen hat mensch den Eindruck, daß der Islam eine Hauptrolle spielt und daß Israel der eigentliche Hauptfeind der PKK sei. In Bezug auf die PKK "führt die Türkei die israelische Politik aus". Barzani, mit dessen Demokratischer Partei Kurdistans die PKK sich gerade im Krieg befindet, wird von den Israelis "bis zum Schluß" gestützt. Dieser Barzani habe "all seine Dispositionen in Israel getroffen". Anläßlich der türkischen Invasion im Nordirak/Südkurdistan im vergangenen Frühjahr wird die logistische Unterstützung der NATO für die türkische Armee stillschweigend übergangen und dafür von israelischen "Offizieren und Experten" gesprochen, die an den Aktionen gegen die PKK teilgenommen haben sollen. Schließlich sei es auch die israelische Lobby gewesen, die die "Verwaltung Amerikas vom Nutzen der Verteidigung der türkischen Politik" überzeugt habe.

Wofür steht die PKK?

Während Israel gescholten wird, betont Öcalan ausdrücklich, daß für die PKK die Entwicklung guter Beziehungen zu allen arabischen Staaten möglich sei. Der kurdische Revolutionär macht sich nicht die Mühe, die saudische Theokratie oder den irakischen Diktator Saddam Hussein, der - neben vielen anderen

Massenmorden - die kurdische Bevölkerung mit Giftgas aus deutsch-irakischer Produktion umbringen ließ, von seinem Angebot auszuschließen. Es mag sein, daß es deutsche Linke gibt, die ihm diese Art antiimperialistischer Gewichtung verzeihen.

Das Interview in Al-Hayat trägt nicht nur zur Klärung der Vorstellungen Öcalans vom Imperialismus bei, sondern es sagt auch einiges über die Ziele der PKK aus: "Die islamischen Bewegungen brauchen uns, und sie atmen durch unsere Kämpfe. Wir vergessen nicht, daß die Arbeiterpartei nach dem echten Islam strebt." Soll unter Befreiung auf beiden Seiten das gleiche verstanden werden, dann müßten linke Buch- und Infoläden schleunigst den Koran auslegen und die Linke ihre Diskussionen mit Zitaten des Propheten führen. Als Unterscheidungskriterium für die islamischen Staaten, Parteien und Bewegungen einschließlich der PKK bliebe die Frage übrig, ob sie den echten oder einen verfälschten Islam vertreten.

Aber was sagen einzelne Etiketten über eine Partei schon aus, die nach eigenem Bekunden u.a. zugleich marxistisch, leninistisch, proislamisch, patriotisch, revolutionär, internationalistisch und heimatverbunden ist. Eine begriffliche Einheit, die diese Fülle widersprüchlicher Systeme vereinen würde, kenne ich nicht. So versucht die PKK auch gar keine begriffliche Klärung ihrer Politik, sondern sagt, wie A. Öcalan in Al-Hayat: "So wie es das Volk braucht, gibt es Raum für den Islam, wenn es Sozialismus braucht, so werden wir ihn geben, wenn es Nationalismus braucht, so sind wir Nationalisten." Gerne würde man fragen, wo diese Reihe morgen aufhört.

Wer die Parolen der PKK aufmerksam verfolgt, der weiß auch, was Öcalan unter dem Begriff Volk versteht: "Das Volk ist die PKK, die PKK ist das Volk!" Zu dieser Parole gibt es auch ein Bild, das als Plakat in der BRD weit verbreitet wurde. Darauf steigt Abdullah Öcalan aus den kurdischen Massen, die PKK-Fahnen schwingen, heraus.

Sind das Nebensachen im "politisch und sozial am weitesten entwickelten antiimperialistischen Befreiungskampf der Region"? (6)

Es bleiben drei Gründe für deutsche Linke, die PKK zu unterstützen: Daß das PKK-Verbot Teil deutscher Machtpolitik ist, daß die Ausgrenzung der PKK als terroristisch sicher kein Weg ist, der zu einem Ende des Gemetzels in Kurdistan führt und daß es kaum noch andere Bezugspunkte für revolutionäre Romantik gibt.

Jan Keetmann

Anmerkungen:

1) FR. 26.11.1995.

2) Kurdistan Rundbrief 23/95.

3) Özgür Politika, 4.12.1995.

4) Al-Hayat, 20.11.1995.

5) Gemeint ist die PKK.

6) Aus dem eingangs zitierten Flugblatt.

37. 18.11.95: Kurdistan-Demonstration in Köln verboten

Autor: Roland Röder · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak385/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:33

Über 360 Personen wurden am Samstag, den 18.11.1995, vor dem Kölner Dom festgenommen. Viele wurden erkennungsdienstlich behandelt und erst nach acht Stunden wieder freigelassen. Sie waren Teil einer Gruppe von 500 Personen, die sich unter dem Motto "Was wahr ist, muß auch gesagt werden" zu einer Spontandemonstration zusammenfanden, um gegen das Verbot einer bundesweiten Kurdistan-Demonstration zu protestieren.

Zuvor hatte der Kölner Polizeipräsident die Demonstration "Für eine politische Lösung in Kurdistan - Nein zum PKK-Verbot" mit der Begründung verboten, es sei eine Veranstaltung der PKK und nach polizeilichen Erkenntnissen seien 15.000 Kurden im Anmarsch. PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan habe aus Syrien (!) den Befehl dazu erteilt. Eine Konstruktion, die vor 1989 noch republikweit Lacher produziert hätte. 1995 wurde dies unhinterfragt von Agenturen und Zeitungen verbreitet. Die Verbotsbegründung hielt auch vor zwei Gerichten stand; dem Verwaltungsgericht Köln und OVG Münster. Allerdings steht das Hauptverfahren gegen das Demoverbot noch aus.

Die Bonner Informationsstelle Kurdistan e.V., die Veranstalterin der Demonstration sein sollte, bezeichnete diese Begründung als "juristische Konstruktion einer politischen Vorgabe von oben". Die Bundesrepublik wolle jeden Protest gegen ihre finanzielle und militärische Unterstützung der türkischen Kurdistanpolitik und der Behandlung von KurdInnen in Deutschland mundtot machen; zur Not auch gewaltsam. In der Tat, die Polizei dürfte Mühe haben, ihre Behauptung zu belegen, es seien 15.000 Kurden im Anmarsch. Zu der bundesweiten Demonstration hatten über 100 deutsche Organisationen aufgerufen; darunter auch die PDS-Bundestagsgruppe, die Rote Hilfe und der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) sowie zahlreiche anti-rassistische und antifaschistische Gruppen. Es sollte auch einen eigenen Frauen- und Lesbenblock geben. 3.000 bis 5.000 deutsche TeilnehmerInnen wurden erwartet.

Die Kölner Innenstadt glich am 18. November einer belagerten Festung. Abgesperrte Zufahrtsstraßen, kilometerlange Staus auf Autobahnen um Köln, massive Kontrollen bei einlaufenden Zügen, Platzverweise am Bahnhof. 8.000 Polizisten waren im Einsatz. Kurz nach Mittag formierte sich eine Gruppe auf der Domplatte zu einem spontanen Protestzug. Sie kam nicht weit. Nach zweihundert Metern begann die Polizei mit ihrer Einkesselung und drängte die Demonstration gewaltsam zurück. Es kam mehrfach zu Behinderungen von Bildjournalisten. Gezieltes Anrempeln, Wegschlagen der Kameras und verbale Drohungen zeigten die Nervosität in den Reihen der Polizei. Eine Journalistin, die vergeblich ihren Presseausweis zeigte, wurde ebenfalls festgenommen und abtransportiert. Einem Mann, der mit gefesselten Händen regungslos am Boden lag, - zuvor wurde er mehrere hundert Meter über den Boden und dann eine Treppe hinab geschleift - verweigerte man ärztliche Hilfe.

Bis zum späten Abend waren alle Festgenommenen wieder frei. Auf einer Pressekonferenz kündigten VertreterInnen der Informationsstelle Kurdistan e.V. ein neues Demonstrationsprojekt an: Für eine politische Lösung in Kurdistan und Nein zum PKK-Verbot. Ähnliche Überlegungen gibt es auch beim BUKO.

Bewertung der Demonstration:

1. Aus den Reihen des Vorbereitungskreises wird es als Erfolg gewertet, daß trotz des Verbotes fast 1.000 Menschen am 18.11.1995 nach Köln kamen. Davon gelangten 500 auf die Domplatte. Die Mobilisierung war rund eine Woche vor dem Termin aufgrund des Verbotes gestoppt worden.

2. Die Lüge der Polizei, es handele sich um eine Demonstration von Kurden, zielte darauf, bestimmte Vorurteile gegenüber KurdInnen (gewaltsam, gefährlich, terroristisch, PKK ...) zu mobilisieren und konnte nur bedingt durchbrochen werden. Zeitungen und Agenturen berichteten größtenteils das, was die Polizei und andere staatliche Stellen diktierten.

3. Die massive staatliche Repression birgt die Gefahr in sich, daß die Auseinandersetzung auf den Kampf gegen flächendeckende Demonstrationsverbote und staatliche Gewaltanwendung gegen KurdInnen in der

Bundesrepublik reduziert wird. Wer eine politische Lösung in Kurdistan will, wird in ein Freund-Feind Schema hinein gezwungen, in dem es nur noch Platz (und Zeit) für ein bedingungsloses Ja oder Nein zur PKK geben soll. Damit soll kritische Solidarität unmöglich gemacht werden.

Infostelle Kurdistan

kurz vor dem Verbot?

Ein Verbot der Anfang 1994 gegründeten "Informationsstelle Kurdistan e.V." in Bonn wird immer wahrscheinlicher. Nachdem bereits die Demonstration "Für eine politische Lösung in Kurdistan", die maßgeblich von der Informationsstelle vorbereitet wurde, verboten wurde, gab es am 30.11.1995 eine Hausdurchsuchung in der Informationsstelle. Beschlagnahmt wurden neben allen technischen Geräten (Rechner, Fax, Telefon) sämtliche Ordner und Unterlagen zur Vorbereitung der Demonstration vom 18.11.1995. Offizieller Grund der Durchsuchung, die vom Bundesinnenministerium angeordnet wurde: Fortführung der Arbeit des verbotenen Kurdistan-Komitees Köln. Dieses wurde im November 1993 als angeblich PKK-nahe Organisation von Kanther verboten. Bereits im Sommer dieses Jahres wurde aus Kreisen des Verfassungsschutzes ein Artikel in die "Bild am Sonntag" lanciert, in dem die Informationsstelle als Sammelbecken linksextremistischer Gruppen und Kontaktstelle zur PKK hingestellt wurde. Der Artikel erschien zeitgleich (!) und mit den gleichen Photos von drei PDS-Abgeordneten in der regierungsnahen türkischen Zeitung "Hürryiet". (Siehe auch ak 384)

Roland Röder

BUKO / AKTION 3.WELT Saar

Weitere Informationen bei: Informationsstelle Kurdistan, Maxstr. 50, 53111 Bonn, Tel. 0228/656127. Der "Ermittlungsausschuß" sammelt weiterhin Gedächtnisprotokolle von der Spontan-Demonstration, den Verhaftungen und der Behandlung in den Polizeikasernen: EA c/o infoladen, Ludolf Camphauserstraße 36, 50672 Köln, Tel. 0221/ 522 907.

Foto unten: Bildarchiv Aktion 3. Welt Saar

38. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak385/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:37

Antirassismus

Als Nicht-Gewerkschaftsmitglied gerät man ins Staunen, wenn einem der von der DGB-Jugend Berlin herausgegebene Rundbrief antifaschistischer / antirassistischer GewerkschafterInnen, kurz RAG, auf den Tisch weht: Es scheint im DGB doch einen gewissen (Spiel?)Raum für radikaldemokratische Arbeit zu geben. In der im September erschienenen Ausgabe des Rundbriefs steht die Änderung des Asylrechts im Mittelpunkt. Berichtet wird u.a. über die Situation vietnamesischer Asylbewerberinnen und über bundesdeutsche Abschiebepraxis. Die Meinung des RAG hierzu steht bereits auf der Titelseite: "Bleiberecht für Flüchtlinge!" In der folgenden Ausgabe vom November wird u.a. über die Jagd auf illegal Beschäftigte, und hierbei besonders auf Ausländer, berichtet.

RAG. Rundbrief antifaschistischer / antirassisistischer GewerkschafterInnen. Hg.: DGB-Jugend Berlin-Brandenburg. Erscheint vierteljährlich ("so es das Schicksal will", heißt es Impressum). Zwischen 12 und 24 Seiten. Einzelex. DM 0,50, für Mitglieder kostenlos. Bezugsadresse: DGB-Jugend- und Kulturzentrum, Brunnenstraße 125-127, 13355 Berlin.

Südliches Afrika

Der altehrwürdige (1972 gegründete) informationsdienst südliches afrika erscheint seit einigen Ausgaben unter dem Titel afrika süd. zeitschrift zum südlichen afrika. Ob nun unter dem alten oder dem neuen Titel: Da (auch) diese Region der Linken fast gänzlich aus dem Blick geraten zu sein scheint, ist die Bewahrung dieser Zeitschrift über die Zeitläufte hinweg nur zu begrüßen. Die Nr. 5 des neuen Titels eröffnet mit einer Reihe von Kurzmeldungen allgemeinen Charakters und speziell zu Wirtschaft und Arbeitswelt. In den Beiträgen wird über die Kommunalwahlen in Südafrika, die Verhandlungen Südafrikas mit der Europäischen Union, über Entwicklungen in Mosambik und Namibia sowie, in mehreren Artikeln, über die Wasserkrise in der Region berichtet.

afrika süd. zeitschrift zum südlichen afrika. Nr. 5, Sept./Okt. 1995. A4, 40 S., 8 DM. ISSN 09478- 8353.

Osteuropa

Die Ost-West-Gegeninformationen werden vom Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz viermal jährlich zu aktuellen Fragen in den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion herausgegeben. Die Berichterstattung werde, heißt es in einer redaktionellen Erklärung, "vor allem von der Absicht bestimmt, den Leserinnen und Lesern unserer Zeitschrift authentische Beiträge und Originaldokumente" aus Osteuropa und der ehemaligen SU zugänglich zu machen. Hierbei werde der (Selbst)Darstellung alternativer Parteien und verschiedener politischer, sozialer und kultureller Gruppierungen besondere Bedeutung beigemessen. Dies sei jedoch nicht mit Standpunktlosigkeit zu verwechseln: "Wir fühlen uns solidarisch mit jenen Gruppen und Personen im Osten, die demokratische, solidarische und ökologische Wege abseits von Stalinismus und Kapitalismus beschreiten." Wer sich über die Region sachkundig machen will, aber nicht über die Kenntnis diverser osteuropäischer Sprachen verfügt, wird, wie es die bisherigen Ausgaben erwiesen haben, auf diese Zeitschrift nicht verzichten können. Das Hauptthema der aktuellen Ausgabe ist die Peripherisierung der östlichen Ökonomien, die Hannes Hofbauer im einem einleitenden Beitrag umfassend erörtert und die von verschiedenen Autoren u.a. am Beispiel der Russischen Föderation, Ungarns und der Ex-DDR konkret dargestellt wird. Von besonderem Wert für die aktuelle Debatte um das ehemalige Jugoslawien ist das beigegebene Dossier, das von JournalistInnen verfaßt wurde, die im Rahmen des Alternativen Informationsnetzwerks (AIM) tätig sind. Das AIM ist eine Presseagentur, in der unabhängige und nichtnationalistische JournalistInnen aus allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien zusammenarbeiten. Ihr Ziel ist es, die bestehende nationalistisch gefärbte Berichterstattung zu durchbrechen. Ihre Beiträge gehen auf zentrale Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien seit Juni dieses Jahres ein.

Ost-West-Gegeninformationen. Hg. vom Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz. 7. Jg., Nr. 3/95. A4, 56 S., 6 DM. (Bestellungen bei: Ost-West-Gegeninformationen, c/o Dezentrale für Alternativen,

Prokopigasse 2/1, 8010 Graz, Österreich. - Das Jahresabonnement, vier Ausgaben, kostet für die BRD 30 DM.)

Welternährung

Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift des BUKO, das Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, enthält ein 52seitiges Dossier zum Thema "Welternährung". Analysiert wird in diesem die Ernährungssituation in den Ländern des Nordens, des Südens (insbesondere Afrikas) und des Ostens. Behandelt werden im einzelnen u.a. das Nahrungsmitteldumping in den Entwicklungsländern, die Frage der Subsistenzökonomie, die Politik der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Überflußernährung im Norden, Ernährungsprobleme in der Russischen Föderation.

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Nr. 197/198, Nov. 95. A4, 24+52 S., 9 DM.

39. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak385/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:38

Kalender

Alle Jahre nieder

Während längst auch die Linksradikalsten - sofern zu Eltern geworden: "wegen der Kinder" - Nadelbäume in die Wohnstube stellen (und auch auf die Tarnung mit dem roten Stern auf der Baumspitze verzichten), gibt es immer noch ein paar Unentwegte, die der anscheinend unvermeidlichen dezemberlichen Legendenpflege zwar nicht ganz entsagen, ihr aber doch Alternatives an die Seite stellen möchten. So gibt es in Nürnberg einen "Anti-Weihnachtsabend", der allerdings die Kirche im Dorf bzw. hier: die Leute unterm Baum läßt, da dies Event auf den 20.12. vorgezogen ist. Geboten werden soll bei jenem Anti-usw. "kritisches und satirisches zum bürgerlichen [der Kalender-Redaktor staunt] Weihnachtsidyll".

20.12.95, 20 Uhr. KOMM, Königstraße 93, Nürnberg. Eintritt: 8,-/10,- DM.

Dank profunder Fremdsprachenkenntnisse kann auch ein anderer Veranstalter die Peinlichkeit umgehen, uneingeschränkt von "Weihnachten" oder "Heiliger Nacht" zu reden. Zu einer "Holy Night Party" lädt in Hamburg die Werkstatt 3. Zwecks Vermeidung ruinöser Konkurrenz (etwa mit dem heiligabendlichen Geschenkeabräumen im Familienkreis) beginnt die "Party" erst zu fortgeschrittener Stunde.

24.12.95, 22 Uhr. Werkstatt 3, Nernstweg 32, Hamburg. Eintritt: 7,- DM.

Gedächtniskultur

Die Veranstaltungsreihe "Wie ‚Auschwitz` erinnern? Konzepte und Formen einer ‚Gedächtniskultur`" (s. ak 383 u. 384) wird mit den folgenden Vorträgen abgeschlossen:

21.12.95: Der Kampf der Gegenwart gegen die Vergangenheit. Denkmal versus Realität in Auschwitz-Birkenau (Prof.Dr. Detlef Hoffmann).

11.1.96: Der "Taumel des Eingedenkens". Lacoue-Labarthe im Spannungsfeld von Celan und Heidegger (Prof.Dr. Ulrich Wergin).

18.1.96: Für eine neue Ethik des Erinnerns - Emmanuel Lévinas (Dr. Sabine Gürtler).

25.1.96: Grenzen der Aufklärung. Judenmord, Geschichtswissenschaft, Öffentlichkeit in Deutschland nach 1945 (Prof.Dr. Klaus Saul).

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 16 Uhr im Hörsaal A im Philturm, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Hitler-Biographie

Die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung lädt ein zu einer Vortragsreihe unter dem Titel "Wege und Irrwege der vergleichenden Faschismusforschung". Am ersten Abend der Reihe referieren Prof.Dr. Kurt Pätzold und Prof.Dr. Manfred Weißbecker, deren Hitler-Biographie vor einigen Monaten erschienen ist, über die Probleme und Erfahrungen beim Schreiben dieser Biographie.

9.1.96, 15 Uhr. Kulturhaus Prenzlauer Berg, Dimitroffstraße 101, Turmzimmer.

Türken und Deutsche

Die Veranstaltungsreihe über die wechselseitige Sicht von Türken und Deutschen (s. ak 383 u. 384) wird mit den folgenden Vorträgen abgeschlossen:

9.1.96: Künstliche Türken. Türkisches in Fest- und Alltagskultur (Dr. Karin Hörner).

16.1.96: Islamische Aufklärung oder Verdunkelung? (Prof.Dr. Reinhard Schulze).

23.1.96: Banker, Bauern und Strategen. Die Türkei im wilhelminischen Zeitalter (Prof.Dr. Helmut Mejcher).

Die Vorträge beginnen jeweils um 18 Uhr und finden statt im Hörsaal J, Hauptgebäude der Universität, Edmund-Siemers-Allee 1, Hamburg.

Kommunistisches Manifest

Die Marxistische Abendschule (MASCH) und die AG Politische Bildung der PDS laden ein zu einem "Einführungskurs in die Thematik Sozialismus / Kommunismus". Begonnen werden soll mit dem gemeinsamen Lesen des "Manifest der Kommunistischen Partei".

Kursbeginn am 10.1.96 (Uhrzeit ist bei der MASCH, Tel. 040-4106387, zu erfragen). Haus für Alle, Amandastraße 58, Hamburg.

Ethnisierung der Politik

Im Rahmen einer Vortragsreihe über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien spricht der britische Historiker Norman Davies (University of London, School of Slavonic and East European Studies) über die "Neuordnung Europas nach 1989" (Vortrag in englischer Sprache).

11.1.96, 20 Uhr. Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, Hamburg.

Geschlechtervertrag

In zahlreichen gesellschaftspolitischen Debatten wird über die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrags debattiert. Prof.Dr. Frigga Haug erörtert auf einer Veranstaltung der MASCH-Hochschulgruppe in Kooperation mit der AG Politische Bildung der PDS Hamburg die Frage, ob dieser Gesellschaftsvertrag nicht um einen Geschlechtervertrag ergänzt werden muß.

16.1.96, 19.30 Uhr. Universität, Philturm, Hörsaal E, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Sozialismus und "jüdische Frage"

Der Potsdamer Historiker Dr. Mario Keßler ist in den letzten Jahren durch eine Reihe von Aufsätzen zu wichtigen, im (west)deutschen Sprachraum aber wenig beachteten Themen - das Verhältnis von Judentum und Sozialismus, die jüdische Arbeiterbewegung - hervorgetreten. Er ist Mitherausgeber der "Jüdischen Studien" des Decaton-Verlags. Im letzten Jahr ist seine Habilitationsschrift "Zionismus und internationale Arbeiterbewegung" beim Akademie-Verlag erschienen. Keßler wird bei einer Veranstaltung der MASCH in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule zum Thema "Sozialismus und ‚jüdische Frage`" referieren.

23.1.96, 19.30 Uhr. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstraße 35 (Hofeingang), Hamburg.

Zionismus

Ernüchtert stellte Martin Buber in Palästina fest: "Die jüdische Kibbuzjugend glaubt, ihre Siedlungen liegen in Utopia, aber sie liegen in Arabien." Die Historikerin Dr. Erika Hirsch wird in einem Wochenendseminar die historische Dimension, die Leitideen und Widersprüche des Zionismus vorstellen, eine Bewegung, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts als Ausdruck nationalen Strebens von Teilen des Judentums und in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus entstand. Veranschaulicht wird die Thematik mit Dias, Auszügen aus Interviews mit Zeitzeugen und anderen Dokumenten. Die Veranstaltung zielt gleichermaßen darauf, grundlegendes Wissen zu schaffen wie vorhandene Kenntnisse zu vertiefen.

27./28.1.96, jeweils von 11-16.30 Uhr. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstraße 35 (Hofeingang). Anmeldung bei der Hamburger Volkshochschule, Schanzenstr. 75-77, Kursnummer M 51411, Kursgebühr 25 DM.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 386 ist der 2.1.96

Deutschland, Israel und der Holocaust

Auf der Tagung des DGB-Bildungswerks "Deutschland, Israel und der Holocaust" soll der Versuch unternommen werden, den unterschiedlichen Umgang mit der Schoah in Israel und Deutschland, Veränderungen der Interpretationen der Schoah im jeweiligen öffentlichen Bewußtsein und seinen Stellenwert für die deutsch-israelischen sowie deutsch-jüdischen Beziehungen zu thematisieren. Als Referenten sind u.a. eingeladen Hans Mommsen, Universität Bochum; Moshe Zimmermann, Hebräische Universität Jerusalem; Dan Diner, Universitäten Essen und Tel Aviv; Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin.

21.-23.2.96 im DGB-Bildungszentrum Hattingen. - Ausführliches Programm und Anmeldungsunterlagen (die Teilnahme ist erst nach Einladung möglich) beim DGB-Bildungszentrum Hattingen, Am Homberg 46- 50, 45529 Hattingen.

40. Quelldatei spend95.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak385/spend95.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:385:spend95

Spenden-Ergebnis

Spenden-Eingang bis 10.12.95

V.B.,Bremen 100,00

G.M., Darmstadt 60,00

Gradlewski&Co, Nürnb. 100,00

N.N., wg. G. 1.500,00

Ch.P., xy 100,00

J.G., Hamburg 80,00

L.M., xy 300,00

P.St., xy 25,00

W.R., Bonn 1.000,00

D.u.R..M., Frankfurt 50,00

K.H., Winsen 200,00

P.S., Tübingen 250,00

F.V., Messel 300,00

N.N., Lüneburg 300,00

J.Z., Köln 60,00

G.H-K., Kist 100,00

W.L., Kitzingen 50,00

N.G., Nürnberg 50,00

E.C., Braunschweig 500,00

G.W., Hamburg 425,00

Summe 5.550,00

Wir danken allen GenossInnen für den großzügigen Auftakt und wünschen uns viele NachahmerInnen.